

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 28. August 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Internationale.

Kopenhagen.

Mit erster Entschlossenheit hat das vor drei Jahren in Stuttgart abgehaltene Weltparlament der internationalen sozialistischen Arbeiterschaft dem kämpfenden Proletariat aller Länder die Richtung seines weiteren Vormarsches gewiesen. Bestimmter und kräftiger noch, als die früheren internationalen Parteitage, hat dieser zum erstenmal auf deutschem Boden tagende Arbeiter-Weltkongress ausgesprochen, daß für das, was heute den eigentlichen Inhalt aller bürgerlichen Politik der kapitalistischen Staaten bildet: für die imperialistische Eroberungspolitik, die profitlüsterne Kolonialerwerbssucht, den zum Krieg führenden nationalen Rassenhaß, kein Raum ist in der Gedankenwelt der Klassenbewußten Arbeiterschaft. Der heute in Kopenhagen, dem „nordischen Paris“, zusammengetretene internationale Sozialistenkongress, der dreizehnte seit der Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation, ist berufen, dieses Vermächtnis des Stuttgarter Kongresses zu bestätigen, verschiedene dort unerledigt gebliebene Fragen zur Diskussion zu stellen und das Band des gleichen Denkens und Strebens zu festigen, das trotz aller Rassen-, Sprachen- und Nationalunterschiede das sozialistische Proletariat der verschiedenen Länder umschlingt.

Die Kriegshetze, die vor drei Jahren, als der Stuttgarter Kongress zusammentrat, durch die kapitalistische Presse tobte, hat sich seitdem noch gesteigert. Besonders in Deutschland und England hegen gewisse imperialistische großindustrielle und finanzielle Kreise das Volk mit perfidem Raffinement gegen einander in der Gewissheit, daß der Ausbruch eines volksmörderischen Krieges ihnen mannigfache Gelegenheiten zur Befriedigung ihrer Profitgier bieten werde, und daß es ja nicht ihr Blut ist, sondern das der von ihnen verachteten unteren Volksklassen, das die Schlachtfelder röten wird. Ein wildes Flotten-Wettrennen hat auf beiden Seiten begonnen, Dreadnoughts auf Dreadnoughts werden gebaut; und diese Rüstungen verschlingen enorme Summen, die weit nützlicher für kulturelle Zwecke, besonders für die Lösung sozialpolitischer Aufgaben verwendet werden könnten. Und leider hat in England der Appell an das sogenannte Nationalbewußtsein auch teilweise in den Kreisen sozialistischer Politiker fingoistische Instinkte geweckt. Demgegenüber ist es die Pflicht des internationalen Proletariats, alle Versuche, den nationalen Paroxysmus der Kapitalistenschichten auch in die proletarischen Reihen zu tragen, energisch zurückzuweisen und den strupellosen Verkehren die Erkenntnis gegenüberzustellen, daß das Proletariat jedes Staates weit größere Gegenkräfte von den herrschenden Klassen der eigenen Nationalität trennen, als von den unter gleichartigen Lebensbedingungen existierenden Massengenossen jenseits der Grenzen, mögen diese auch eine ganz andere Sprache sprechen. Will die internationale Arbeiterschaft im Kampf für eine neue sozialistische Welt ihr Ziel erreichen, dann muß sie sich, ohne Rücksicht auf Rassen- und Nationalitätsunterschiede, zu gemeinsamem Streben und Handeln zusammenfinden, dann müssen sich die vielen variierenden nationalen Eigenwillen zu einem einheitlich gerichteten, weltumspannenden Gesamtwillen vereinen, denn die hohen Menschheitsideale des Sozialismus lassen sich nicht in einem einzelnen Staat verwirklichen, wenn die ganze umgebende Welt in den Fesseln des Kapitalismus hängen bleibt.

Gerade in den letzten Jahren hat sich aufs neue gezeigt, wie sehr die Geschicke der Arbeiter aller Länder international ineinander verschlungen sind. Wie die imperialistische Expansionspolitik von dem einen Staat auf den andern übergreift, wie die sozialpolitische Rückständigkeit des einen Landes immer wieder der Kapitalistenklasse anderer Länder den Vorwand liefert, im eigenen Staatsgebiet den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung zu hinterziehen, so stützen sich auch die reaktionären Gewalten in den verschiedenen Ländern aufeinander und garantieren sich gegenseitig ihre Macht. Der Absolutismus in Rußland findet sichere Unterstützung bei dem preußischen Junkerregiment, und dieses Junkerregiment wieder hat einen Rückhalt an der russischen Bürokratenbespotie. Der Zusammenbruch des Despotismus in Rußland würde zugleich Mittel- und Westeuropa von einem drückenden Alp befreien. Und das gegenseitige Flottenrennen in Deutschland und England hindert nicht nur das letztere, die dringendsten sozialpolitischen Forderungen zu erfüllen, sondern führt auch im Deutschen Reich zur Lähmung der Sozialreform und zu fortwährenden neuen Steuerbelastungen der ärmeren Volksschichten.

Deshalb halten wir auch die Resolution der Sozialistischen Partei Frankreichs, die die Errichtung internationaler Schiedsgerichte zur Schlichtung der Streitigkeiten zwischen verschiedenen Staaten und die allgemeine Abrüstung fordert, für den wichtigsten Gegenstand der Tagesordnung des Kopenhagener Kongresses. Schon bisher hat zwar die Arbeiter-Internationale in Parlament und Presse das stielige Wettrennen und den volksfeindlichen Militarismus energisch bekämpft; aber die von bestimmten Schichten der Großbourgeoisie und des Militärabfels betriebene Verhöhnung der Völker erfordert verdoppelte und verdreifachte Gegenanstrengungen. Vor allem muß die Frage der Abrüstung in der sozialistischen Presse gründlich diskutiert und den Militärvermehrungsforderungen der Regierungen in den Parlamenten nachdrücklich die Forderung einer schnellen und umfassenden Abrüstung entgegengesetzt werden.

In dieser Bekundung internationaler Solidarität sehen wir die wichtigsten Aufgaben des Kopenhagener Weltparlamentes, doch findet sich dieses noch vor eine Reihe anderer bedeutungsvoller Fragen gestellt. Darunter vor allem die Frage: Wie stellt sich die politisch organisierte sozialistische Arbeiterschaft zur Genossenschaftsbewegung? Eine Frage, der das Internationale sozialistische Bureau folgenden Wortlaut gegeben hat: „Sollen die Genossenschaften neutral und unabhängig von den politischen Organisationen sein; sollen sie sich diesen durch ein persönliches Band oder sollen sie sich der Partei direkt anschließen?“

Eine Antwort, die alle Einzelheiten der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Partei und der Genossenschaftsbewegung regelt, wird hierauf vom Kopenhagener Kongress kaum gefunden werden können, denn nicht nur hat in den einzelnen Ländern die Genossenschaftsbewegung, je nach den besonderen historischen Entwicklungsbedingungen, verschiedene Richtungen eingeschlagen, sondern es ist auch die Genossenschafts- und Vereinsgesetzgebung der Staaten so verschiedenartig, daß das, was in dem einen Lande gestattet, im anderen gesetzlich verboten ist. Welcher Unterschied besteht zum Beispiel nicht zwischen dem deutschen und dem belgischen Genossenschaftswesen. Könnte doch in Belgien die sozialistische Tagespresse nur mit Unterstützung der Genossenschaften gegründet werden, und vermag sie doch selbst heute nur mit deren Hilfe zu existieren. Der Kopenhagener Parteitag kann deshalb nur allgemeine Richtungspunkte für die Beziehungen zwischen den sozialistischen Parteien und den Genossenschaften festsetzen; die eigentliche Regelung muß den einzelnen Landespartei selbst vorbehalten bleiben. Die deutsche Sozialdemokratie hat bekanntlich damit bereits den Anfang gemacht, indem sie auf die Tagesordnung des Kopenhagener Parteitages die Erörterung der „Genossenschaftsfrage“ setzte und zum Referenten den Genossen S. Fleißner bestellte.

Von nicht geringerer Bedeutung sind einige andere auf der Tagesordnung des Kopenhagener Kongresses stehende Fragen. Zum Beispiel die Frage, wie am besten der Arbeitslosigkeit entgegengetreten werden kann und welche Mittel die geeignetsten zu ihrer Vinderung sind: gewerkschaftliche Unterstützungskassen, kommunale und staatliche Arbeitslosenversicherungen, Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise usw.

Ferner wird sich der Kopenhagener Kongress mit den Ergebnissen der Arbeitergesetzgebung in den verschiedenen Staaten beschäftigen. Und außerdem wird voraussichtlich der von einem Teil der nordamerikanischen Genossen geforderte Ausschluß der „Asiaten“, d. h. der Japaner und Chinesen, von der Einwanderung in das Gebiet der Vereinigten Staaten, sowie der Versuch der Tschechen, die gewerkschaftlichen Organisationen Oesterreichs national zu spalten und die tschechischen Arbeiter in besonderen nationalen Gewerkschaften zu organisieren, zu längeren Auseinandersetzungen führen.

An Arbeit mangelt es demnach dem Kopenhagener Arbeiterparlament nicht, und auch an Meinungsverschiedenheiten wird es trotz des gleichen Strebens nach demselben Ziel nicht fehlen, denn die Wahl der Kampfmittel ist in weitem Maße abhängig von dem Charakter der einzelnen Staaten, von ihrem Entwicklungsstand und der Schärfe der Klassengegensätze. Nicht überall zwingt die rohe Brutalität herrschender Klassen die Arbeiterklasse in gleichem Maße zur politischen Klarheit und zur Taktik des Klassenkampfes wie in Norddeutschland. Aber trotzdem dürfen wir nach den Erfahrungen der bisherigen internationalen Parteitage mit Sicherheit darauf rechnen, daß das Ergebnis der Kopenhagener Tagung nicht nur in einer Vereinheitlichung der internationalen Arbeiterbewegung, nicht nur in einer Stärkung des Berufstums be-

stehen wird, daß wir alle Glieder einer und derselben großen sozialistischen Armee sind, sondern auch in einer wertvollen praktischen Arbeitsleistung.

Seit der ersten Tagung des internationalen sozialistischen Arbeiterkongresses in Paris (1889) — die früheren Kongresse der Internationalen Arbeiterassoziation fanden unter ganz anderen Bedingungen statt — bedeutet fast jeder der abgehaltenen internationalen Sozialistenkongresse einen weiteren Fortschritt auf dem Wege zur Verwirklichung unserer sozialistischen Ideale. Der Kopenhagener Kongress wird, wie wir hoffen, sich den früheren Tagungen würdig anreihen. Die Schwarmgeister und die Kämpfe mit individuellen und kommunistischen Anarchisten, mit Mutualisten und Reformisten, die den größten Teil der Arbeit früherer internationaler Kongresse in Anspruch nahmen, sind überwunden. Die damals noch vielfach wildgehenden Meinungen haben sich im Tageskampf geklärt und geläutert, die Erkenntnis, daß die internationale Solidarität und Verständigung die erste, wichtigste Vorbedingung für den Sieg des Proletariats ist, hat in allen sozialistischen Parteien immer mehr an Boden gewonnen — so sind die Bedingungen für ein gemeinsames, einträchtiges Zusammenarbeiten gegeben. Der Sozialismus ist längst aus dem Kindesalter herausgewachsen; er ist in jähnelnder Entwicklung zu einem weltgeschichtlichen Faktor geworden. Einst nur ein Rotschrei, eine Anklage, ist er heute die zielbewusste Politik der Arbeiterklasse, eine Politik, die auf deutlicher Erkenntnis der Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung fußt und dieser Erkenntnis die Mittel anpaßt. Die Kopenhagener Tagung wird, wenn sie leistet, was sie verspricht, eine weitere Etappe in diesem Entwicklungsprozeß sein.

Der Sozialismus in Großbritannien.

London, im August.

Während sich die sozialistische Bewegung in den festländischen Industrieländern immer mehr ausbreitet und befestigt und in Deutschland gar direkt auf jenen Entwicklungspunkt zusteuert, wo sie, wie englische Publizisten prophezeien, bald einen gewaltigen Faktor in der Umgestaltung Europas bilden wird, scheint unsere Bewegung in dem ältesten aller Industrieländer kaum merkliche Fortschritte zu machen. Nicht daß die Saat, die unsere Genossen in Großbritannien seit einer Generation rastlos ausgestreut haben, keine Früchte getragen hätte: nach allen Berichten haben unsere Agitatoren nie einen so großen und aufmerksamen Zuhörerkreis gefunden, haben die Lehren des Sozialismus nie so sehr die Herzen und Gedanken des englischen Volkes beherrscht wie heute. Aber die Form fehlt, die die große zerstreute Menge zu einem nützlichen Ganzen vereint hätte. Die sozialistisch empfindenden Arbeiter Großbritanniens und die, die uns leicht gewonnen werden könnten, gleichen den zahlreichen Goldförmchen im Sande, die erst ihren Wert gewinnen, wenn sie der Goldgräber zu einer Masse vereinigt. Auch der Einfluß sozialistischer Gedanken auf die Gesetzgebung dieses Landes ist unverkennbar. Manche, wie die Fabier und andere, haben sich an diesen moralischen Erfolgen unserer Propaganda so sehr berauscht, daß sie diese Tätigkeit als der sozialistischen Weisheit letzten Schluß ansehen. Diese Politik führt aber zum Verderben, zur Aufgabe der Hoffnung auf die Herrschaft des Proletariats im Staate. Hat doch die Erfahrung bewiesen, daß eine Reformpolitik, die der Arbeiterschaft einen gewissen Anteil an dem kulturellen Fortschritt gewährt, auch bei der Herrschaft bürgerlicher Parteien denkbar ist. Dem Druck der öffentlichen Meinung und dem Einfluß der sozialpolitischen Beispiele anderer Länder folgend, gaben die Konservativen dem englischen Volke das Unfallerschadigungsgesetz und die Liberalen das Alterspensionsgesetz. Solche Ansichten führen am Ende zurück auf die politischen Ideen der englischen Altgewerkschafter, die sich die Arbeitervertreter als einen Teil der großen und mächtigen liberalen Partei dachten, auf die man bei Gelegenheiten einen Druck ausüben konnte. Würde man den Fortschritt des Sozialismus in Großbritannien nach dem Einfluß beurteilen, den unsere Ideen auf die reformatorische Tätigkeit des Parlaments gehabt haben, so könnte man leicht zu dem Schluß kommen, daß es mit unserer Sache hierzulande gar nicht übel bestellt sei. Aber für denjenigen, der neben der täglichen Reformarbeit, die die der kapitalistischen Klasse stets günstiger werdende Verteilung des Arbeitsproduktes nicht berührt, die eigentlichen Probleme des Sozialismus, die nach unserer Auffassung nur durch eine übermächtige sozialistische Arbeiterpartei gelöst werden können, nicht vergißt, bietet der gegenwärtige Zustand unserer Bewegung in Großbritannien kein erbauliches Bild.

Der Sozialismus macht augenblicklich in diesem Lande eine Pause — „slump“ nennen es die englischen Genossen — durch. Eine große Unzufriedenheit mit der Politik der

Die Interaktions-Gebühr
Beträgt für die jedesgehaltene Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengesuche und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Insetale für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Parlamentenbetreter und der ungelungenen Zersplitterung der Streitkräfte hat weite Kreise der sozialistischen Arbeiter ergriffen. Mögen sich auch gewisse Führer alle Mühe geben, diese Unzufriedenheit zu leugnen oder herabzusetzen; die Handlungsweise der Minorität des Parteivorstandes der S. D. P., die vor kurzer Zeit ein jetzt überall diskutiertes Manifest gegen die Politik der Arbeiterpartei im Parlament an die Zweigvereine der S. D. P. verschickte, beweist, daß man es mit einer inneren Bewegung zu tun hat, die man nicht unterschätzen kann. Aber auch innerhalb der Independent Labour Party, der größten der sozialistischen Parteien Großbritanniens, macht sich eine Ungeduld mit den herrschenden Zuständen bemerkbar, die man wohl als die Vorboten gefährlicher Zustände in unserem Lager ansehen kann. Doch bevor wir auf die Entwicklung und die Entwicklungsmöglichkeiten der jetzigen Zustände eingehen, ist es notwendig, ein knappes Bild von dem Zustand der bestehenden sozialistischen Organisationen zu geben.

Der Umstand, daß verschiedene sozialistische Organisationen die Zahl ihrer Mitglieder aus irgendeinem Grunde nicht bekannt geben, macht es schwer, die Gesamtzahl der in sozialistischen Parteien und Vereinen organisierten Arbeiter anzugeben. Rechnet man die Papiersoldaten ab, so dürfte sich die Zahl der Arbeiter, die ihrer sozialistischen Ueberzeugung durch die Zahlung eines Beitrages an irgendeine der sozialistischen Organisationen Ausdruck verleihen, auf nicht mehr als 50 000 für ganz Großbritannien stellen. Diese 50 000 verteilen sich auf mehr als ein halbes Duzend Verbände und Vereine, von denen jedoch nur der S. D. P. (Unabhängigen Arbeiterpartei), der S. D. P. (Sozialdemokratischen Partei) und der Fabianischen Gesellschaft Bedeutung zukommt. Von den drei Organisationen umfaßt die S. D. P. drei Fünftel aller organisierten englischen Sozialisten.

Die älteste der sozialistischen Parteien Großbritanniens ist die S. D. P., die es trotz ihrer langen propagandistischen Tätigkeit noch zu keinen handgreiflichen Erfolgen gebracht hat, wiewohl man nicht leugnen kann, daß sie viel zur Verbreitung sozialistischer Ideen beigetragen hat. Als ihre ersten Führer gelten Hyndman, Quells und Burrows. Ihre Hauptstärke hat die Partei in London, Northampton, Bristol, Bradford, Southampton, Burnley und Coventry. Die Parteipresse besteht aus dem Wochenblatt „Justice“ (Gerechtigkeit), das noch heute einen harten Kampf um die Existenz zu kämpfen hat, und der Monatschrift „Social Democrat“. In einer Reihe von Gemeinderäten und anderen lokalen Verwaltungskörperschaften hat die S. D. P. Vertreter, doch ist es ihr bis jetzt noch nicht gelungen, einen Sozialdemokraten ins Parlament zu schicken. Eines ihrer Mitglieder, Will Thorne, sitzt zwar im Parlament, jedoch nicht als Sozialdemokrat, sondern als Arbeiterpartei. Auf kurze Zeit gehörte die S. D. P. der Arbeiterpartei an, trennte sich jedoch los, weil ihre Mitglieder der Ansicht waren, daß die Arbeiterpartei kein Feld für die Ausbreitung sozialistischer Gedanken böte. Ob die S. D. P. damit klug handelte, ist von ihren Kritikern häufig in Frage gestellt worden. Man wies nicht mit Unrecht darauf hin, daß durch den Abzug der radikalen sozialistischen Elemente der ohnehin schon überwiegend stark nichtsozialistische Flügel der Arbeiterpartei, die die für unsere Propaganda zunächst in Frage kommenden Schichten der britischen Arbeiterschaft enthält, nur um so stärker wurde. Wie alle selbständigen politischen Vereinigungen der Arbeiter Großbritanniens, hatte auch die S. D. P. unter der schlaun berechnenden Politik der Liberalen, die vor fünf Jahren ans Ruder kamen, zu leiden. Die Liberalen nahmen eine der von den englischen Sozialisten propagierten Forderungen, gewährten unter großem Paukenschlag ein Rivelschen daron und löten damit Verwirrung unter die sich eben zur politischen Selbständigkeit und Klarheit emporschwingende Arbeiterschaft Großbritanniens. Die Niedergeschlagenheit, die diese Folgen der liberalen Diplomatie in den Reihen der Genossen hervorriefen, kam auf dem zu Ostern abgehaltenen Parteitag der S. D. P. drastisch zum Ausdruck, als Burrows, einer der wackersten Kämpfer der Partei, erklärte, daß die Politik der S. D. P. bankrott sei. Der Parteitag ließ es jedoch bei solchen Jeremiaden nicht bewenden, sondern beschloß, praktische Schritte zur Besserung der zerrissenen Parteiverhältnisse zu tun und eine Verständigung mit den Genossen anderer sozialistischer Organisationen anzubahnen. Dieser Beschluß ist nun soweit gereift, daß in nächster Zeit eine Konferenz zwischen Vertretern der S. D. P., der I. L. P., der Fabianischen Gesellschaft und der Arbeiterpartei zusammentreten wird. Eine der unaussprechlichen Begleitererscheinungen der Zerrissenheit war die von Führern und Mannschaften der Parteien geübte Disziplinlosigkeit, die bei der S. D. P. vor kurzem in der bedauerlichen Handlungsweise Hyndmans, der in einem reaktionären Blatt einen flottenhastischen Artikel veröffentlichte, ihren Höhepunkt erreichte.

Als zweitälteste der sozialistischen Vereinigungen gilt die 1884 gegründete Fabianische Gesellschaft, die gegenwärtig etwa 3000 Mitglieder zählt. Diese Gesellschaft versucht, sozialistische Ideen unter den Angehörigen der mittleren und oberen Gesellschaftsschichten zu verbreiten und setzt sich in der Hauptsache aus bürgerlichen Elementen, Gelehrten, Publizisten, liberalen Sozialpolitikern und anderen, zusammen. Sie ist der Arbeiterpartei angeschlossen und stellte bei den letzten Wahlen einen eigenen Kandidaten auf, der aber mit Sang und Klang durchfiel. Die Wirkung der von dieser Gesellschaft herausgegebenen Traktate ist nicht zu unterschätzen; aber man kann nicht sagen, daß die Achtung des Publikums vor der Fabianischen Gesellschaft in den letzten Jahren gestiegen ist. Die Presse nimmt die Fabianer nicht sehr ernst und dies ist hauptsächlich dem superklugen und oft gezwungen-wichtigen Gebaren zuzuschreiben, das die Jünger Shaw's zur Schau tragen. Niemand wird etwas dagegen haben, wenn von ihnen der Sozialismus dann und wann mit sprudelnder Lebendigkeit und wichtigen Paradoxen vorgetragen wird; aber was bei Bernhard Shaw natürlich und ungezwungen klingt, trägt bei seinen Anhängern den Schein oder Nachahmung und Ungereimtheit.

Als die größte und tätigste der sozialistischen Parteien ist schließlich die I. L. P. mit ihren über 30 000 zahlenden Mitgliedern anzuführen. Sie wurde im Jahre 1893 gegründet, und zwar von Sozialisten, die mit der Politik der älteren S. D. P. nicht einverstanden waren. Als ihre Führer gelten Keir Hardie, Macdonald und Snowden. Die Partei veröffentlicht ein Wochenblatt, den „Labour Leader“, und eine Monatschrift, die „Socialist Review“. Eine bedeutende Zahl der Mitglieder sitzen in Gemeinderäten und ähnlichen Vertretungskörperschaften. Im Parlament hat sie folgende Vertreter: Keir Hardie, Macdonald, Snowden, Barker, Rowett, Clunes und Pointer. Die I. L. P. bildet den eigentlichen sozialistischen Flügel der Arbeiterpartei, mit der sie im

Kaufe der Zeit so eng verwichen ist, daß man ihre Tätigkeit nicht schildern kann, ohne auf die Lage und Entwicklung der letzteren selbst einzugehen.

Auf die gegenwärtig in der Independent Labor Party herrschende Unzufriedenheit ist schon vorher hingewiesen worden. Die offiziellen und offiziellen Führer der Partei leisten der Sache des Sozialismus wahrhaftig keinen Dienst, wenn sie, wie sie es jetzt tun, der Kritik dadurch zu begegnen versuchen, daß sie die Führer der Unzufriedenen herabsagen oder lächerlich machen. Die Verantwortung der Kritiken war überhaupt bisher immer die schwache Seite dieser parlamentarier, und der Redakteur der „Socialist Review“, der sich hat einreden lassen, er sei ein staatsmännisches Genie, behandelt seine einheimischen wie ausländischen Kritiker in jenem hochtrabenden Ton, den er seiner hohen Würde schuldig zu sein glaubt. Dem aufmerksamen Beobachter wird es jedoch nicht entgehen, daß wir vor einer folgenschweren inneren Krise der I. L. P. stehen, die durch die jüngste Entwicklung der Arbeiterpartei heraufbeschworen worden ist. Glaubten die Genossen der I. L. P. zuerst, die Arbeiterpartei in sozialistische Bahnen lenken zu können, so wurden sie bald durch die Entwicklung dieser Partei enttäuscht. Noch im Jahre 1908 auf dem Kongreß zu Hull, wo die Delegierten der Arbeiterpartei eine Resolution annahmen, die den Sozialismus als das Endziel der Partei bezeichnete, konnte man mit Recht annehmen, daß die Entwicklung der Arbeiterpartei zum Sozialismus nur noch eine Frage der Zeit sei. Seitdem hat sich manches geändert. Gerade die Führer, die dieser Entwicklung hätten Vorhieb leisten sollen, bremsen und protestierten gegen den Versuch, die Arbeiterpartei und die Gewerkschaftsführer auf das sozialistische Programm zu verpflichten. Als dazu dann nach den letzten Wahlen die liberalen Bergarbeiterführer zur Partei stießen, schien es, als habe der Sozialismus innerhalb der Arbeiterpartei überhaupt die Sprache verloren. Dieser Wandel in dem Charakter der Partei konnte den Mitgliedern der I. L. P., die vor allen Dingen eine sozialistische Partei im Parlament sehen wollten, nicht entgehen. Die Enttäuschung über die Entwicklung der Dinge bildet die Grundstimmung der herrschenden Unzufriedenheit.

Mannigfaltige Fäden verbinden die liberal denkende Majorität der Arbeiterpartei mit der liberalen Partei und lassen bei der ersten keine entschiedene Opposition gegen die Regierung aufkommen. Und eine solche Opposition wäre gerade in den vergangenen Monaten, nachdem Asquith die Wählerchaft schände verraten, am Plage gewesen. Auf die Mehrzahl der englischen Genossen machte das Verhalten gewisser Arbeiterparteierteil beim Zusammentritt des Parlaments einen geradezu niederschmetternden Eindruck. Die kühne Parole, die der eben erlorene Führer Barnes gegeben hatte, war kaum bekannt geworden, als sich schon sozialistische Arbeiterparteierteil daran machten, ihren Führer zu desavouieren. Und wie demütigend war nicht die Szene, die sich darauf im Parlament abspielte. Der Führer der Arbeiterpartei mußte erklären, daß er zu dem eingestandenen Verrat des Premierministers keine Erklärung abgeben konnte. Er konnte sich auf seine Mannschaften nicht verlassen. Die Konservativen höhnten und die Liberalen hatten ein herablassendes Nicken. Den peinlichen Eindruck haben die tapferen Reden, die verschiedene Arbeiterparteierteil seitdem im Parlament gehalten haben, nicht verwischen können. Auch die allgemeine Unterstützung, die die Arbeiterpartei der Regierung hat angeheihen lassen, ist nicht nach dem Geschmach vieler englischer Genossen. Diese Unterstützung beruht, wie es scheint, in letzter Hinsicht auf der offensibaren Schwäche der Partei in den Wahlkreisen. Wenn die letzten Wahlen die Liberalen etwas gelehrt haben, so ist es die Tatsache, daß die Arbeiterwähler in den weitläufigsten Kreisen, in denen sie zwischen dem Konservativen, Linkliberalen und Arbeiterparteierteil zu wählen haben, dem Linkliberalen den Vorzug geben. Das deutet darauf hin, daß viele, wenn nicht die meisten der Arbeiterparteierteil im Parlament bei der Wahl von der liberalen Günst abhängig sind.

Auf die Leiden und Sorgen der Arbeiterpartei einzugehen, liegt nicht im Rahmen dieses Artikels. Die Arbeiterpartei mußte hier nur gestreift werden, weil ihr Schicksal so innig mit dem der größten sozialistischen Organisation verknüpft ist. Die Kämpfe, die die Genossen der I. L. P. auszufechten haben, sind theoretischer wie auch taktischer Natur; das beweist schon die Tatsache, daß sich beide Parteien ihre Namen aus der Geschichte der deutschen Parteikämpfe holen. Die Alten, die ihre Position verteidigen, pochen auf den Namen revolutionären Sozialismus heran. Unsere Sympathie, das braucht kaum gesagt zu werden, ist mit den revolutionären Elementen der Partei. Noch sind die Streitobjekte, wie immer zu Anfang solcher Kämpfe, nicht scharf umgrenzt, aber es läßt sich heute schon erkennen, daß es eine der ersten Aufgaben der I. L. P. sein wird, ihre Parlamentsvertreter daran zu erinnern, daß man sie nicht ins Parlament geschickt hat, um farblose Arbeiterpolitik zu treiben, und daß sie in erster Linie Sozialdemokraten und nicht Arbeiterparteierteil sind.

Die sozialistische Partei Frankreichs.

Paris, im August.

Der französische Sozialismus und die „geeinigte Partei“ — diese zwei politischen Begriffe haben sich in den letzten Jahren derart genähert, daß man wohl schon von ihrer Einheit sprechen darf. Die öffentliche Meinung erkennt in der geeinigten Partei die natürliche politische Organisation des revolutionären Proletariats an. Der „unabhängige“ Sozialismus, ein loses Gemenge von Kleinbürgerlicher Demokratie und verräterischem Stöberthum, kommt als Partei überhaupt nicht mehr in Betracht, trotzdem seine Gläubiger in der Krise des bürgerlichen Radikalismus zur Regierung gelangt sind. Je schärfer sich aber die Umrisse des Parteikörpers in den Kämpfen der Demokratie ausgebildet haben, desto stärker ist auch unter den Parteigenossen selbst das Bewußtsein der Parteizugehörigkeit, der Parteisolidarität geworden. Jeder Parteitag, jede Parteidiskussion bezeugt die Unzerbrechlichkeit der Einheit, über die die Gegner so gerne gepöbeln haben. Die Verschärfung des Klassenkampfes entscheidet, trotz aller Schlässe und Prophezeiungen aus dem der Parteidisziplin angeblich unbesiegbare widerstrebende „Nationalcharakter“. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß in der geeinigten Partei die alten Gegensätze in der Auffassung der Entwicklung der Gesellschaft zum Sozialismus verschwunden sind oder daß auch nur ihre Diskussion an Lebhaftigkeit und Leidenschaft nachgelassen hat. Die Agrarfrage, die Altersversicherung, die Genossenschaftsfrage, die Frage der Bedeutung der sozialen Reformen überhaupt haben in den letzten Jahren hitzige Debatten hervorgerufen, die die Partei noch immer aus zwei großen Heerlagern zusammengesetzt zeigen, deren eines die durch Jules Guesde vertretene Auffassung der

Marginalen Lehren in der Parteipolitik durchzusetzen versuchte, während der andere im wesentlichen den vor allem von Jean Jaurès verfolgten Reformismus, der den Reformen selbst einen revolutionären Wert zuschreibt zur Richtschnur des Parteibewusstseins und der Parteipolitik zu machen bestrebt war. In der Politik der Partei kommen indes die Gegensätze wenig zur Geltung, da die fortschreitend sozialreaktionäre Politik der radikalen Bourgeoisie die Partei in die schärfste Oppositionstellung hineinzwang. Die Phrase vom „republikanischen Blut“ hat ausgespielt und wird in der geeinigten Partei nur noch von ganz wenig Eigenbrötlern gepflegt, deren Parteizugehörigkeit überhaupt nur der Unlust der Genossen zuzuschreiben ist, um einiger einflußloser Personen willen „Affären“ zu schaffen.

Der wachsenden politischen Bedeutung der geeinigten Partei entspricht die Entwicklung der Organisation nur in beschränktem Maße. 1908, vor dem Stuttgarter Kongreß, zählte die Partei 43 462 zahlende Mitglieder. Seither ist sie stetig, aber doch verhältnismäßig langsam gewachsen. Der Bericht des Nationalrats an den Kongreß in Rimes im Februar d. J. verzeichnete eine Mitgliederzahl von 53 928. Das ist sicher sehr wenig, namentlich wenn man die Zahlen mit der der sozialistischen Wähler vergleicht, die im Mai d. J. 1 106 047 betrug. Indes wäre es ungerecht, etwa deutsche Maßstäbe anzulegen. In der französischen Demokratie — und namentlich auch in der sozialrevolutionären Bewegung mit ihren starken putzistischen Traditionen war ebendem ein geschlossenes, finanziell auf die Steuerwilligkeit der Mitglieder gestelltes Parteiwesen ganz unbekannt. Die geeinigte Partei ist in dieser Beziehung eine neue Erscheinung, und was sie unter den schwierigen historischen Umständen erreicht hat, wird von den bürgerlichen Parteien mit Verwunderung angesehen. Natürlich ist aber die große propagandistische Arbeit der Partei aus den Beiträgen der Mitgliedschaft nicht zu bestreiten und auch nicht aus den Erträgen der Parteiuoternehmungen. In dieser Situation war der Beschluß des Parlaments über die Erhöhung der Deputiertenindemnität von 9000 auf 15 000 Fr. für die Parteikasse ein glückliches Ereignis, da die Deputiertensteuer von 9000 Fr. ihr sehr ansehnliche Summen zuführt. Durch diese neue Quelle und durch die Steigerung der allgemeinen Parteieinnahmen ist das Budget des Zentralorganismus der Partei von 59 781 Fr. im Jahre 1906 auf 128 894 Fr. im Jahre 1908 gewachsen.

Die Entwicklung der Presse zeigt ebenfalls ein allmähliches Fortschreiten, namentlich in der Provinz, die jetzt drei sozialistische Tagesblätter: in Toulouse, Limoges und Grenoble hat. Die „Humanité“, die jetzt auch als Organ der Partei gelten muß, da diese statutengemäß im Verwaltungsrat die Mehrheit hat und da der Parteitag ihren politischen Direktor ernimmt, hat dagegen noch immer genug zu kämpfen und die Wera des Defizits noch nicht hinter sich. Die regionale Presse zählt außerdem zwei zweimal wöchentlich erscheinende, 41 Wochenblätter und drei Monatsblätter. Das offizielle Parteiwochenblatt „Le Socialiste“ geht trotz aller Parteitag- und Nationalratsbeschlüsse zurück. Es leidet unter der Verküpfung der in den letzten Jahren gegründeten Organe, die bestimmte Tendenzen innerhalb der Partei vertreten und von denen die „Guerre Sociale“ mit ihrer journalistisch außerordentlich geschickten anarcho-sozialistischen Propaganda auf die jüngeren Elemente einen unstrichig bedeutenden Einfluß ausübt. Jules Guesdes Richtung hat ein wöchentliches Organ im „Socialiste“. Die wissenschaftliche „Revue Socialiste“ des extrem-reformistischen Professors Bourruide ist jetzt mit der „Revue syndicaliste“ des Genossen Albert Thomas vereinigt. Sie gibt auch der Genossenschaftsfrage einen breiten Raum.

Den sichtbarsten Erfolg hat die Partei bei den Wahlen dieses Jahres erzielt. Sie steigerte ihre Stimmenzahl, die 877 009 im Jahre 1906 betrug, um 228 048, also um mehr als 20 Proz. Sie setzte 74 Kandidaten durch, gegen 54 im Jahre 1906. Es ist nicht zu bestreiten, daß eine Menge günstiger Zufälle und augenblicklicher Konstellationen namentlich bei dem Mandatgewinn mitgespielt haben, indes tritt doch eine höchst bedeutungsvolle Tatsache hervor: das Eindringen der sozialistischen Ideen in die Landarbeiterschaft und das Kleinbauernum. Die Wahlen für die Generalräte haben diese Tatsache, die bei dem vorwiegend agrarischen Charakter des Landes für seine künftige Geschichte von entscheidender Bedeutung ist, bestätigt. Die Fortschritte des Sozialismus in der Landbevölkerung erklären sich einestheils aus dem politischen Bankrott des Radikalismus, der seine Unfähigkeit, mit seinem Programm ernst zu machen, gezeigt hat, andererseits aus dem offensibaren kapitalistischen Schmarogertum, das alle Kräfte der Republik aufkugelt und Regierung, Verwaltung und Justiz nach seiner Pfeife tanzen läßt, wie erst jüngst die Affäre Rochette gezeigt hat.

Das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften ist in den letzten Jahren unstrichig besser geworden. Wenn man von einem Zusammenarbeiten noch lange nicht sprechen kann, so ist doch an die Stelle des gegeneinanderarbeitens im ganzen und großen ein Neben-einanderarbeiten ohne unnötige Reibungen getreten. Der revolutionäre Syndikalismus hat aus bitteren Erfahrungen gelernt, auf die „entschlossenen Minoritäten“ und die „revolutionäre Gymnastik“ nicht unbedingt zu vertrauen. Auch ist das Selbstvertrauen der Partei im Zunehmen, die ebendem, namentlich in Paris, alle Demonstrationenpolitik ohne weiteres dem Gewerkschaftsverband überließ. Die großartige Kundgebung nach dem Justizmord an Ferrer hat der Pariser Bevölkerung gezeigt, daß das Proletariat bereit ist, dem Ruf der sozialistischen Partei zu folgen. Gegen das unverantwortliche, aus grenzenloser Ueberhebung geborene demagogische Treiben der „Injurktionellen“ haben sich die einsichtigen Gewerkschaftler gelegentlich mit einer Entschiedenheit gewendet, vor der die geeinigte Partei lange zurückgeschreckt hatte. Endlich hat auch das Eintreten namhafter Mitglieder der Arbeiterkonföderation, wie des Genossen Sauré im Parlament eine ausgezeichnete Demonstration a oculos herbeigeführt, daß die Arbeiterpolitik des Wirkens im Parlamente nicht entraten und daß sie keine andere als eine sozialistische Politik sein kann.

Die geeinigte sozialistische Partei steht in der allgemeinen Ermüdung der Demokratie allein kraftvoll und zuversichtlich da. Sie allein genießt das Vertrauen großer Massen und sieht ihr Ansehen und die Zahl ihrer Anhänger stetig wachsen. So darf sie getrost der Zukunft entgegengehen, die sie berufen wird, eine wachsende Rolle in der Entwicklung der französischen Gesellschaft zu spielen und ihre Aufgabe im Kampf für die Emanzipation der Arbeit zu erfüllen.

Die Krise des Internationalismus in Oesterreich.

Wien, im August.

Mit anderen Gefühlen als vor drei Jahren zum Stuttgarter Kongreß treten die Delegierten aus den österreichischen Ländern diesmal die Reise nach Kopenhagen an. Die Stuttgarter Tagung fand die österreichischen Sozialdemokraten im Triumph ihres Sieges über das ganze alte und bürgerliche Oesterreich: in ihrem glorreichen Wahlrechtskampfe hatten sie die Burgen der Privilegien erstürmt, die politischen Vor-

rechte niedergedrückt und den Arbeitern in dem historischen Rande des Unrechts und der Ungleichheit das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für das Reichsparlament erstritten. Und dem sieghaften Wahlrechtskampfe reihte sich ein ebenso erfolgreicher Wahlkampf an: bei den allgemeinen Wahlen für das Abgeordnetenhaus des Reichsrats zählte die Gesamtpartei mehr als eine Million Stimmen und nannte 87 Abgeordnete ihr eigen. Nun ist die Weltgeschichte nicht so gefällig, das Proletariat ständig vor große Kriege und weittragende Entscheidungen zu stellen; also ist es erklärlich, daß die Hochspannung jener geschichtlichen, gewitterschweren Zeit von dem Tagewerk der Detailsämpfe abgelöst werden mußte, die in Oesterreich infolge der inneren Wirren des Nationalitätenstaates allzu leicht den Charakter des Bergelichen und Unerprießlichen empfangen. Aber das Bewußtsein dieses Unterschiedes ist es nicht, das auf der österreichischen Sozialdemokratie heute mit dumpfer Schwere lastet. Was sich in den drei Jahren in Oesterreich geändert hat, ist die Ueberzeugung von der Festigkeit und Untrüglichkeit des internationalen Gedankens in diesem Staate, dessen Sozialdemokratie sich gerade in der Verwirklichung und Befestigung der internationalen Solidarität, der internationalen Geschlossenheit so fruchtbar erwiesen hat, so vorbildlich gewesen ist. Mit Stolz konnten die Sozialdemokraten in diesen Ländern auf ihre eigene Internationale weisen, auf ihre Gesamtpartei blicken, die es, allem Chauvinismus der Bürgerlichen zum Trotz, zuwege gebracht hat, dem leuchtenden Gedanken des internationalen Sozialismus mit gleicher Leidenschaft in der Arbeiterschaft aller Nationen lebendige Kraft zu verleihen und über alle nationalen Unterschiede hinweg eine einheitliche Sozialdemokratie in jedem Proletariat heimisch zu machen. Daß diese Gewißheit heute erschüttert ist, daß sie von der tschechischen Gruppe eine immer deutlichere Anfechtung erfährt, ist die quälende Sorge, die die Delegierten aus Oesterreich zum Weltkongreß der Sozialdemokratie begleitet. Denn nicht weniger ist der Konflikt, der sich zwischen der deutschen Sozialdemokratie, zu der die Sozialdemokratie aller anderen Nationen steht, auf der einen und der tschechischen auf der anderen Seite aufgetan hat, als die Krise des Internationalismus. Was an einzelnen Differenzen ihn entzündet hat und ihm immer neue Nahrung zuträgt, läßt sich mit dem einen Satze sagen: die tschechischen Genossen verleugnen den Gedanken einer internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, einer Gesamtpartei, von der die nationalen Gruppen eben nur Teile sind, vielmehr ist ihr Ideal heute die Auflösung der einheitlichen Partei in nationale Parteien, die voneinander völlig unabhängig, also, wie sie es in ihren Staatsrechtsreminiszenzen sagen, „gänzlich selbständig“ sind, deren Verhältnis also auf die proletarische Solidarität mit den ausländischen Bruderparteien reduziert werden soll. Wenn die sozialdemokratische Internationalität der Gedanke, des Verbindens, Verknüpfens und Zusammen-schließens ist, so ist der Grundgedanke der tschechischen Sozialdemokratie heute der Separatismus: der Trennung und Absonderung auf allen Gebieten, der politischen Partei, der gewerkschaftlichen und der genossenschaftlichen Organisation, kurz der Zerprengung der Gesamtpartei in lose Trümmer auf allen Kampfpunkten des Sozialismus — was sie dann die „Verelbständigung“ der tschechischen Sozialdemokratie nennt. Aber wie soll der proletarische Klassenkampf geführt werden, wenn das Proletariat in einem und demselben Staate mit denselben und gleichen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen des Klassenkampfes keine Einheit aufgibt und an Stelle der geschlossenen einen und einheitlichen Partei einen nebelhaften Föderalismus sich hingibt, der das alte Wort der Cäsaren dieses Staates in die neue Maxime umsetzt: Teilet euch, damit ihr leichter beherrscht werden könnt! Die Zerlegung der internationalen Sozialdemokratie wäre für das gesamte Proletariat in Oesterreich eine so verhängnisvolle Entwicklung, daß die Hoffnung nicht aufgegeben werden darf, aus der Krise des Internationalismus, die wir nun wahrnehmen, werde sich die Grundüberzeugung wieder zur vollen Klarheit durchdringen, daß der Separatismus, der mit der vernünftigen und zweckmäßigen Autonomie nichts gemein hat, eine ebenso unhaltbare als gefährliche Auslegung der Internationalität ist, und über ihn werde die Erkenntnis von der Notwendigkeit der solidarischen Einheitslichkeit am Schlusse wieder Sieger bleiben. Dazu kann der internationale Kongreß wesentlich helfen. Denn er die Resolution annimmt, die ihm die österreichische Reichsgewerkschaftskommission vorlegt und die von ihm nichts anderes fordert als die Befestigung der Stuttgarter Resolution, welche die Einheit der Gewerkschaftsbewegung für jeden Staat verknüpft hat; wenn er erklärt, daß die sozialdemokratische Internationalität den zwei- und ziellosen Separatismus nicht zuläßt, vielmehr ihn strikte ausschließt, so wird er dem Proletariat in Oesterreich einen Wegweiser geboten haben, der es aus den augenblicklichen Irrtümern und Abwegen heraus- und auf den internationalen Weg zurückführt. Es ist dieser Beschluß, den die Klassenbewußte Arbeiterschaft aller Nationen in Oesterreich von unserem Kongreß erwartet und erhofft.

Von dieser Sorge und Frage abgesehen, befindet sich die Sozialdemokratie in Oesterreich, und dies innerhalb aller Nationen, in einem, wenngleich als Folge der wirtschaftlichen Krise nicht stürmischen, so doch allgemeinen, sicheren und erfreulichen Fortschritt. Sie hat in allen Völkern die Kindheitsmerkmale längst überwunden und ist in ihrer Gesamtheit ein ebenbürtiges Glied der großen Internationale, die nach Kopenhagen ihre Vertretung zur sozialdemokratischen Vertagung entsendet. In allen Nationen werden die Organisationen ausgebaut, wächst die Größe und die Kraft des Kerns der Bewegung, überall steigen die Zahlen der Leser der sozialdemokratischen Zeitungen, vertieft sich der gewerkschaftliche Gedanke und verbreitet sich der genossenschaftliche; zumal dieser, der auf dem Kongreß einer prinzipiellen Beratung unterzogen werden soll, hat in Oesterreich einen ganz überraschenden Aufschwung genommen. Auch ist die Gesamtpartei in der zellsicheren Beurteilung der politischen Erfordernisse und Möglichkeiten durchaus einig; von anderen Fernwürnissen und Differenzen als von den nationalen ist sie bis heute niemals heimgeflucht worden. Am letzten Ende sind die nationalen Streitfragen der Sozialdemokratie die traurige Wirkung der entsetzlichen Wirren dieses Staates, die einer Lösung so bedürftig und so wenig zugänglich sind. Und wenn die Stunde und der Tag wiederkommen werden — und die herrschenden heutigetägigen Klassen werden dafür sorgen, daß sie bald kommen werden —, so wird die Sozialdemokratie in Oesterreich nicht nur ihre bewährte Schlagkraft erweisen, sondern auch ihre alte Einigkeit wieder finden. Wir stehen einen Moment stille, um sodann mit erneuter und vermehrter Kraft vorwärts zu gehen.

Die italienische Partei am Vorabend des Internationalen Kongresses.

Rom, im August.

Man dürfte nicht fehl gehen, wenn man behauptet, daß die aufsteigende wirtschaftliche Lage, in der sich Italien seit Jahren befindet, in dem Zeitraum seit dem letzten Internationalen Kongreß nicht von jenem Aufstieg des Proletariats und der Festigung seiner politischen Organisation begleitet war, die man von sozialistischer Seite erwartet und erhofft hatte. Wohl haben die Parlamentswahlen vom Frühjahr 1900 die Zahl der sozialistischen Mandate von 32 auf 42 erhöht, welche Zahl noch durch drei glückliche Stichwahlen vermehrt wurde, aber die Zahl der für Parteikandidaten abgegebenen Stimmen*) wies zum erstenmal einen relativen Rückgang auf. Man hat den Eindruck, daß die heutige, nunmehr schon ein Jahrzehnt währende Periode wirtschaftlichen Aufschwungs mehr der Hebung einiger Schichten und Berufsgruppen, als der der proletarischen Klasse gedient hat.

Ihre politische Formel findet diese Erscheinung in dem Ueberwiegen des Begriffs der Demokratie über den des Sozialismus. In der Tat erleidet eine günstige wirtschaftliche Konstellation eine Reihe von Errungenschaften, die, ohne der Masse des Proletariats zugute zu kommen, demokratischer Natur sind, wie die Verbesserung der Löhne für die hochqualifizierten Arbeiter, die Gehaltserhöhung der Beamten, die fiskalische Begünstigung des Genossenschaftswesens usw. Günstige Konjunktur bedeutet eben vor allem verbesserte Kampfbedingungen für die obersten und verhältnismäßig privilegierten Schichten des Proletariats sowie für die Beamten-schaft und das Kleinbürgertum. In die große Masse des Proletariats sicker viel schneller die im Gefolge des Aufschwungs eintretende Verteuerung aller Lebensmittel als die Möglichkeit, sich höhere Löhne zu erkämpfen.

Hierin mag wohl der Grund liegen für den Kontrast zwischen dem politischen Gewicht der Demokratie in Italien und dem der sozialistischen Partei. So paradox dies klingen mag, so wird doch jeder Kenner italienischer Verhältnisse es zugeben müssen, daß die eigentlich lebendige Macht, die wirkliche Kampftätigkeit der Demokratie in den Sozialisten und nur in den Sozialisten liegt. Die Radikalen haben wohl Führer aber keinen Anhang; der Rückhalt, den die Republikaner im Lande haben, beschränkt sich — von vereinzelt historischen Ueberbleibseln abgesehen — auf die Romagna. Beide Parteien haben keine ernst zu nehmende Organisation und keine Disziplin. Man nehme der äußersten Linken — im Lande wie im Parlament — die Sozialisten, und es bleibt nichts übrig als eine Bühnendekoration, als eine tote Formel. So setzen wir in Italien die Demokratie stark werden, ihr Lebensoblat empfangen durch die Sozialisten, und sehen gleichzeitig neben einer starken demokratischen Bewegung eine schwache sozialistische Partei. In der Klärung dieses Scheinbaren Widerspruches liegt der Schlüssel für das Verständnis der italienischen Parteilage, sowohl der äußeren als der inneren.

Eine sozialistische Partei ohne praktische und in unserer Gesellschaft erreichbare Ziele ist ein Unding. Sobald aber die Reichhaltigkeit, mit der ein Ziel erreicht werden kann, zu einem ausschlaggebenden Maßstab der Parteifaktion wird, so ergibt sich in Zeiten günstiger Konjunktur unfehlbar eine Parteiwirksamkeit zugunsten der durch diese Konjunktur geförderten Schichten: also nicht des Proletariats als Masse, sondern einiger hochstehenden Berufsgruppen, sowie des Kleinbürgertums und der Beamten-schaft. In dieser Wirksamkeit sind der Partei Erfolge sicher. Für jedes Ministerium ist es von größter Wichtigkeit, Reformen zu gewähren, die von den Sozialisten gefordert werden und doch das Klasseninteresse der Bourgeoisie nicht ernstlich verletzen. Alle im gleichen wirtschaftlichen Aufschwungs leicht erreichbaren Reformen sind nun dieser Art. Denn der Grundcharakter des Klassenkonfliktes zwischen Bourgeoisie und Proletariat erfährt keinerlei Umgestaltung durch Günst und Ungünst der Konjunktur. Wenn die Beute der herrschenden Klasse wächst, ist diese wohl bereit, dieser oder jener Gruppe Zugeständnisse zu machen, aber keineswegs ist sie in solchen Perioden weniger gewohnt und weniger gewillt, das System zu verteidigen, das allein ihre die Beute ermöglicht.

Will also eine sozialistische Partei mit dem geringsten Kraftaufwand den größten praktischen Erfolg erzielen, so wird sie in Zeiten günstiger Konjunktur unwillkürlich und unbewußt zum Sachwalter der Interessen einzelner Schichten und nicht des ganzen Proletariats.

Das ist in Italien in hohem Maße geschehen. Keine Partei hat hier solche Verdienste um die Beamten-schaft erworben, wie die sozialistische. Es gehört zu den alltäglichen Ereignissen, daß Staatsbeamte öffentlich für sozialistische Kandidaten eintreten. In keinem anderen Lande genießt das Genossenschaftswesen die Privilegien, die ihm das letzte Jahrzehnt in Italien verschafft hat. So verfährt die Partei über eine zahlreiche Klientel, die ihr Dank schuldet und auch bezeugt, die aber natürlicherweise nicht unserer Parteiorganisation angehört. Diese Klientel, die eine nicht unbedeutende Wahlmacht darstellt, ist ihrem Denken und Empfinden nach nicht sozialistisch, schwört aber auf die sozialistische Partei, weil sie in ihr die einzig tätige Faktion der Demokratie sieht. Die praktische Arbeit, zu der sich die Partei drängte, war eben vorwiegend demokratischen und nicht sozialistischen Charakters.

Nichts wäre irriger, als dieser Erscheinung gegenüber von einem Aufgeben der Sozialisten in der bürgerlichen Demokratie zu sprechen. Das „Aufgeben“ setzt ein Verschwinden oder Zurücktreten voraus, während man in Italien nirgends auf etwas wie lebens-tätige Demokratie stößt, ohne auf Sozialisten zu stoßen. Vielmehr haben die Sozialisten die bürgerliche Demokratie angegehört. Freilich nicht um sozialistische Aktion an Stelle der demokratischen zu setzen, sondern um den bürgerlichen Demokraten ihre Arbeit abzunehmen.

So ist die bürgerliche Demokratie Italiens stark durch die Sozialisten; ja, sie behauptet nur durch diese ihren Platz auf der Bühne der Tagesgeschichte. Aber die sozialistische Partei ist schwach durch die demokratische Aktion ihrer maßgebenden Persönlichkeiten.

Wie zeigt sich diese Schwäche? Vor allem wohl in der skeptischen Gleichgültigkeit der Massen, die an die Stelle des früheren Enthusiasmus getreten ist. Die Parteiorganisation sieht ihre Mitgliederzahl zusammenschrumpfen. Auf dem Parteitag von Florenz (1900) betrug die Zahl der Organisierten 37 718, zwei Jahre später 45 000, um dann im Jahre 1906 auf 36 428 zu sinken. Der letzte Parteitag (1903) zeigte einen Organisiertenbestand von 41 594 Mitgliedern. Am 31. Juli d. J. betrug die Zahl der Organisierten nach offizieller Mitteilung des Parteivorstandes 31 000, wovon aber etwa ein Drittel die Beitritts-larten bei der Parteizentrale nicht gelöst hat. Die Zahlen der früheren Jahre beziehen sich nur auf die bei der Parteizentrale Organisierten.

Der „Avanti“ vom 30. Januar d. J. veröffentlichte eine Mitteilung, nach der die Zahl der Sektionen von 1800 auf 900 zurück-

gegangen ist. Allerdings darf man nicht vergessen, daß die Mitgliedsquote für die Zentralpartei auf dem Parteitag zu Florenz (1906) von 60 Centesimi auf 1,50 Lire erhöht wurde, was viele Sektionen bewogen haben mag, eine geringere Mitgliederzahl anzugeben.

Auch in der Parteipresse macht sich die Depression deutlich fühlbar. Die Abonnentenanzahl des „Avanti“ ist beständig im Sinken, so daß diese Frage, die schon den Parteitag von Florenz beschäftigt hat, auch den kommenden beschäftigen wird. Sozialistische Tagesblätter existieren in Italien neben dem Zentralblatt noch drei: der „Tempo“ von Mailand, der „Egemonia“ einer unter Genossen gebildeten Aktiengesellschaft ist, der „Genese“ „Lavoro“, der den Gewerkschaftsorganisationen der Provinz Genoa gehört, und die dem lokalen Parteiverbande gehörende „Provincia di Mantova“. Da der italienische Parteivorstand keinen Parteivertrag hat, existiert keine der Partei gehörende sozialistische Zeitschrift. Von Sozialisten redigiert werden die „Critica Sociale“ des Genossen Turati, der „Sempre Avanti“ der Genossen Morgari und Paoloni und das anti-kerisale Wochenschrift „Asino“, das die Gen. Bodreca und Galantara redigieren. An Wochenblättern, die der Propaganda dienen, erscheinen in Italien gegen 100, über deren Auflage und Verbreitung der kommende Parteitag Material beibringen dürfte.

Was die Tätigkeit der Sozialisten in den Gemeinden betrifft, so ist es bei dem völligen Mangel an Angaben schwer, diesem heute vielleicht fruchtbarsten Gebiet gerecht zu werden. Der Eintritt der Sozialisten in die Stadtverwaltung bedeutet in vielen Orten das Ende eines kontrolllosen Unter-sich-seins der bisherigen Verwaltung, das Ende administrativer Mißwirtschaft und gelegentlich auch einer systematischen Plünderung. Dugende von Stadtverwaltungen, so die von Reggio, Sonala, Audrio, Voltri, Gestrì, Ponente usw. sind ganz in Händen unserer Parteigenossen. In anderen, wie in Rom, Genua, Padua, Brescia, Spezia bilden sie eine Faktion der herrschenden Majorität, während sie in Turin und Venedig eine starke oppositionelle Minorität darstellen. Der Anfang September in Florenz stattfindende Kongreß der sozialistischen Gemeinderäte wird einen Ueberblick über unsere nicht unbedeutenden Errungenschaften auf diesem Gebiete ermöglichen.

Die Gewerkschaftsbewegung schreitet langsam auf dem Wege der Zentralisation fort. Die Mitglieder der allgemeinen Konföderation der Arbeit, die am Ende des Jahres 1906 308 987 waren, beliefen sich am Ende von 1909 auf rund 840 000. Die Gesamtzahl der gewerkschaftlich Organisierten ist in den letzten Jahren ungefahr stationär und betrug nach den wahrscheinlich übertriebenen offiziellen Angaben des Reichsarbeitsamtes zu Beginn des Jahres 1909 934 380, worunter 426 070 Landarbeiter. Die Zahl der Ausstände, die im Jahre 1907 mit 2288 und 514 808 Teilnehmern einen Höhepunkt erreichte, ist in starkem Rückgang, was in der wachsenden Organisation der Unterneher eine Erklärung finden dürfte. Im Jahre 1908 waren 1800 Streiks mit 854 635, im Jahre 1909 1092 und 196 132 Teilnehmern zu verzeichnen.

Gerade der Umstand, daß die Gewerkschaftsbewegung fest und machtvoll dasteht, weist einem Teil der Opposition gegen die heutige Parteiverhältnisse die Wege. Ein Teil der Arbeiterschaft sieht es, daß die Partei die sozialistische Aktion gegen die demokratische ein-tauscht und man ist hier, gerade von reformistischer Seite, auf einen alten, ewig neuen Ausweg verfallen: Erklären, wie eine Arbeiter-partei. Vor Jahr und Tag wurde derselbe Vorschlag in der „Critica Sociale“ von Turati bestritten. Auch diesmal nahm ihn unser Parteivorstand mit unbehörtem Wohlwollen auf. Ja, der Fall steht vielleicht einzig in der Parteigeschichte da, daß das Zentralorgan einer Partei mit Wohlgefallen einen Vorschlag erörtert, der das moralische Todesurteil dieser Partei einschließt. Dieser Vorschlag ans reformistisch-gewerkschaftlichem Vorgehen, die sozialistische Partei abzugeben und zu ersetzen, ist um so bedeutungsvoller, als er gerade heute gemacht wird, in einer Ära unbeschränkter und unbestrittener reformistischer Herrschaft, wie sie der Parteitag von Florenz eingeleitet hat.

Aber nicht alle innerparteiliche Opposition beschränkt sich auf das Streben, an Stelle sozialistischer Ideale die Realpolitik der Arbeiter-organisationen zu setzen. Ein Teil der Sozialisten glaubt vielmehr, daß gerade in dem Wetren dieser Ideale die Befreiung eines neuen Lebens der Partei liege. Er glaubt, daß die praktische Eröberung auch einen auf die Zukunft gerichteten Wert hat, soweit sie nämlich einen Kraftaufwand der Massen verkörpert, eine Arbeit des Proletariats an sich selbst, aber er spricht diesen Wert den zugunsten der Beamten-schaft und einzelner proletarischer Schichten eskamotierten Vorteilen ab. Was dieser Teil der Sozialisten an der „praktischen Richtung“ der Reformisten auszusetzen hat, das ist gerade die Praxis des geringen Kraftaufwandes, die an die Stelle der Erziehung der Massen nichts setzt als die Interessenvertretung eines Bruchteils des Proletariats.

Die Formen der reformistischen Aktion der letzten Jahre waren die Kräfte der Partei dahin zu verwenden, wo am meisten praktischer Erfolg zu erreichen war, und das ist natürlich immer auf den Gebieten, die in bezug auf den Klassenkampf gewissermaßen neutral sind. Erfolge sind erzielt worden, aber die meisten sind der Beamten-schaft, die wenigstens dem Proletariat in den Schöß gefallen. Es waren Erfolge der Demokratie unter sozialistischer Etikette. Sie waren nicht Sache des Proletariats und so hat das Proletariat nicht für sie gekämpft. Ja, es hat nicht einmal verstanden, warum gerade seine Partei für Errungenschaften eintrat, die das Proletariat nur ganz mittelbar angehen.

Dieses Gefühl der Unzufriedenheit und Unorientiertheit der Arbeiterschaft erreichte seinen Höhepunkt nach dem Vertrauens-votum, das die Parteifraktion dem konservativ-reformistischen Ministerium Luzzatti gewährte. Jenes Votum, dessen parlamentarische Zwecklosigkeit handgreiflich war, hat in der Partei eine heilsame Wirkung gehabt, wie die an es anschließende Agitation gezeigt hat.

Wir wollen diesen kurzen Situationsbericht nicht schließen, ohne der schweren Verluste zu gedenken, die seit dem letzten internationalen Kongreß die italienische Partei betroffen haben. Von den Vorkämpfern der ersten und opferreichsten Zeit sind zwei dahingegangen: Luigi Mongini und Andrea Costa. Mongini hat ein ganzes Leben der Arbeit in den Dienst der Partei gestellt: als Administrator des „Avanti“, als Verleger wichtiger Parteipublikationen, als langjähriger Parteisekretär. Er hat gearbeitet, wie wenige und hat auch sein bedeutendes Vermögen der Sache der Partei geopfert: ein fanatischer unverwundlicher Idealist, der mit weißen Haaren noch ein Feuerkopf war. Ein Jahr später ist ihm Costa gefolgt. Der internationale Sozialismus kennt diesen Kämpfer zu gut, als daß es hier am Platze wäre, seinem Andenken Worte zu spenden: lebt seine Gestalt doch fort in dem dankbaren Erinnern der internationalen Arbeiterschaft.

Aber mit dem Erinnern an seine Taten lebt im Proletariat auch unzerstörbar das Gedächtnis seiner eben schweren Kämpfe und des alten ewig jungen Idealismus seiner Bewegung. Das Proletariat kann Stunden der Steifis haben, es muß sie haben, wenn es die Aktion seiner Partei nicht mehr versteht und an ihr

*) Im Jahre 1904 wurden 828 016, im Jahre 1909 847 615 Stimmen für Sozialisten abgegeben.

tzr wird. Aber die geschichtlichen und psychologischen Wurzeln des sozialen Kampfes liegen zu tief in der Masse und ihrer sozialen Lage, als daß wir um die Zukunft des Baumes besorgt sein dürften. Wenn heute ein mißverständlicher Nihilkeitsstandpunkt Partei und Masse entfremden, so handelt es sich um eine Phase, an deren Abkürzung Partei und Proletariat arbeiten müssen und arbeiten werden. Beide haben Schuld an dieser Entfremdung und beide die Kraft sie aufzuheben.

Die russische Sozialdemokratie.

(Von unserem russischen Korrespondenten.)

Nach dem beispiellosen Aufschwung der Jahre 1905—1906 ist die Arbeiterbewegung in Rußland im Niedergang begriffen, was sich auf allen Gebieten des Klassenkampfes deutlich sichtbar macht. Die ersten Anzeichen des Niederganges wies in erster Linie die politische Organisation auf. In der Mitte des Jahres 1907, als die Wässer der großen Flut schon bedeutend niedriger standen, findet die sozialdemokratische Partei Rußlands doch genügend Kraft in sich, um einen Parteitag einzuberufen, auf dem 300 Delegierte circa 150 000 Arbeiter repräsentieren. Doch in den nächsten drei Jahren ist die Partei nicht mehr imstande einen Parteitag abzuhalten. 1908 kommt es zu einer engeren Parteikonferenz und das Zentralkomitee der Partei versammelt sich immer seltener und seltener; in seiner letzten Sitzung beschließt das Zentralkomitee die Einberufung einer allgemeinen Parteikonferenz während der nächsten Monate, doch ist der Parteiparat bereits zu schwach; es gelang binnen der verfloffenen sechs Monate nicht, die Konferenz vorzubereiten. Die Verbindungen zwischen den einzelnen sozialdemokratischen Ortsgruppen sind unterbrochen, sogar in den größeren Städten sind die Komitees sehr schwach, die illegale Agitationsliteratur wird unregelmäßig und in sehr beschränktem Maße herausgegeben.

1907 schien es, daß sich die ganze Energie des Proletariats von nun an auf die Gewerkschaftsorganisationen richten werde. In der Tat wuchsen die durch den Sturm 1905 zum Leben erwachten Gewerkschaften mit fieberhafter Eile; es entfielen Gewerkschaftsvereine nach den Provinzen; die Gewerkschaftspresse blüht auf. Im Anfang 1907 zählten wir 652 Ortsgewerkschaften mit 246 272 Mitgliedern. Doch auch hier ist bald ein Rückschlag der Bewegung bemerkbar. Die heftige Krise, die zehn Jahre andauert, schwächt die Gewerkschaften, verstärkt die Unternehmerverbände, die Administration verfehlt den Arbeitern einen Schlag nach dem anderen. Um nicht in Details einzugehen, sei hier nur erwähnt, daß im Laufe des Jahres 1908 doppelt soviel Gewerkschaften von der Regierung aufgelöst wurden, als man neue in derselben Zeit gründete. 1908 blieben bloß 300 Gewerkschaften mit 130 000 Mitgliedern, 1909 schon weniger als 200 mit 37 000 Mitgliedern. Ungefähr dieselbe Zahl Arbeiter, vielleicht noch weniger, sind durch Gewerkschaften gegenwärtig vereinigt.

So wie die Gewerkschaften gleichsam als Ersatz für die Partei erscheinen, entstehen die Arbeiter-Konsumvereine als Ersatz für die Gewerkschaften. Im Laufe des Jahres 1908 werden allüberall Konsumgenossenschaften gegründet, sie wachsen rasch, wie Pilze nach dem Regen. Doch schon im Laufe des folgenden Jahres vertragen die meisten von ihnen, — teils infolge der vollständigen Arbeitslosigkeit und der schrecklichen Not, die unter ihren Mitgliedern herrscht, teils infolge der Unerfahrenheit und Unverlässlichkeit des leitenden Personals, endlich infolge der polizeilichen Repressivmaßnahmen. Nur eine kleine Anzahl dieser Konsumgenossenschaften bleibt bis zu unseren Tagen bestehen. Dieses allgemeine Bild der fortschreitenden Schwächung des Klassenkampfes in dem nachrevolutionären Zeitabschnitt wird am greiflichsten durch die Zahlen der offiziellen Streitstatistik charakterisiert, so daß wir es für angemessen finden, einige hier zu bringen:

Jahre	Die ökonomischen und politischen Streits Zahl der Streits	Zahl d. Teilnehmer
1895—1904	176	43 125
1905	18 110**)	2 709 695**)
1906	6 114	1 108 406
1907	8 573	740 074
1908	892	176 101
1909	340	64 000

Die angeführten Zahlen sind unvollständig, da sie nur die den Fabrikinspektoren unterstellten industriellen Betriebe umfassen, aber die allgemeine Tendenz spiegelt sich in ihnen mit voller Deutlichkeit wieder.

Die Schwächung der Latkraft der Massen, hervorgerufen durch die grandiose Kraftanstrengung 1905, durch das schreckliche Weißbluten, das der Konter-Revolution gefolgt ist, und durch die nicht enden wollende Krise, wirkte verhängnisvoll auf das innere Leben der Partei. Je mehr sich die Partei von der Arbeitermasse löste, in sich selbst sich verschließend; je schwächer sie wurde infolge des Desertierens der sozialistischen Intelligenz sowie infolge der Polizeirepressalien, desto intensiver wurde der Kampf im Innern der Partei, desto tiefer die Spaltung unter den Fraktionen und Gruppen. Im Jahre 1905—1906 vereinigten die Bolschewiks und die Menschewiks unter dem Druck von unten ihre bis dahin von einander vollständig getrennten Organisationen. 1907 wird zwar die formelle Einheit der Partei beibehalten, doch bilden die Bolschewiks, die auf dem Londoner Parteitag wiederum die Majorität erhielten, mitten in der Partei ihre eigene Organisation mit einem besonderen geheimen Zentrum, geheim gehaltenen Geldressourcen und eigenen Vorschriften, die sie entheben von der Notwendigkeit, sich den Vorschriften der Parteileitung zu fügen. Die neuen Formen und Aufgaben der Arbeiterbewegung: Parlamentarismus, Gewerkschaften, Konsumgenossenschaften stellen jedoch sehr bald den formellen und äußeren Radikalismus der Bolschewiks auf die Probe, der mehr die unmittelbare Verschärfung eines jeden politischen Gegenstandes im Auge hat, als die Erweiterung dessen sozialer Basis. Der Urbezügler der Popkotttaktik der Duma gegenüber, der Theoretiker des Partisanentums, der

Expropriation usw., der Führer der Bolschewiks, Lenin, machte eine ziemlich rasche Evolution durch in der Richtung der „Anerkennung“ des Parlamentarismus, der Ausnutzung der legalen Möglichkeiten. Die Mehrzahl seiner Fraktion hält nicht Schritt mit ihm und die Bolschewiks spalten sich in drei Gruppen: die Anhänger Lenins, die in bedeutendem Maße ihren früheren geistigen Habitus eingebüßt, sich aber nicht von der fraktionellen Unversöhnlichkeit befreit haben; die Dissonanten (Abberufer), welche die Abberufung der Fraktion aus der Duma fordern, und die Ultimativisten, die eine mittlere Position einnehmen. Lenin hat gegenwärtig die Majorität in dem Zentralorgan „Der Sozialdemokrat“, den er im eng-fraktionellen Geiste weiterführt. Die Ultimativisten gruppieren sich um das im Auslande erscheinende „Wpered“ (Vorwärts). Die Dissonanten besitzen kein Organ. — Ein analogischer Spaltungsprozeß ging in den letzten zwei Jahren auch unter den Menschewiks vor sich. Auf dem rechten Flügel versammelten sich die sogenannten Legalisten und Liquidatoren, die mit dem Strom der Konterrevolution schwimmen, indem sie überhaupt die Notwendigkeit einer organisierten Partei negieren. Sie besitzen zwei legal erscheinende Preßorgane: „Nascha Saria“ in Petersburg und „Moskowskaja“ in Moskau. Auf dem linken Flügel bildete sich unter Führung von Plechanow eine Gruppe Menschewik-„Parteiler“, welche sich mit Lenin vereinigte in dem Kampfe gegen die Liquidatoren und die Hauptvertreter des Menschewismus: Martow, Agelrod, Martynow, Dahn, die keine ausgesprochene, bestimmte Stellung in dieser Frage einnehmen; ihr ausländisches Organ ist „Die Stimme des Sozialdemokraten“.

Noch nie standen die russischen Emigranten, die in unserer Partei eine unbehaltensmäßig große Rolle spielen, den Interessen und Anforderungen der russischen Arbeiterbewegung so fremd gegenüber wie gerade jetzt. Die tatsächlichen politischen Differenzen haben sich abgeschliffen und gemildert, die Polemik hat einen rein scholastischen Charakter angenommen und im Zusammenbruch der früheren großen Fraktionen streben ihre einzelnen Teile danach, sich als selbständige Strömungen zu konstituieren. Trotzdem sind die Vertreter aller dieser Gruppen, als sie auf der letzten Versammlung des Zentralkomitees im Januar dieses Jahres auf die Beantwortung der Frage: „Was tun?“ herantraten, zu dem einstimmigen Beschluß gekommen: die Tätigkeit der legalen und der illegalen Arbeiterorganisationen zu vereinigen, das Hervortreten der Dumafraktion in den Rahmen der allgemeinen agitatorischen Parteitätigkeit einzufügen und im Auslande eine Konferenz aus Sozialdemokraten zusammenzubereiten, die in der illegalen Partei und in den legalen Arbeiterorganisationen tätig sind, um auf diese Weise eine tatsächliche Wiedergeburt der Partei hervorzuführen. Diese Beschlüsse, welche leider dem Kampfe der ausländischen Emigrantengruppen kein Ende machten, haben eigentlich nur die Methode formuliert, nach welcher langsam, fruchtlos und mit Unterbrechungen der Befundungsprozeß der Parteiorganisation vor sich geht.

Dieser Prozeß geht wirklich vor sich; man muß nur sehen können. Und wenn wir im vorhergehenden Teile unseres Artikels den Verfall der revolutionären Energie des Proletariats sowie die Entartung der früheren Parteiströmungen zu charakterisieren versucht haben, so bleiben uns jetzt die Elemente des Aufschwungs und des Wachstums der Partei zu skizzieren. In der Schule der Revolution und der Gegenrevolution erwuchs die sozialdemokratische Arbeiter-Avantgarde, von der Partei geleitet und erzogen. Sie wirkt lebend auf die einander entfremdeten einzelnen Teile der Partei, leitet die Agitation, gibt Flugblätter heraus und bildet den Kern der Gewerkschaften, Bildungsvereine und Konsumgenossenschaften. 1907 — sagte in der Duma der Genbarmeriescher Kurios — waren nur 47 963 registrierten Gewerkschaftsmitgliedern 16 045 Sozialdemokraten, 1909 unter 27 619 Mitgliedern 13 475! Diese kleine Anzahl Sozialdemokraten ist der feste Grundstock der Bewegung. Sie ergreifen von jeder Bresche Besitz, ihre Repräsentanten treten in festgefühten Reihen auf allen bourgeois Kongressen: der Philanthropen, der Ärzte, Feministen und Feministinnen, immer die Prinzipien des Sozialismus verkündend, auf. Die in Wien mit Unterstützung des Zentralkomitees erscheinende Arbeiterzeitung „Pravda“, welche sich von Anfang an ganz abseits von jeder Fraktionspolemik gehalten hatte, stellt sich die Aufgabe, mittels planmäßiger politischer Agitation dieser Elite des Proletariats, die frei von jedem Vorurteile des Sektierertums ist, die Erneuerung der Partei auf gesunder, proletarischer Basis zu erleichtern. Wir besitzen eine parlamentarische Fraktion, welche aus 15 Mitgliedern besteht. Gewählt unter den schrecklichsten Bedingungen, auf Grund des schändlichsten Wahlrechts, erhebt sie mitten in der undurchdringlichen Finsternis der Stolypinschen Duma tapfer die Stimme des Protestes gegen die Greuelthaten der triumphiierenden Reaktion. Je weiter, desto mehr lenkt die Fraktion die politische Aufmerksamkeit der vorgeschrittenen Arbeiter auf sich. Die Gewerkschaften tun alles, was sie können, um mit der Dumafraktion in Kontakt zu treten. Die gewerkschaftliche Presse wird trotz des über ihr hängenden Polizeischwertes im radikal-sozialdemokratischen Geiste geführt, bringt die herborragenden Reden unserer Abgeordneten, beleuchtet kritisch die Arbeiten der Konsumgenossenschaften und Bildungsvereinigungen und bringt auf diese Weise möglichst große Einheit in alle Gebiete des proletarischen Lebens und Kampfes. Derart sind die Elemente der Entwicklung und Wiedergeburt der Partei. Wenn wir unsere jetzige Lage mit jener vergleichen, welche in Frankreich nach der Zerstörung der Kommune eintrat, als der Sozialismus für mehrere Jahre von der Erdoberfläche verschwand, so werden wir sehen, um wie viel wir jetzt reicher und stärker sind. Wenn sich die beginnende wirtschaftliche Belebung, die jetzt durch die schreckliche Choleraepidemie unterbrochen ist, zu einem wirklichen Aufschwung der Industrie entwickelt, wird dies rasch die Gewerkschaften stärken, das Selbstbewußtsein der Arbeiter heben und auf dieser Basis unsere Parteiorganisation festigen, indem sie für immer von den Ueberbleibseln des Sektierertums der Intelligenzler gereinigt wird. Wir können mit Sicherheit der Internationale versprechen, daß wir bis zum nächsten Kongreß viel stärker sein werden als jetzt.

Die Partei in Norwegen.

Kristiania, im August.

Die sozialdemokratische Partei in Norwegen ist erst in den letzten Jahren ein wirklicher Faktor in der Gemeinde- und Staatspolitik geworden. Vor dem Jahre 1905 waren es vornehmlich die Unionsfragen, die Fragen des Verhältnisses zu Schweden, die im Vordergrund des politischen Interesses standen und an denen sich die zwei politischen Parteien — Senstre, radikal, und Høire, konservativ — formierten. Nachdem die Senstrepartei eine Reihe konstitutioneller Reformen und

die vollständige Selbständigkeit nach außen im Jahre 1905 durchgeführt hatte, ist diese bürgerlich-radikale Partei mehr und mehr dazu übergegangen, an dem Bestehenden festzuhalten und der wirkliche Freisinn beginnt nun, sich unter der Fahne der Sozialdemokratie zu sammeln.

Norwegen ist im Begriffe ein Industrieland zu werden, was sich auch im politischen Leben ausprägt. Es sind in den letzten Jahren ein neues Fabrikgesetz, ein Gesetz über Staatszuschuß an Arbeitslosigkeitsskassen und eine Zwangsrankenversicherung für alle Lohnarbeiter, deren Verdienst in den Städten 1400 Kr. und auf dem Lande 1200 Kr. nicht übersteigt, durchgeführt worden.

Diese Gesetze sind natürlich bei weitem nicht so, wie die Arbeiterschaft sie fordert, aber sie bezeichnen doch einen sozialen Fortschritt und tragen auch das Gepräge, daß die gesetzgebende Körperschaft angefangen hat, in größerer Nähe als bisher sich mit den verschiedenen Arbeiterfragen zu befassen. In Vorbereitung ist ein Gesetz über obligatorische Vermittlung bei Arbeiterkonflikten.

Die Verfassung in Norwegen ist streng demokratisch und kennt nur das Einkammersystem, hat im weiteren eine ausgeprägt parlamentarische Regierung und so gut wie kein königliches Veto.

Nach der letzten Erweiterung des Stimmrechtes im Jahre 1909 haben alle Frauen und Männer über 25 Jahre Wahlrecht bei den Gemeindevahlen, ausgeschlossen sind nur diejenigen, die im letzten Jahre vor der Wahl Armenunterstützung bezogen haben. Bei den Stortingswahlen (Parlament) bezieht noch eine Begrenzung für die Frauen, indem Steuerzahlung Bedingung für das aktive Wahlrecht ist. Ein Vorschlag zur Erweiterung ist dem Storting unterbreitet, und es hat alle Wahrscheinlichkeit für sich, daß er angenommen wird.

Die Mitglieder der norwegischen Arbeiterpartei rekrutieren sich im wesentlichen aus den Fachvereinen, die in großer Zahl der Partei angeschlossen sind. Die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung arbeitet in Norwegen Hand in Hand, ohne jedwede Keilungen, da die organisierten Arbeiter die Sozialdemokratie als die ihnen am nächsten stehende Partei erkennen. Der Fortschritt der politischen Arbeiterbewegung ist natürlich in hohem Grade von der Entwicklung der Industrie und den Gewerkschaften bedingt. Aber auch in den ländlichen Distrikten sind in letzter Zeit eine Reihe sozialdemokratischer Vereine gegründet worden.

Die Arbeiterpartei zählte im Jahre 1909 26 800 Mitglieder in 687 Vereinen.

Die gewerkschaftliche Landesorganisation (Landeszentrale), die praktisch alle Arbeiterfachvereine umfaßt, hat ungefähr 50 000 Mitglieder. Von den Fachverbänden sind der Verband der ungelerten Arbeiter und der Eisen- und Metallarbeiterverband die größten mit 22 000 und 8000 Mitgliedern. Es existieren zurzeit 400 Tarifverträge, sie umfassen circa 50 000 Arbeiter. Die meisten Verträge sind seit 1905 abgeschlossen, wo die Gewerkschaften sich durchzusetzen vermochten. Die verschiedenen Organisationen haben ein Gesamtvermögen von circa 1 Million Kronen.

Die Parteistärke bei der Stortingwahl 1909 war wie folgt: Konservativ 178 092 Stimmen oder 41,7 Proz., Bürgerlich-radikal 132 907 Stimmen oder 31,7 Proz., Sozialdemokraten 91 047 Stimmen oder 21,7 Proz., andere Parteien 22 573 Stimmen oder 5,4 Proz.

Im ganzen wurden 419 619 Stimmen in 128 Kreisen abgegeben.

Die Abgeordneten verteilen sich wie folgt: Die Konservativen haben einen Abgeordneten auf 2748 Stimmen, die Bürgerlich-radikalen einen auf 2828 und die Sozialdemokraten einen auf 8277 Stimmen. Die Parteigruppen im Storting bestehen nämlich aus 68 Konservativen, 47 Bürgerlich-radikalen, 11 Sozialdemokraten, 2 Unabhängigen.

Daß die Sozialdemokraten trotz ihrer großen Stimmenzahl nur so wenig Abgeordnete erhalten haben, kommt davon, daß die Wahlen in Kreisen vor sich gehen, die nur einen Abgeordneten wählen. Bei den Stichwahlen gehen in der Regel die bürgerlichen Parteien (auf alle Fälle die Konservativen) zusammen gegen die Sozialdemokraten. Auf diese Weise steht die Sozialdemokratie mit großen Minoritäten in einer Reihe von Kreisen, die voraussichtlich bei den nächsten Wahlen im Jahre 1913 ihr zufallen werden.

Die Partei schließt keine Wahlbündnisse, weder in der ersten noch in der zweiten Wahl. Ausschlaggebend für diese Taktik ist zum Teil die Tatsache gewesen, daß die bürgerlich-radikalen Parteien in Norwegen stark militaristisch und protektionistisch sind und auf diese Weise ein Zusammenarbeiten unmöglich machen. Inwiefern diese Taktik auch fernerhin aufrechterhalten werden kann, wenn die Partei immer größer wird, ist eine andere Frage.

Die sozialdemokratische Stortinggruppe macht sich als antragstellende und angreifende Partei geltend und übt dadurch moralischen Einfluß auf das Storting aus. Die bürgerlichen Parteien sind wegen des starken Anwachsendes der Sozialdemokratie ganz ängstlich geworden; bezeichnend dafür sind die Worte eines Abgeordneten; er sagte nämlich, die einzige Art, die Sozialdemokraten zurückzudrängen, sei, gute, soziale Reformen durchzuführen.

Auch in der Kommunalpolitik macht sich die sozialdemokratische Partei geltend. In mehreren größeren Städten und industriellen Distrikten bilden die Sozialdemokraten die zweitgrößte Partei in den Gemeindeparlamenten und sind im Begriff, die Mehrzahl an sich zu reißen. Es ist speziell die Entwicklung der Volksschulen und kommunalen Betriebe, der Straßenbahnen usw., für was die Partei dort arbeitet.

Das Genossenschaftswesen ist in Norwegen weniger ausgebreitet; aber das Interesse für dieses Glied in der Arbeiterbewegung befindet sich in starker Steigung und auf dem Kongreß der Landeszentralen in diesem Jahre ist diese Sache eingehend behandelt und ein Vorschlag angenommen worden für Agitation und Förderung des Genossenschaftswesens.

Die sozialdemokratische Presse hat im allerletzten Zeit eine starke Zunahme und Erweiterung erfahren. Es erscheinen jetzt 8 täglich erscheinende Zeitungen, 3 dreimal wöchentliche, 7 zweimal wöchentliche, 3 Wochenblätter, 1 halbmonatliches Blatt, 2 Monatsblätter, 1 Vierteljahresschrift, 1 halbmonatliches Wochenblatt. Außerdem erscheint eine Reihe von Agitationschriften.

Die norwegische Arbeiterpartei hat durch den sicheren Mitgliederstand, den sie in den Gewerkschaften besitzt und durch das gute Zusammenhalten innerhalb der Partei die besten Aussichten für eine gesunde und kräftige Entwicklung. Die Partei ist über die erste Agitationszeit hinausgerückt und kann nun ihre Theorien teilweise in die Praxis umsetzen.

Die demokratische Verfassung des Landes gibt den Arbeitern freien Zugang zur Uebernahme der Verwaltung in Staat und Kommune. Wann dies geschehen wird, das hängt von der Aufklärungs- und Agitationsarbeit ab, die die Partei und die Gewerkschaften leisten können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Norwegen in der Richtung des sozialen Fortschrittes ein vorbildliches Land werden wird, was es bereits neben Finnland in Wahlrechtfragen ist.

(Fortsetzung in der 2. Beilage.)

*) Die Delegierten versammelten sich ursprünglich in Kopenhagen, wo der Parteitag hätte stattfinden sollen, wurden jedoch Dank dem Eifer des aufgelärten Herrn (gewesenen) Justizministers Alberti des Landes verwiesen. Bald nachher geriet dieser ehrenwerte Freund des russischen Sozialismus vom Ministeraufenthalt direkt ins Gefängnis. In seiner Einzelhaft tröstete den Herrn Genminister höchst wahrscheinlich der Gedanke, daß auch die Mehrzahl der Delegierten des russischen Parteitages seither hinter die Gitter der russischen Gefängnisse kam — zwar für Verbrechen ganz anderer Art, als jener, welcher das gewesene Haupt der dänischen Justiz in deren Objekt verwanbelt.

**) Der Prozentfuß der streikenden Unternehmungen im Jahre 1905 war 93,2 Proz., der der Arbeiter — 163,8 Proz.!

Die neue Kaiserkrise.

Einberufung des Reichstags!

Nicht nur die nationalliberale Presse, sondern sogar freikonservative Blätter müssen mit dem Ausdruck des lebhaften Bedauerns einräumen, daß die Königsberger Rede Wilhelms II. nicht etwa nur ein zwar befallener, aber politisch nicht tragisch zu nehmender Durchbruch des impulsiven Temperaments des Kaisers war, sondern eine Kriegserklärung an das konstitutionelle Regime, ein bewußter, programmatischer Bruch mit jener offiziellen Beschwichtigungserklärung, die in den stürmischen Novembertagen 1908 der „Staatsanzeiger“ abgegeben hatte. Ein Bruch mit der Erklärung, daß Wilhelm II. seine vornehmste Aufgabe darin erblicke, die Stetigkeit der Politik des Reiches unter Wahrung der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeiten zu sichern.

Die Königsberger Rede ist ein so nahtes und ostentatives Bekenntnis zum persönlichen Regiment, zu der Auffassung eines mystisch überspannten Gottesgnadentums, das sich erhaben dünkt über den Willen des Volkes und der Volksvertretung, daß ausländische Blätter voll mitteilidigen Spottes erklären, in anderen Staaten vermöge man sich überhaupt nicht in die Geistesphäre solcher absolutistischer Vorstellungen hineinzuversetzen!

Und diese Proklamation eines mystischen, mit der konstitutionellen Auffassung gänzlich unvereinbaren Absolutismus erfolgte nach den Parlamentsverhandlungen, wie sie im November 1908 stattgefunden hatten, nach so einzigartigen Verhandlungen, von deren drastischer Form wir ja in unserer gestrigen Nummer hinlängliche Stilproben gegeben haben!

Alle Parteien mit einziger Ausnahme der kleinen Gruppe der staatsrechtlich-junker, die den Absolutismus für die Vorbedingung ihres absoluten Junkerregiments halten, waren darin einmütig, daß es so nicht weiter gehen könne, daß das persönliche Regiment verschwinden müsse, daß es unerträglich sei, daß der Träger der Krone seine persönlichen Ansichten zum Mittelpunkt und ausschlaggebenden Faktor der Politik eines großen modernen Kulturvolkes machen zu dürfen glaube!

Und nach anderthalb Jahren, nachdem der damalige Kanzler, der, obwohl viele Jahre hindurch das willige Werkzeug persönlicher Impulse seines „Herrn“, doch schließlich der Politik der persönlichen Einfälle Einhalt zu tun sich genötigt gesehen hatte, ins Exil geschickt worden, erleben wir von neuem die Erklärung und Betätigung dieses unmöglichen, feierlich preisgegebenen Regiments!

Die Novembertage sind vergessen, alle Versprechungen ausgelöscht! Ueber das Pronuntiamiento aller Parteien ist die Krone zur Tagesordnung übergegangen! „So will ich, so befehl ich“, soll wieder die einzige Parole sein für die deutsche Politik nach außen und nach innen!

Daß die Junker, die 1908 kleinlaut und verzagt beiseite standen, jetzt jubilieren, ist nur zu begreiflich. Was wären sie ohne das absolute Regiment, ohne den Einfluß der Kamarrilla, der höfischen Einflüsterung und Ränke! Und daß das Zentrum, das sich auf Tod und Leben mit den Junkern verbindet hat, heute gegen die Proklamation des Absolutismus kein entschiedenes Wort findet, ist ja auch nur zu begreiflich.

Um so erstaunlicher aber ist es, daß der Liberalismus noch keine schärferen Töne gefunden, daß er sich nicht sofort zu der einzig möglichen und unbedingt gebotenen Lösung aufgeschwungen hat: Wir verlangen die sofortige Einberufung des Reichstages!

Soll die Sozialdemokratie wiederum die einzige Vertreterin nicht etwa der Demokratie, sondern sogar unserer Konstitution bleiben? Denn nicht um demokratische Forderungen handelt es sich in diesem Augenblick, sondern um die Wahrung der konstitutionellen Rechte des deutschen Volkes! Um die Wahrung jener Rechte, auf die keine moderne Nation verzichten kann, ohne der Verachtung der ganzen politischen Welt anheimzufallen!

Die Versprechungen des „Staatsanzeigers“ vom 17. November 1908 sind gebrochen worden. Soll die deutsche Volksvertretung nicht zum europäischen und internationalen Kindergepött werden, so muß sie jetzt ohne Zaudern die konstitutionellen Garantien schaffen, die bereits im Jahre 1908 zu schaffen sie zu schwachherzig und zu optimistisch war!

Denn daß ein persönliches Regiment, wie es in Königsberg „stabilisiert“ worden ist, absolut untragbar ist mit dem Gedanken der Konstitution, das ist am 2. und 3. Dezember 1908 von den Vertretern der ungeheuren Mehrheit des Reichstags einmütig festgestellt worden. Sozialdemokratie, Freisinn, Nationalliberale, Zentrum und Polen waren sich völlig einig in der Ansicht, daß ein unerantwortliches persönliches Regiment nicht länger zu dulden sei!

Hier nach dem amtlichen Stenogramm die urkundlichen Beweise dafür. Es erklärten:

Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.):

Diese Beschränkung der Rechte des Parlaments auf die sogenannte parlamentarisch-politische, auf die moralische Verantwortlichkeit wurde im Jahre 1867 auch von den hervorragendsten Parlamentariern sowohl der Deutschen Fortschrittspartei wie der nationalliberalen Partei auf das allerhöchste bekämpft. Der Abgeordnete Schulze-Wechsungen hat noch meiner Ueberzeugung den Nagel auf den Kopf getroffen, als er damals aus sprach:

Das Prinzip der moralischen Verantwortlichkeit ohne jede Garantie ist das Prinzip des Absolutismus. (Zustimmung links.) Das Prinzip der juristischen Verantwortlichkeit bis zur kriminellen Bestrafung hin ist das Prinzip des konstitutionellen Staates. (Erneute Zustimmung links.)

In der Sitzung vom 23. März 1867 hat der bekannte Rechtslehrer, der Abgeordnete Dr. v. Bockler, richtig prophezeit, indem er dem Deutschen Reichstage zurief: „Wenn wir die wesentlichen Grundfehler unserer Verfassung auslassen, so sehen wir unseren Nachkommen einen beinahe unübersteiglichen Damm entgegen, um das zu erreichen, auf das wir jetzt dringen müssen.“ Nun, er warnte vergebens,

eine Scheinverfassung, eine bloße „Folie für den Absolutismus“ anzunehmen.

Dr. Spahn (3.):

Wir haben den Wunsch, eine übereinstimmende Auffassung des Reichstages als Abschluß der Novembertage dahin herbeizuführen, daß uns ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz vorgelegt werde, um die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers praktisch geltend machen zu können. Wir denken uns, daß die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers sich zu erstrecken hat auf die Tätigkeit als Berater des Kaisers in den Fällen der Gegenzeichnung, wie sie der Art. 17 bereits enthält. . . . Dann wird der Kanzler allerdings auch verantwortlich sein müssen für die Tätigkeit als Chef der gesamten Reichsverwaltung, also auch für die ministeriellen Handlungen, die von ihm oder seitens der Staatssekretäre vorgenommen werden, und zwar selbständig als Vertreter des Kaisers. . . .

Dann würde als dritter Punkt noch in Frage kommen, inwieweit sich die Ministerverantwortlichkeit auch auf solche Handlungen des Kaisers bezieht, die nicht gekennzeichnet zu werden brauchen oder bei denen ihrer Natur nach eine Gegenzeichnung unmöglich ist. Zu den letzteren Handlungen würden ja nun die Reden des Kaisers gehören, würden Privatgespräche gehören, würden unter Umständen auch Briefe gehören. Wir haben ja Mitteilungen nach diesen verschiedenen Richtungen bekommen. Nun ist zweifellos, daß die Verantwortung des Reichskanzlers in diesen Fällen nicht in dem Sinne zu verstehen ist, daß der Kanzler sie zu verhindern hätte; denn er bekommt sie ja selbst erst zur Kenntnis, nachdem sie geschehen sind, und sie lassen sich ja dann nicht mehr rückgängig machen. Aber die Verantwortlichkeit trägt er in der Weise, daß er, wenn er sie mißbilligt, entweder uns gegenüber die Verantwortung übernimmt, trotzdem er sie mißbilligt, oder daß er seine Demission nimmt. . . . Allerdings wollen wir auch das nicht verkennen, wenn es dazu kommt, daß Ministeranklage gegen einen Kanzler erhoben wird, und wenn diese Verurteilung dazu führt, daß nun nicht mehr der Kaiser allein über die Entlassung des Kanzlers entscheidet, daß der Kanzler darüber, ob er sein Demissionsgesuch einreichen kann, sondern daß der Staatsgerichtshof mitspricht, dann wird das parlamentarische Wirksamkeit ausüben; denn es wird für den Kaiser in seiner Auswahl der Personen eine besondere Schranke insofern bilden, als er der Gefahr sich nicht aussetzen will, daß nachher eine Ministeranklage den Kanzler seines Amtes entsetzt, und er wird auf die Mehrheitsgruppen, die im Parlament sich gebildet haben, bei der Auswahl seiner Kanzler Rücksicht nehmen.

v. Brudzewo-Nielzinski (Pole):

Meine Herren, wir haben in den letzten Tagen sowohl vom Ministerisch als auch von einzelnen Abgeordneten so viel von ganzer Arbeit gehört. Ich glaube, daß heute der Augenblick da ist, wo ganze Arbeit gemacht werden soll. (Sehr richtig!) Jeden Versuch, auf dem Wege einer Aufforderung an die Regierung irgendwelche Garantien zu geben oder gar durch eine Adresse an den Kaiser die bestehenden Verhältnisse zu ändern und irgendwelche unbefugten Machtfaktoren zu verhindern, in das Reichsregiment einzugreifen, halten wir nur für ein Hindernis für einen Schlag ins Wasser, der die bestehenden Verhältnisse nicht ändern wird, sondern die Minister und die regierenden Faktoren in der Ansicht verfestigen wird, daß sie auch weiterhin über die Beschlüsse des Reichstages zu verfügen können. (Sehr richtig!) Nur eine Aenderung der Verfassung, welche dem Volke durch seine Vertreter das Recht sichert, über seine Geschäfte mit zu entscheiden, kann den Umständen, welche — das werden alle einräumen — unhaltbar geworden sind, ein Ende machen.

Dr. Jund (nall.):

Die Verantwortlichkeit des Ministers ist das notwendige Korrelat der Tatsache, daß der Monarch selbst — auch in konstitutionellen Staaten, nicht bloß in absoluten — persönlich nicht zur Verantwortung gezogen werden kann. Es muß daher ein Verzicht geben, die für alle seine Regierungshandlungen verantwortlich gemacht werden kann; sonst ist die eigentümliche Stellung des Monarchen nicht denkbar, an der wir unbedingt festhalten wollen. Ein geordnetes Verantwortungssystem liegt sowohl im Interesse des Ministers als auch des Monarchen, — im Interesse des Ministers, weil zweifellos der Hinweis, daß er, in ganz präzisem Sinne, verantwortlich sei, seine Stellung gegenüber dem Monarchen stärken muß; aber auch im Interesse des Monarchen, hier des Kaisers, weil es nur auf diese Weise möglich ist, die Kritik über die Handlungen des Kaisers auf einen neutralen Boden zu ziehen.

Lebour (Soz.):

Wie werden denn jetzt bei uns die Minister gemacht? Meine Herren, die Ministerfabrikation (Heiterkeit) vollzieht sich in einer Dunkelkammer, aus der plötzlich ein ganz unbekannter Genius, wie ein Homunkulus aus der Metorte, herausspringt. Was für Persönlichkeiten haben wir hier nicht plötzlich als Minister aufstehen sehen! (Erneute Heiterkeit.) Ein früherer Husarengeneral stellt sich eines schönen Tages mit verengtem Lächeln als Postminister vor. Deshalb wurde er gerade für die Post ernannt? Es war vielleicht augenblicklich keine andere Bilanz da, um einem so vorzüglichen Statistiker seinen gebührenden Platz zu geben! (Große Heiterkeit.) Daß er nachher vom Sessel des Postministers hinüber-voltigerte auf den Sessel des preussischen Landwirtschaftsministers, na, das hatte noch immerhin die Majon, daß er ein erfahrener Großschweinezüchter war. (Heiterkeit.) Und daß er und heute nicht erleuchtet mit seinen merkwürdigen, über die Grammatik hinausgehenden filitrierten Reden, das liegt einfach daran, daß er sich schließlich doch noch bei Tappelskirch u. Co. vor den Rauch gehten hat. (Anhaltende Heiterkeit.) . . .

Ein Herr Reichskanzler (Häufige andauernde Heiterkeit) erschien hier eines Tages, kurze Zeit nachdem er sein Amt übernommen hatte, und auf eine etwas herbe Kritik der Ansichten über innere Politik, die man bei ihm vermutete, sagte er vernünftig: „Aber, meine Herren, Sie kennen mich ja noch gar nicht! (Sehr gut bei den Sozialdemokraten) warten Sie doch ab, wie der Hase läuft!“ Ja, meine Herren, so etwas dürfte sich kein Reichstag, so etwas dürfte sich ein reifes Volk nicht gefallen lassen (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten), daß der leitende Minister ernannt wird, ohne daß überhaupt jemals in der Öffentlichkeit das geringste darüber verlautet ist, was für Ueberzeugungen er hat, ob er seinen Charakter im Kampfe gestählt hat, daß man sich auf die Betätigung seiner Ueberzeugungen verlassen kann, wie diese Ueberzeugungen auch sein mögen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten und den Polen.) Das war eine der schwersten Prostrationen des Reichstages. Daß der Reichstag sie sich damals hat gefallen lassen — wir Sozialdemokraten haben dagegen remonstriert — erklärt, weshalb er/fortwährend mit dezartiger Nichtachtung behandelt wurde, wie ihn die regierenden Kreise stets

und ständig behandelt haben. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) In einem Volke, wo wirklich das Volk in letzter Linie über seine Geschicke entscheiden soll, da dürfen nur Männer an die Regierung kommen, die eben ihre Ueberzeugung, ihren Charakter bewährt haben, die als Person ein Programm vertreten (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten und den Polen), nicht irgendein Mann, der in irgendwelcher Beziehung sich das Wohlgefallen des zur Zeit maßgebenden Favoriten der entscheidenden Kamarrilla erworben hat (Heiterkeit), wo dann der maßgebende Favorit sagt: Bernhard muß nach Berlin! (Erneute Heiterkeit.) Ja, meine Herren, es geht nicht so weiter. . . .

Wir wollen heute nicht darlegen, wie es kam, daß es trotz dieser Erklärung beim alten blieb, daß die Reichstagsmehrheit schließlich auf die Schaffung der konstitutionellen Garantien verzichtete.

Nachdem sich aber nunmehr herausgestellt hat, welche sträflichem Optimismus sich diejenigen Parteien hingegeben haben, die damals der feierlichen Erklärung des „Staatsanzeigers“ Glauben schenkten, ist es endlich allerhöchste Zeit, das Versäumte unverzüglich nachzuholen!

Wir erwarten, daß sich zum mindesten der gesamte Liberalismus mit allem Nachdruck unserer Forderung anschließt:

Sofortige Einberufung des Reichstages!

Die Presse und die Kaiserrede.

Es ist deutlich zu erkennen, daß der schwarzblaue Block gewillt ist, Wilhelm II. in seiner Kampfansage gegen die verfassungsmäßigen Rechte des deutschen Volkes Gefolgschaft zu leisten. Dem Zentrum, das ja manchmal einen demokratischen Charakter hervorzuheben liebt, ist zwar nicht gerade sehr behaglich zu Mute. Aber auf der schiefen Ebene des Volksverrats, den es in dem Steuerraubzug und in der preussischen Wahlrechtsfrage verübt hat, gibt es eben kein Halten mehr. Vor die Wahl gestellt zwischen dem Recht des Volkes und dem Anspruch des Gottesgnadentums zu wählen, zaudert das Zentrum nicht und anschließt sich für das persönliche Regiment gegen das Volk. Dies zeigt deutlich der Kommentar, den das führende Zentrumsorgan, die „Köln. Volksztg.“ zur Kaiserrede liefert. Telegraphisch wird uns darüber berichtet:

Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt zur Königsberger Kaiserrede, die Vera Wilow ist endgültig vorüber, das beweist am besten die Königsberger Rede, und darum schießt sich der Kaiser auf der Heffeln ledig, die er sich damals auferlegt hat. Wenn die liberale Presse ihn nunmehr als „Mißfälligen“ kennzeichnet, so entspricht das weder dieser Sachlage noch politischer Klugheit. Sicherlich hat der Kaiser mit Absicht, mit vollem Vorbedacht eine Gelegenheit herbeigeführt, um seine Auffassung mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck zu bringen. Das mag man im liberalen Lager als Demonstration, als Antwort auf gewisse Reden vom November 1908 empfinden, ein „Mißfall“ ist dafür aber gewiß nicht die richtige Bezeichnung. Wir glauben aber auch nicht daran, daß der Kaiser nunmehr wieder ganz in derselben impulsiven Weise, wie in früheren Jahren sich auch über Tagesfragen äußern wird. Erfahrungen geben an niemand spurlos vorüber. Kaiser Wilhelm ist gewiß der letzte, der aus Erfahrungen nicht lernen möchte, man kann dies auch an der Königsberger Rede sehr wohl erkennen, trotz aller Bestimmtheit in der Form enthält sie doch jene aggressiven Wendungen, die in älteren Reden nicht selten aufsehen erregten, sie ist sozusagen rein grammatikalischer Art, ohne Stellungnahme in einer bestimmten Einzelfrage der Tagespolitik. Mag man mit der Königsberger Rede auch nicht in allem einverstanden sein — auch wir möchten nicht jede Wendung untersuchen —, als Proklamation des Absolutismus, als Kampfansage an das Parlament überhaupt wird man sie bei ruhiger Ueberlegung doch schwerlich bezeichnen dürfen. Empfiehlt sie der Liberalismus als „Kampfansage“, so ist das seine Sache. Unseres Erachtens geht auch das zu weit, wir sind keineswegs so optimistisch, zu hoffen, daß der Kaiser das Tischklopp mit den Liberalen habe zerbrechen wollen, dagegen spricht auch manche andere Erwägung und Erfahrung, aber eine Warnung an die Adresse des Liberalismus mag die Rede wohl sein, eine Warnung in Form einer Antwort auf den Novembersturm von 1908.

Das Zentrumsblatt hat also nur eine Sorge: Wilhelm II. soll seine Gnade den Liberalen entziehen und den Merkmalen zuwenden. Alles andere existiert für das Blatt nicht. Die Verfassung ist Nebensache, das Zentrum ist mit dem Absolutismus völlig einverstanden, wenn er nur seine und nicht die liberalen Geschäfte befragt. Die Beteiligung des Zentrums an den Novembertagen wird so nachträglich von seinem Hauptorgan selbst als ekende Komödie offenbart. Für das Zentrum handelte es sich auch damals nicht um eine Sicherung der Verfassung, sondern um eine Intrige zum Sturze Wilows. Nachdem dies gelungen, hat ja gerade das Zentrum in trauter Gemeinschaft mit den Konservativen alles darangesetzt, um die Schaffung verfassungsmäßiger Garantien zu verhindern.

In ähnlichem Sinne wie die „Köln. Volksztg.“ nimmt auch die „Germania“ Stellung. Von den konservativen Blockbrüdern bricht heute die „Deutsche Tageszeitung“, das Organ für Brot und Fleischwucher, eine Lanze für das Gottesgnadentum. Und die „Kreuz-Zeitung“ schreibt:

Der gesamten Linken ist das Dogma von der Volkssouveränität gemeinsam, während Wilhelm II. an der konservativen Auffassung festhält, daß den Königen von Preußen die Krone „von Gottes Gnaden allein verliehen sei und nicht von Parlamenten, Volksversammlungen und Volksschleusen“. Zwischen diesen politischen Dogmen ist ein Ausgleich unmöglich. Auch die Verfassung hat ihn nicht gebracht. Es ist darum Spiegelfechterei, wenn liberale und demokratische Zeitungen sich auf die Verfassung berufen, als habe die Verfassung, indem sie das Volk mündig sprach, den König entmündigt. Ja, das war die Hoffnung der Liberalen und Demokraten, als in den Novembertagen der König sich Schweigen auferlegte und still über sich ergehen ließ, wofür andere die Hauptschuld trugen: der König, der gleichberechtigte Faktor der Gesetzgebung, der Inhaber der Exekutivgewalt und oberste Kriegsherr, sollte ganz verschwinden, die Parlamente, die Volksversammlungen und Zeitungen sollten allein zum Volke sprechen dürfen, und was die Parlamente beschloßen, dem sollte sich der König fügen. Es war aber nicht anzunehmen, daß sich der König auf die Dauer ins Unrecht setzen

st, und er hat am 25. August seine Auffassung von den Rechten und Pflichten des Königs von Preußen wieder einmal so scharf und deutlich ausgesprochen, wie nur je zuvor."

Man sieht, die „Kreuz-Ztg.“ hat die feierliche Erklärung Wilhelm II. sich in Zukunft die nötige Zurückhaltung aufzulegen, nicht als auf die Dauer berechnet angesehen. Sie dachte eben in bezug auf dieses Versprechen nicht minder skeptisch wie über dasjenige einer Wahlreform in Preußen. Und das royalistische Blatt hat, wie die Ereignisse zeigen, ja ein sehr maßgebendes Urteil in diesen Dingen.

Von den sonstigen Urteilen der deutschen Presse wollen wir uns nur auf die folgenden beschränken. Die konservativen „Verl. Neuest. Nachr.“ schreiben:

„Mit tiefem Bedauern, das verstärkt wird durch den Zeitpunkt der neuen Kundgebung, stellen wir fest, daß das deutsche Volk seit dem November 1908 in einem Irrtum befangen war. Wir glauben, daß der Monarch durch freien Entschluß aus der Schulpflicht getreten sei, in der ihn kein Vaterlandsfreund gerne erblicken dürfte. Wir übersehen uns der Hoffnung, daß er sich nicht mehr den Angriffen der Tageskämpfer aussetzen werde und nicht mehr ihren vielleicht noch peinlicheren Verteidigungen. Das ganze Volk glaubte, daß eine solche Zurückhaltung beschloßen und daß sie dem Herrscher wie dem Vaterlande zum Segen gereichen werde.“

Es war ein Irrtum. Die Täuschung ist vorüber; wir sind wieder, wo wir waren. . .

Ob der Kanzler die Rede vorher gekannt hat oder nicht; in beiden Fällen wird ihm Gelegenheit werden, sich zu verantworten. In beiden Fällen erhebt sich keine Erläuterung.“

Die demokratische „Verl. Morgenpost“ schreibt: „Die Königsberger Rede deutet auf Sturm. Und in der Tat: das Volk müßte ja Fischblut in den Adern haben, möchte aller politischen Reife böslich bar sein, wenn es ruhig und gelassen bleiben sollte, angesichts der Tatsache, daß die Grundzüge der Konstitution, deren Segnungen es nunmehr länger denn ein halbes Jahrhundert genießt, den hohen und höchsten Regionen nach wie vor etwas Fremdes, ja vielleicht sogar etwas Widerwärtiges sind.“

Nach aus einem anderen Anlaß haben wir Grund zur Unruhe und zur Besorgnis. Anfang Juli brachten wir einen Artikel, in dem eine politische sehr gut unterrichtete Persönlichkeit die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Pläne des Herrn v. Bethmann Hollweg lenkte. Er will das Resultat der kommenden Reichstagswahlen, das bestimmt in einem gewaltigen Sieg der äußersten Linken bestehen wird, benutzen, um die süddeutschen Bundesfürsten für eine Verschlechterung des Reichstagswahlrechts, und die preussischen Reaktionen für eine Anpassung des preussischen Wahlrechts an das also verschlechterte Reichstagswahlrecht zu gewinnen. Sollte die Königsberger Rede, und die auffällige Rückkehr zu der novembertlichen Redepraxis der Anfang zu der kommenden Reaktion sein? Es wäre freilich die denkbar verkehrteste Einleitung.“

Die Kommentare der auswärtigen Presse sind zu meist auf einen höhniischen Ton gestimmt. So schreibt der Londoner „Daily Express“:

„Es ist wahrscheinlich, daß Kaiser Wilhelm der einzige Mensch auf Erden ist, welcher noch ernstlich daran glaubt, daß er oder jeder andere Herrscher das vom Himmel auserwählte Werkzeug sei, über seine Untertanen zu regieren. Seine Untertanen mögen jedoch immer an den Ruhm denken, der durch den Besitz eines solchen Herrschers einzig in seiner Art und einzig in seinem Glauben auf sie zurückfällt.“

Das liberale „Daily Chronicle“ meint: Der Kaiser hat sich wieder einmal durch seine überstürmende Beredsamkeit fortzuziehen lassen. Seine Reden sind beredt, interessanter und pilanter als solche der anderen gekrönten Häupter Europas. Aber es ist fraglich, ob es für die Minister und das Volk besser ist, einen Herrscher zu haben, der eine Beredsamkeit besitzt, von der man niemals wisse, was er sagen wird, oder einen Herrscher, der nicht so beredt ist, aber von dem man im voraus weiß, daß er nicht sagen wird, was er nicht soll, respektive was nicht von seinen Ministern gutgeheißen ist.

Dagegen findet Wilhelm II. in der reaktionären und deutschfeindlichen „Times“ auf einmal eine warme Verteidigerin.

Von amerikanischen Blättern schreibt die New Yorker „Times“ unter Hinweis auf die letzten sozialistischen Wahlsiege:

„Die Sozialisten und Linkenliberalen seien die einzigen Parteien, welche bei den neueren Wahlen Gewinne zeigen werden. Das seien aber gerade diejenigen Parteien, welche das Gottesgnadentum entschieden ablehnen. Uebrigens könne die Regierung nicht einmal auf die ihr sonst ergebenden Parteien bauen, um diese längst veraltete Theorie zu stützen.“

Die „Sun“ zieht in einem Artikel, überschrieben „Das kaiserliche Ich“ eine Parallele zwischen dem Kaiser Wilhelm II. und Roosevelt, welcher letzterer ebenso wie der Kaiser fast in jedem Satz das Wort Ich im Munde führe.

Von den französischen Blättern liegen nur wenige Kommentare vor. Die „Lanterne“ spottet darüber, daß man einem modernen Volke noch immer den göttlichen Ursprung des Königtums zuzunten könne. Das Blatt meint:

„In Frankreich gibt es immer noch eine große Anzahl wütender Royalisten, aber keiner von ihnen würde es wagen, zu behaupten, daß die Vorfahren des Herzogs von Orleans ihre Krone von Gott erhalten hätten. Allerdings würde man in Frankreich nicht verfehlen, ihnen zu bemerken: „Wenn Gott ihnen die Krone gegeben hat, so hat er sie ihnen auch wieder genommen, der Name Gottes sei dafür gesegnet und darauf wäre dann offenbar nichts zu erwidern.“

Der „Matin“ übt folgende Kritik: „Ganz wahrscheinlich wird Kaiser Wilhelm schon heute seine Worte in Königsberg wiederholt, Kaiserworte, die sein ganzes großes deutsches Volk mißbilligt und die sein Kanzler sicherlich sehr beklagt. Der Teil der Rede, in welchem Kaiser Wilhelm von seinen göttlichen Rechten spricht, hat nichts Auffallendes in dem Munde dieses Herrschers und harmoniert mit dem Charakter Kaiser Wilhelm, welcher dieselbe Phrase bei jeder Ernennung von höheren Beamten im Munde führt. Aber das Unglück will, daß all diese erhabenen Gefühle, die, wie gesagt, wohl bei Kaiser Wilhelm verständlich, für die ganze übrige politische Welt jedoch höchst unverständlich sind, einen anderen Schein, ein anderes Aussehen erhalten, wenn man sie auf das Terrain des politischen Lebens verpflanzt. Und es ist zu erwarten, daß diese unglückliche Rede, welche übrigens der Schönheit nicht entbehrt, von der Öffentlichkeit scharf kritisiert und eine ähnliche Preßkampagne hervorgerufen wird, wie dies 1908 geschah. Es ist unvermeidlich, daß Kaiser Wilhelm aus dieser Kampagne verkleinert und gedemütigt hervorgehen wird. Man kann nicht sagen, daß diese Rede des Kaisers eine kluge politische gewesen ist. Aber man kann versichern, daß der Kaiser sich heute nicht mehr als Vollstrecker des Volkswillens betrachte.“

Sitzung des Sozialistischen Internationalen Bureaus.

(Telegraphischer Bericht.)

Kopenhagen, 27. August.

Am Freitagabend folgten die Mitglieder des Internationalen Bureaus einer Einladung des dänischen Organisationskomitees zu einem intimen Essen. Der dänische Abgeordnete Dorsjag be-

grüßte die Führer der internationalen Sozialdemokratie aufs herzlichste. Pranting-Schweden sprach sein Bedauern darüber aus, daß nicht alle skandinavischen Länder Gastgeber sein könnten und gab seiner Freude Ausdruck, daß die internationale sozialistische Bewegung in den letzten Jahren so große Fortschritte gemacht hätte. Adler-Wien zog einen Vergleich zwischen dem internationalen Kongreß von 1880 in Paris und dem jetzigen Kongreß von 1910 in Kopenhagen. Die gleichen Fortschritte zeige auch die Internationale und die Hebung der Lebenshaltung der arbeitenden Klassen. Wenn man den dänischen Genossen herzlichsten Dank aussprechen müsse für die schwere Arbeit, die sie übernommen hätten, so dürfe man darüber nicht vergessen die mühselige Arbeit des internationalen Sekretärs, des Genossen Huysmans. (Beifall.) — Vaillant-Frankreich dankte nochmals den dänischen Genossen und ließ die Internationale hochleben.

Am Sonnabend früh begann wiederum die ernste Arbeit. Die Fragen des Abstimmungsmodus und des Zulassungsmodus des Internationalen Bureaus standen auf der Tagesordnung. Hillquit-Nordamerika schlug eine Änderung des Abstimmungsmodus für das Internationale Bureau vor. Die sozialdemokratische Partei Nordamerikas, die 97 Proz. der organisierten Sozialisten des Landes umfaßt, ohne im Bureau bei Entscheidungen mehr vertreten zu sein, als die Organisation, der nur die übrigen 3 Proz. angehören. Es sei notwendig, daß man die Vertretung von Delegationen, die niemals als wirkliche Parteien angesehen werden können, kürze.

In einer Resolution wurde verlangt, daß der bisherige Abstimmungsmodus nach Nationen nur stattfinden soll, wenn drei Nationen es verlangen. — De Leon-Amerika, der sich mit dem Antrag Hillquit einverstanden erklärte, betonte, daß er darin einen Rückzug Hillquits infolgedessen erblickte, als die Minoritäten sozialdemokratischer Parteien in den einzelnen Ländern bisher im Bureau überhaupt nicht vertreten sein sollten. — Kautsky-Deutschland möchte dem Antrag Hillquit eine andere Fassung geben, damit die Frage prinzipiell entschieden würde. Die Zulassung der Delegationen müßte erörtert werden. Es müsse bestimmt werden, daß jede Partei, die das Recht einer besonderen Vertretung auf dem internationalen Kongreß besitze, automatisch auch das Recht erhalte, im Bureau vertreten zu sein. — Troelstra-Holland befürwortete Kautskys Vorschlag, dessen Fehler darin bestehe, daß er im Internationalen Bureau einen Kongreß in Permanenz erblicke, während es doch nur ein Verwaltungs-



Arbeiter! Parteigenossen!

Erscheint am Dienstag in Massen zu den von der Berliner Arbeiterschaft einberufenen

Protestversammlungen!



Körper sei. Es würde eine völlige Umkehrung des Charakters des Internationalen Bureaus bedeuten, wenn man allen auf dem Kongreß zugelassenen Parteien auch eine Vertretung im Bureau geben würde. — Pranting-Schweden war derselben Ansicht wie Troelstra und befürchtete ebenfalls, daß eine unnütze Zeitverschwendung die Folge des Antrages sein würde. Wenn auch nicht alle möglichen Schattierungen im Bureau vertreten seien, so wäre der Fehler sicher nicht so groß, als wenn man das Bureau auf alle möglichen Schattierungen ausdehnen würde. Im übrigen sei die Frage wichtig genug, um eine genaue Ueberlegung zu verlangen, und er beantrage deshalb die Vertagung der Frage. — Kautsky-Deutschland betonte noch einmal, daß man nicht Leute aus dem Bureau ausschließen könnte, die auf dem Kongreß zugelassen wären. Es erscheine ihm, als ob man die Folgen seines Antrages übertreibe. Jedoch sei er mit der Vertagung einverstanden. — Vaillant-Frankreich erkannte die Richtigkeit des Grundgedankens in dem Kautskyschen Antrag an. Der Antrag bringe aber so viel Komplikationen mit sich, daß sich die Vertagung empfehle. — Adler-Wien erklärte sich nur dann mit der Vertagung einverstanden, wenn sie nicht auf den St.immerleindag verschoben würde. — Hillquit-Nordamerika will eine sofortige Abstimmung über seinen Antrag herbeiführen. Mit allen gegen eine Stimme wurde die Vertagung der Anträge von Hillquit und Kautsky beschlossen.

Der internationale Sekretär Huysmans-Brüssel gab darauf verschiedene Anträge bekannt, die beim Bureau eingelaufen sind. Die Zionisten verlangen die Schaffung einer besonderen jüdischen Sektion. Dem Stuttgarter Beschluß gemäß wurde der Antrag auch diesmal ohne Debatte abgelehnt.

Die sozialdemokratischen Jugendorganisationen Schwedens, die bisher durch die dem Bureau angegliederte Gesamtpartei vertreten waren, wollen eine spezielle Vertretung. — Huysmans betonte, daß dies nicht angängig wäre. — Pranting-Schweden führte aus, daß die Jugendbewegung in Schweden ihre eigenen Wege gehe, daß sie nur zum Teil der Partei angegeschlossen sei. Er würde gern sehen, wenn das Bureau über diese Frage sofort eine Entscheidung herbeiführen könnte. — Ebert-Deutschland teilte mit, daß er den Auftrag habe, mit dem Internationalen sozialistischen Bureau darüber zu verhandeln, ob sich nicht ein Anschlag des internationalen Jugendbureaus ermöglichen lasse, um den Dualismus zu beseitigen, der jetzt in gewisser Beziehung bestehe. Die Abstimmung sowohl über den schwedischen Antrag als über einen Antrag des aus der ungarischen Partei ausgeschlossenen Genossen Alpari, der eine besondere Vertretung auf dem Kongreß verlangt, als auch über den Antrag der sozialdemokratischen Partei Hollands, die im Gegensatz zur Erklärung Voriers in der letzten Sitzung des Internationalen Bureaus eine Stimme im Bureau forderte, wurde, da sie mit den Anträgen Hillquit und Kautsky zusammenfällt, vertagt. Die Verhandlungen werden am Sonntag früh 9 Uhr fortgesetzt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. August 1910.

Wo bleibt Bethmann Hollweg?

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ findet kein Wort über die Rede Wilhelm II. Sie läßt zwar über den Bosener Kaiserbesuch, daß Herrscher und Volk sich überall einhellig zusammenfinden, wo es große Gesichtspunkte gibt, eine Behauptung, die eine Provokation wäre, wenn sie nicht durch ihre Pöcherlichkeit entwaffnete. Man erfährt aber absolut nichts davon, was der verantwortliche Minister über den neuesten Vorstoß des persischen Regiments zu sagen hat? Oder hat er nichts zu sagen? Hat er die Absicht, sich wieder einmal taub und stumm zu stellen? Die Banzentaktik ist ja die einzige, die er halbwegs beherrscht, aber wir denken, daß er damit diesmal nicht auskommen wird. Der Kanzler ist verpflichtet, dem deutschen Volke zu sagen, ob er den Wortlaut der Rede vorher gekannt und gebilligt hat oder ob er auch dann an seinem Amte Neben bleiben will, wenn der Absolutismus sich über die ministerielle Verantwortlichkeit leichtfertig hinwegsetzt. Bethmann Hollweg mag die Verantwortung übernehmen oder ablehnen, aber auf jeden Fall muß er sprechen. Sein Schweigen wäre eine Kneiferei, die ihm die schließliche Rechenschaftsablegung weder ersparen noch erleichtern würde.

Das Volk zu sozialer Gesinnung zu erziehen

bezeichnete Abg. Gröber auf dem Augsburger Katholikentage als die Hauptaufgabe und gerade der Sozialdemokratie fehle es am meisten an sozialer Gesinnung. Diese Erziehungsaufgabe dürfte am besten erfüllt werden durch die Lehre von der Steuerfreiheit der großen Erbschaften und der Besteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, von der Ueberflüssigkeit der Invalidenunterstützung, der Witwen- und Waisenversicherung und der Notwendigkeit, Dreadnoughts zu bauen und den Offizieren für ein Pferd vier und sechs Futterrationen zu zahlen. Auch die Behandlung der Kapitel vom Zuckerzoll und der Grenzsperr für Vieh und Getreide, sowie vom hundertfachen Reichstagswahlrecht der Zentrumsbauern gegen die Großstadtproletariat und von der Uvergänglichkeit der Dreiklassenshande dürfte im Sinne des Herrn Gröber liegen. Unsere Genossen werden es daran gewiß nicht fehlen lassen!

Die Reichskasse stimmt immer weniger.

Hat schon der jetzt bekannt gewordene Jahresabschluss der Reichseinnahmen durchaus nicht die Erwartungen vieler Optimisten befriedigt, die jetzt fortlaufenden Ausgaben werden es noch weniger tun! Die amtliche Uebersicht der Einnahmen an Zöllen, Steuern und Gebühren für die Zeit vom 1. April 1910 bis zum Schluß des Monats Juli zeigen bei den meisten Einzelposten eine deutliche Differenz zwischen der Soll- und der Ist-einnahme. Die Zölle brachten bis jetzt statt 219,2 Millionen Mark Soll nur 208,4 Millionen Mark Ist, die Hauptursache ist das Einfuhrsteuersystem. Die Tabaksteuer brachte rund 60.000 M. weniger als vorgesehen, die Zigarettensteuer brachte statt 9.472.000 M. nur 7.212.000 M., die Verbrauchsabgabe für Branntwein statt 52,5 Millionen nur 42,2 Millionen Mark! Die Hundsteuer brachte bis jetzt rund 625.000 M. weniger als bei der sehr, sehr vorsichtigen Vorbereitung angenommen worden ist. Die Brausteuer und die Uebergangsabgabe für Bier brachte statt 34,9 Millionen Mark Soll-einnahme bis jetzt nur 33,1 Millionen. Die Reichssteuereinnahmen sind durchweg geringer ausgefallen als bis jetzt angenommen worden ist. Wenn diesen Wenigererinnahmen auch Mehreinnahmen aus der Zuckersteuer, der Salzsteuer usw. gegenüberstehen, sie decken immer noch nicht die Differenz zwischen den Soll- und den Ist-einnahmen.

Zum Fall Eulenburg.

Berliner Blätter hatten gemeldet, daß gegen Philo Eulenburg auf zwei Jahre das Verfahren eingestellt worden sei, weil der Fürst an Arterienverkalkung leide und deshalb nach den gerichtsarztlichen Befundungen durch gerichtliche Verhandlungen nicht belästigt werden dürfe. Demgegenüber wird jetzt halbamtlich erklärt, daß nach der Mitteilung des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht Berlin die Nachricht von der Unterbrechung des Verfahrens unzutreffend sei.

Wir dürfen also erwarten, daß das Verfahren gegen Philo Eulenburg demnächst seinen Fortgang findet! Denn daß bei prozeßualen Angelegenheiten eine Arterienverkalkung, an der Eulenburg übrigens schon seit dem Jahre 1897 leiden soll, Anlaß zur Aussetzung des prozeßualen Verfahrens geben würde, davon ist uns noch nichts bekannt geworden!

Folgen der Tabaksteuererhöhung.

Ein überaus trauriger Vorfall, der sich in dem Gaesestädtchen Zehdenick i. d. M. ereignete, gibt jedem, der denken kann, den Beweis von der wahrhaft mörderischen Wirkung speziell der neuen Tabaksteuer. Der Zigarettenfabrikant Pannitz, wohnhaft am Markt daselbst, dessen Verhältnisse sonst ganz geregelt waren, war dadurch, daß infolge der Wertzuschlagsteuer der Fabrikant nicht nur den Zoll, sondern auch den neuen 40prozentigen Wertzuschlag sofort erlegen mußte, in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Seine mannigfachen Versuche, der Schwierigkeiten Herr zu werden, waren umsonst, so daß den sonst so betriebamen Mann die Verzweiflung erfaßte. Er beschloß, seiner Frau sowie sich das Leben zu nehmen. Er tötete sich selbst durch einen Schuß, nachdem er seine Frau durch einen Schuß in die Schulter verlegt hatte. Das so traurige Ereignis hat auch noch die schlimme Nebenwirkung, daß die bei P. beschäftigt gewesenen Arbeiter nun auf der Straße liegen und das Heer derjenigen, die durch die Steuervirkungen existenzlos geworden sind, noch vergrößern.

Freisinnig-nationalliberale Wahlbündnisse.

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ feststellt, haben in 30 Wahlkreisen die Nationalliberalen bereits ein Bündnis mit dem Freisinn geschlossen. In Thüringen sollen nach dem Willen der Nationalliberalen die jetzt durch Schutzgölnner vertretenen Kreise Weimar, Langensalza-Mühlhausen, Merseburg-Querfurt, Eschwege-Schmalkalden in freisinnige Hände fallen. — Wenn nur nicht unsere Parteigenossen einen dicken Strich durch diese liberale Rechnung machen!

Vom Kriegsjahnpflicht in Nordschleswig.

Die Polizeibehörden in Nordschleswig finden Gefallen daran, den Unternehmern Handlangerdienste zu leisten. Der Ausschreibung der drei dänischen Zimmergesellen, die es ablehnten, in Sperrade bei einem Bauunternehmer mit Kollegen zusammen zu arbeiten,

Die sich während der großen Bauarbeiterausperrung der Pflichten der Solidarität entzogen haben, ist jetzt ein Ausweisungsfall in Haderleben erfolgt. Der dänische Arbeiter Niels Jensen hat seit Mitte Juli bei dem Maurermeister Peters gearbeitet und wird von diesem als ruhiger und fleißiger Arbeiter gelobt. Er ist plötzlich mit 24stündiger Frist ausgewiesen worden, weil er — so wurde ihm gesagt — seine bisherige Arbeitsstelle ohne Kündigung verlassen hat!

Zur Kaiserrede.

Wir haben bereits bemerkt, daß die Kaiserrede Donnerstag gehalten, aber erst Freitag mittag den Berliner Blättern vom offiziellen Depeschendebureau übermittelt wurde. Königsberger Blätter haben die Rede schon Freitag morgens veröffentlicht und der Vorlaut ist der gleiche wie der offizielle. Offenbar hat man an der zuständigen Stelle in Berlin geschwankt, ob man die Neuherausgaben Wilhelm II. in dieser Form veröffentlichen könne, schließlich aber doch in den sauren Apfel gebissen.

Die Ehrenrettung der Polizei.

Eine Wendung bürgerlicher Blätter, daß der russische Zar im Juli d. J. zum Besuche des Prinzen Heinrich auf Gut Gemmelmarck bei Gedenksünde eintreffen werde, hatte die „Schleswig-Holsteinische Volkszeitung“ bewogen, mit Rücksicht auf die bei solchen Besuchen üblichen politischen Vorbereitungen Vergleiche zwischen der durch ihre Wahlrechtskataster Berühmt gewordenen Polizei in Kiel und Neumünster und der russischen Polizei zu ziehen. Der Vergleich wurde von den Polizeibehörden in Kiel und Neumünster so schmerzhaft empfunden, daß der Staatsanwalt Anklage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Schleswig-Holst. Volksztg.“, den Genossen Herrn. Breuer, erhob. Die Preisenstrafkammer I des Kieler Landgerichts ahnte am Freitag die Verurteilung mit 300 Mark Geldstrafe.

Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt. Bemerkenswert war die Aussage eines vom Angeklagten geladenen Zeugen, der auf die Frage des Vorsitzenden nach seiner Parteizugehörigkeit erklärte, daß er nicht der sozialdemokratischen Partei angehöre. Er sagte aus, daß er viele Freunde unter den Schutzleuten habe und viel mit Schülern verkehrt sei, das Vorgehen der Schutzleute bei den Wahlrechtsdemonstrationen habe ihn jedoch so empört, daß er den Verkehr mit den Schutzleuten abgebrochen habe.

Wer ist der Handhacker?

Eine ganz unermutete Wendung hat der „Fall Diebold“ in Breslau genommen, eine Wendung, die zweifellos in der ganzen Welt, wo man die Schurkenart des Handhackerers von Breslau kennt, lebhaftes Aufsehen erregt wird. Es wird uns darüber aus Breslau geschrieben: Weil Genosse Albert von der „Breslauer Volkszeitung“ in einem Artikel an die Objektivität der Staatsanwaltschaft gezwungen, erhielt er eine Anklage wegen Verleumdung der Staatsanwaltschaft. Zum Beweise nun dafür, daß die Staatsanwaltschaft nicht objektiv ist, behauptete Albert unter anderem, daß der Vertreter der Polizeipräsidenten, Regierungsrat Frost, ganz genau wisse, wer dem Diebold die Hand abgehakt habe, und daß die Staatsanwaltschaft nichts unternommen habe, durch die Polizei jenen feigen Hahn zu ermitteln. Als Zeugen benannte Albert Justizrat Kamroth, der der Staatsanwaltschaft 1906 diesen Beweis vergeblich angeboten hatte, und den Regierungsrat Frost als stellvertretenden Polizeipräsidenten. Das Gericht lehnte aber die Ladung der Zeugen als „nicht zweifelhaft“ ab. Daraufhin ließ Albert den Polizeichef durch seinen Verteidiger amtlich laden, sodas er also (der Termin war am Sonnabend) hätte erscheinen müssen. Schon war alles geplant darauf, wie der Herr sich in dieser heißen Situation benehmen würde. Ueberall in Juristen- und vor allem in Genossenschaftskreisen diskutierte man eifrig die Frage: Wird er unter Eid sagen, er kenne den Handhacker nicht? Dann wäre Alberts Beweis missglückt. Oder aber werde er die Anklage verweigern? Dann konnte Albert und die gesamte Öffentlichkeit sagen: Das läßt tief denken! Das gesah.

Aber aus dieser tödlichen Verlegenheit hat den Polizeichef soeben sein höherer Vorgesetzter, der Regierungspräsident von Wambach errettet! Der Regierungspräsident verfügte nämlich, daß Regierungsrat Frost nichts ansage, denn — durch die Anklage des Herrn stellvertretenden Polizeipräsidenten würde die — Sicherheit des Deutschen Reiches und des preussischen Staates gefährdet!!!

Rum mehr erklärte Genosse Albert dem Gericht im Termin, daß ihm auch diese Antwort genüge, denn wenn die Polizei den Handhacker nicht kennen würde, dann hätte das Herr Frost ja ruhig beschwören können. Da ihm aber die Anklage verboten wurde, habe er, der Angeklagte, nunmehr ein volles Recht, in alle Welt hinauszurufen, daß die Breslauer Polizei den feigen Hahn vom 19. April 1906 ganz genau kenne, aber nicht verfolge, ja, ihn der strafenden Gerechtigkeit entziehe. Und ferner habe er erst recht alle Veranlassung, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß die Staatsanwaltschaft nicht objektiv sei, denn sie tue ja nichts, obwohl sie die Macht dazu habe, die Polizei zur Herausgabe, zur Auslieferung des Handhackerers zu zwingen.

Das weitere wird jetzt der Justizminister veranlassen müssen. Er wird im Landtage gefragt werden, ob er auch diese Art von Verleumdung der Polizeigewalt billigt oder nicht. Und die Öffentlichkeit hat bis dahin reichlich Ruhe, sich über Polizei und Staatsanwaltschaft zu ihre eigenen Gedanken zu machen. Wir aber sind hochzufrieden, und über diese Wendung diebisch zu freuen, denn derartige Vorgänge sind prächtig dazu angetan, unsere Justizzustände und Rechtspflege blutig zu beleuchten.

Zur Stichwahltaktik.

Der als Freisinnorgan immerhin zu beachtende Nürnberger „Fränkische Kurier“ geht in einer Betrachtung über unsere Ausführenden zur linksparlamentarischen Stichwahltaktik so weit, im Interesse der Liberalen den obersten Zweck der Reichstagswahlen — eine Willensäußerung und Offenbarung der Ueberzeugung des Volkes herbeizuführen — ganz zu übersehen! Er müde der Sozialdemokratie zu, um falsche Stichwahlen zu vermeiden, in aussichtslosen Kreisen keine Kandidaten aufzustellen! ... Die Genossen“ möchten sich recht gründlich überlegen, ob denn das hohe Renommieren mit einer möglichst hohen Zahl sozialdemokratischer Wähler so viel wert ist, daß man dafür drei oder vier Duzend reaktionäre Reichstagsmandate in den Kauf nehmen muß. Diese Renonanz ist einzig, als so zuverlässig hat sich nämlich der deutsche Liberalismus noch lange nicht erwiesen, daß ihm die Arbeiterklasse auch nur ein Mandat kampflös überlassen könnte!

Frankreich.

Der Luftmilitarismus.

Paris, 27. August. Der Kriegsminister erklärte einem Bericht-erklärer gegenüber, die Flieger spielten bei den großen Manövern lediglich die Rolle von Beobachtern. Jeder führe zwar ein Maschinengewehr mit sich, doch geschähe dies nur, um die Offiziere an mehr Belastung zu gewöhnen. Die Soldaten würden vielleicht Befehl erhalten, auf in Schwärme fliegende Aeroplane Salven abzugeben, um die Truppen daran zu gewöhnen, auf fliegende Ziele zu schießen. Scheinangriffe auf Flugzeuge der feindlichen Parteien sollten nicht stattfinden, um das Leben der Flieger nicht zu gefährden. Die Korpskommandeure sollten den Aviatikern nichts befehlen, sondern nur diese und jene Aufgabe antragen, über deren Ausführbarkeit dann der Führer der aus vier Aeroplanen bestehenden Gruppe selbst zu entscheiden habe. Einige der besten Aviatiker müßten bei den Verbänden bleiben, um durch Prüfung der höheren Luftschichten die Luftkriegsmöglichkeit zu beurteilen.

Spanien.

Kein Zurückweichen.

San Sebastian, 27. August. Ministerpräsident Canalejas gab die Erklärung ab, die Regierung werde das Cadenas-Gesetz, das die Neubildung von Orden und die Einwanderung der Brände provisorisch unterlag, nicht zurückziehen, weil das Gesetz des Senats sei, dessen Mehrheit das Gesetz angenommen habe. Canalejas fügte hinzu, in dem Cadenas-Gesetz läge weder eine Herausforderung noch eine Verletzung der Verfassung, und die Regierung könne es ohne Verletzung der Verfassung nicht zurückziehen.

England.

Die Arbeiter und die Monarchie.

London, 26. August. (Fig. Ver.) Die Hoffnung, daß sich die politischen Ansichten der englischen Arbeiter bald klären werden, erhält von Zeit zu Zeit eine recht unangenehme Aufrüttelung durch Ereignisse, die auf eine vollkommene Verwerfung der politischen Ideenwelt durch die Bourgeoisie hinzuweisen scheinen. Die lokale Leamington, die nach dem Tode Eduards VII. fast die ganze britische Arbeiterklasse mit sich, war ein solches Ereignis. Daß die Königstreue aber nicht nur eine Festtagstimmung gewisser britischer Arbeiterführer ist, sondern einen integrierenden Bestandteil ihrer politischen Ueberzeugung bildet, wird durch eine Rede bargetan, die der Arbeiterparlamentarier Shackleton kürzlich in Swansea hielt, wo die erste Jahreskonferenz des Generalrats der allgemeinen Gewerkschaftsföderation stattfand. Indem er für den Empfang der Delegierten durch die Stadt dankte, wies er unter anderem auf die Begeisterung, mit der auf dem veranlasseten Festessen der Trinkspruch auf die Gesundheit des Königs ausgedrückt worden sei, hin und fügte hinzu, daß, wenn die kontinentalen Nachbarn ähnliche Demonstrationen der Königstreue seitens ihrer Arbeiter wünschten, sie dafür sorgen müßten, daß ihre Herrscher auch Sympathien für andere Klassen als ihre eigene besunden. Mit der „Sympathie“ der Herrscher für die Arbeiterklasse ist es auf dem Kontinent keineswegs so schlecht bestellt, wie Herr Shackleton meint; nur wissen die kontinentalen Arbeiter die arbeiterfreundlichen Redefloskeln in keinen Artigkeiten der Hauptes des kapitalistischen Staates meist weit besser nach ihrer wirklichen Bedeutung und Absicht zu beurteilen als ihre britischen Freunde. Wenn man die Gedankenrichtung, aus der die Rede Shackletons entsprungen, als typisch ansehen muß, so sind die britischen Arbeiter leicht zu befriedigende Menschen: ein Lob auf die Würde der Arbeit (der man selbst aus dem Wege geht), ein Orden für einen Verarbeiter, der seinem Kameraden das Leben gerettet, ein warmer Händedruck, den der Monarch einem Arbeitervertreter gibt — und die Königstreue Gesinnung steht unerschütterlich fest. Wenn die englischen Könige auch nur einmal in den schweren Kämpfen, die das Proletariat dieses Landes auszukämpfen gehabt hat, ihren Einfluß zugunsten der Arbeiterklasse in die Waagschale geworfen hätten, so könnte man diese monarchistischen Kundgebungen der Arbeiterklasse noch allenfalls verstehen. So aber kann man diese Bewegungen der Treue gegen den Sachwalter der bürgerlichen Parteien, die eben im Begriff sind, die politische wie die wirtschaftliche Bewegung der britischen Arbeiterklasse zu vernichten, nur als eine Wirkung des monarchistisch-chauvinistischen Aberglaubens betrachten, mit dem die unumschränkt herrschende bürgerliche Presse dieses Landes das Proletariat so erfolgreich chloroformiert.

Um so mehr muß man es begrüßen, daß sich Genosse Keir Hardie bei der großen jährlichen Kundgebung der Bergarbeiter von Northumberland in Lynemouth mit großer Entschiedenheit über die Stellung der Arbeiter zur Monarchie ausgesprochen hat. Er wies hin auf die Notwendigkeit einer Klassenorganisation der Arbeiter und den Haß, den ihr Auftreten auf der parlamentarischen Bühne erregt habe, und kennzeichnete dann die Gefahr der wachsenden Macht des Kabinetts und der Krone. Die Kontrolle des Unterhauses ist nicht mehr so wirksam wie vor 20 Jahren. Zu gleicher Zeit ist die Macht der Krone gewachsen, die mit jedem Jahre größer wird. Ich erkläre aber, daß jeder Einfluß, der im Dunkel geübt wird und auf den wir keine Einwirkung üben können, zu bekämpfen ist. Wir dürfen ihm vor allem nicht gestatten, Funktionen auszuüben, die sonst dem Unterhaus zuständen.

Ich wünsche im Augenblick nicht die Erneuerung einer republikanischen Agitation im Lande; wir haben jetzt dringendere wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen. Aber wir wollen den Herren erklären: wenn die Dinge so weitergehen wie jetzt, wird der Tag kommen, wo wir den Kampf des Volkes gegen das Vorrecht führen werden. Auch dazu bedürfen wir einer starken Arbeiterpartei.

Griechenland.

Die Wahlen.

Athen, 27. August. Nach einer Aufstellung des Blattes „Athina“ sind in die Nationalversammlung gewählt: 64 Theokraten, 64 Anhänger von Kallis, 84 Anhänger von Pavromichalis, die eine Nationalversammlung mit konstituierendem Charakter wollen, 13 Jaimisten, 4 Kreter und 146 Unabhängige, d. h. Kandidaten, die außerhalb der früheren Parteienpartei aufgestellt sind. Von diesen 146 gelten 30 als theokratische Agitatoren, 30 als freisinnige Anhänger der konstituierenden Nationalversammlung, 4 als Sozialisten, 86 haben sich nicht darüber ausgesprochen, ob sie für eine revisionistische oder eine konstituierende Nationalversammlung sind.

China.

Die konstitutionelle Reform.

Peking, 27. August. Die konstitutionelle Reform wird trotz Verweigerung eine Nationalversammlung einzuberufen, fortgesetzt. Die Einrichtungen eines obersten Rechnungshofes sind im Prinzip bestimmt. Das Reformkomitee bereitet konstitutionelle Gesetze vor und schlägt vor, die bevorzugte Gerichtsbarkeit für die reicheren Klassen der Bevölkerung zu unterdrücken.

Amerika.

Roosevelt und Taft.

Roosevelt, der Mann der Reklame, den der „Appeal to Reason“ als den „politischen Dr. Cool“ gekennzeichnet hat, beginnt, sich auf die verschiedensten Arten öffentlich bemerkbar zu machen. Die Niederlage, die ihm die Republikaner der alten Richtung im Exekutivkomitee des Staates New York bereitet haben, kann ihn, den Führer der „Insurgenten“, natürlich nicht abbrechen. Man erwartet zunächst, daß er als Gouverneur-Kandidat der Republikaner für den Staat New York, dessen Chef nächst dem Präsidenten des Bundes der bedeutendste Beamte der Union ist, aufgestellt werden wird. Gelingt es ihm dann nicht, die Berufung zur dritten Präsidentschaft als republikanischer Kandidat zu erlangen, so traut man ihm zu, daß er auch bereit sein wird, als Demokrat zu kandidieren. Mit Hilfe der auffälligen Republikaner hätte er dann die besten Wahlaussichten. Doch wird

stark bezweifelt, daß die Demokraten, die ihren alten Brhan sollen gelassen haben, ihren siegreichen Gegner vor ebendem run als Vertreter anerkennen werden. Man erwartet eher, daß ihr siegreicher Kandidat bei der New Yorker Mayorwahl, Gaynor, der den seltenen Ruf eines ehrlichen Politikers genießt und durch seine Märtyrerrolle, als Opfer des Attentates eines abgefehten Beamten, natürlich an Volkstümlichkeit sehr gewonnen hat, von ihnen für die Präsidentschaft vorgeschlagen werden wird.

Ein Element, das einen starken Bestandteil des republikanischen Stimmenbeeres ausmacht, hat Roosevelt ganz auf seiner Seite: die Regier. Als einem der seltenen weichen Politiker, die Regier anständig und verurteillos behandelt haben, folgen sie ihm durch dick und dünn. Auf einem Kongreß des Nationalverbandes von Regier-Geschäftsleuten wurde ihm begeistert gehuldigt und Unterstützung bei jedem Unternehmen zugesichert. Er selbst hielt dort die erste Ansprache seit seiner Rückkunft, die indessen keinen politischen Charakter trug.

Zwischen sucht auch Taft, der seine Präsidentschaft als das willkürliche Werkzeug der Trustmagnaten begonnena hat, der veränderten Zeitströmung Rechnung zu tragen. Man erwartet, daß er in der nächsten Kongresssession eine neue Revision des erst vor kurzem in der Nichtung des Hochschutzzolls revidierten Solltarifs vorschlagen wird. Jeder einzelne Zoll solle auf Grund genauer Prüfung der einheimischen und ausländischen Produktionskosten und nur in solcher Höhe festgesetzt werden, daß dem amerikanischen Unternehmer ein „vernünftiger“ Gewinn bleibe. Uebermäßige Gewinne sollen nicht mehr geduldet werden. Man hofft, auf diese Weise die „Insurgenten“, denen auch Senator Aldrich, der Vater des neuesten Hochschutzzolls, und der Sprecher des Repräsentantenhauses, Cannon, der Sachwalter der Trusts, geopfert werden sollen, wieder mit der Partei verböhnen zu können. Unmöglich wäre das bei der Wetterwendigkeit amerikanischer Reformbewegungen sicher nicht. Aber ob damit die tiefe Unzufriedenheit des Volkes, das auf schwerer unter der Schutzoll- und Trustwirtschaft leidet, beigelegt werden wird, steht sehr dahin. Jedenfalls sind die Aussichten unserer Genossen diesmal besser als zuvor.

Aus der Partei.

Der Neue-Welt-Kalender für das Jahr 1911.

Der vor kurzem erschienen ist, präsentiert sich in dem gefälligen, schon seit Jahren bekannten Gewande. Der literarische Inhalt bietet in dem Rückblick auf das verlossene Jahr sowie in Beiträgen über die alte und neue Weltpolitik, die Landarbeiterfrage, die Parteigeographie, den Schwedisch und den Ransfelder Streik und endlich über den Alkoholismus eine ziemlich reichhaltige politische Beleuchtung. Ein Nachteil ist es ja, daß der Kalender so früh erschienen muß. Denn inselgedessen ist es nicht möglich, einen Ueberblick über das Jahr 1910 zu geben. Und das wäre es doch, was man eigentlich um die Jahreswende erwartet. Vielmehr muß die Ueberblick mit dem 15. Mai 1910 abschließen. Aber das ist ein Uebelstand, gegen den sich wohl kaum etwas wird machen lassen. — Für Unterhaltung ist durch mehrere recht hübsche Geschichten gesorgt, unter denen ein Beitrag von Clara Wiebig, „Der Käse“, durch hohen literarischen Wert herzuhebt. Auch die Bilder sind zum größeren Teil gut gelungen, zum Teil freilich lassen sie zu wünschen übrig, z. B. die Illustrationen zu der Geschichte „Die Jubiläumstorte“. — Für Beleuchtung auf anderem als politischem Gebiet sorgen Beiträge über die neueste Technik im Verkehrswesen und über Sport und Arbeiter. Dazu Gedichte, Rätsel, statistische und sonstige wissenschaftliche Mitteilungen, so daß man alles in allem den Kalender als wohl gelungen bezeichnen und den Genossen zur Lektüre empfehlen kann.

Zum badischen Parteitag.

Auf den von uns zitierten „Brandstifter“-Artikel der „Mannheimer Volksstimme“ antwortete die „Frankfurter Volksstimme“: „Das ist ein starkes Stück Parteipolemik, von dem man annehmen möchte, es wäre lediglich durch eine Art Verzweigungstaktik eingeleitet, die nicht mehr ein noch aus weiß, nachdem sie merkt, was sie angerichtet hat. ... Alle Parteioorgane, die sich über Offenbarung selbständig äußern, stellen inzwischen die durch die badischen Parteitagebeschlüsse gegebene Verschärfung der Lage fest. Die (Stuttgarter) „Tagwacht“ meint: „Man kann dem badischen Parteitag den Vorwurf nicht erheben, in einer Weise zur Verschärfung des Ernstes der Lage beigetragen zu haben, die weder durch die Sache selbst, noch durch die schärfsten Freihäuserungen gerechtfertigt erscheint.“ Man gewinnt den Eindruck, „als ob man in Baden den Bruch mit der Gesamtpartei will“. Und die bisher sehr zurückhaltende „Magdeburger Volksstimme“ meint: „Das ist zweifellos eine offene Freude gegen die Gesamtpartei. In dieser Lausache gibt es nichts zu rütteln.“ So lauten die Stimmen südlich und nördlich der Mainlinie, und mit dem seltsamen Versuch, einen einzelnen Genossen und sein nach bestem Wissen über Offenbarung gefälltes Urteil für die Zuspitzung der Dinge verantwortlich zu machen, ist es nichts.

Da aber die „Mannheimer Volksstimme“ nicht verstehen will, wie man allerseits zu dem ihr unangenehmen Urteil kommt, so überlegt sie vielleicht noch folgendes. Es ist in Offenburg nicht der geringste Versuch gemacht worden, auch nur ein wenig den norddeutschen Genossen die Hand zu reichen. Vom Reichstagsler verlangen wir, daß er um Judentum nachsucht, wenn er Aufgaben ohne Bewilligung des Reichstags gemacht hat. Die Badener Genossen übertreiben einen unter großen Schwierigkeiten zustande gekommenen Beschluß ihrer eigenen Partei, halten es aber nicht für nötig, in ihren Resolutionen auch nur ein Wort des Bedauerns nach Norddeutschland darüber zu sagen, daß sie wenigstens um nachträgliche Zustimmung des Parteitag eruchen. Kein verständlicher Ton in dem Referat und in der Debatte! Die Vertreter des Parteivorstandes läßt man von der Trauer und dem Schmerz sprechen, die das Zerwürfnis der Gesamtpartei verursacht, reagiert aber mit keinem Worte auf ihre Vorstellungen, ebenso wenig, wie auf die Parteikritiken an der Budgetbewilligung, und nimmt statt dessen drei Resolutionen an, von denen eine immer herausfordernder ist, als die andere. Auch der Vorsitzende des Parteitag will keinen Schritt zur Wiedervereinigung der Genossen und dann wundert man sich, wenn das Echo bebauerlicherweise so ausfällt, wie es unter solchen Umständen ausfallen muß.

„Das Wundertränkein.“

Zu diesem von uns zitierten Artikel der „Frankfurter Volksstimme“ schreibt der „Offenbacher Abendblatt“: In Wahrheit hat Genosse Dr. David kein Wort von dem dummen Zeug gesagt, das ihm der Leitartikel der „Frankfurter Volksstimme“ nachredet. Davon hätte dieser sich, bevor er schrieb, leicht überzeugen können, indem er einen Blick in den Bericht warf, den die „Volksstimme“ selbst über die heftige Landeskonferenz brachte. Kein Wort von dem, was hier im Leitartikel der „Volksstimme“ behauptet wird, findet sich in ihrem Bericht, nicht einmal etwas, das auch mit sehr großer Strampellostigkeit im Kluge gegen den Leitartikel der „Volksstimme“ verwendet werden könnte. Gewiß hätte sich der Berichterstatter der „Volksstimme“, wie wir ihn kennen, den Worten nicht entgehen lassen, wenn Genosse David ihn gebeten hätte. Das hat er nicht getan, wie auch aus unserem Bericht hervorgeht und wie

abrigens bei einem Manne von den geistigen Qualitäten Davids auch der „Volkstimme“ selbstverständlich sein sollte. Wir müssen deshalb auch die völlig unmotivierten hochmütigen Schulmeister der im proletarischen Kampfe ergrauten Teilnehmer an der heftigsten Landeskonferenz entschieden zurückweisen.

Wir können auf Grund der vorliegenden knappen Berichte über die heftigste Landeskonferenz nicht den Wortlaut der Sätze feststellen, die der Frankfurter „Volkstimme“ den Inhalt zu ihrem Artikel gegeben haben. Es will und aber nach diesen Berichten scheinen, als wehre sich das „Offenbacher Abendblatt“ lediglich dagegen, daß unser Frankfurter Parteiblatt den Inhalt der Davidschen Ausführungen in eine drastische Form gekleidet hat, die diesen Inhalt deutlicher hervortreten läßt, als es in den Worten Dr. Davids geschieht. Der Hinweis auf die Berichte der Frankfurter „Volkstimme“ und des heftigsten Parteiblattes verfangt nicht, denn diese Berichte geben die Ausführungen des Genossen Dr. David natürlich stark gefälscht.

Die badische Sozialdemokratie in Zentrumsbesetzung.
Der „Karlsruher Volksfreund“ wünscht, daß die norddeutsche Parteipresse, nachdem sie den Artikel des Nationalliberalen Rebmann über die badische Sozialdemokratie wiedergegeben habe, nun auch die folgenden Bemerkungen des Führers der badischen Zentrumspartei, des Weiskelchen Haid Wader, veröffentlichen möge. Im katholischen Volkverein in Freiburg sprach er sich über den Einfluß der badischen Sozialdemokratie wie folgt aus:

„Die Sozialdemokratie spielt bei und in Baden eine Rolle, die man noch vor kurzer Zeit für unmöglich gehalten hätte. Und daß sie diese Rolle spielt, ist nicht hauptsächlich ihr eigenes Verdienst, sondern Schuld der Kreise, die eigentlich zu den Erstberufenen gehören, wenn es sich darum handelt, die Sozialdemokratie zu bekämpfen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Sozialdemokratie in mehr als einer Beziehung zurzeit das einflussreichste Element im öffentlichen Leben Badens ist. Wenn es sich bei der Regierung darum handelt, auf die parlamentarische Vertretung der einzelnen Parteien Rücksicht zu nehmen, dann kommt weit vor dem Zentrum die Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie ist eine Partei geworden, die einen erheblichen Teil der Regierungspartei darstellt. Der Geist der Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Wir stehen im öffentlichen Leben ungleich mehr, als wir es wissen, unter dem Bann der Sozialdemokratie. Ich habe noch nie zu den Schwarzsehern gehört, aber ich muß offen bekennen, daß es zu unheilvollen Folgen führen muß. Ich möchte die Verantwortung dafür, daß mit meiner Hilfe die Sozialdemokratie groß geworden ist, nicht tragen.“

Der „Karlsruher Volksfreund“ gibt selbst zu, daß von dem Besagten etliche Prozent abzuziehen sind, weil der Zentrumsführer diese Sätze aus parteipolitischen Interesse gesprochen habe. Wader hat ein Interesse daran, die sozialdemokratische Gefahr in Baden möglichst groß hinzustellen. Man kann dem entgegenhalten, daß der Nationalliberal Rebmann das umgekehrte Interesse habe. In dem sein Urteil wird durch die Tatsachen, durch die Beschaffenheit jener Gesetze, die als die Früchte der Großblockpolitik präsentiert werden, wesentlich unterstützt.

Sum Bericht der sozialistischen Partei in den Vereinigten Staaten.

aus dem wir in Nr. 109 einen Auszug geben, ist festzustellen, daß die Stimmenzahl, die die Partei 1908 bei der Präsidentenwahl erzielte, 421 500 betrug, nicht 4 221 500, wie der Druckfehler aufweist, wohl die künftige Entwicklung vorwegnehmend, und hat behauptet lassen.

Gewerkschaftliches.

Der Fall Osborne.

London, 23. August 1910.

Endlich rüsten sich die britischen Gewerkschaften und die Arbeiterpartei zu einem entschiedenen Kampf gegen die Mächte, die die politische Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse bedrohen. Die letzten paar Tage haben ein unerwartet schnelles Tempo in die Entwicklung der ganzen Frage gebracht. Doch bevor man auf die Darstellung der jüngsten Ereignisse eingehen kann, ist es notwendig, die unmittelbar vorangehende Geschichte der Angelegenheit zu skizzieren.

Seit der Urteilsfällung der letzten Instanz im Falle Osborne sind außer der Gewerkschaft der Eisenbahner noch 12 andere Gewerkschaften mit Inhibitionsbefehlen bedacht worden. Augenblicklich schweben noch Prozesse gegen die Handlungsgehilfen und die Postangestellten, und es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in kurzer Zeit alle der Arbeiterpartei angeschlossene Gewerkschaften in das Reg der Inhibitionsbefehle gezogen werden.

Den ersten ernstlichen Abwehrversuch machte die Arbeiterpartei in der letzten Legislaturperiode, indem sie eine Vorlage einbrachte, die den Gewerkschaften das Recht auf politische Betätigung zurückgeben sollte. Die Vorlage gelangte aber nicht zur zweiten Lesung. Eine Resolution, die denselben Gegenstand betraf, wurde letzten April im Parlament verhandelt; es kam aber zu keiner Abstimmung, da sie der linksliberalen Mehrheit nach altem Brauche tot redete. Die damalige Debatte hatte aber den nächsten Zweck, daß sie über die Absichten der Regierung und die prinzipielle Stellungnahme der liberalen Partei zu dieser Frage aufklärend wirkte. Es zeigte sich, daß die Arbeiterpartei die heftigste Opposition von linksliberaler Seite und von den der liberalen Partei noch angehörenden Arbeitervertretern zu erwarten hat. Der Regierungsvertreter war, wie immer, sehr sympathisch oppositionell, ging um die Frage herum, wie die Sache um den heißen Brei, und meinte schließlich, daß die Befolgung der Abgeordneten der Arbeiterpartei aus der Verlegenheit helfen würde. Die nun folgenden Anstrengungen der Arbeiterpartei, die Regierung zu bewegen, einer von der Arbeiterpartei beschworbenen Bill über die politische Aktion der Gewerkschaften freie Bahn zu verschaffen, hatten keinen Erfolg; ebenfalls ohne Erfolg blieben die Versuche, den schlauen liberalen Fuchs aus seiner Höhle zu locken und ihn zu einer Erklärung zu veranlassen. Die Regierung hatte der Arbeiterpartei zu versichern gegeben, daß sie ihre Absichten nach vor den Parlamentsferien kundgeben werde. Sie verschob diese Bekannmachung aber von einem Tag auf den anderen und vergah sie schließlich gänzlich. Die Arbeiterpartei hatten sich wieder einmal nachführen lassen.

Die Lage der Arbeiterpartei schien von Tag zu Tag verzweifelter zu werden, und die bürgerliche Presse rechnete sich schon an den Geldmitteln, die der Partei noch zur Verfügung stehen, den Tag aus, an dem sie das Begräbnis der proletarischen politischen Aktion begehen konnte. Die Arbeiterpartei und die Gewerkschaften aber setzten sich energisch zur Wehr. Gestern hielt das gemeinsame Komitee, in dem die Arbeiterpartei, die Allgemeine Föderation der Gewerkschaften und das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses vertreten sind, eine Sitzung ab, in der folgende Resolutionen angenommen wurden:

1. Das Urteil im Falle Osborne berührt nicht nur die parlamentarische Vertretung, sondern macht es auch den Zweigvereinen der Gewerkschaften unmöglich, mit den lokalen Gewerkschaftsvereinen zusammenzuarbeiten, und untergräbt auch die Diskussions- und Beschlußfreiheit, deren sich der Gewerkschaftskongress immer erfreut hat, insofern, als dieser Kongress Handlungen politischen Charakters im Interesse der Lohnarbeiter unternommen hat.

2. Das Urteil beraubt den Gewerkschaften das Recht, ihren ausdrücklich genannten statutarischen Zweck, die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu regeln, auszuführen, insofern als die modernen Verhältnisse der Industrie und der hohe Grad der Organisation des Kapitals die parlamentarische Aktion für diesen Zweck notwendig macht.

3. Das Urteil raubt den Gewerkschaften eine Freiheit und ein Recht, das sie schon seit beinahe 50 Jahren besitzen, und das

sie nur mit der Zustimmung ihrer Mitglieder und zum Vorteil der Allgemeinheit ausgeübt haben.“

Dieser prinzipielle Erklärung folgen die Forderungen des Komitees, welche lauten:

Das Komitee fordert deshalb, daß diese Rechte sofort wiederhergestellt werden, so daß die Gewerkschaften in die Lage versetzt werden, ihre statutarischen Funktionen in einer solchen Weise zu erfüllen, wie es die Mitglieder der einzelnen Gewerkschaften nach ihrem Statut beschließen sollen.

Das Komitee bedauert, daß die Regierung beschlossen hat, der Beratung der Bill, die in der gegenwärtigen Parlamentssession zu dem angegebenen Zweck eingereicht wurde, keine Zeit einzuräumen, und daß sie nicht einmal die verbindende Garantie gegeben hat, ihr häufig wiederholtes Versprechen, für die Befolgung der Parlamentsmitglieder und die Bezahlung der Wahlbeamten Sorge zu tragen, zu erfüllen.

In Anbetracht der Ungerechtigkeit des Urteils und der Dringlichkeit der Angelegenheit, fordert das Komitee die affiliierten Organisationen mit Rücksicht auf die Entstellungen der Lage, die kürzlich in der Presse erschienen sind, auf:

1. mitzuwirken, um die öffentliche Meinung über die Angelegenheit aufzuklären;
2. sich mit dem Parlamentsmitglied ihres Wahlkreises ins Einvernehmen zu setzen, und
3. ihre Mitglieder zu bewegen, diese Frage bei allen Wahlen zu einer Testfrage (d. h. zu einer Frage, die jeder Kandidat, der sich um die Stimmen der Arbeiterklasse bewirbt, zufriedenstellend beantworten muß) zu machen.

Wird der Kampf, wie von den Führern der Arbeiterpartei versichert wird, nunmehr mit aller Schärfe entbrennen, so kann es auch nicht ausbleiben, daß die latenten, den Klasseninteressen entsprechenden Gegensätze zwischen Arbeiterpartei und Liberalismus auch auf politischem Gebiete klar zum Ausdruck kommen.

Wie nun auch der Kampf der Arbeiterpartei um ihre Existenz ausfallen mag, das eine steht fest: er muß zu einem heftigen Anprall mit der liberalen Partei führen, einem Ereignis, das die größten Umwälzungen in der politischen Welt Großbritanniens zeitigen kann. „Run ist es ganz klar“, schrieb vor vierzehn Tagen der Genosse Jewett (Parlamentsmitglied), der frühere Vorsitzende der A. L. P., „daß der liberale Einfluß in großem Maße gegen die Arbeiterpartei in die Waagschale geworfen werden wird, und wenn nicht die ganze Stimmkraft der Arbeiterpartei in Kreisen, wo kein Arbeiterpartei aufgestellt wird, als drohender Faktor in der Situation auftritt, so möchte ich keinen Pfifferling für alle Aussichten geben, die jetzt bestehen, um die Gewerkschaften von der größten Gefahr, die ihnen seit einer Generation begegnet ist, zu retten.“

Berlin und Umgegend.

Der Kraftfahrzeugbetrieb fahrig, Reinickendorfer Str. 22.

ist für organisierte Kraftwagenfahrer gesperrt. Ein bei der Firma Bahisch beschäftigter Fahrer wurde beauftragt, mit einem Kraftwagen nach Volen zu fahren. Ein Lohn von fünf Mark pro Tag bei freier Station ward vereinbart. Die Fahrt nahm vier Tage in Anspruch und hatte der Fahrer 20 Mark zu verlangen. Frau Bahisch, im Nebenberuf Hebamme, verurteilte, den Fahrer mit 10 Mark abzuspensen, also den Lohn um 50 Prozent zu reduzieren. Als der Kollege erklärte, daß er mit 250 Mark seine Frau und vier Kinder nicht ernähren könne und seinen wohlverdienten Lohn verlange, wurde er wegen „Unbotmäßigkeit“ entlassen. Der Verbandsvertreter, der eine Verständigung herbeiführen wollte, wurde gar nicht gehört. Da der Fahrer aber Tage und Tage in dem Betriebe beschäftigt war und bis dato im weitgehenden Maße seine Schuldigkeit getan hatte, sah die übrigen Kollegen in der Entlassung eine rigorose Behandlung und legten sie einstimmig die Arbeit nieder.

Leider haben sich für die Wagen Nr. 8793, 8794 und 8795 bereits Anhaltswillige gefunden.

Organisierte Kollegen haben den Betrieb zu meiden.

Bezirksleitung Groß-Berlin des Deutschen Transportarbeiter-

Verbandes.

Der Streik in der Norddeutschen Gummiabrik dauert fort. Die Firma glaubt noch immer, Erfolg für die Streikenden finden zu können. Augenblicklich sucht man in Frankfurt a. M. und der Umgegend geübte Arbeiter mit demselben Erfolg, wie schon wo anders. Verhandlungen, welche von den Streikenden angebahnt waren, führten zu keinem Resultat, da der Direktor bereit war. Wie bei allen solchen Anlässen, so glauben auch hier die Arbeitswilligen sich alles erlauben zu dürfen. Mit Gummihüpfelgewaffen, provozieren sie die Streikposten, und selbst Unbetätigte, so daß die Polizei sich bequemen mußte, einem dieser Herren den Knüttel abzunehmen. Nach wie vor ist es Ehrenpflicht jedes Arbeiters, speziell der Gummiarbeiter, diesen Betrieb zu meiden. Gummiarbeiter allerorts, meldet Berlin.

Zur Lohnbewegung der Dachdeckerhelfer. In der Werkstätte von Horn u. Hummel in der Großgörschen Str. 40 haben am Sonnabend, den 27. August, sämtliche Dachdeckerhelfer die Arbeit eingestellt, weil die Forderungen nicht bewilligt wurden. Die Werkstätte ist von Dachdeckerhelfern unbedingt zu meiden.

Deutsches Reich.

Die Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrrevier

finden, soweit sie bis dahin noch nicht erledigt sind, am 20. August statt. Wahlberechtigt sind nur diejenigen Vergarbeiter, die mindestens ein Jahr ununterbrochen auf derselben Grube gearbeitet haben, deutsche Staatsangehörige sind und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Wählbar als Sicherheitsmann ist außerdem nur der Vergmann, der 30 Jahre alt ist, mindestens 5 Jahre als Hauer, davon 3 Jahre in gleichartigen Betrieben gearbeitet hat und ein Jahr ununterbrochen auf der Grube tätig war. Durch diese eingehenden Bestimmungen geht zunächst der größte Teil der Vergleute seines Wahlrechtes verlustig und besonders für den Vergarbeiterverband war es sehr schwer, auf allen hiesigen Kandidaten zu finden, die den gesetzlichen Anforderungen entsprechen. Ueber den Wechsel der Velegschaft und die Zahl der Ausländer im Ruhrbergbau orientieren folgende Zahlen:

Jahr	Durchschn. Gef.-Velegsch.	Velegschaftswechsel Zugang	Abgang	Auf 100 Mann der Velegsch. entfallen Zugänge	Zahl der Ausländer Abgänge
1905	260 609	101 367	92 370	38	18 873
1906	286 731	162 009	139 519	57	21 163
1907	299 311	218 951	178 093	71	25 700
1908	343 325	216 044	168 153	63	58
1909	348 380	170 959	178 262	52	81 875

Diese Zahlen zeigen, daß die Mehrzahl der Ruhrbergleute nicht wahlberechtigt ist, weil sie kein Jahr ununterbrochen auf der Grube gearbeitet haben; außerdem sind die Ausländer nicht wahlberechtigt. Von diesem gewaltigen Velegschaftswechsel wird aber auch der Vergarbeiterverband stark betroffen, weil seine agitatorisch tätigen Mitglieder auf den Fischen nicht gern gesehen werden, wenn man sie auch nicht entläßt, werden sie aber vielfach in die schlechtesten Arbeiten verlegt, so daß sie oft genug gezwungen sind, den Staub von den Pantoffeln zu schütteln.

Unders liegt es aber mit den Vergarbeitern, die von der Grube begünstigt werden. Diese erhalten die besten Arbeiten und haben daher keine Veranlassung, ihre Arbeit zu wechseln, sie bilden den alten Schmarotzerstamm, der sich vielfach von den Fischen aus gegen die Interessen seiner Mitmenschen mißbrauchen läßt. Aus diesen Kreisen haben sich auch die über 10 000 Streikbrecher beim Vergarbeiterstreik 1905 rekrutiert. Aus all den Gründen heraus haben die Fischen bei den Sicherheitsmännerwahlen einen einschlagenden Einfluß; da der Gewerksverein christlicher Vergarbeiter bei den bevorstehenden Wahlen in einem Kompromißverhältnis mit den Fischen steht, sind seine Chancen bedeutend günstiger wie die des Vergarbeiterverbandes. Der Ausfall der Sicherheitsmännerwahlen läßt daher keinerlei Schlüsse auf die Wahlenwahlen zu. Für die Wahlenwahlen bestehen die

einzelnen Bestimmungen an die das Wahlrecht gebunden ist, nicht, wahlberechtigt sind hier alle Vergarbeiter, auch Ausländer, die der Kranken- oder Pensionskasse angehören, 21 Jahre alt und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Knopfabbeiterstreik. In Frankenhäusen traten am Sonnabend in 14 Knopfabriken die Perlmutterknopfabbeiter wegen Lohnunterschieden in den Ausstand.

Zugung ist streng fernzuhalten.

Ausland.

Proklamierung des Generalstreiks.

Bilbao, 27. August. Der Generalstreik ist definitiv für nächsten Montag proklamiert worden. Morgen Sonntag werden drei große Versammlungen stattfinden, in welchen alle Arbeiter von Bilbao aufgefordert werden, sich dem Ausstande anzuschließen.

Versammlungen.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Schiffinnen Deutschlands, Bezirk Groß-Berlin, hielt am Donnerstag, den 18. August, in den „Arminhallen“ seine ordentliche Mitgliederversammlung ab, in der zunächst die Abrechnung über das 2. Vierteljahr 1910 erstattet wurde. Die Massenverhältnisse und die Mitgliederbewegung sind sehr erfreulich, und das Verbandsleben war auch in den Sommermonaten recht reger. — Die Versammlung wählte eine aus acht Kollegen bestehende Agitationskommission für die Woche. In Sachen der Sonntagsruhe wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die am 18. August 1910 in den „Arminhallen“ tagende Versammlung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Schiffinnen Deutschlands, Bezirk Berlin, spricht ihr Bedauern darüber aus, daß die Gemeindebehörden von Berlin die vollständige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe durch Ortsstatut immer noch nicht eingeführt haben.“

Die Versammelten erhoben ferner energischen Protest gegen die Behauptungen des Detailistenverbandes der Bekleidungsindustrie usw., der die geplante Erweiterung der Sonntagsruhe mit der Begründung bekämpft, daß schon im Interesse der Arbeiter und Handwerker, welche die Woche hindurch schwer arbeiten müssen und deshalb die frühen Stunden an den Sonntagen zur Erholung verwenden, die Geschäfte von 12 bis 2 Uhr geöffnet sein müssen. Die Versammelten weisen darauf hin, daß die Arbeiterschaft wiederholt und zuletzt erst vor ganz kurzer Zeit zum Ausdruck gebracht hat, daß sie die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe als dringend notwendig erachtet und die angelegte Rücksichtnahme auf sich als Konsument mit aller Entschiedenheit zurückweist.

Die von der Gewerbedeputation und dem Magistrat beschlossene Ausdehnung der Sonntagsruhe dergestalt, daß die offenen Verkaufsstellen von 10 Uhr ab geschlossen sein sollen, ist nicht weitgehend genug. Von dieser Forderung aber noch die Lebensmittelbranche auszuschließen, ist durch nichts begründet. Die Versammelten sind aus den schon wiederholt dargelegten Gründen der Ueberzeugung, daß die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe unbedingt notwendig ist. Sie erwarten deshalb vom Magistrat und von der Stadivereinordnetenversammlung die baldige Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.“

Letzte Nachrichten.

S. M. redet weiter!

Nachdem Wilhelm II. am Donnerstag in Adnigsberg seine vielbesprochene Rede gehalten hatte, ist er am Freitag nach Danzig gefahren, wo er eine Rede an die ihn beglückwünschende Stadtvertretung richtete. Gestern sprach Wilhelm II. in Marienburg, wo er eine Parade abhielt. Bei der Parade brachte er, wie W. L. W. meldet, folgenden Trinkspruch aus:

„Mein Toast gilt heut dem XVII. Armekorps, dem ich schon drängen — und ich wiederhole dies hier — von ganzem Herzen meinen Glückwunsch ausgesprochen habe zu der vorzüglichen Parade! Das Armekorps hat heute im Verein mit der Marine die Wehrmacht des Deutschen Reichs gewissermaßen verkörpert. Die Haltung der Truppen auf der Parade gewährleistet mir, daß ihre kriegsmäßige Ausbildung meinen Wünschen entspricht. Ich werde sie im Manöverfeld wiederfinden und spreche Ihnen im voraus meinen herzlichsten Dank aus für die Friedfertigkeit, die Sie mit hingebender Arbeit und Aufopferung geleistet haben. Sie können nur stolz auf das Resultat sein. Die Zufriedenheit Ihres Kriegsherrn haben Sie sich erworben. Das XVII. Armekorps Hurra! Hurra! Hurra!“

Des Volkes Antwort.

Bremen, 27. August. Bei der heutigen Erntewahl zum bremischen Parlament wurde der wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung gemahregelte Lehrer Wilhelm Holzmecher mit 402 gegen 141 Stimmen in die Bürgererschaft gewählt.

Ein Fluchtversuch des alten Sünder.

Rom, 27. August. (Pregel.) Das „Giornale d'Italia“ weiß von einem Fluchtversuch Abdul Hamids aus der Villa Matini in Saloniki zu berichten. Einem früheren Beamten des Esullans soll es gelungen sein, sich mit diesem in Verbindung zu setzen und alles für die Flucht vorzubereiten. Er wollte selber in der Villa und bereits hatte sich Abdul Hamid seinen Bart rasieren lassen, um unerkannt die Seite der Wächter passieren zu können, als der Fluchtversuch entdeckt und vereitelt wurde. Die Bewachung des Ägypten Abdul Hamids ist unzureichend verstärkt worden, sodas derartige Versuche des Esullans endgültig unmöglich gemacht sein dürften.

Ausstand der Knopfabbeiter.

Frankenhäusen (Thüringen), 27. August. (W. S.) In vierzehn hiesigen Knopfabriken traten heute die Perlmutterknopfabbeiter wegen Lohnunterschieden in den Ausstand.

Abgestürzte Aviatiker.

Kranheim, 27. August. (W. L. W.) Der holländische Aviatiker van Nabal ist mit seinem Apparat abgestürzt und hat dabei den Tod gefunden.

Le Havre, 27. August. (W. L. W.) Der Aviatiker Legagneux stürzte heute bei einem Fluge um den Gesamtstanzpreis gegen einen Pilot, wobei sein Apparat mit dem linken Flügel hängen blieb und zur Erde stürzte. Der Pilot wurde aus verschobenen Wunden blutend unter den Trümmern des Apparates hervorgezogen und fortgebracht. Ueber seine Verletzung ist noch nichts Näheres bekannt.

Keine neuen Choleraerkrankungen.

Wien, 27. August. (W. L. W.) Das Sanitätsdepartement des Ministeriums des Innern veröffentlicht ein Kommuniqué, nach dem seit der bakteriologischen Feststellung von Cholera in den Fällen Selb und Hofmann bis zum Abend des 27. August keinerlei Neuerkrankung an Cholera beim Ministerium des Innern angezeigt ist; bei 5 internierten Personen ist Choleraerkrankung ausgeschlossen, ebenso bei einem im 21. Wiener Bezirke vorgekommenen verdächtigen Todesfälle.

Durch Feuer vernichtet.

Helsingfors, 27. August. (W. L. W.) Das Michoelstadsviertel ist durch eine Feuerbrunst in Asche gelegt worden.

Die Internationale.

Die Sozialdemokratie in Belgien.

Brüssel im August.

Noch immer gilt für Belgien Marxens Wort, daß es ein Paradies der Kapitalisten sei. Nach wie vor haftet ihm der traurige Ruf an, daß es das Land der niedrigsten Löhne und der längsten Arbeitszeiten ist. Aber auch das Paradies der Pfaffen ist Belgien, die es seit 26 Jahren unter politischer Herrschaft halten und die sich im Pluralvotum und in einem künstlich konstruierten, ihren Zwecken angepaßten Proportionalssystem das Mittel geschaffen haben, den Ausdruck des Volkswillens zu fälschen und die aufstrebende Macht des Proletariats zurückzudrängen. In diesen zwei Faktoren: der maßlosen Ausbeutung durch den Kapitalismus, gegen den eine gesetzliche Schranke zu schaffen sich Klerikale im Bund mit den Liberalen sträuben, und der Niederhaltung jeder geistigen Entwicklung durch den Klerikalismus, liegen auch die Ursachen, warum sich der Aufstieg der Arbeiterklasse in Belgien nur so langsam vollzieht, warum dieses industrie-reiche Land eine insbesondere gewerkschaftlich so schwach entwickelte Arbeiterbewegung hat. Belgien zählt rund 126 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Die belgische Gewerkschaftskommission vereinigt bekanntlich die „Unabhängigen Gewerkschaften“, die sich zum Klassenkampf bekennen, und die „sozialdemokratischen“, die der Partei direkt angeschlossen sind. Die Mitglieder der letzteren beziffern sich nach den Ergebnissen von 1909 auf 72 000. — Die Gesamtzahl der der politischen Partei angehörenden Mitglieder umfaßte 1909 185 300 Personen. Während das vorige Jahr, als Krisenjahr, den Gewerkschaften Verluste brachte, verzeichnet die politische Partei eine fortwährende allmähliche Steigerung. Die belgische Partei zählte in runden Ziffern 1906: 145 700 Mitglieder; 1907: 161 240; 1908: 184 000; 1909: 185 300 Mitglieder. Gewinn und Verlust der Gesamtzahl der Gewerkschaften stellen sich folgendermaßen dar: 1906: 127 166 Mitglieder; 1907: 138 763; 1908: 125 943 Mitglieder. Die Zahl der der Partei angeschlossenen Gruppen — Gewerkschaften, politische Organisationen, Verein für gegenseitige Versicherung und Genossenschaften umfassend — stieg von 803 im Jahre 1906 auf gegenwärtig 906 Gruppen. Entsprechend diesen Ziffern verfügt die Partei für Propagandazwecke über nur geringe Geldmittel. Der Generalkrat z. B. erhebt von den Parteimitgliedern einen Beitrag von 10 Centimes pro Jahr und Mitglied und verfügt demnach aus dieser Quelle über eine Summe von 20 000 Frank.

Wie erwähnt, fälscht das herrschende Pluralvotum das politische Machtverhältnis zugunsten der Besitzenden, der bäuerlichen Wähler und damit zugunsten der herrschenden Partei. Zur Ungerechtigkeit und damit zum Privilegium der Pluralität — bis zu vier Stimmen! — gesellt sich aber noch die die Arbeiterstimmen beeinträchtigende Sekundaritätsklausel, die für das Kommunalwahlrecht vier Jahre festsetzt, aber die städtischen Arbeiter aufs ungenehmlichste um ihr Wahlrecht prellt.

Belgien wählt für die Kammer bekanntlich in Teilwahlen und zwar gelangt je eine Hälfte des Landes in einem Abstand von 2 Jahren zur Wahl. Rechnet man, um zu einem Gesamtergebnis der sozialistischen Stimmen zu kommen, die Ziffern von je zwei aufeinander folgenden Wahlen zusammen, so ergeben sich:

1902—1904: 463 967, 1904—1906: 469 094, 1906—1908: 483 241 sozialistische Stimmen.

Auch die letzten Wahlen haben der Partei Stimmenzuwachs gebracht, der indes zum Teil auch in der Vermehrung der Wählerzahl resultiert. Eine Vermehrung der Mandate haben die letzten Wahlen den Sozialdemokraten nicht gebracht. Aus der liberal-sozialistischen Kartellpolitik haben einzig die Liberalen Nutzen gezogen — welche Tatsache denn auch im Verein mit anderen Momenten einen Teil der Partei zu noch skeptischerer Auffassung der Kartellpolitik in Belgien geführt hat. — Die Partei zählt gegenwärtig 35 Abgeordnete in der Kammer — gegen 30 Abgeordnete des Jahres 1906. Die Zahl der sozialistischen Senatoren beträgt 7.

An sozialistischen Gemeinderäten zählt Belgien 850, von denen jedoch nur 700 ungefähr der nationalen Föderation angeschlossen sind. Sozialistische Vertreter gibt es ferner in den Provinzialvertretungen und auch als Stadträte sind mehrere Parteigenossen tätig. Brüssel zählt zwei, darunter Genossen Grimard, der das Finanzressort innehat. In Schaerbeek, dem größten Arbeiterort Brüssels hat Bertrand dasselbe Amt. In der Domäne der provinziellen und Kommunalverwaltung haben unsere Genossen hauptsächlich dem Schulgebiet, dem Ausbau des gewerblichen Unterrichts, dem Schulkantinenwesen, der Frage der Minimallohne bei städtischen Arbeiten und der städtischen Regie und anderem ihre Tätigkeit gewidmet.

Die sozialistische Presse, ohne gerade starken Aufschwung zu verzeichnen, zeigt immerhin Fortschritte an. Die Gesamtauflage der sozialistischen Presse im ganzen Lande beläuft sich auf ungefähr 142 000 Exemplare. Das sozialistische Genossenschaftswesen, das in Belgien bekanntlich eine große Rolle spielt, gewinnt eine immer größere Einflusssphäre im Wirtschaftsleben und in der Arbeiterschaft. Die Föderation der Genossenschaften zählt 174 Gesellschaften mit 140 730 Mitgliedern. Der Umsatz betrug 1909 40 655 358 Frank bei einem Gewinn von 3 855 443 Frank. Ein Teil der Benefizien fließt in der einen oder anderen Form sozialistischen Propagandazwecken und Streikunterstützungen zu. Die sozialistischen Genossenschaften Belgiens beschäftigen ein Personal von 2128 Personen.

Erwähnenswert für die Vervollständigung des Gesamtbildes der Partei wäre noch die Errichtung der Brüsseler Arbeiterschule, die der Generalkrat der Partei ins Leben gerufen hat und die in kleinem Umfange dasselbe Ziel anstrebt wie die deutsche und österreichische. Es finden zweimal wöchentlich Kurse statt, die von bekannten Theoretikern und Gewerkschaftlern geleitet werden. Auch andere Städte Belgiens sind dem Brüsseler Beispiel gefolgt.

Seit dem Stuttgarter Kongress hat eine Reihe von Fragen die belgische Partei beschäftigt, deren Entscheidung mit den Fragen sozialistischer Taktik zusammen-

hing und die daher auch die in der belgischen Partei vorhandenen Gegensätze der „Radikalen“ und „Gemäßigten“ auslösten. So heftig diese Diskussionen auch waren, insbesondere jene über die Kolonialfrage und die Frage der Teilnahme an der Regierungsmacht, so ist aus ihr die Einheit der Partei immer unbeschädigt hervorgegangen, und auch der schärfste Gegensatz hat die Redner immer wieder zur Anerkennung der Notwendigkeit der Partei disziplin geführt. Der Aprilkongress, dem der entscheidende Beschluß über die Haltung der sozialistischen Fraktion in der Annerionsfrage zufiel, sprach sich nach heftigen Debatten in seiner Resolution gegen die Kongoannexion aus, gegen die die Fraktion entsprechend den von nationalen und internationalen Kongressen festgelegten Prinzipien stimmen müsse. Vandervelde hatte, als Verfechter der Idee einer „sozialdemokratischen Kolonialpolitik“, für sich die Freiheit reklamiert, sich bei der Kammerabstimmung der Stimme enthalten zu dürfen. Er und seine Anhänger motivierten ihre Haltung mit der Begründung, daß die Sozialdemokratie als Schützerin aller Unterdrückten auch das Los der schwarzen Bevölkerung günstiger zu gestalten trachten müsse, wozu die Kontrolle durch das Parlament und die Durchführung von Reformen die Möglichkeit biete. Diesen Argumenten haben die „prinzipiellen“ Gegner der Kolonialpolitik entgegengehalten, daß die Annexion mit der von Vandervelde befürworteten kostspieligen Reformpolitik das kleine Belgien finanziell erdrücken und nur auf Kosten der für die belgischen Arbeiter notwendigen Sozialpolitik geschehen würde.

Eine nicht minder bewegte Debatte über sozialistische Taktik brachte der außerordentliche Februarkongress von 1910, der sich mit der Frage des Ministerialismus befaßte — zu frühzeitig, wie die letzten Wahlen bewiesen haben, die die klerikale Majorität zwar geschwächt, aber doch noch nicht beseitigt haben. Die mit 202 gegen 100 Stimmen der Gegner des Ministerialismus angenommene Resolution über die „Allgemeine Politik“ zeigt den „Einerseits“ und „Andererseits“-Standpunkt deutlich ausgedrückt, zu dem die Befürwortung der Teilnahme der Sozialisten an der Regierungsmacht nötig. So spricht denn die Resolution „einerseits“ davon, daß die Arbeiterpartei, ohne die Interessen der Arbeiter zu schädigen, einem Bourgeoisministerium eine systematische Unterstützung nicht leisten kann, „andererseits“ aber nicht von vornherein die Existenz einer Regierung systematisch unmöglich machen kann, die zu den notwendigen demokratischen Reformen entschlossen ist. Nichtsdestoweniger haben auch die Anhänger des Ministerialismus in ihrer Resolution auf die Gefahren einer Politik hingewiesen, die unter dem Vorwand der Blodpolitik und der antiklerikalen Koalition die Unabhängigkeit der Arbeiterpartei antasten könnte. In einem weiteren Passus wird betont, daß unter allen Umständen nach einem Sieg der Opposition die Arbeiterpartei ihre volle Unabhängigkeit bewahren und ihre Politik eine Klassenpolitik bleiben müsse. — In der Resolution über die Beteiligung an der Regierung wird die individuelle Teilnahme eines Sozialisten an einem Ministerium ohne Einwilligung der Partei als Disziplinbruch qualifiziert, der mit Ausschluß aus der Partei und der Internationale gleichbedeutend sei. — Schließlich wird die Frage selbst als eine Frage der Taktik und nicht des Prinzips gekennzeichnet, die durch einen nationalen Kongress zu entscheiden sei. — Indes kommt in der Resolution auch die „prinzipielle“ Meinung ihrer Verfasser insofern zum Ausdruck, als auf die zukünftige Rolle der Arbeiterpartei verwiesen wird, die im Gegensatz zur jetzigen, die mehr kritischer und oppositioneller Natur war, eine „aufbauende“ sein wird. An diesem Tage werde die Arbeiterpartei auch die Verantwortung der Teilnahme an der Macht zu übernehmen wissen.

In unsere Berichtsperiode fällt auch die Erledigung der Militärvorlage im Parlament, die eine Herabsetzung der Dienstzeit und die Aufhebung des Stellvertretungssystems gebracht hat. Die Abstimmung über das Gesetz hat eine eigenartige parlamentarische Konstellation hervorgerufen: ein Teil der Rechten stimmte gegen die Regierung; die Majorität bildeten Sozialdemokraten, Klerikale und Liberale. Die Erklärung des Ministerpräsidenten, der die Stimmen der Sozialdemokraten in Anspruch nahm, hat heftige politische Erregung hervorgerufen und die Antiklerikalen außer Rand und Band gebracht.

Der letzte Kongress der Sozialdemokratie, kurz nach den Wahlen abgehalten, beschäftigte sich mit der Ausarbeitung des Arbeitsprogramms der Partei für die nächste Zukunft. In den Vordergrund stellte der Parteitag den Kampf für ein allgemeines, unverfälschtes Wahlrecht und die Durchführung der sozialen Reformen.

Die sozialistische Partei in Spanien.

Madrid, im August.

Die spanische sozialistische Partei hat während des zu Ende gehenden Jahres infolge der politischen Entwicklung und Geschehnisse eine solche Bedeutung erlangt, daß sie der wichtigste Faktor in der iberischen Politik geworden ist. Bis zu den letzten Jahren war der Fortschritt der Partei sehr langsam wegen der niedrigen Entwicklung der spanischen Industrie und der Begrenzung der Agitation durch die geringen Mittel der Partei.

Aber die gegen das Ministerium Maura geführte Kampagne und das Bündnis mit den Republikanern, um die Monarchie zu stürzen, und der heftige Kampf gegen die klerikale Unterdrückung haben die Reihen der Partei gefüllt und gegenwärtig zählt sie eine Armee von 10 000 regelmäßig zahlenden Mitgliedern.

Ungefähr 200 Gruppen bestehen in den verschiedenen Orten. Diese Gruppen bilden die Föderationen, die kräftigsten davon sind die in den baskischen Provinzen, in Asturien, Galicien und Katalonien. Alle diese Föderationen bilden endlich die spanische sozialistische Partei.

Die Delegierten dieser Ortsgruppen und Föderationen vereinigen sich alle drei Jahre zum Kongress der Partei, der die Stadt wählt, in welcher das Nationalkomitee der Partei (Vorstand) seinen Sitz haben soll. Die Ortsgruppe dieser Stadt wählt neun Genossen, welche den Vorstand bilden.

Gegenwärtig ist der Vorstand in Madrid. Dort erscheint auch das Zentralorgan der Partei „El Socialista“, das in Kürze sein 25jähriges Jubiläum feiern wird und bald täglich erscheinen soll.

Die Partei hat in Madrid außerdem ein Volkshaus, das 400 000 Votetas gelistet hat, und 12 Wochenblätter. Bei den letzten Wahlen sind etwa 150 unserer Genossen in die Gemeinderäte gewählt worden. Und zum ersten Male erschien ein sozialistischer Deputierter in den Cortes, unser Genosse Iglesias, der in Madrid gewählt worden ist. Seit den letzten Wahlen hat die Partei ein Bündnis mit den Republikanern schließen zu müssen geglaubt zu dem Zweck, einen Block gegen die reaktionären und klerikalen Mächte zu bilden und auch in der Absicht, die Monarchie zu stürzen und die Republik zu errichten.

Das Bündnis soll sich auf diese Zwecke beschränken. Die sozialistische Partei will vor allem im Bunde mit den republikanischen und liberalen Strömungen sich ein für alle mal des Klerikalismus entledigen, der Spanien während so vieler Jahrhunderte in Ketten geschlagen hat. Damit frei von der Korruption und der Sklaverei, die der Klerikalismus befördert, die Arbeiter endlich zur Errichtung der Republik schreiten können. Indessen wissen die spanischen Sozialisten sehr wohl, daß die Republik nicht ein Allheilmittel ist. Aber sie sind überzeugt, daß die Republik große moralische und materielle Vorteile bringen wird.

Moralische, weil, wenn wir einmal die Republik haben, der spanische Arbeiter viel Härter erkennen würde, welches die Interessen seiner Feinde und welches die seinigen sind. Und wenn er sie einmal erkannt haben wird, würde er sich zur Wehr setzen und sich mit Aussicht auf Erfolg verteidigen.

Materielle, weil mit der Errichtung der Republik die industrielle Entwicklung erheblich zunehmen würde und die ökonomischen Verhältnisse sich so gestalten würden, daß der Arbeiter die Gelegenheit haben würde, seinen Lohn zu erhöhen, die Arbeitszeit zu verkürzen, eine bessere Arbeitergesetzgebung zu erlangen und die Notwendigkeit der Arbeiterorganisation mehr zu verstehen. Zudem würde die wachsende Stärke der Partei der Regierung eine bestimmte Richtung aufzwingen.

Trotzdem die republikanische Partei mit ihrem zweideutigen Ideal uns nicht wenige Arbeiter entführt und trotz der geringen Entwicklung des Kapitalismus die Konzentration der Arbeiter erschwert, hat sich die sozialistische Partei eine beneidenswerte Position in der spanischen Politik geschaffen.

Sie ist die einzige wahre Oppositionspartei und die Kraft, die sie in den letzten Kämpfen gegen die Unterdrückung entwickelt hat, zeigen sie sehr für die große Rolle, die sie übernehmen muß in dem endlichen Befreiungskampfe des unglücklichen Spaniens.

Ein Notizrei aus Japan.

Genosse Gustav Eckstein schreibt uns:

Als ich im Frühjahr 1903 Japan besuchte, konnte ich dort die ersten hoffnungsvollen Keime einer sozialistischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung beobachten. Genosse Chagrin fand vor einem Jahr nur mehr die Trümmer der sozialistischen Bewegung, zu deren Bau und Erhebung kein anderer so viel beigetragen hat wie Genosse Matayama. Den jetzigen Stand der Bewegung schildert dieser in einem Brief, den ich soeben erhielt. Ich gläube, dem dort ausgesprochenen Wunsch nicht besser nachkommen zu können, als indem ich seinen Brief der Öffentlichkeit übergebe.

Tokyo, 4. Juli 1910.

Lieber Freund! Es ist jetzt lange her, seit Sie in Japan waren. Seither hat Japan nach jeder Richtung stetig Fortschritte gemacht, und seither hat es den so gewaltigen und blutigen Krieg mit Rußland siegreich durchgeschlagen; aber auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung und des Sozialismus ist leider, seit Sie bei uns waren, von einem Vorwärtsschritt nichts zu merken. Daraus konnten wir ganz andern Rutes von den Aussichten des Sozialismus sprechen als jetzt. Denn heute ist unsere sozialistische Bewegung vernichtet, viele von uns sind im Gefängnis, und es gibt keine Freiheit der Rede und der Aktion für die Sozialisten mehr wie zu der Zeit, als Sie hier waren. Die fortgesetzte Verfolgung und Unterdrückung durch die Regierung hat einige von uns zum äußersten gebracht. Gerade jetzt haben wir Sozialisten die ärgsten Unterdrückungsmaßnahmen infolge eines arabischen Anschlags zu erdulden, der angeblich jüngst entdeckt wurde. Aus einem Schlag wurden sieben Sozialisten, einige davon vielleicht auch Anarchisten, verhaftet, und seither folgen die Verhaftungen einander fortwährend. Ueber die Gefangenen können wir überhaupt keinen Ueberblick erlangen. Tag für Tag werden Sozialisten verhaftet oder Hausarrestungen bei ihnen gehalten. Jeder von uns wird auf Schritt und Tritt von einem oder zwei Detektiven, manchmal bis zu acht, verfolgt und unter Aufsicht gehalten. Auch ich selbst werde ständig von so einem Kerl überwacht und in meines Arbeit gestört.

Seit zwei Jahren bin ich Mitarbeiter einer dreimal monatlich erscheinenden ökonomischen Zeitschrift, die sich seit meinem Eintritt in die Redaktion auch mit politischen und sozialen Fragen befaßt. Polizeidetektiven haben schon wiederholt dort im Redaktionsbureau nach mir gestogt und herumgeschmüffelt, nur um mir Ungelegenheiten zu bereiten.

Unser Blatt („Socialist News“) stoßt unter strengster Zensur, und die Polizei läuft den Abonnenten nach und sucht sie uns abzuwendig zu machen. Doch trotz alledem ist es uns gelungen, und während dieser letzten drei schweren Jahre mit knapper Nähe am Leben zu erhalten. Es ist aber sehr fraglich, ob es uns noch weiter gelingt; denn heute sind fast alle Sozialisten des ganzen Landes unter diesem oder jenem Vorwand verhaftet und harten der Aburteilung.

Den Sozialisten gegenüber gibt es keine verfassungsmäßigen Garantien. Gericht und Polizei sind einträchtig gegen uns. Die Arbeiterklasse ist völlig unterdrückt, und es besteht gar keine Möglichkeit der Organisation oder auch nur der Agitation. Noch immer haben wir kein Fabrikgesetz, obgleich der Entwurf eines solchen in der letzten Parlamentssession eingebracht worden ist. Unsere Arbeiter werden nicht durch Gesetze geschützt, sondern durch Polizei vorverschritten unterdrückt.

Unter solchen Verhältnissen ist es völlig unmöglich, für unsere Sache offen zu kämpfen. Eine geheime Tätigkeit aber ist in ständiger Gefahr krimineller Verfolgung.

Ich wäre sehr gern zum internationalen Kongress von Kopenhagen gekommen; wie Sie aber sehen, ist dies gänzlich ausge-

Schlössen; denn es gibt heute keine sozialistische Organisation mehr in Japan. Mir selbst ist es in den letzten drei Jahren sehr schlecht ergangen. Ich habe alles zugegeben, was ich besaß, und jetzt erhalte ich mich und meine Familie durch die Mitarbeit an der vorhin erwähnten Zeitschrift, und dabei gebe ich noch weiter die „Socialist News“ heraus.

Ich ersuche Sie, Ihren Landsleuten und dem Kopenhagener Kongress unsere schreckliche Lage zu schildern, und ich bitte Sie, für die Sache der japanischen Arbeiter und für den internationalen Frieden einzutreten und zugleich den Arbeiter Amerikas und dem übrigen Proletariat mit Nachdruck vor Augen zu führen, daß die gegenwärtige Haltung der amerikanischen Arbeiter und einiger dortigen Sozialisten das japanerfeindliche Gefühl in Amerika nur noch stärkt und so den Ausbruch eines Krieges zwischen Japan und den Vereinigten Staaten wegen der Fragen der japanischen Einwanderung und des chinesischen Marktes noch beschleunigt.

In Hawaii und in den Vereinigten Staaten leben heute fast 170 000 Japaner, die hauptsächlich in der Landwirtschaft tätig sind. Sie kamen dorthin, bevor es noch eine japanerfeindliche Bewegung gab. Sie werden aber nicht wie die Angehörigen anderer Nationen behandelt, sie werden in jeder Weise verfolgt, sie werden von den Gewerkschaften boykottiert, sie werden in ihrem Erwerb behindert und oft durch Vöbelgezehe an Leib und Habe geschädigt.

Die japanische Regierung verbietet den Arbeitern nach den Vereinigten Staaten oder nach Hawaii zu gehen. Kein Arbeiter darf das Land verlassen; denn die Regierung folgt keine Pässe aus, ohne Paß aber nimmt kein Dampfer einen japanischen Passagier auf. Nur diejenigen Japaner, die bereits in den Vereinigten Staaten gelebt haben, dürfen dorthin zurückkehren, und selbst ihre Gattin darf ihnen dorthin nur dann folgen, wenn der Mann ein selbständiger Farmer oder Kaufmann ist. Ein Arbeiter kann nicht einmal dann ein Weib mit sich nehmen, wenn er sich über genügenden Geldbesitz und gute Arbeitsgelegenheit

ausweist. So geht die Zahl der Japaner in Amerika stetig zurück, sie müssen dies Land nach so vielen Jahren harter Arbeit und Mühe mit schweren Verlusten verlassen.

Die Amerikaner wollen sich aber nicht damit begnügen, daß die japanische Regierung tatsächlich keine Japaner mehr nach Amerika gehen läßt, wie es die Vereinigten Staaten verlangen, sie wollen die völlige Ausschließung der Japaner auch gesetzlich verbieten. Dafür agitieren nicht nur Jingoisten, wie Johnson und der Expräsident Roosevelt, sowie auch die Gewerkschaften der pazifischen Küstenstaaten und einige andere; leider begünstigen auch viele Sozialisten diese Maßregel.

Glauben Sie, Japan und sein Volk werde sich eine derart ungerechte und barbarische Behandlungsweise ewig gefallen lassen? Wird es nicht verlangen, daß seine Staatsbürger nicht anders behandelt werden als die irgendeiner anderen Nation? Das muß sich doch jeder vernünftige Mensch und besonders jeder internationale Sozialist sagen. Ich bin ein Feind jedes Krieges; denn dieser wird stets von den Kapitalisten und ihrer Regierung aus selbstischen Gründen unternommen, die Arbeiter aber haben stets die Leiden zu tragen, ohne irgendwas zu gewinnen. Wir wissen das aus frischerer und traurigerer Erfahrung!

Ich kann mich aber der Erkenntnis der Gefahren nicht verschließen, die von Tag zu Tag drohender über beide Staaten heraufziehen. Japan bereitet sich in aller Stille und Geduld auf große Ereignisse der nahen Zukunft vor, und daselbe tun die Vereinigten Staaten unter Führung Roosevelts, der seinem tiefgewurzelt Japanerhaß, seitdem er Präsident wurde, stets in Wort und Schrift Ausdruck gegeben hat.

Wie Sie wissen, kann ein moderner Krieg nur durch den ausgesprochenen übereinstimmenden energischen Willen der Arbeiterklasse der beteiligten Staaten verhindert werden. So war es anlässlich der Marokko-Affäre zwischen Deutschland und Frankreich, ebenso zwischen Oesterreich und Italien und zwischen

Schweden und Norwegen; diese Willensübereinkunftung des Proletariats wird auch sicherlich auf die Beziehungen zwischen England und Deutschland großen Einfluß haben. Die Arbeiter dieser beiden Länder sind intelligent und klaffenbewußt und sind sich der Schrecken eines Krieges wohl bewußt. Sie werden deshalb jeden Krieg in Zukunft zu belämpfen wissen, wie sie es bisher getan haben.

Die Arbeiter Japans sind nicht derartig organisiert; die Arbeiter Amerikas aber hassen die Japaner und sind gerne bereit, sie aus dem Lande zu jagen. Sie haben kein Gefühl internationaler Solidarität. In dieser Richtung liegt eine schwere Gefahr angesichts der heranwachsenden Krise in den Beziehungen der beiden Länder. Diese japanerfeindliche Bewegung bietet den amerikanischen Kapitalisten und ihrer Regierung den schönsten Vorwand für ihre forcierten Rüstungen zu Wasser und zu Lande. Ihre Interessen sind es also, für die sich die amerikanischen Arbeiter einsetzen, während sie die Gefahr eines Krieges beschleunigen, der dem Proletariat beider Länder nur die furchtbarsten Leiden bringen kann.

Auch die Sozialisten Amerikas, die doch für den internationalen Frieden eintreten müßten, arbeiten mit ihrer Begünstigung der japanerfeindlichen Bewegung, wie sie in der Majoritätsresolution von Chicago gutgeheißt, nur den Kapitalisten in die Hände. Alles, was in dieser Richtung von den Arbeitern Amerikas getan oder gesagt wird, verbreitert nur die Kluft zwischen den beiden Ländern.

Die Resolution von Stuttgart und das berühmte Wort von Karl Marx über die Internationalität der Arbeiterbewegung werden von den Arbeitern Amerikas verdrängt und umgedeutet im Sinne der Ausschließung der Japaner.

Ich bitte Sie, diese Frage zu studieren und alles aufzubieten, damit das Wohl der Arbeiter zweier Länder nicht geopfert werde auf dem Altar kapitalistischer Habgier. S. Katayama.

Größe Einkaufsvorteile bietet
**mein Sommer-
Räumungsverkauf**

Teppich - Spezialhaus
**Emil
Lefèvre**
Berlin S. Seit 1882 nur
Oranienstr. 158.

Riesen-
Teppich-Lager

aller Größen und Qualitäten.
Sofa-Größe a 5, 10, 15—40 M.
Salon-Größe a 15, 20, 30—150 M.
Saal-Größe a 45, 60, 75—900 M.
Portieren, Möbelstoffe, Tischdecken,
Gardinen, Stopp- u. Tüllbettdecken.

Spezial-Katalog
850 Abbildungen gratis u. franko.

Wegen Aufgabe
unserer Verkaufsstelle, Köhlstraße 2
**Anzugstoffe, Winter-
Paletostoffe,
Damentuche**
Spottbillig, unter Preis. 2782
Koch & Seeland, Gesellschaft m. b. H.
Köhlstraße 2.

Abendkurse
Berlin, Reanderstr. 3
Technikum. Bauschule.
Prospekte kostenfrei.

KIOS Elegant 1 Alaron 2 Kurprinz 3
Kios No. 1 Naxos 2 Abu Sakkim 3 Pfg.
Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.
Lieferant der französischen Tabak-Regie.

Rosenthaler Hof
Rosenthaler Str. 11/12. Inh. Otto Schilling. Telefon Amt III 2438.
Empfehle meine Säle u. Vereinszimmer zu Festlichkeiten u. Versammlungen.
Einige Sonnabende und Sonntage noch frei. 5082*

Teilzahlung
bei Entnahme von eleganter
Herren - Konfektion
Anzüge und Paletots
Pelerinen, Gummihut,
Schuhwaren

Teilzahlung
bei Entnahme reizender
Kinder - Konfektion
Knaben-Anzüge und Paletots
Jünglings-Bekleidung
Mädchen - Kleider

**Zur
Konfirmation**
enorm grosse Auswahl in
Konfirmations - Kleidern und -Anzügen
auf **Kredit** bei
B. FEDER
Brunnenstr. 1, Frankfurt-Allee 89
Kottbuser Damm 103

Auf Kredit
Eleg. Wohn - Einrichtungen
mit 20 - 50 M. Anzahlung
Einzelne Möbelstücke
und Polsterwaren
mit
5 Mark Anzahlung

Auf Kredit
Teppiche, Gardinen, Stores
Grösste Auswahl
Kinder- und Sportwagen
bei
1 Mark Wochenrate

**Einsegnungs-
Anzüge**

Moderne Grössen
in ungewöhnlich reichhaltigen Webarten.
Vorzügliche Abarbeitung
Eigene Herstellung

Rein Jackett-Fasson u. Smoking-Fasson.
M. 12.— 12.— 14.— 15.— 18.—
M. 21.— 22.— 24.— 25.— 30.—
M. 32.— 34.— 36.— 38.— 42.—

Jeder Käufer eines Einsegnungs-
Anzuges erhält eine
reizende Beigabe

Prüfungs - Anzüge
Sehr moderne Stoffe
M. 9.— 12.— 15.— 19.—
M. 24.— 27.— 30.— 33.—

Wasche, Hüte, Krawatten,
Hosenträger, Handschuhe usw.

Vergroßerung unserer Schneiderel - Betriebs-
werkstatt zur größten dieser Art in Deutschland

Baer Sohn
Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 19
Gr. Frankfurterstraße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10
Der Hauptkatalog No. 28 auf Wunsch kostenlos und portofrei.

Warnung
vor Ankauf von Falsifikaten der Marke
„Problem“.
Fabrikanten und Verkäufer werden strafrechtlich
verfolgt.
Cigarettenfabrik „Problem“
Berlin O., Alexanderhof.

Etablissement Müggelschlöbchen
vollständig renoviert.
Neu eröffnet.
Anerkannt vorzügliche Küche.
55148* Oekonom Anton Gieshoff.

Prack Verleih-Institut:
Friedrichstr. 115/1, a. Oranien-
tor. Eleg. Frack, Schrad
1.50, Kofel. 1.00, Beite 50 Pf.

Bettfedern
10 Pfund: neue ge-
schlossene M. 8.—,
bessere M. 10.—,
weiße, daun-
weiche geschlossene M. 15.—,
M. 20.—, schneeweiße daun-
weiche geschlossene M. 25.—, 30.—,
M. 35.—. Ungeschlossene Rupp-
federn in denselben Preislagen.

Jugend
verleiht ein jartes, reines Gesicht, reifes, jugendfrisches
Aussehen, weiche, sammetweiche Haut und ein blendend-
schöner Teint. Alles dies erzeugt die echte
Steckenpferd - Lilienmilch - Seife
v. Bergmann & Co., Radebeul. à St. 50 Pfg. Überall zu haben.

FERTIG GEFÜLLTE BETTEN
aus rotem Bettkörper, gut gefüllt,
1 Oberbett oder Unterbett 180 cm
lang, 150 cm breit M. 10.—,
M. 12.—, M. 14.—, M. 18.— und
M. 21.—; 2 m lang, 150 cm breit
M. 13.—, M. 15.—, M. 18.— und
M. 21.—; 1 Kopfkissen, 80 cm lang,
75 cm breit M. 3.50, M. 4.—,
M. 4.50 und M. 5.—. Versand
zeitfrei per Nachnahme, von
M. 8.— aufwärts franko. Um-
tausch und Rücknahme nur
gegen Portovorgütung gestattet.
Arthur Wollner, Lobes Nr. 106
bei Pilsen, Böhmen.

ALLE TAGE ANDERS.

Berlins grösstes Kredithaus
direkt am Nettelbeckplatz

Auf Kredit!

Zur Einsegnung! Konfirmanden-Staat

☛ auf Teilzahlung ☛

für Knaben und Mädchen in kolossaler Auswahl
Einsegnungs-Anzüge, Prüfungs-, Einsegnungs-Kleider,

Gratis 1 moderner Hut **Gratis** 1 elegantes Täschchen
Konfirmanden-Stiefel zu sehr billigen Preisen

Unter nicht zu überbietenden kulantesten Abzahlungsbedingungen eventuell mit jeder noch so geringsten Anzahlung.

Anzüge und Paletots in grosser Auswahl.

Damen-Kostüme, Jacketts, Röcke, Blusen, Kleiderstoffe
sowie sämtliche Manufakturwaren

Gratis bei Anzug oder Paletot eleganter Filzhut etc.
Damen: elegante Lederwaren.

Einziges Warenabzahlungs-Geschäft, das zur Verabfolgung der Sparmarken des Rabatt-Spar-Vereins „Norden“ berechtigt ist

Möbel und Polsterwaren (Eigenes Fabrikat).

Spezialität: Sofortige Lieferung vollständiger Wohnungs-Einrichtungen.
Kolossale Auswahl. Weitgehendste Kulaaz. Preise so billig wie nur möglich.

Waren- und Möbel-Kredit-Haus

„ALLE TAGE ANDERS“

Grösstes Haus am Nettelbeckplatz

Pank-, Gericht- und Reinickendorferstrasse-Ecke, Parterre, I., II., III., IV. Etage.



JOSETTI JUNO
Cigaretten können Sie nicht ohne weiteres mit irgend welchen anderen Marken auf eine Stufe stellen. Wenn Sie Verständnis für die feinen Qualitäts-Unterschiede bei Cigaretten im allgemeinen haben, dann werden Sie bei einem Vergleich sofort herausfinden, daß Josetti Juno Cigaretten sehr viele andere Marken ganz bedeutend übertreffen.

Josetti Juno m. u. o. M. 10 St. 20 Pfg.



Einer sagt's dem Anderen.



„dass der echte Grimm & Triepel von keinem anderen Fabrikat an Güte und Wohlgeschmack übertroffen wird. Bitte genau auf die Zetteleinlage in Rotdruck zu achten, welche jeder Rolle beigelegt ist.“

Fabrik von **Grimm & Triepel**
in Nordhausen

Nordhäuser-Kau-Tabak.

Spezialität:
Kau-Tabak.

Zepernick-Bernau.
Bergelle von 300 M. an (ca. 90 R.)
Stille Verzinsung u. langjährige Hypotheken. Bilanz gratis. Verkäufer ständig am Btl. Zepernick.
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Möbel, Spiegel **Julius Krause** Kastanien-Allee u. Polsterwaren No. 10.
Kompl. Wohnungseinrichtungen zu anerkannt soliden Preisen
Teilzahlung gestattet.

Birka 10 000 □ - Meter
Rabitz in Efford zu vergeben.
Offerten sub P. 1329 an Haasenstein & Vogler A.-G., Posen.

Bekanntmachung.
Behufe Vergrößerung verlege meine Fabrikations-, Lager- und Engros-Verkaufsräume am 1. Oktober cr. nach
Swinemünder Str. 64, 1. Etage
an der Millionenbrücke (Aufgang Ramlerstraße).
Um mein enormes Zigarrenlager bis zum Umzuge zu verkleinern, stelle einen großen Teil bedeutend unter Preis zum Ausverkauf.
H. Preuß, Gleimstr. 43
Zigarren-, Zigaretten- und Tabak-Fabrik-Großhandlung.
Preiliste gratis und franko.

Die teure Zeit

zwingt so manchen Herrn äußerst sparsam zu sein.
Wie kann man sparen?
Im Verleihhaus feiner Herrenmoden Leipzigerstr. 59 finden Sie elegante, von feinsten Herrschaften nur ganz kurze Zeit getragene, vielfach auf Seide gearbeitete Anzüge, Paletots und Hosen.
Eine Quelle des Wohlstandes
erschließt sich Ihnen, denn wirkliche Mod-Kleidung wird Ihnen dadurch ersetzt.
Abonnements-Anzüge und Paletots M. 12.— 16.— 19.—
Monats-Anzüge und Paletots M. 7.50 10.50 14.—
Verleihhaus feiner Herrenmoden
Leipzigerstr. 59, am Spittelmarkt.
Verleihung von Anzügen, Paletots und Hosen auf Tage, Wochen, Monate.
Sonntags geöffnet von 7^{1/2}—10, 12—2 Uhr.
Stets großes Lager von :: Gelegenheitskäufen ::
Anzüge und Paletots von 9.50 Mark an.

Hier können Sie es lesen!
Das Waren- und Möbel-Kredithaus
Hugo Udo Cohn
No. 13 Kottbuser Damm No. 13
ist das größte, älteste u. bestrenommierteste des Büdens
Auf bequeme Teilzahlung
Herrn-, Damen- u. Kinder Garderobe
i Mark Wochenrate Grösste Auswahl Strengste Diskretion
in besonderen Abteilungen
Manufakturwaren, Kleiderstoffe, Wäsche
Schuhwaren
Teppiche, Gardinen, Portieren
Möbel und Polsterwaren
Alles auf Kredit bei **Hugo Udo Cohn** Kottbuser Damm 13

50 Pf. wöch.
Bitte Spiegel, Bilder, Decken, Portieren, Teppiche, Gardinen, genau auf Stoffs; ferner mit kl. Anzahlung (1 Mk. wöchentlich) Haus-Nr. Herren-, Damen-, Kinder-Garderobe, Bett- und Leibschten! Wäsche, Betten, Kinderbettstellen sowie einz. Möbel.
J. Antel, Brückenstr. 1a erste Bitte Besuch nahe Jannowitzbr. Etage. od. Postkarte.

Weit über
1000 Grundstücke
nachweislich verkauft
weil unsere Preise so aussergewöhnlich billig sind in den
Gartenstädten:
Neu-Sadowa Stat. Sadowa an der Straße nach Pieschof □ R. 15 M. an
Kaulsdorf, Stat. Sadowa □ R. 12 M. an
Biesdorf □ R. 20 M. an
Stenitzburg Stat. Sadowa □ R. 4 M. an
Anzahlung von 50 Mark an.
Nach 10 jährige Amortisations-Zustuffel.
Bestandteilen auf den Gärten und Gebäuden.
Nieschke & Nitsche
Berlin NO. 43
Neue Königstrasse 16
Kmt VII, 6376.

Vertrieb von Erzeugnissen alleh.
Gardinen-Fabriken
Johann Pellos Co., Kommanditgesellschaft.
Spezialhaus allergrössten Stils mit Einzelverkauf.
Unsere Originalpreise sind garantiert nur:
G. Rosenthaler Str. 2 am Rosenthaler Tor. O. Gr. Frankfurter Str. 5-6 Ecke Fruchtstraße.
S. Oranienstr. 37 nahe Oranienplatz. O. Grüner Weg 28 gegenüber d. Markthalle.
S. Kottbuser Damm 73 (Rixdorf) gegenüb. d. Boppstr. O. Niederbarnim-Str. 13 Ecke Boxhagener Straße.
Vorteilhafte Bezugsquelle für Massenerlieferungen, Anstalten, Hotels und Wiederverkäufer.



A. WERTHEIM

G. m. b. H.

LEIPZIGER STR.



ROSENTHALER STR.

ORANIEN-STR.

Montag *Extra-Preise* Dienstag

Besonders preiswerte Posten:

Reinwollene Blusenstoffe	gestreift, ca. 70 cm breit	Mtr. 90 Pf.
Reinwollene Blusenstoffe	gestreift und kariert, besonders gute Qualität	Mtr. 1.60
Schott. karierte Stoffe	blau-grün, Cheviotgewebe, ca. 90 cm breit	Mtr. 1.25, ca. 110 cm breit Mtr. 1.65
Reinwollene Phantasiestoffe	moderne Melangen, ca. 110 cm breit	Mtr. 1.85
Kostümstoffe	einfarbig und gemustert, ca. 130 cm breit	Mtr. 2.40

Blusen

Blusen aus Tüllstoff, mit Passe, Japonfutter 5.25

Blusen aus Spachtelstoff, Vorder- teil mit Passe und Einsatz, Japonfutter 7.75

Blusen aus schwarz. gestickt. Tüll, mit Passe, Japonfutter 9.75

Weisswaren

Batist-Pierrotkragen 45 Pf.

Batist-Bäffchen m. Spachtelmotiv 65 Pf.

Waschgürtel unl. weiss gemustert 60 Pf.

Leinengürtel weiss-bunt gestreift 75 Pf.

„Neuheit“

Beduinen-Schal schwarz-weiss 8.75, 16.50

Ein grosser Posten

Herbst-Kostüme

Rock und Paletot, neueste Fassons zu besonders billigen Preisen

Serie I 39 Mk.
regul. Wert: 50-75 M.

Serie II 59 Mk.
regul. Wert: 85-125 M.

Herrenartikel

Oberhemden 3.25
weiss, mit Faltens-Pique-Einsatz

Oberhemden 3.75
weiss, m. Faltens-Pique-Einsatz u. Manschett.

Oberhemden farb. Perkal, mit Mansch. 3.75

Oberhemden 3.25
farbig Perkal, mit losen Manschetten

Krawatten Selbstbinder, mod. Farben 80 Pf.

Krawatten reiseid. Rippe, moderne Farben 1.65

Stehkragen Leinen, versch. Formen u. Höhen Dtz. 3.50

Stehumlegekragen Leinen, div. Formen u. Höhen, Dtz. 5.25

Manschetten Leinen Dtz. 4.65

Ein Posten

Engl. Haarfilzhüte
steife Form 2.75

Restbestände in Mull- u. Batist-Blusenhemden

mit Stickerei und Spitzen reich garniert zu bedeutend herabgesetzten Preisen

Serie I 1.45 Serie II 1.95 Serie III 2.35 Serie IV 2.75 Serie V 3.35

Ein Posten

Damenstrümpfe

englische Länge, Fuss ohne Naht, farbig oder schwarz 42 Pf.

reine Wolle, schwarz 1.10

Ein Posten

Herrensocken

Fil d'Ecosse, farbig und schwarz 55 Pf.

reine Wolle, gute Qualität, schwarz 75 Pf.

Ein Posten besonders preiswerter

Tisch- und Diwandecken

„Khorassan“, Plüschgewebe, persisch gemustert

Tischdecken Grösse ca. 150x150 cm 9.00

Tischdecken Grösse ca. 150x180 cm 11.00

Diwandecken Grösse ca. 150x300 cm 18.00

Ständiger Verkauf:

Einsegnungs-Kleider

Cheviot schwarz, reich garniert, mit Seldenpasse und Soutache 19.50 bis 21.50

Lasting schwarz, mit Kurbelel, Tüllpasse und Taffet-garnierung 36.00 bis 37.50

Lasting schwarz, moderne Prinzessform, Rock mit Überwurf, Taille reich garniert 42.50 bis 43.50

Einsegnungs-Anzüge 15.00 bis 45.00

Zweite Internationale Sozialistische Frauenkonferenz.

Kopenhagen, 26. August.

Die von der Internationalen Sekretärin der Genossinnen, Frau Clara Zetkin, mit Zustimmung der Vertreterinnen der organisierten Genossinnen aller Länder einberufene 2. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz trat heute vormittag zusammen.

Die Konferenz, die in dem schönen, mit den Fahnen der sozialistischen Frauenorganisation Kopenhagens geschmückten Saale des Volkshauses tagt, ist von mehr denn 100 Delegierten besetzt.

Um 9 1/2 Uhr eröffnet Frau Mac im Namen der organisierten Frauen Dänemarks die Konferenz mit herzlichen Begrüßungsworten. Dann nahm im Namen des Organisationskomitees Frau Clara Zetkin das Wort und dankte den dänischen Genossinnen, die mit der sozialdemokratischen Partei und den Gewerkschaften die äußere Organisation der Konferenz in die Hand genommen haben. Auch den Delegierten rief sie ein Wort herzlicher Willkommensfreude zu: Daß Sie so zahlreich gekommen sind, ist ein Beweis für den Erfolg unserer ersten Stuttgarter Konferenz. Wer damals an den Vorbereitungen beteiligt war, weiß, mit welchem gemeinsamen Herzschloßen wir sie in die Wege zu leiten suchten. Es war nur der erste taufende Versuch, die sozialistischen Frauen aller Länder, ganz gleich in welcher Organisationsform sie vereint waren, in eine Kampffront innerhalb der roten Internationale zu stellen. Wir alle können mit Stuttgart zufrieden sein. Die Fühlung ist überall besser geworden; es ist gelungen, die Gemeinsamkeit praktischer Arbeit auf der Grundlage des gemeinsamen Zieles anzubahnen. In Stuttgart waren 15 Nationalitäten mit 60 Delegierten vertreten. Heute sind wir 100, wenn nicht mehr. Aus dem Auslande sind 60 Delegierte gekommen, die 16 Nationalitäten vertreten. Das Bild der Konferenz hat sich gegen Stuttgart etwas verschoben. Dort waren verschiedene Delegierte aus den romanischen Ländern gekommen. Auf dieser Konferenz sind die romanischen Länder mit einer Ausnahme nicht vertreten. Der Verein der Schafstapferinnen in Lissabon, der 70 Mitglieder zählt, hat mir seine Vertretung übertragen. Vielleicht wird man diese Angabe belächeln. Was bedeuten die 70 organisierten Frauen Portugals gegen die deutsche Vertretung von 82 000 politisch und 140 000 gewerkschaftlich organisierten Frauen, gegen die österreicherische mit 10 000 politisch und 50 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen, gegen England mit seiner Womens Labour League, die 82 Sektionen zählt und viele tausende Mitglieder hat? Aber die Anfänge einer Bewegung sind immer so klein und winzig, daß sie Spott und Hohn herausfordern.

Wie war es mit dem Christentum?

Erst war es einer, dann 12, dann hundert, dann Tausende, dann Millionen. So geht es in jedem Lande, wo der sozialistische Gedanke anfängt, seine Hände auf Herz und Hirn der arbeitenden Frau zu legen. Die romanischen Länder stehen heute am Anfang. Frau Italien ist es ein hoffnungsvolles Anzeichen, daß der italienische Parteitag in diesem Herbst zum ersten Male die Frauenfrage auf seiner Tagesordnung hat. Die Verhandlungen dort werden der Ausgangspunkt für prinzipielle Klärung und praktische Arbeit auch unter dem weiblichen Proletariat Italiens sein. Besonders zahlreich ist die Beteiligung der Genossinnen aus den skandinavischen Ländern. In Stuttgart war nur eine Vertreterin aus Norwegen, Schweden und Dänemark waren fern geblieben. Inzwischen haben wir hoffnungsvolle Fühlung mit Dänemark genommen und auch die Genossinnen Schwedens und Norwegens haben den Weg regelmäßiger Verbindung mit uns beschriftet. Mit Finnland und seiner prächtigen Bewegung waren wir schon vor Stuttgart vertraut. Unsere Bestrebungen auf die internationale Zusammenfassung der sozialistischen Frauenkräfte waren erfolgreich, obgleich die Verschiedenheiten in Grundfragen und Taktik der sozialistischen Frauenbewegung in den einzelnen Ländern noch größer sind als bei den Männern, wo die praktische Arbeit immer einen Ausgleich schafft. Die politische Rechtfertigung des weiblichen Geschlechts verwehrt ihm die gleiche praktische Betätigungsmöglichkeit, es fehlt hier der Druck, der zu einer schnelleren Verständigung und Vereinheitlichung führen könnte. Aber die Gegensätze sind doch nicht so tiefgehend, daß sie eine einheitliche Zusammenfassung unmöglich machen können. Auch diese Konferenz hat die Aufgabe, unsere Bewegung zu vereinheitlichen und zu stärken, die sozialistische Schulung und die praktische Aktionsfähigkeit der Sozialistinnen aller Länder zu steigern. Innerhalb der Reihen der allgemeinen Arbeiterbewegung wollen wir mit möglicher Oekonomie des Maximum der Leistung im Dienste der sozialistischen Bewegung zu erreichen suchen. Wenn wir andere Methoden als die Männer und andere Wege einschlagen müssen, als sich bei diesen in der Praxis als zweckdienlich gezeigt haben, so ist die Notwendigkeit dazu gegeben angelehnt der Tatsache, daß die Frau historisch genommen anderen Bedingungen unterworfen ist als der Mann, daß sie wirtschaftlich und sozial anders gestellt ist, daß ihre psychische Eigenart einen andern Wesenszug trägt, dem in der praktischen Arbeit Rechnung getragen werden muß. Die Arbeit im Sinne des internationalen Inhalts der sozialistischen Bewegung zu stärken, ist unsere Aufgabe. Wir haben Länder durchdrungen, wir sind über Meer gekommen, aber wenn wir die eilenden Wellen fragten: wo ist die Grenze, dann blieben sie uns die Antwort schuldig. Die Natur kennt keine Grenze zwischen den Völkern, sie schweigt, wo die Staaten ihre Grenzpfähle errichtet haben. Gerade die sozialistischen Frauen haben zwingende Gründe,

keine nationalen Schranken

zwischen sich zu dulden. Mehr noch als der Mann hat die Frau ein Interesse am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft, sie muß diese Gesellschaft wollen als Proletarierin nicht nur, sondern auch in ihrer Eigenschaft als Weib, dem vollen Menschentum nur vom Sozialismus gegeben werden kann. Die rechtliche Gleichstellung zwischen Mann und Frau genügt nicht. Mögen die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen ihre Forderung auf Rechtsgleichheit durchsetzen, es bleiben dann für die Frauenwelt neue Probleme zu lösen und neue Konflikte stellen sich ein. Erst da, wo alle bürgerliche und frauenrechtlerische Wirksamkeit ein Ende hat, jenseits der Mauer der kapitalistischen Gesellschaft, liegt das volle Menschentum für alle Frauen. Erst die sozialistische Gesellschaft gibt die materiellen und moralischen Vorbedingungen dafür, daß jede Frau ohne aufzuheben, ganz Weib zu sein, ganz Mensch sein kann. Hart ist der Weg, den wir zu gehen haben. Millionen unserer Schwestern leiden in der kapitalistischen Wüste ein Hungerlos. Zehntausende sind im Sumpf der Prostitution. Wir suchen die Mittel und Wege, ihren Leidensgang schmerzloser zu machen. Aber wir müssen trotz Blut und Tränen mit unerbittlicher Notwendigkeit den Weg durch die kapitalistische Gesellschaft gehen. Wir müssen es, damit das weibliche Proletariat dazu kommt, einen Teil der Kräfte und des Willens der Zeit der Umgestaltung zu verkörpern, die Gesellschaftsstände zu verstehen und sie umzuwälzen. Ein festes Ziel haben wir vor Augen: nicht nur das befreite Weib, sondern ein höheres noch, die gesamte befreite Menschheit! (Stürmischer Beifall.)

Es wird nun in die eigentlichen Verhandlungen eingetreten, die deutsch, dänisch und englisch geführt werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Genossin Zetkin das Wort, um eine Protestresolution gegen die Unterdrückung Finnlands vorzulegen: Wir haben eine Pflicht der internationalen Solidarität zu erfüllen, die uns sozialistischen Frauen besonders am Herzen liegt. Sie wissen alle, daß das finnische Volk einen heroischen Kampf für seine politische Freiheit gegen die große reaktionäre Macht, den russischen Zarismus führt. Die Frauen haben einen besonderen Grund, unseren finnischen Brüdern die

vollste Solidarität auszusprechen. Denn die politische Unabhängigkeit Finnlands hat die Grundlage dafür gegeben, daß dort das demokratische Wahlrecht der ganzen Welt geschaffen worden ist. Ein Wahlrecht auf der Grundlage des Einkammersystems, das allen großjährigen Menschen ohne Unterschied des Geschlechts die gleichen politischen Rechte zuerkennt. Und noch ein Grund mehr liegt als Sozialisten für uns vor, für die Unabhängigkeit des finnischen Volkes einzutreten. Dieses demokratische Wahlrecht ist dem finnischen Volke nicht als Geschenk in den Schoß gefallen, sondern von ihm erobert worden im harten glorreichen Kampf nach zwei Fronten, im Kampf mit dem äußeren Feind, dem russischen Zarismus, und dem inneren Feind, den besitzenden Klassen. Nur durch das revolutionäre Mittel des Generalstreiks ist der Erfolg durchgesetzt worden. Gelingt es dem Zarismus, das Verbrechen zu vollenden, das er plant, so wird neben dem Verlust der Selbständigkeit Finnlands eine Verflüchtigung der arbeitenden Massen, eine Enttötung des Volkes die Folge sein. Darum folgen wir mit vollster Sympathie dem Freiheitskampfe, den das finnische Volk unter Führung der Sozialdemokratie ansieht. Wir sind bereit, den Kampf moralisch zu unterstützen und ihn materiell zu fördern, soweit unsere Kräfte reichen. Wir müssen den Freiheitskampf der Finnen in den großen Zusammenhang der russischen Revolution einfügen. Der Kampf des finnischen Volkes um seine Unabhängigkeit ist nur ein Kapitel der Geschichte der russischen Revolution und nur ihr endlicher Sieg wird dem finnischen Volke alle seine Selbstern und Nationalitäten, die der Zarismus geknechtet hat, das Selbstbestimmungsrecht wiedergeben. Wir haben heute unter uns fünf von den finnischen Sozialdemokraten gewählte weibliche Landtagsabgeordnete. Sie haben gezeigt, wie Sozialdemokraten selbst unter den schwierigsten Verhältnissen parlamentarisch zu arbeiten verstehen, wenn draußen der Zarismus droht und drinnen die besitzenden Klassen jedem Fortschritt schärfsten Widerstand entgegenstellen. Sie sind Bundesgenossen in ihrer charakteristischen Vereinigung, der Kampf um das sozialistische Endziel und die praktische Reformarbeit. Wir vereinigen mit unserem sozialistischen Bewußtsein zugleich das eifrige Reformwerk, weil die sozialistische Revolution nur durch Reformarbeit vorbereitet werden kann. Ich bitte Sie, im Sinne dieser Ausführungen die vorliegende Resolution durch Zuruf anzunehmen. (Stürmischer Beifall.)

Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die in Kopenhagen am 26. August 1910 zur zweiten Internationalen Konferenz versammelten Vertreterinnen der sozialistischen Frauen von 16 Nationalitäten bekunden ihre tiefste Empörung über das finnische Verbrechen, das der russische Zarismus gegen die politische Freiheit Finnlands zu verüben im Begriff steht.

Sie würdigen diese Freiheit ganz besonders, weil mit ihr das demokratische Wahlrecht der ganzen Welt steht und fällt, ein Wahlrecht, das auf der Grundlage des Einkammersystems das gleiche politische Recht für alle Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts gewährt.

Im Interesse des politischen Befreiungskampfes ist es um so wichtiger, dieses Wahlrecht zu sichern, als es von der werktätigen Bevölkerung Finnlands unter Führung der Sozialdemokratie im harten Kampfe gegen zwei Fronten — gegen den äußeren Feind: den russischen Zarismus, und den inneren Feind: die besitzenden Klassen — mittels des revolutionären Massenstreiks ertrotzt werden mußte, so daß die Unterdrückung der nationalen Freiheit des Landes eine besonders politische Knebelung der werktätigen Massen mit sich bringen würde.

Die zweite Internationale Konferenz sozialistischer Frauen sendet daher ihre herzlichsten Grüße und Wünsche der finnischen Arbeiterpartei, die im Vordertreffen des Kampfes für das politische Recht ihres Landes steht, eines Kampfes, der eine Episode in der Geschichte der russischen Revolution ist, aus deren siegreichen Händen eines Tages alle vom Zarismus geknechteten Völker ihr nationales Selbstbestimmungsrecht empfangen werden.“

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Hierauf begrüßt im Namen der dänischen Frauen Genossin Mac den Kongress: Wir können Ihnen nicht sagen, mit welcher Sehnsucht wir diesem Kongress entgegen gesehen haben. Aber vollständig unmöglich ist es, einen Ausdruck für die Freude zu finden, die wir jetzt über Ihre Anwesenheit empfinden. Wir sind nur ein ganz kleines Volk an der Erde der Weltkarte, aber die Ideen des Sozialismus haben auch bei uns Wurzel geschlagen, trotz allen Widerstrebens, trotz Kastei und Gewalt. Wir haben eine kräftige und solide Arbeiterbewegung geschaffen, aber für die großen Ideale des Sozialismus, den Weltfrieden und die Brüderlichkeit der Völker können wir nur ganz wenig leisten. Deswegen ruft unser Blick auf den großen Völkern, die Sie darstellen. Wir sind gern bereit, Ihrer Führung zu folgen. Wir wollen Ihnen lauschen und von Ihnen lernen und sind stolz darauf. Am frohesten aber sind wir doch jetzt darüber, daß wir Sie jetzt alle lebhaftig vor uns sehen, deren Namen uns schon lange wohlbekannt sind. Mögen Sie frisch den Kampf fortführen für all das, wofür auch wir streben und kämpfen. Möge die Kongressarbeit, die jetzt anfängt, die besten Resultate für unsere armen Mitbewerberinnen zeitigen. Unter glücklichen Auspizien tritt er zusammen. Seit unserem ersten Kongress in Stuttgart hat unsere Bewegung Fortschritte gemacht, die nur eine Bewegung machen kann, die mit der Zukunft im Bunde ist. Die deutschen Genossinnen haben das freie Vereinsrecht neu gewonnen nicht durch die Gnade der bürgerlichen Parteien, sondern weil sie es sich erkämpft haben. In England und Oesterreich wird ein großer Zuwachs der sozialdemokratischen Frauenarmee gemeldet. In allen Parteiverbänden sitzen Frauen, und in nicht wenigen sind sie sogar an der Leitung beteiligt. Die große Vertretung unseres Nachbarlandes Schweden heißen wir mit besonderer Herzlichkeit willkommen. Möge das heilige Feuer der Begeisterung uns immer durchglücken, wenn wir für die Freiheit des Proletariats kämpfen. Möge Begeisterung auch von diesen zwei Tagen ausstrahlen und unsere ganzen Verhandlungen erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

Hierauf konstituiert sich die Konferenz. Auf Vorschlag der Genossin Montefiore werden die Genossinnen Zetkin, Stuttgart zur ersten und Mac, Dänemark zur zweiten Vorsitzenden gewählt. Schriftführerinnen stellen für die erste Sitzung Oesterreich und England, nämlich die Genossinnen Montefiore und Adelheid Popp. Es folgt die Fortsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung.

Genossin Kollontaï schlägt vor, für die vier Hauptthematika der Frauenkonferenz: Frauenstimmrecht, Schutz von Mutter und Kind, Friedensarbeit und bessere internationale Organisation Kommissionen einzusetzen. Der Antrag wird nach lebhafter längerer Debatte abgelehnt, weil durch ihn der Frauenkonferenz ihre Hauptaufgabe, möglichst weiten Kreisen Anregung zu geben, erschwert würde.

Der Kongress wendet sich dann seiner Tagesordnung zu. Zunächst wird über den

Kabban der Verbindungen zwischen den organisierten Genossinnen der einzelnen Länder

verhandelt. Der Allgemeine Frauenklub in Stockholm beantragt zwei Resolutionen: Die leitenden Körperschaften der sozialdemokratischen Frauenbewegung in den verschiedenen Ländern haben den Internationalen sozialistischen Frauensekretariat regelmäßig Mitteilung zu machen über den Stand der Organisationen und ihre Mitgliederzahl, über die Agitations- und Organisationsarbeiten, über das

Auftreten großer aktueller Fragen sowie auch darüber, welche Tätigkeit die Frauen und die Partei dazu entfalten und welche Stellung die erwerbstätigen Frauen zu ihnen einnehmen.

Das Internationale Frauensekretariat ist aufzufordern, den Hauptvorständen der Frauenorganisation und den Frauenzeitungen in den einzelnen Ländern Mitteilungen zu machen über die Beteiligung der erwerbstätigen Frauen in der Arbeiterbewegung auf Grund der dem Sekretariat aus allen Ländern eingehenden Berichte.

Genossin Gustafsson, Stockholm begründet diese Resolutionen, die den Sinn haben, die internationale Verbindung zu fördern. In der Frage des Frauenwahlrechts gingen die schwedischen Arbeiterinnen mit allen anderen Frauen zusammen; in allen sozialen Fragen kämpften sie in der Hauptsache allein.

Der Verband sozialdemokratischer Frauenklubs Hollands beantragt folgende Resolution:

Die Konferenz beschließt die Gründung eines internationalen sozialistischen Frauenorgans, welches nicht nur die Berichte über die internationale sozialistische Frauenbewegung zu veröffentlichen hat, sondern auch besonders dazu dienen soll, im Anschluß an die in den verschiedenen Ländern auftretenden Tagesfragen, die die Frauenarbeit betreffen, die Frauenfrage in ihrem ganzen Umfange und Zusammenhang prinzipiell zu erörtern und ihre Bedeutung für die sozialistische Bewegung darzulegen.

Frau Poltersmit, die Redakteurin des holländischen Frauenorgans, weist darauf hin, daß die „Gleichheit“ in den drei Jahren seit Stuttgart unter dem Titel „J. R.“ regelmäßige internationale Mitteilungen gebracht habe. Die Einblendungen erfolgten freilich nicht regelmäßig, von einzelnen Ländern erschien viel, von anderen wenig oder gar nicht, aber diese internationale Korrespondenz war für die internationale Verbindung von großem Nutzen. Nur muß sie noch weiter ausgebildet werden und dazu zeigt die holländische Resolution den Weg. Daß ein weiterer Ausbau notwendig ist, zeigen auch die Anträge aus den anderen Ländern. Der holländische Antrag aber geht am weitesten. Es ist eine Tatsache, daß die proletarische Frauenbewegung in der internationalen sozialistischen Bewegung nicht zu ihrem Rechte kommt. Die Frauenfrage wird von der Parteipresse selten angerührt. Klagen darüber kommen aus allen Ländern. Besonders schenkt das sozialistische Tagesblatt Hollands der Frauenbewegung gar keine Aufmerksamkeit. Die Redakteure scheinen der Ansicht zu sein, daß sie das Stiefkind einzelner Parteigenossinnen und nichts weiter wäre. Seit einigen Jahren ist die Frauenfrage aus der Presse ausgeschlossen. Die Redaktion hat lieber die Rubrik „Vermischtes“ eingeführt, weil sie damit mehr Leser zu gewinnen denkt. Jetzt liegt in Holland ein Gesuch vor, der die Entlassung der Reichsbeamtinnen und Lehrertinnen vorschlägt, die sich verheiratet. Damit wird die Mutterschaft zu einer Strafe gemacht, und die Beamtinnen und Lehrerinnen

zum Stillstand oder zum Konkubinat

gezwungen. Die holländische Parteipresse hat über diese wichtige Vorlage keinen Artikel veröffentlicht. Auch die Partei der Margriten in Holland sagt und feministische Tendenzen nach und diskreditiert unsere Arbeiten, obgleich wir auf dem reinen Klassenstandpunkt stehen. Das Resultat ist, nicht nur die Genossen und Genossinnen, auch die Leser unseres Tagesblatts, die dem sozialistischen Gedanken nur nahe stehen, werden nicht aufgeklärt, sondern behalten ihre spießbürgerliche Anschauung über den Wah bei, der der Frau in der jetzigen und in der kommenden Gesellschaft zusteht. Ist es in Deutschland und Oesterreich besser? Der Einfluß der Frauenbewegung mag größer sein, weil sie stärker ist. Aber im großen und ganzen herrscht doch der Zustand der Gleichgültigkeit. Eine prägnante Erörterung der Probleme der Frauenfrage ist in allen sozialistischen Parteien notwendig, und deshalb haben wir unseren Antrag gestellt, der auch dem Internationalen Sozialistenkongress vorgelegt werden muß.

Frau Zich, Berlin: Was die Anträge aus Stockholm wollen, besteht bereits. Sie sind eine sehr gute Erinnerung an die Genossin, ihre Berichte der internationalen Sekretärin für die „Gleichheit“ einzufenden und können deshalb angenommen werden. Anders steht es mit dem holländischen Antrag. Der Wunsch, den er ausdrückt, ist berechtigt. Wenn er zu erfüllen wäre, wenn ein solches Blatt geschaffen würde, dann würde es gewiß eminent zur theoretischen Vertiefung und Erkenntnis beitragen. Aber zur Erfüllung dieses Wunsches sind so viel materielle Mittel erforderlich, und so viel geistige Kräfte, daß wir sie bei dem Stande der Frauenbewegung in einer ganzen Reihe von Ländern für diesen speziellen Zweck nicht freistellen können. Bievoll Geldmittel wären erforderlich, um dieses Blatt in drei Sprachen herauszugeben. Heute sind sie nicht vorhanden, heute läßt sich der Wunsch unmöglich erfüllen. Die „Gleichheit“ ist ja bereits eo ipso das internationale Organ der Frauenbewegung. Bei den verschiedensten Anlässen hat sie auch die Frage der Frauenarbeit grundrissig erörtert und praktisch illustriert. Gewiß haben eine große Anzahl unserer Anhänger noch ganz falsche Ansichten über die Frauenarbeit und Aufklärung ist am Platze. Vielleicht eruchen wir deshalb die internationale Sekretärin, zwei- oder dreimal im Jahre in der „Gleichheit“ zur Frauenarbeit grundrissig Stellung zu nehmen. Will man, um noch mehr Autorität dahinter zu stellen, die Verbreitung dieser Artikel durch das Internationale Sozialistische Bureau beschließen, so stünde dem ja nichts im Wege, wenn ich es auch für besser halte, daß unsere internationale Zentralkomitee, die doch genug Beachtung genießt, diese Artikel selbst bescheid.

Alexandra Kollontaï (Rußland) erklärt sich gegen den Antrag Holland und hält auch die Stockholmer Resolution für überflüssig. Was die „Gleichheit“ leistet, ist außerordentlich und genügt durchaus.

Frau Dr. Berlmutter (Lemberg): Wünschenswert wäre es, daß die Zentralkomitee der arbeitenden Frauen dem internationalen Bureau angeschlossen würde. Aber die praktischen Schwierigkeiten sind noch zu groß. Wir schließen uns daher der Resolution Zich an. Die Parteipresse widmet der sozialistischen Frauenbewegung, seitdem diese eigene Organe hat, nicht die nötige Beachtung; aber wir müssen betonen, daß das ganz verkehrt ist. Die Parteipresse hätte die Pflicht, über die Bedeutung der Frauenaufklärung und das Verhältnis der Frauenbewegung zur allgemeinen Bewegung des Proletariats prinzipielle Artikel erscheinen zu lassen. Denn die Einheit der Bewegung muß erhalten bleiben. Wir dürfen sie nicht zersplittern lassen in einer Hauptbewegung der Männer und eine Nebenbewegung der Frauen. (Beifall.)

Ein Schlußantrag der deutschen Delegation wird angenommen.

Poltersmit (Holland) zieht ihren Antrag zurück und erklärt sich mit der Resolution Zich einverstanden. Damit ist dieser Punkt erledigt, da Anträge, die über das bisher schon bestehende hinausgehen, nicht vorliegen.

Außerhalb der Tagesordnung erhält die finnische Landtagsabgeordnete Genossin Verffinnen das Wort. Sie dankt in deutscher Sprache im Namen der finnischen Delegation der Internationalen Frauenkonferenz für den Ausdruck der Sympathie an die finnischen Kämpfer: Genossin Zetkin hat bereits darauf hingewiesen, daß die Erdrosselung der finnischen Freiheit auch für die Internationale von Bedeutung sein würde. Dessen sind auch wir uns bewußt und stets eingedenk geblieben, daß wir den Kampf nicht allein für uns, sondern für die ganze Internationale kämpfen. Es gereicht uns zu großer Genugtuung, daß das auch hier anerkannt wird. Wir hoffen auch in Zukunft mit der Internationalen Hand in Hand gehen zu können, denn sich zu vereinigen ist für die Proletarier aller Länder die erste Pflicht. (Lebhafter Beifall.)

Es folgt als dritter Punkt der Tagesordnung:
Praktische Wege und Mittel zur Arbeit für die Einführung des
Frauenwahlrechts.
Die Debatte wird auf morgen vertagt.

Kopenhagen, 27. August 1910.

Genossin Jettin eröffnet die Sitzung. Vom Genossen
Webel ist ein aus Zürich datiertes Schreiben eingelaufen, in
dem er bedauert, daß unüberwindliche Hindernisse es ihm unmög-
lich machen, am Internationalen Sozialistenkongress und damit
auch an der Internationalen Frauenkonferenz teilzunehmen.
Gleichzeitig spricht er seinen Dank aus für die überreichen Ehrun-
gen, die ihm seitens der leitenden Genossinnen in der interna-
tionalen Arbeiterinnenbewegung im Februar anlässlich seines 70. Ge-
burststages zuteil geworden sind. Mit besonderer Genugtuung be-
grüßt Webel die enormen Fortschritte der Frauenbewegung, die alle
Kulturländer ergriffen hat. — Genossin Jettin sprach im An-
schluß hieran die Hoffnung aus, daß Webel noch lange das Banner
für die Befreiung des Menschengeschlechts und damit auch für die
Befreiung der Frau hochhalten möge.

In der fortgesetzten Debatte über das Frauenwahl-
recht bedauerte W. i. n. i. g. Nordamerika, daß die englischen Sozia-
listinnen teilweise für das beschränkte Frauenwahlrecht eingetreten
sind. Nach der Versöhnungsbill der englischen Arbeiterpartei wür-
den neun Zehntel der Frauen rechtlos bleiben und nur die politi-
sche Macht der bestehenden Klassen würde gestärkt werden. Beim
letzten großen Bergarbeiterstreik in Nordamerika hätten die bürger-
lichen Frauen im Bunde mit den Männern die Polizei und das
Militär gegen das Volk losgelassen. Die amerikanischen Frauen
können daher nur für das allgemeine Frauenwahlrecht eintreten.

Gustafson Schweden: Wir können nur für das allge-
meine unbeschränkte Frauenwahlrecht kämpfen. In Schweden be-
steht jetzt die Gefahr, daß wir ein beschränktes Frauenwahlrecht be-
kommen. Die Zweite Kammer hat es schon 1908 beschlossen und
die Erste Kammer wird es jetzt, nach der Wahlreform, wahrschein-
lich auch annehmen. Aber die Arbeiterpartei muß ein solches Ge-
setz entschieden bekämpfen. Wir wollen lieber warten, als ein
schlechtes, gegen die proletarischen Interessen gerichtetes Frauen-
wahlrecht annehmen. Entweder das allgemeine, gleiche und un-
beschränkte Frauenwahlrecht oder gar keins.

Martha Dahlström Schweden: Ich schreibe mich in derselben
Weise aus. Wir in Schweden haben das kommunale Frauenwahl-
recht und daher Einfluß auf die Zusammenfassung der Ersten
Kammer. Wir haben aber keinen Einfluß auf die Zusammen-
fassung der Zweiten Kammer. Auch bei der Frage des Frauen-
wahlrechts darf nur das proletarische Gesamtinteresse entscheidend
sein.

Gustafson Schweden regt an, offiziell beim bürgerlichen
Frauenwahlrechtskongress 1911 anzufordern, ob er für das all-
gemeine Frauenwahlrecht oder nur für die Übertragung des
Männerwahlrechts auf die Frauen eintreten will.

Jettin Stuttgart erwidert, daß der Weltbund für Frauen-
wahlrecht schon auf dem letzten Kongress in London sich nur für
die Übertragung des Männerwahlrechts auf die Frauen ausge-
sprochen habe. Wir müssen aber das

allgemeine und gleiche Wahlrecht

für alle Frauen fordern. Die sozialistische Frauenkonferenz würde
sich daher etwas vergeben, wenn sie sich noch einmal an die bürger-
lichen Frauen wenden wollte.

Klapin Ungarn beschwert sich über die ungenügende
Unterstützung und sogar Bekämpfung der Frauenrechtsbewegung
seitens der ungarischen Parteileitung und des Zentralorgans. —
Die holländische Dissidentengruppe legt Verwahrung ein, daß
ihre Mitglieder in die offizielle sozialdemokratische Frauenorgani-
sation nicht aufgenommen würden.

Antejmit Holland gibt die Erklärung ab, daß sie nur das
Recht hätten, Mitglieder der sozialdemokratischen Arbeiterpartei
aufzunehmen, sonst würden sie aus der sozialdemokratischen Partei
ausgeschlossen werden.

Jettin Stuttgart erklärt, daß die Verwahrung der Hol-
länder nur zu Protokoll genommen werden könne. Es sei eine
innere Angelegenheit, die die holländischen Genossen in ihrer
eigenen Gruppe austragen müssen. (Zustimmung.)

Louise Fiech Berlin begründet sodann eine Resolution,
die sich für das allgemeine Frauenwahlrecht ausspricht. Die deut-
schen Genossinnen seien nicht in der Lage, den Anregungen der
englischen Genossinnen Rechnung zu tragen. Das beschränkte
Frauenwahlrecht sei nicht eine Etappe auf dem Wege zum all-
gemeinen Wahlrecht, sondern das größte Hindernis dafür. Der
Kampf für das Frauenwahlrecht müsse geführt werden. Die
Klassengegensätze zerfließen heute die ganze Welt, deshalb muß
das weibliche Proletariat seine Forderungen als Klassenforderungen
betonen und alle Kräfte für ihre Durchföhrung einsehen. (Leb-
hafter Beifall.)

Dücher London wendet sich gegen die Methode, absprenchend
über die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zu urteilen. Bei dem
großen amerikanischen Aufstand der Arbeiterinnen, einem der größten
sozialen Kämpfe der Gegenwart, hätten die bürgerlichen Damen
mit Leib und Seele für die ausgebeuteten Schwestern Partei er-
griffen und auch selbst Opfer gebracht. Ueberhaupt stehe in
Amerika ein Teil der bürgerlichen Frauen dem Sozialismus sehr
sympathisch gegenüber. Warum sollte man nicht mit ihnen ge-
meinsame Sache machen? Die Konferenz sollte jeden Antrag ab-
lehnen, der absprenchend über die Tätigkeit der bürgerlichen Frauen
urteile. (Beifall und Widerspruch.)

Grund London ist der Meinung, daß, wer nicht für das
geheime Wahlrecht ist, kein Sozialdemokrat sei. Die Lohnarbeiter-
innen hätten kein Interesse an der Bewegung der bürgerlichen
Frauen. (Zustimmung.)

Josef Norwegen: Die norwegischen Frauen haben 1901
ein teilweises und 1910 das vollständige Frauenwahlrecht für die
Gemeinden erzwungen. Trotzdem betrachteten sie theoretisch es nur
als ein eingeschränktes Wahlrecht und nicht als ein allgemeines
Wahlrecht. Sie seien vorbehaltlich der besonderen Verhältnisse in
Norwegen mit der deutschen Resolution einverstanden.

Wespal London: Das Beispiel von Norwegen zeigt, daß
in den verschiedenen Ländern verschiedene Methoden vorliegen. Es
kann in einem einzelnen Fall sehr wohl ein beschränktes Wahlrecht
ein allgemeines Wahlrecht sein. Wir sind hier nicht verwickelt zum
Kampf für das allgemeine Wahlrecht, sondern für die volle Frauen-
emanzipation. Wir müssen mit der Betonung des Klassenkampfes
aufpassen und nicht immer von Bourgeoisinnen sprechen. Auch die
Frauen der Bourgeoisie sind nur Sklaven der Männer. In England hat
die Bewegung für das beschränkte Frauenwahlrecht schlechte An-
sichten. Wir widersprechen auf das lebhafteste der deutschen
Resolution. Bedenken Sie die Tragweite Ihres Beschlusses. Sie
verlegen und beleidigen die Frauenrechtlerinnen anderer Länder, die
mit den bürgerlichen Frauenrechtlerinnen zusammen das Frauen-
wahlrecht erkämpfen werden.

Herbert Durr London: Diejenigen, die das beschränkte
Frauenwahlrecht vertreten, haben kein Recht, sich als Vertreterinnen
der sozialistischen Frauen oder der Gewerkschaften mehr auszuspielen.
Die Gewerkschaftskongresse haben seit Jahren jedes beschränkte
Frauenwahlrecht unbedingt abgelehnt und das allgemeine Wahlrecht
ohne Unterschied des Geschlechtes gefordert. Wollen wir angesichts
des Proletariats der ganzen Welt die Fahne des allgemeinen Wahl-
rechts für beide Geschlechter erheben? (Lebhafter Beifall.)

Eine russische Vertreterin spricht sich ebenfalls für die Ablehnung
des beschränkten Wahlrechts aus. Dies soll aber kein persönlicher
Angriff gegen die Anderdenkenden sein.

W. o. d. S. i. m. o. n. a: Amerika: Wie kann man bei den herrschenden
Gegenständen von Schwelgerdiensten sprechen? Zwischen Ausbeuter
und Ausgebeuteten gibt es keine Brüderlichkeit! Die sozialistischen
Frauen müssen sich frei machen von der Bevormundung seitens der
bürgerlichen Damen. (Beifall.)

Abelheid Popp Wien: Wir kümmern uns gar nicht
um die bürgerliche Frauenbewegung, greifen sie aber auch
nicht an. Wir kämpfen selbstverständlich nur im Rahmen der
sozialistischen Partei. Etwas anderes ist es mit der Frage,
ob wir uns festlegen sollen, niemals für ein beschränktes Frauen-
wahlrecht zu stimmen. Das hängt davon ab, ob es wirklich so
schlecht ist, daß es die Arbeiterinnen in keiner Weise befriedigen
kann, oder ob es für sie eine Waffe ist zur Erreichung des gleichen
Wahlrechts. Sicher ist, daß alle bürgerlichen Frauenrechtlerinnen sich
in dem Augenblick von uns wenden würden, in dem wir unser End-
ziel zu erreichen suchen. Das Endziel und die Einigkeit der proleta-
rischen Bewegung müssen wir aber vor allem anderen stets im
Auge behalten. (Lebhafter Beifall.)

Jettin Stuttgart regt die Abhaltung eines Frauentages in
jedem Jahre und in jedem Lande an.

Gegen 10 Stimmen wird daraus die deutsche Resolution unter
stürmischen Beifall angenommen mit einem Zusatzantrag Popp, auch
das passive Wahlrecht und das Wahlrecht zu den einzelnen Land-
tagen in der Resolution zu erwähnen. — Einstimmig angenommen
wird ferner eine Resolution von Jettin-Stuttgart, die die Abhaltung
eines allgemeinen Frauentages fordert.

Es folgte dann der nächste Punkt der Tagesordnung, betreffend
„Mutter- und Kinderschutz“. Hierzu lag eine Reihe
Resolutionen der sozialistischen Frauen Deutschlands vor.

Frau Dücker Stuttgart begründete diese Resolutionen und
wandte sich insbesondere gegen das Verbot der Frauenarbeit. Ein
dänischer Antrag richtet sich gegen die Nachtarbeit und gegen die
Heimarbeit.

Kopenhagen, 27. August.

Privatelegramm des „Vorwärts“

Nach einer längeren Debatte wurden die deutschen Zeit-
sätze über den Schutz von Mutter und Kind an-
genommen.

Die Konferenz beschloß dann eine große Anzahl von Re-
solutions: Zunächst eine Resolution für die Versicherung
der Witwen und Waisen, dann eine Resolution auf
Fürsorge für die arbeitslosen Arbeiterinnen,
dann eine Resolution auf Stärkung der Frauenorgani-
sationen, dann eine Resolution gegen den Krieg und
schließlich eine Resolution gegen die internationale
Zerstückelung der wichtigsten Lebensmittel.

Frau Jettin wurde zur internationalen Sekretärin
wiedergewählt. Vor der nächsten internationalen Frauen-
konferenz soll eine Zusammenkunft der Korrespondentinnen der
einzelnen Länder stattfinden. Mit einem begeisterten Schlusswort
der Frau Jettin schloß die zweite internationale Frauen-
konferenz.

Fleischnot, Volksnot.

Für Leute mit ungemessenem Einkommen spielt die
Preiserhöhung der Lebensmittel natürlich eine wenig bedeu-
tungsvolle Rolle. Bei ihnen macht die Ausgabe für Fleisch,
Brot, Gemüse usw. oft nur einen kleinen Teil von den Gesam-
taufwendungen für die Lebensführung aus. Toiletten, Reisen,
Schmuckstücken, Repräsentationen, Vergnügungen aller Art
und so weiter verschlingen eine unverhältnismäßig größere
Summe als der Küchenetat. Anders bei der Masse des Volkes!
Bei besser entlohnten Arbeitern entfallen von dem Gesam-
einkommen ungefahr 50 bis 60 Proz. auf die Ernährung; die
nicht zu den besser entlohten Kategorien gehörenden Arbeiter
müssen oft 70 bis 80 Proz. ihres Einkommens für Lebens-
mittel aufwenden. Steigen diese um 20 Proz. im Preise,
dann macht das für die Arbeiterfamilien 10 bis 15 Proz.
ihres Einkommens aus. Und unter den Nahrungsmitteln er-
fordert Fleisch die größte Ausgabe. Nehmen wir an, ein
Arbeiter mit Frau und drei Kindern hat ein Einkommen von
1200 Mark. Es kann wohl nicht von Schlemmerei gesprochen
werden, wenn man pro Kopf mit einem Tagesverbrauch von
ein Fünftel Pfund Fleisch — Fett und Wurst eingeschlossen —
rechnet. Auf die ganze Familie dann pro Tag ein Pfund
animalischer Nahrung. Mäßig gerechnet, bedingt das eine
Tagesausgabe von 3 Mark, somit eine Jahresauswendung von
365 Mark, gleich 30 Prozent des Gesamteinkommens. In den
letzten Monaten ist der Preis für Fleisch im Durchschnitt um
20 bis 25 Pfennig pro Pfund gestiegen. Rechnen wir mit
nur 20 Pfennig. Die Verteuerung macht dann für den Ar-
beiter mit einem Einkommen von 1200 Mark pro Jahr
73 Mark aus! Sechs Prozent des Gesamteinkommens muß
der Arbeiter dem Fleischwucher opfern! Weil das aber in
tausenden und aber tausenden von Fällen nicht möglich ist,
müssen die ohnehin oft nur mit dem Vergrößerungsglas wahr-
nehmbaren Fleischrationen noch weiter verkleinert werden.
Unterernährung, Degeneration sind die Folgen! Darum
protestiert das Volk gegen die Fortführung des volksverderb-
lichen, den Junkern die Sädel füllenden Lebensmittelwuchers.
Die Grenzen auf!

Die agrarische Gefahr.

Die Inerfälligkeit der in ihren Ansprüchen an die Geduld
des Volkes maßlosen Agrarier läßt nun auch das österreichische
Volk in Empörung über den zügellosen Lebensmittelwucher auf-
schreien. In der Paradedemonstration des Bundes der Landwirte
im Zirkus Busch in Berlin im Februar 1908 erschien aus Oester-
reich als Gast der Reichsritter Simitsch von Hofenstern. Den
festen Wählern rief dieser österreichische Agrarierhäuptling be-
geistert zu: Die deutschen Agrarier sind die Lehrer der öster-
reichischen. Eurer Politik — Schutzes der nationalen Arbeit
werden wir folgen! — Frenetischer Beifall folgte dem Bekenntnis
zur Religion der Volkspönderei. Die Nationalen fanden sich als
gleichgesinnte Seelen zusammen — auf dem Boden des Lebens-
mittelwuchers! Daß die Oesterreicher das Plünderhandwerk gut
erlernt haben, das zeigt sich nun. Dort wie hier weicht die Re-
gierung vor den unerschämten Agrariern zurück. Oesterreichs
Fleischmarkt könnte reichlich versorgt sein, wenn man nur die
Einfuhr aus den Balkanstaaten erlaube. Aber das leiden die
österreichischen Vorstienwies- und Cäsengründer nicht. Auf ihren
Befehl hat die Regierung die Einfuhr aus Serbien erheblich ein-
geschränkt durch Abschluß eines Handelsvertrages, der das Volk
doppelt schädigt. Das serbische Fleischkontingent, dem die Einfuhr
nach Oesterreich gestattet wird, ist um 20 000 Rinder und 20 000
Schweine gekürzt und serbische Jollerhänger für sehr wichtige
Exportartikel der österreichischen Industrie sind akzeptiert worden.
Den Arbeitern wird die Erwerbsmöglichkeit vermindert, gleich-
zeitig verteuert ihnen das Agrariertum die Lebenshaltung. Und
gerade jetzt, wo das Volk unter einer beissigen Zerstörung
leidet, bekommt es die agrarische Geißel noch mehr zu spüren. Der
Anmut über die rücksichtslose Raubritterwirtschaft beanlaßt das
Scharfmacherblatt „Die Arbeit“ folgenden Formelruf aus-
zusprechen:

„Es ist eine bittere Ironie, daß gerade in dem Augenblick,
da die Fleischsteuerung in Oesterreich, die sonst so geduldige Be-
völkerung zu einer wirtschaftlichen Revolution zu treiben scheint,
da die Regierung von allen Seiten bestärkt wird, Abhilfe gegen
diese verhängnisvolle Wirkung einer verkehrten Handelspolitik
zu schaffen, daß gerade in diesem Augenblick der Inhalt des
neuen Handelsvertrages mit Serbien publiziert wird. Man
könnte unmöglich die Ursachen der Fleischsteuerung drastischer
demonstrieren als durch diese Verlautbarung, denn der neue

verfälschte Vertrag ist so ziemlich das schlechteste, was auf diesem
Gebiet bisher produziert worden ist.“

„Geduldige Bevölkerung!“ Das sollte man sich merken! Vor-
sonders auch bei uns in Preußen-Deutschland. Wärrlich, ohne
die unbergeliche Langmut des Volkes hätte sich die agrarische
Raub- und Plünderwirtschaft nicht so breit machen können. Die
Vorgänge in Oesterreich sind nicht ohne direkte Bedeutung auch
für uns. Indem Oesterreich seine Grenzen gegen die Einfuhr
ausländischer Viehes ebenfalls immer mehr vertrammet, kommt
es ganz selbstverständlich als Fleischlieferant für Deutschland
weniger in Betracht. Es sei nur daran erinnert, daß kürzlich die
Nachricht, Oesterreich wolle die Viehausfuhr nach Deutschland
wenigstens vorübergehend verbieten, um die Preissteigerung im Lande
entgegenzuwirken, besonders in Süddeutschland eine Panik hervor-
rief. Deutschland importierte im Jahre 1908 aus Oesterreich
Ungarn 25 450 Stück Jungvieh, 15 206 Kühe und 46 845 Cäsen; im
Jahre 1909: 20 911 Stück Jungvieh, 15 569 Kühe und 40 145 Cäsen.
Diese Einfuhr ist für Süddeutschland eine Lebensnotwendigkeit.
Und die agrarische Wirtschaftspolitik sät an diesem Lebensfaden.

Die Agrarier haben und drüben ziehen an einem Strange,
an dem des Lebensmittelwuchers. Sie arbeiten sich in die Hände
und höhnisch verweisen sie gegenüber den Klagen im eigenen
Lande auf den Nachbarstaat, der ja auch — Wucherpreise habe.
Wie lange wird das Volk sich die zum Himmel schreiende agrarische
Auspöwerungspolitik noch gefallen lassen? Jammern allein
tut's nicht!

Auf die Schlingen, bewuchertes, hungerndes Volk!

Rückgang des Fleischkonsums.

Wie sich der Fleischkonsum entwickelt, kann man schwer fest-
stellen. Es ist klar, daß die städtische und Industriebevölkerung mehr
Fleisch verbrauchen muß als die Bevölkerung des platten Landes.
Solange deshalb die Industrialisierung raschen Schrittes vor sich
geht, muß auch der Fleischverbrauch steigen. In den letzten Jahren
macht sich aber ein teilweiser Rückgang des Fleischkonsums bemerkbar.
Nach der jährlichen Statistik ergibt sich folgender jährlicher Fleisch-
verbrauch pro Kopf der Bevölkerung (in Kilogramm):

1904	1905	1906	1907	1908	1909
47,83	44,90	43,50	47,18	47,40	46,96

Nicht ganz so ungünstig war die Entwicklung für Preußen nach
einer Berechnung im „Reichsanzeiger“. Danach ergeben sich für die
zweiten Quartale in den letzten sechs Jahren folgende Verbrauchsmen-
gen pro Kopf der Bevölkerung (in Kilogramm):

1905	1906	1907	1908	1909	1910
8,905	8,524	0,128	0,323	0,523	0,337

Es muß bei Würdigung dieser Zahlen aber darauf aufmerksam
gemacht werden, daß sie das Resultat von Gewichtsschätzungen sind,
denen die Stückzahl der der Schlachtwiech- und Fleischbeschau sowie
der Trichinenschau unterworfenen Tiere zugrunde liegen. Ge-
merkenswert ist jedenfalls, daß auch diese amtliche Statistik einen
Rückgang des Fleischverbrauchs konstatieren muß.

Aus Industrie und Handel.

Der Schlächter ist schuld!

Zu welsch absonderlichen Vorkommnissen die Anbetung des agrar-
ischen Kalbes unsere Regierungskreise bei der Verteidigung des
Fleischverteuernden Viehhollpolitik treibt, dafür liefern die Aus-
lassungen eines „höheren Verwaltungsbeamten“, wie er sich nennt,
in einem eben bei Erich Weber in Berlin erschienenen Wuche „Die
Not des höheren Mittelstandes“ einen ergötzlichen Beleg. „Unter
den Ausgaben der verarbeiteten Angehörigen der Arbeiterklassen
und des Mittelstandes“, erklärt der Herr „höhere Verwaltungs-
beamte“ zunächst ganz vernünftig, „spielen die Ausgaben für Wo-
köstigung und unter diesen wiederum die für Fleisch die Haupt-
rolle“. Das ist aber der einzige Satz, in dem man dem Verfasser
unbedingt recht geben kann. Schon im zweiten kommt er auf die
schiefe Ebene: „Auch der höhere Mittelstand leidet deshalb emp-
findlich (!!) unter der in den letzten Jahrzehnten eingetretenen
Erhöhung der Fleischpreise“. Welt er's, wohin ihn die nationale
Politik der agrarischen Konservativen Clique geführt, so bezahlt er jetzt
das Lehrgeld für seine politische Dummheit und Verblendung, die
ihn diese Politik der Verteuerung durch die dünne und dünne mit-
machen ließ. Im dritten Satz schließt er die „höhere Verwaltungs-
beamte“ schon den ersten Furchelbaum: „Wenn nun auch die von
den politischen Gegnern vorgebrachten Klagen über eine Fleischnot
unzutreffend sind und nur vorübergehend Knappheit im Angebot
von Schlachttieren herrscht hat, so sind die Fleischpreise doch für
weniger Bemittelte fast unerträglich geworden. ... Unfere
Erachtens“, fährt er dann fort, „müssen die dem Viehzüchter zu-
fließenden Preise für lebendes Vieh so hoch bemessen sein, daß sie
das in der Viehzucht stehende Kapital zu dem landesüblichen Zins-
fusse verzinsen und darüber hinaus noch einen dem Wert der
geistigen (!!) und körperlichen Arbeitsleistung des Züchters ent-
sprechenden Mehrbetrag gewöhren. Darnach erscheint es im all-
gemeinen nicht angängig, die jetzt von den Landwirten geforderten
Viehpreise herabzudrücken“.

Nach einigen Worten über den Zwischenhandel, der sich „sehr
wohl unterdrücken oder wesentlich einschränken ließe“, natürlich
damit die Herren Agrarier desto mehr in die eigene Tasche stecken
können, geht er den Schlächtern zu Leibe, auf die — echt bureau-
kratisch — „hingewirten ist, daß sie sich mit einem mäßigen Ge-
winn begnügen“. Für die feststen Junker alles, für den Schlächter
einen mäßigen Gewinn, wie sich in der Wehmannschen Ordnung
der Abhängigkeiten geziemt! „Die überwiegende Mehrheit (der
Schlächter) macht so glänzende Geschäfte und gelangt so schnell
zu großem Wohlstand oder Reichtum, daß das Verlangen nach
Herabsetzung ihrer Preise durchaus gerechtfertigt ist“. Und
schließlich droht er mit etwas Schrecklichem: „Sollten aber die
Schlächter auf ihren übermäßigen Preisen bestehen, so müßten sich
die Abnehmer mit den Landwirten verbinden, um eine angemessene
Herabminderung der Fleischpreise im Kleinverkauf zu er-
zwingen“. Eine kindliche Naivität, wie sie in dem letzteren Vor-
schlage zum Ausdruck gelangt, findet allerdings nur in dem Hirne
eines höheren Verwaltungsbeamten Raum. Die Abnehmer, die
das Experiment machten, den Fleischer durch den Agrarier zu er-
setzen, würden nur zu schnell einsehen, daß sie den Teufel durch
Schwefelbub auszutreiben versucht hätten. An sich haben wir nichts
gegen Ausschaltung des Zwischenhandels, aber unter agrarischer
Herrschaft würde das sicherlich keine Verbilligung des Schlach-
toviehes bedeuten. Alles, was der „höhere Verwaltungsbeamte“ zur
Verteidigung der agrarischen Viehhollpolitik vorbringt, ist das alte
abgestandene Einmaleins der Wärrler, daß sie, wie 1902, so auch
heute wieder vorbringen.

Anzeichen der Getreidepreise.

Nun schnellen auch die Getreidepreise wieder hinauf. Die
Schätzungen der Weltkarte lassen reichliche Mengen Getreide er-
warten. Die Weltkarte beträgt nach der Schätzung von „Dorn-
busch“ im letzten Jahre 433 Mill. Quartiers gegen 453 Millionen
im Vorjahre und 398 Millionen im Jahre 1908. Zwar bleibt die
diesjährige Weltkarte gegen das Vorjahr um 19 Mill. Quartiers
zurück, doch ist das vorjährige Ergebnis abnorm hoch gewesen.
Aufällig ist das Zurückbleiben der russischen Ernte, wo bisher

immer mit einem Ertrage in gleicher Höhe des Vorjahres gerechnet worden war. Jetzt werden nur 78 Mill. Ort. ausgewiesen gegen 98 Mill. Ort. im Jahre 1909. Vielleicht wird die Schätzung noch korrigiert. Man darf nicht vergessen, daß die russische Regierung sich für das Hochhalten der Preise engagiert hat. Das mag die amtlichen Angaben wohl beeinflusst haben. Besonders infolge stärkerer Nachfragen von Frankreich ging in der letzten Woche der Preis für September-Weizen um 3-4 R. hinauf.

Die Not steigt.

Die Fleischer in Bayern haben sich dahin verständigt, ab 1. September in den größeren Städten eine abermalige erhebliche Erhöhung der Fleischpreise eintreten zu lassen.

Höhere Baumwollpreise. In der vergangenen Woche wurden die Preise an den amerikanischen Baumwollmärkten erneut hinaufgetrieben. Es wurden wieder niedrigere Schätzungen des Erntergebnisses verbreitet. In New York schließt Koto-Baumwolle die Woche mit einer Notiz von 16,47 Cts. gegen 15,90 Cts. am Ende der vorhergehenden und 15,85 Cts. am Anfang des laufenden Jahres. Die Situation der Hochbaumwolle verbrauchenden Industrie wird durch diese neuerliche Preiserhöhung wiederum verschlechtert.

Weltverbrauch an Kaffee.

In der unter dem Namen „Bulletin du Syndicat Général de Défense du Café et des Produits Coloniaux“ in Paris erscheinende neue Monatschrift werden über den totalen Kaffeeconsum der Erde in den Jahren 1900-1909 folgende Angaben gemacht:

	Sad a 60 Kg.	Sad a 60 Kg.
1900	14 442 757	18 908 994
1901	15 946 638	18 397 934
1902	16 671 259	18 480 176
1903	17 615 139	18 821 963
1904	17 217 220	19 957 761

Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet wurden nach dieser Tabelle im Jahre 1909 in den folgenden Ländern die nachstehenden in Gramm ausgedrückten Kaffeequanten verbraucht:

Vereinigte Staaten 5380; Deutschland 3889; Frankreich 2728; Norwega 1760; Ägypten 1512; Tunis 0483; Oesterreich-Ungarn 1165; Holland 6952; Belgien 5690; Schweden 5957; Italien 0710; Türkei 0638; Kreta 0688; England 0809; Südamerikanische Kolonien 2089; Kanada 0497; Australien 0240; Mauritius 1106; Cyprien 1,000; Rußland 0108; Finnland 0626; Norwegen 0999; Spanien 0655; Kanarische Inseln 0640; Schweiz 3392; Argentinien 2060; Dänemark 4214; Ferro, Island und Grönland 4110; Kuba 6206; Ägypten 0768; Portugal 0603; Chile 0702; Rumänien 0850; Griechenland 0708; Uruguay 0511; Bulgarien 0379; Serbien 0305; Marokko 0065; Montenegro 0784; Japan 0001,5. — Diese Ziffern dürften die beste Abfertigung für jene Volkswirtschaftler sein, welche die Hemmung leugnen, die hohe Einfuhrzölle auf den Konsum üben.

Die Konzentration im englischen Bankwesen. Die Klagen über das Verschwinden der selbständigen Provinzialbanken kommen auch in England nicht zur Ruhe. Sie finden auch in den Tatsachen ihre Begründung. Die Entwicklung der letzten 20 Jahre ergibt folgende Zahlen:

Jahr	Zahl der Banken auf Aktien	Kapital in Millionen Mark	Kapital pr. Bank in Millionen Mark
1890	104	1096,5	10,8
Anfang 1910	47	1285,1	26,9

Der Betrag der hinterlegten Gelder stieg von 7888,15 auf 15 219,1, d. h. auf die einzelne Bank von 75,84 auf 323,81 Mill. Mark, also vom 7,9fachen auf das 12fache des Aktienkapitals: ein Zeichen der wachsenden Beherrschung des Wirtschaftslbens durch die unpersönlichen Aktiengroßbanken.

Soziales.

Bergarbeiterelend.

Der amtliche Bericht über die Verhältnisse im Braunkohlenbergbau des Bergreviers Reib bringt anschauliche Ziffern darüber, wie sich die Lage der Bergarbeiter fortgesetzt verschlechtert. Bei steigender Intensität der Arbeit — man denke nur an das stets sich vergrößernde Heer der berufsmäßigen Antreiber — sinken die Löhne, häufen sich die Gefahren für Leib und Leben.

Im Jahre 1909 sank in genanntem Bergrevier die Belegschaft von 6788 auf 6571 Mann, sie nahm also um über 3 Proz. ab. Die Zahl der gemeldeten Unfälle stieg hingegen von 960 in 1908 auf 1054 in 1909! Das ist eine Vermehrung der Unfälle, absolut genommen, um 10 Proz. Im Vergleich mit der Belegschaftszahl kam im Jahre 1908 auf jeden siebenten Mann ein Unfall, im Jahre 1909 aber schon auf jeden sechsten. Das ergibt in Wirklichkeit eine Steigerung der Unfälle um 15 Proz. An Toten verzeichnet der amtliche Bericht 10 gegen 9 im Jahre 1908.

Zugleich mit der unheimlichen Vermehrung der Betriebsunfälle trat aber auch eine sehr sühnbare Verringerung der Jahreslohnsätze für die meisten Arbeiter ein. Jahreslöhne haben nach dem Bericht erhalten: Arbeiter bei Gewinnungsarbeiten im Braunkohlenbergbau unter Tage 1830 M. (1858 M. im Jahre 1908), in Tagebauen 1174 M. (1155 M.), bei Nebenarbeiten unter Tage 1104 M. (1112 M.), in Tagebauen 1032 M. (1135 M.). Männliche Tagearbeiter 1039 M. (1047 M.), Jugendliche 598 M. (678 M.), Arbeiterinnen 617 M. (616 M.). Mit zwei unwesentlichen Ausnahmen sind also alle Jahreslöhne zum Teil ganz bedeutend gefallen. Alle sieben Kategorien bezogen 1908 mit je einem Vertreter zusammen 7009 M., 1909 nur noch 6894 M. Und das, trotzdem gerade dieses Jahr durch eine Teuerung aller Lebensbedürfnisse hervorritt, trotz-

dem auch 1908 bereits die Löhne gegen das vorhergehende Jahr bedeutend gefallen waren!

Aufreizendere Zahlen lassen sich nicht wohl denken. Die Grubenkapitalisten haben nicht einmal in der Krisenzeit mit geringeren Dividenden vorlieb nehmen brauchen. Im vorigen Jahre zogen teilweise die Gewinne recht beträchtlich an. Die Bergslaven müssen aber den Hungerriemen noch stärker anziehen, wenn sich bereits wieder ein Aufschwung zeigt, wie in den Gesellschaftsberichten nachzulesen ist. Trotz der amtlichen Ziffern, die eine so überaus deutliche Sprache reden, wird das Bestreben der Bergarbeiter, mittels der Organisation ein menschenwürdiges Dasein zu erringen, von den kapitalistischen Prehtuliz nach wie vor als sträfliche Begehlichkeit bezeichnet.

Aus aller Welt.

Königsberg.

Aus der Hand fällt mir die Feder, und zu Salz erstarrt ich gleich. Warum zieht man so vom Leder, während Friede ist im Reich?

Silow reißt sich seinen Dadel noch bei uns in Nordrußland, Spricht zu seiner Frau: o Schandel, Gott sei Dank, ich bin nicht bei.

Gätten wir nicht dieses alles Aus des Reiches Moniteur, Wagt ich nicht, ob solch ein Ausspruch Wirklich ganz authentisch war?

Freu Dich, Weib, daß Du geborgen Aus der Wilhelmstraße bist, — Durra, wir sind ohne Sorgen, Weder Kanzler, noch Kausist.

Paulsen.

Oberleutnant Hofrichter macht Schule.

In ähnlicher Weise wie der österreichische Leutnant Hofrichter, der durch Giftbriefe des österreichischen Generalstabes beseitigte, hat eine in Wien lebende Frau Castellez versucht, durch Ueberföndung vergifteter Schokoladenbonbons eine unbehagliche Gläubigerin aus dem Wege zu räumen. Vor einigen Tagen erhielt ein in Graz wohnendes Fräulein Morawek eine Sendung Schokoladenbonbons; nach dem Genuße einiger Bonbons erkrankte das Fräulein unter Vergiftungserscheinungen. Die durch die Behörden angestellten Ermittlungen über den Absender des unheimlichen Gesichts führten gestern zur Verhaftung des Ehepaars Castellez. Nach längerem Leugnen hat die Frau gestanden, daß sie der Morawek die mit Sublimat gefüllten Bonbons geschickt hat. Sie wurde geleitet von der Absicht, sich der Rückzahlung eines Geldbetrages, den sie dem Fräulein Morawek schuldete, zu entziehen. Die Frau behauptet, ihr Mann habe von dem Anschlag keine Kenntnis gehabt, sie habe ihn allein ausgeführt.

Die Cholera in Apulien.

Rom, 25. August. (Fig. Ver.)

Die sanitären Maßnahmen zur Isolierung der Seuche haben voll den Erwartungen entsprochen. Eine Verschleppung aus den infizierten Provinzen von Bari und Foggia hat nicht stattgefunden und man kann mit ziemlicher Bestimmtheit voraussetzen, daß selbst vereinzelte Fälle, die auftreten könnten, eine ernste Bedrohung für die öffentliche Gesundheit nicht darstellen würden. In Florenz, Todi und Assiggarno haben sich verdächtige Erkrankungen oder Todesfälle zugerechnet, deren sofortige Isolierung jede Gefahr ausschließt.

In den von der Cholera erfaßten Provinzen stößt dagegen das Ausrotten der Seuche auf große Schwierigkeiten. Einmal ist die Not so groß, daß die Leute allen sanitären Vorkehrungen zum Trotz weiter Gemüse essen und zwar vielfach des Wassermangels wegen schlecht gewaschenes Gemüse. Die Behörden haben diesen Mißstand eingesehen und in Trani, Andria und Barletta Volkstischen eingerichtet, zu deren Wirksamkeit aber ganz andere Mittel gehören, als heute vom Ministerium zur Verfügung gestellt sind. Von den Kommunen selbst kann man keine finanzielle Leistung erwarten. Die traurige Lage der kommunalen Finanzen leuchtet kurz vor der jetzigen Epidemie in grelles Licht gesetzt durch einen tragikomischen Fall. Das Ministerium des Innern sandte einer kleinen Gemeinde 2000 Lire zur Malariaablämpfung, und die Steuerintendant beschlagnahmte diese Summe, weil die Gemeinde mit ihren Abgaben an die Zentralbehörde im Rückstande war! Natürlich mußte das Geld seinen Zweck wieder zugeführt werden.

Auch die Unwissenheit erweist sich als mächtige Verbündete der Seuche. So hat sich die Auffassung verbreitet, daß die Ärzte die ins Lazarett Ueberführten mit Gift aus der Welt schaffen. In Margherita di Savoia hat eine Demonstration stattgefunden, während der die Leute riefen: „Wir wollen sterben, wenn Gott will, aber nicht von den Ärzten durch Injektionen getötet werden.“ Unter diesen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß die Cholerafälle verheimlicht werden. In Andria hat man ein verdächtiges Haus erbrochen und nichts darin gefunden als — eine Choleraleiche.

Die Angehörigen hatten den Kranken heimlich gepflegt und waren nach dem Tode mit ihrem Hab und Gut in einen anderen Ort geflohen. In dem Wahn, ein gutes Werk zu tun, hatten die Nachbarn bei dem nächtlichen Möbeltransport geholfen.

Hand in Hand mit der Unwissenheit geht der Mangel an sozialen Empfinden. Die tolle Flucht der Besitzenden aus den infizierten Orten kennzeichnet sich als Mangel an Mut und Pflichtgefühl. Eine Ursache des Aufrechterhaltens der Seuche ist auch das Zusammenströmen der Völler in den Kirchen, deren Sauberkeit sehr zu wünschen übrig läßt. Der Genueser „Laboro“ fordert die Schließung aller Kirchen und deren Desinfektion.

Die Verheimlichung der Krankheitsfälle geht übrigens nicht nur auf die Seuche vor dem Lazarett zurück, sondern auch auf den Wunsch der Familien, ihr Hab und Gut zu sichern. Bei Feststellung eines Cholerafalles wird nämlich nicht nur aller Hausrat der betreffenden Familie verbrannt, sondern auch all ihre Vorräte, so vor allem die Getreide- und Mandelernte, die das ganze Hab und Gut, die einzige Lebensmöglichkeit für den kommenden Winter für viele Familien darstellen. Aus öffentlichen Mitteln oder durch öffentliche Sammlungen müßte ein Fonds gebildet werden, der diese Unglücklichen teilweise entschädigt.

Was die Nachrichten betrifft, daß es an Ärzten und Pflegepersonal mangelte, so sind sie aus der Luft gegriffen. Viele Hunderte von Ärzten und Pflegerinnen haben sich direkt oder durch Vermittelung des Roten Kreuzes den betreffenden Orten zur Verfügung gestellt.

Rom, 27. August. In den letzten 24 Stunden sind in Barletta elf Erkrankungen und neun Todesfälle an Cholera vorgekommen, in Andria ein choleraverdächtiger Fall, in Spinazola zwei choleraverdächtige Fälle, in Muro di Puglia ein choleraverdächtiger Fall, bei dem der Erkrankte gestorben ist. In den übrigen Gemeinden der Provinz Bari hat sich kein neuer Fall ereignet. In Cerignola ist außer zwei choleraverdächtigen Fällen ein Todesfall an Cholera festgestellt worden, in Trinitapoli drei Erkrankungen und zwei Todesfälle, in Margherita di Savoia 5 Erkrankungen und 3 Todesfälle, in San Ferdinando di Puglia eine Erkrankung und 2 Todesfälle.

Amerikanische Eisenbahnräuber.

In der Nähe der Eisenbahnstation Northwood (W. St. v. N. A.) wurde am Freitag ein von Minneapolis kommender Passagierzug durch acht verummte Männer, die Flaggensignale gaben, aufgehalten. Der Lokomotivführer glaubte, daß auf der Strecke ein Unglück bevorstehe, und hielt den Zug an. Sofort richteten die Banditen ihre Revolver auf den Maschinisten und den Heizer und begannen dann die Passagiere ihrer Wertsachen zu berauben. Während die Räuber eifrig beschäftigt waren, die einzelnen Wagen zu durchsuchen, gelang es einem Teil des Zugpersonals, sich aus einem Wagen Revolver zu verschaffen, mit denen sie den Räubern gegenübertraten. Fünf Räuber wurden festgenommen und den Behörden von Northwood übergeben. Der Passagiere des überfallenen Zuges hatte sich eine große Aufregung bemächtigt, durch das mutige Eingreifen des Zugpersonals wurden sie vor empfindlichen Verlusten bewahrt.

Wieder ein Diebstahl auf der Weltausstellung.

In der letzten Nacht sind in der französischen Abteilung der Brüsseler Ausstellung aus dem Stand des Hauses Dge aus Paris mehrere silberne Schüsseln und Medaillen im Werte von 10 000 Frank gestohlen worden. — Zwei Nachtwächter der deutschen Abteilung sind unter dem Verdacht, an dem gestrigen von uns gemeldeten Diebstahl von Ihren beteiligt zu sein, verhaftet worden.

Kleine Notizen.

Durch Blitzschlag getötet. Während eines Gewitters, das über Gernsheim a. M. niederbrach, hatten drei junge Mädchen im Alter von 15 Jahren vor dem Unwetter Schutz in einem Kornhaufen gesucht. Ein Blitzschlag ging an der Stelle nieder, die drei Mädchen wurden getötet.

Selbstmord eines Soldaten. In Darmstadt hat sich gestern der Dragoner Hellwig aus Potsdam in der Mannschafsstube erhängt. Die Umstände des Selbstmordes sind bisher nicht bekannt.

Durch niederstürzende Gesteinsmassen wurden beim Bahnbau zu Serkenrade in Westfalen zwei Arbeiter verdrückt. Der eine war sofort tot, der andere hatte noch so viel Kraft, sich selbst unter den Gesteinsmassen hervorzuarbeiten, verstarb aber kurz darauf.

Bei der Reparatur eines Kabels des städtischen Elektrizitätswerkes in Frankfurt a. M. kam der Mechaniker Kubach mit einem Kabel in Verührung, bei dem der Strom von 8000 Volt Spannung nicht abgestellt war. Er stürzte sofort tot zusammen, der Körper war wie geröstet und spiralförmig zusammengebogen.

Einen schrecklichen Tod fand in Lille in Frankreich ein Lohgerber, der in einen Kessel kochenden Wassers fiel. Als es gelang, ihn herauszuziehen, war der Unglückliche vollständig gelöst.

Der Kommandant der Budapester Kronwache, Major Anders, steht unter dem Verdachte, daß er den Einbruch in die Kronwache, über den wir vor einigen Tagen berichteten, nur fingiert und die abhanden gekommenen 25 000 Kronen selbst entwendet habe.

Wiedereröffnung der Brüsseler Kirmes. Der bei dem Brande der Weltausstellung verdrückte Vergnügungspark ist vollständig wieder hergestellt und wird heute, Sonntag, mit großen Festlichkeiten wieder eröffnet werden.



Leiser

's Einsegnungs-Stiefel

für Knaben u. Mädchen 5⁹⁰ bis 10⁵⁰

haben hochelegante neue Formen, sitzen bequem und verbinden beste Haltbarkeit mit einem sehr billigen Preise.

Unübertroffene Leistungsfähigkeit für modernste Herren- und Damen-Stiefel in den Preislagen.

8⁹⁰ 10⁵⁰ 12⁵⁰ 15⁵⁰

Leipziger Straße 65 • Königstraße 34 • Oranienstraße 34 • Oranienstraße 47a • Müllerstraße 3a • RIXDORF, Bergstraße 7-8.

Handels-Akademie

Muster-Kontor.

Berlin SW., Bohlstrasse 10 und 11, 1, 2, 3. Etage
am Spittelmarkt, Untergrundbahn, Strassenbahn.

Grösstes u. vornehmstes Institut Berlins. Gegr. 1830

23 Lehrer, 8 Lehrerinnen, 25 Klassen,
130 Schreibmaschinen. — Die neuen

Vormittagskurse zur Gesamtausbildung
für den kaufmännischen Beruf beginnen am 6. Oktober.

1. Handelskurse für Herren

Jahres-, Halbjahrs-, Dreimonats- und höhere Handelskurse.

Halbjahrskurse: A. Unterstufe (Elementarkursus). Die Unterstufe ist für junge Leute eingerichtet, die aus der Volksschule oder einer unteren Klasse einer höheren Schule abgegangen sind und in der Zeit zwischen ihrer Konfirmation und dem Eintritt in ein Geschäft das in der Schule Erlernete ergänzen und als Lehrling in ein kaufmännisches Kontor einreten wollen. Wer mit Erfolg die Unterstufe durchgemacht hat, kann in die Oberstufe eintreten.

B. Oberstufe. Die Oberstufe bietet Vorgesetzten und Kaufleuten, die schon praktisch tätig waren, Gelegenheit zur Erweiterung und Vertiefung ihrer kaufmännischen Kenntnisse.

C. Höhere Handelskurse für Herren, die entweder aus einer oberen Klasse einer höheren Schule abgegangen sind oder bereits praktisch tätig waren und über eine gute Vorbildung verfügen. Die Teilnehmer werden zu tüchtigen Buchhaltern, Kontoristen und Korrespondenten ausgebildet. Der Besuch ist besonders solchen Herren zu empfehlen, die im Besitze des einjährigen Zeugnisses sind und sich dem kaufmännischen Beruf widmen wollen.

Lehrfächer für das I. Vierteljahr	Std.-Zahl	Lehrfächer für das II. Vierteljahr	Std.-Zahl
Kaufmännisch Rechnen	40	Volkswirtschaftslehre (Vorträge)	20
Handelskorrespondenz	20	Rechtswissenschaft (Vorträge)	20
Handelsbetriebslehre und Wechselkunde	40	Bürgerkunde (Vorträge)	20
Einfache und doppelte Buchführung	60	Handelsgeographie und Warenkunde	40
Schönschreiben	40	Höheres kaufm.-Rechnen	40
Stenographie	60	Amerikan. Buchführung	20
Maschinenschreiben	40	Musterkontor	80
		Bank- u. Börsenkunde	20
		Stenographie	20
		Maschinenschreiben	20

Wahlfächer: Engl., Französ., Grammatik oder Korrespondenz und Konversation.

Dozenten: Dr. Welsch, Dr. Müller, Rechtsanwalt Syndikus Eckhoff, dipl. Handelslehrer Brack, Bankbuchhalter Feilcke, Nationaler Sprachlehrer.

D. Akademischer Kursus (kleine Zettel) für Offiziere, Juristen, Ingenieure, Techniker, Beamte, Lehrer usw. Diese Kurse bieten bewährte Gelegenheit, sich diejenigen Fähigkeiten und Kenntnisse anzueignen, welche es ermöglichen, später selbstständig kaufmännisch zu disponieren oder leitende Stellen in industriellen Betrieben anzunehmen.

2. Handelskurse für Damen

zur Ausbildung als

Buchhalterin, Geschäftsstenographin, Bureaubeamtin, Handelslehrerin, Korrespondentin, Kassiererin. Mit den Halbjahrs- und Jahreskursen ist ein praktisches Übungskontor (Musterkontor) verbunden.

Von der Volksschule entlassenen jungen Mädchen wird Gelegenheit geboten, sich in den kaufmännischen Fächern wie Buchführung, Rechnen, Korrespondenz, Handelskunde, Stenographie, kaufm. Schreiben und Maschinenschreiben auszubilden. Junge Damen, die von der höheren Mädchenschule entlassen sind, werden besonders, ihren Kenntnissen entsprechenden Klassen zugewiesen.

Jährliche Kurse für Töchter gebildeter Stände

zur Ausbildung als Geschäftstenographinnen und Korrespondentinnen in fremden Sprachen. Für Damen, die das Abgangszeugnis der ersten Klasse einer höheren Mädchenschule und gute Kenntnisse in der englischen und französischen Grammatik besitzen. Korrespondentinnen mit Sprachkenntnissen, die 200 Silben in der Minute stenographieren, die englische und französische Stenographie beherrschen, werden stets gesucht und erhalten von vornherein bessere Stellen und höheren Gehalt.

Lehrfächer	Stundenzahl pro Jahr
Deutsche Handelskorrespondenz	80
Englische Handelskorrespondenz u. Konversation	70
Französ. Handelskorrespondenz und Konversation	70
Deutsche Stenographie - Debatimentschrift	40
Deutsche Stenographie - Diktat bis 200 Silben und mehr	140
Englische Stenographie nebst Diktat	40
Französische Stenographie nebst Diktat	40
Maschinenschreiben	160
Maschinenschreiben nach fremdsprachlichem Diktat	60
Handelsbetriebslehre nebst Wechselkunde	60
Handelsrechnen	80
Bureau- und Rechtskunde	40
Einfache, doppelte u. amerikanische Buchführung	80
Kaufmännisches Rechnen	80
Summe	1180

Ausführliche Lehrpläne umsonst und portofrei.

Fernsprecher I, 1750.

Phänomen



Cigaretten
Qualitätsmarke

mit und ohne, auch mit
Goldmundstück, St.
2, 3, 4 und 5 Pf.

Cigarettenfabrik
NAMKORI

„Hoffnung“

Berliner Schneiderei-Genossenschaft
E. G. m. b. H.

Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Brunnenstr. 185
Zwischen Rosenthaler Tor u. Invalidenstr. Tor u. Invalidenstr.

Gegr. i. Februar 1906 v. organisiert. Schneidergehilfen Berlins.

Empfehlenswert für alle Arbeiter, Parteigenossen und Mitbürgern zur Anfertigung eleganter

Herren- u. Knabengarderobe

Großes Lager fertiger Herren-, Knaben- u. Kinder-Anzüge.

Große Auswahl in

Sommer-Paletots, Ulster, Radfahranzügen u. Fant.-Westen
in allen Größen und Preislagen sowie

Arbeiter-Berufs-Kleidung.

Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Betriebswerkstätten unter den von unserer Organisation festgelegten Bedingungen.

Lieferanten 103/1*
der Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend,
des Charlottenburger Konsum-Vereins sowie des Arbeiter-Radfahrer-Bundes.

NB. Wir weisen besonders darauf hin, daß wir nur für eigenen Bedarf fabrizieren und unsere Waren in keinem anderen Geschäft zu haben sind.

Im August bleibt unser Geschäft Sonntags nach 10 Uhr geschlossen.

Metzner

Grösstes Special-Haus
Kinderwagen
Metall-Bettstellen
Gartenmöbel etc.

Katalog gratis.

Berlin, O. Andreasstr. 23.
Brunnenstr. 95. Leipzigerstr. 54.
Beusselstr. 67. Rixdorf, Bergstr. 133.

Wegen Neubau meines Geschäftshauses Total-Ausverkauf!

Da die bedeutenden Vorräte bis zum Oktober geräumt werden sollen, findet der Verkauf zu jedem annehmbaren Preise statt.

Teppich-Thomas

gegr. 1863

Aeltestes und vertrauenswürdigstes Spezialhaus für
Teppiche • Gardinen • Portieren
Möbel- und Dekorationsstoffe • Läufer
Tisch-, Diwan-, Stepp-, Reise- und Schlafdecken

Berlin SW. 68, Oranienstraße No. 126.

Moderne Wohnzimmer-Einrichtung II. 207.-



Beantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Partei-Expeditionen:

- Zentrum: Albert Dabnich, Auguststr. 60, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hofpartei.
Süden und Südwesten: Hermann Berner, Guelkenstr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fröh, Brünnstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Engels, Gr. Frankfurterstr. 120. — Wilhelm Mann, Petersburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Lausitzerplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Busch, Zimmernstr. 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Moabit und Hansaviertel): Karl Underg, Salzweberstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Weiche, Nazarethstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Wilhelm Sauer, Bernauerstr. 9, oben part.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Ratz, Ludwigstr. 123.
Adlershof: Karl Schmarglose, Hoffmannstr. 9.
Alt-Glienicker: Wilhelm Dörre, Hahnenstr. 83 II.
Hansschulenberg: D. Hornig, Marienbaderstr. 13, I.
Bernau, Röntgenal, Zepernick, Schönau und Schönbrück: Heinrich Broje, Hohenstr. 74, part.
Bohnendorf und Falkenberg: Alois Lauf, Bohnendorf, Genossenschaftsbau „Paradies“.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seefeldstr. 1, Ecke Guelkenstr. Laden.
Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hanks Ablage: Oscar Rabe, Eichwalde, Stubenrauchstr. 99.
Erkner: Carl Hoffmann, Friedrichshagener Chaussee.
Friedersdorf-Petershagen: E. Heidebach, Petershagen.
Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernice, Schloßstr. 119, Hof I, im Stiege. Befehlungen nehmen entgegen in Steglitz: D. R. R. Döppelstr. 32, und Fr. Scheibbe, Hornstr. 15a.
Friedrichshagen: Emil Bertram, Köpenicker Straße 19.
Grünau: Franz Klein, Wahnstr. 6 III.
Johannisthal: F. Lichte, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst: Richard Rüter, Rüterstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Wahnstr. 13.
Königsberg: Emil Döhler, Rüterstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seiffel, Kronprinzstr. 4, I.
Mahlisdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheide, Mahlisdorf, Walderstr. 14.
Mariendorf: August Leip, Chaussee 296, Hof.
Marionfelde: Emil Seiner, Dorstr. 14.
Nieder-Schöneweide: Max Fritzsche, Gröberstr. 14 II.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7.
Ober-Schöneweide: August Henjes, Laufenerstr. 2, I.
Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Mühlentstraße 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: H. Gursch, Kannestr. 12, I.
Rixdorf: W. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
Rummelsburg, Boxhagen: H. Rosenkrantz, III-Boxhagen 55.
Schmargendorf: Gustav Kaminski, Gumolstraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Spandau: Stöppen, Jagowstr. 9.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Bernsdorf und Reinickendorf-West: Paul Klein, Borsigwalde, Rindstraße 10.
Teltow: Wilhelm Hönig, Teltow, Bellenborfer Str. 4.
Tempelhof: Albert Thiel, Friedrich Wilhelmstr. 20.
Treptow: Rob. Gramenz, Rietzstraße 412, Laden.
Weißensee: R. Fuhrmann, Sedanstr. 105, parterie.
Wilmsdorf-Halensee: Paul Schubert, Wilhelmstr. 2, Hof parterie.

Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.
Bitte ausschneiden. 245/1



Schmerzlos gezogen

Fast gänzlich schmerzloses Zahnziehen I.-M. Von uns endlich erreicht und zur größten Berühmtheit der Reform-Zahn-Praxis geworden. Beweis Hunderte von Dankschreiben.



Keine hohl. Lochzähne oder Zähne mit Eisenstiften, sondern echte mit Platinstiften, die bei der Konkurrenz 4 und 5 M. kosten.
Man lasse sich nicht durch scheinbar billige Angebote irreführen. Z. B. werden in letzter Zeit von der Konkurrenz Zähne offeriert von 1.50 und 2 M. an. Dieses Verfahren wird bei uns nicht geübt. Unser teuerster Zahmeranzug mit nur echten Zähnen, mit Kautschukplatte einberechnet, kostet bei uns nur 2.80 M.
Wenden Sie sich vertrauensvoll nach unserem Atelier. Überzeugung macht wahr!

Reform Zahn-Praxis
Carl Rudolph.

1. Praxis: Elsenor Str. 14
2. Praxis: Friedrichstr. 35
3. Praxis: Oranienstr. 61
4. Praxis: Pallasenstr. 103
5. Praxis: Moabit, Huttenstraße 65
6. Praxis: Charlottenburg, Wilmsdorfer Str. 117
7. Praxis: Lichtenberg, Frankfurter Allee 109
8. Praxis: Spandau, Neuenendorfer Straße 109

Elfe-Cigaretten

zu bevorzugen sind. 8007/2
Buchdruckerei u. Verlagshaus Paul Singer & Co., Berlin SW.

Generalversammlung des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandten Gewerbe.

Hamburg, 28. August.

Der Verbandsvorsitzende Sillier kommt vor Eintritt in die Tagesordnung auf einige in der Dienstagsitzung erhobene Vorwürfe gegen die Chemigraphen und Gauleitung zurück.

Der Punkt: „Kattil bei Lohnbewegungen“ wird in geschlossener Sitzung verhandelt, die den Vormittag ausfüllt.

Die Generalversammlung steht nach wie vor auf dem Standpunkt der Tarifgemeinschaften, wobei in erster Linie die Arbeitszeit und Mindestlöhne für Ausgelernte festzusetzen sind.

Der Hauptvorstand wird jedoch verpflichtet, allen neuen Erscheinungen auf tariflichem Gebiete, besonders solchen, die aus dem Vorgehen der Unternehmer kommen, die größte Aufmerksamkeit zu schenken und während zu wirken.

Wo der Abschluß von Tarifen zurzeit nicht möglich ist, muß die größte Aufmerksamkeit auf weitere Verkürzung der Arbeitszeit und Lehrlingsregelung gelegt werden.

Stellen sich beim Chemigraphentarif durch die Frage der Preissteigerung Widerwärtigkeiten heraus, die mit dem Standpunkt der modernen Gewerkschaftsbewegung unvereinbar sind, oder die Tarifrage gefährden, so hat der Hauptvorstand gemeinsam mit den Chemigraphen diese Frage zu prüfen und, wenn nötig, Abhilfe zu schaffen.

Ueber den folgenden Punkt:

„Unser Verhältnis zu den graphischen Gewerben“

referiert Sillier, dessen Ausführungen in der Hauptsache in folgender Resolution niedergelegt sind:

Die Generalversammlung erkennt grundsätzlich an, daß ein graphischer Industrieverband, mit Einschluß aller graphischen Verbände, die beste zu erstrebende Organisationsform ist; sie erklärt sich aber nur dann für einen solchen Industrieverband, wenn diesem alle graphischen Verbände beitreten.

Da aber aller Wahrscheinlichkeit ein solcher Industrieverband vorerst noch nicht zu erreichen ist, so sind mit allen graphischen Verbänden Beratungen zu pflegen, um bestimmte Normen für Lohnbewegungen aufzustellen.

zogene Verband vor Eintritt in eine Bewegung verständigt und über seine spätere Mitgliedschaft entschieden wurde.“

Döblin, Vorsitzender des Deutschen Buchdruckerverbandes, verweist auf die Kämpfe, die seine Organisation um die Festlegung des Tarifwesens usw. gekämpft hat.

Klotz-Berlin, Vertreter des Buchbinderverbandes, vermag den Ausführungen des Vorredners nicht zu folgen. Es sei durchaus nicht ausgeschlossen, daß die Buchdrucker in Zukunft größeren Kämpfen entgegengehen könnten.

Frau Tiede-Berlin, Vorsitzende des Buchdruckerhilfsarbeiterverbandes, tritt ebenfalls für die Annahme der Resolution ein, da sie inhaltlich daselbe enthält, was sie, Rednerin, schon auf dem Verbandstage der Buchbinder in Erfurt vertreten habe.

In der Debatte wird das Verhalten der Buchdrucker gerügt, die durch die engere Verbindung mit den Lithographen, Stein-druckern usw. nur gewinnen könnten.

Döblin: Die Debatte habe ihm gezeigt, daß noch gewisse Zeit erforderlich sei, bis wir uns gegenseitig so schätzen gelernt haben, daß der engere Zusammenschluß erfolgen könne.

In seinem Schlußwort hebt Sillier hervor, daß ohne die Buchdrucker ein Industrieverband undenkbar sei.

Die Resolution fand einstimmige Annahme.

Hamburg, 27. August.

Fünfter Verhandlungstag.

Aus der Statutenberatung heben wir folgendes hervor: Den Namen des Verbandes abzuändern wird abgelehnt.

Der Ausschluß eines Mitgliedes kann erfolgen, wenn es vier Wochenbeiträge schuldet und einen begründeten Antrag auf Stundung bei den Ortsvorständen nicht stellt.

Der wöchentliche Beitrag für männliche Mitglieder beträgt 1,20 M., für weibliche Mitglieder 60 Pf.

Für lokale Zwecke können mit Zustimmung des Hauptvorstandes durch einen mit Zweidrittel-Mehrheit herbeigeführten Beschluß einer Mitgliederversammlung, der für alle Mitglieder bindend ist, besondere Beiträge erhoben werden.

In besonderen Fällen steht dem Hauptvorstand in Gemeinschaft mit dem Ausschuss das Recht zu, Extrasteuern auszusprechen, die jedes Mitglied zu zahlen hat.

Die auf Erweiterung der Unterstützungsfähigkeit abzielenden Anträge hat die Kommission abgelehnt, entsprechend dem ihr zuviel gewordenen Auftrage des Plenums.

Die Unterstützung bei militärischen Übungen wird auf 1 M. pro Tag herabgesetzt, während bislang die Sätze für Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung gelangten.

Die Reiseunterstützung wird von 4 auf 3 Pf. pro Kilometer Luftlinie herabgesetzt.

Bezüglich der Krankenunterstützung, die seit 1905 ein Defizit von 143 403,50 M. verursacht hat, wird die Herabsetzung des Unterstützungssatzes von 11,40 M. auf 10,80 M. beantragt.

Sinfidlich der Invaliden- und Witwenunterstützung beantragt die Kommission diese Resolution:

Die Generalversammlung erteilt dem Hauptvorstande die Vollmacht, Invaliden und Witwen auf ihren Antrag hin abzufinden. Dabei sollen folgende Grundsätze beachtet werden:

- 1. Es muß über die Abfindung Uebereinstimmung zwischen Hauptvorstand und der betreffenden Mitgliedschaft erzielt worden sein.
2. Die Höhe der Abfindung darf die dreifache Jahresrente nicht übersteigen...
3. Mit der Auszahlung der Abfindungssumme ist jeder Anspruch des Invaliden resp. der Witwe für spätere Rente ausgeschlossen.

Ueber die Wirkung dieses Antrages hat der Hauptvorstand der nächsten Generalversammlung eingehenden Bericht zu erstatten.

Die Invalidenunterstützung, bislang 7 M., soll, je nach Dauer der Mitgliedschaft, 5, 6 und 7 M. betragen. Die Anträge finden Annahme.

GEGRÜNDET 1867



Saison-Räumungs-Verkauf zu ganz aussergewöhnlich billigen Preisen Verkauf nur Jerusalemer Strasse 38-39 nur noch bis Sonnabend, 3. September

Des grossen Andranges wegen empfiehlt es sich, den Einkauf auch vormittags zu besorgen

Rationelle Kinder-Stiefel in den bekannten guten Qualitäten besonders preiswert

Table with 4 columns for shoe sizes (25-27, 28-30, 31-35, 36-39) and prices for Mädchen-Schnür- u. Knopf-Stiefel.

Table with 4 columns for shoe sizes (25-27, 28-30, 31-35, 36-39) and prices for Mädchen-Schnür- u. Knopf-Stiefel.

Table with 2 columns for shoe sizes (31-35, 36-39) and prices for Knaben-Schnür-Stiefel.

Table with 2 columns for shoe sizes (31-35, 36-39) and prices for Knaben-Schnür-Stiefel.

Grosse Posten Herren- und Damen-Stiefel Chevreau, Boxcalf, braun Chevreau in vielen Fassons und Ausführungen

Table with 3 columns for shoe sizes and prices for Herren- und Damen-Stiefel.

Die früheren Preise sind an jedem Paar Stiefel deutlich erkennbar

Grosse Posten Herren- und Damen-Stiefel sowie Halbschuhe nur grosse und kleine Nummern extra billig, durchweg

Grosse Posten feinsten Damen-Halbschuhe in den elegantesten Phantasie-Ausführungen schwarz - braun - beige - grau - weiß besonders preiswert durchweg

Ein grosser Posten Damen-Stiefel Boxcalf und Chevreau, schwarz, braun, beige, zum Schnüren und Knöpfen... besonders preiswert 8.75

Grosse Posten Damen-Halb-Schuhe zum Schnüren und mit Spangen, schwarz und farbig, nur grosse und kleine Nummern extra billig, durchweg 4.80

Grosse Posten Damen-Leinen-Stiefel und Schuhe sowie grosse Posten Sport-Schuhe und Sandalen für Herren und Damen extra billig, durchweg 3.75

Grosse Posten Herren- u. Damen-Hausschuhe Leder, schwarz, braun, bordeaux mit u. ohne Absatz, sehr vorteilhaftes Angebot... durchweg 3.80 u. 2.80

Ausserdem Restbestände jeder Art weit unter dem Einkaufswert!

Waren aus dem Räumungs-Verkauf sind vom Versand nach auswärts ausgeschlossen

Theater und Vergnügungen

Lessing-Theater.
8 Uhr: **Tantris der Karr.**
Montag 8 Uhr: **Die Weber.**
Dienstag 8 Uhr: **Das Konzert.**
Sommerpreise: Part. 5, 4 u. 3 R. 1c.

Berliner Theater.
Heute 8 Uhr: **Taifun.**
Morgen: **Taifun.**

Neues Theater.
Sonntag bis Mittwoch 8 Uhr:
Kasernenluft.
Donnerstag zum erstenmal:
Das gewisse Etwas.

Neues Operetten-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Graf von Luxemburg.
Operette in 3 Akten von H. R. Wagner
u. H. Bodansky. Musik v. Franz Lehár.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Anfang 8 Uhr.

Im Taubenschlag.
Schwank in 3 Akten von Hennequin
und Beder.
Morgen und folgende Tage dieselbe
Vorstellung.
Sommer-Preise.

Berliner Volksoper.
Heute 1/2 Uhr:
Gastspiel des Neuen Schauspielhauses:
Alt-Geidelberg.

Theater des Westens.
Anfang 8 Uhr.
Die geschiedene Frau.
Sonnt. 5/2 Uhr: **Ein Walzertraum.**

Trianon-Theater.
Heute u. folgende Tage (Anf. 8 Uhr)
Pariser Witwen.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Das Leutnantsmündel

Luisen-Theater.
Nachm. 3 Uhr zum letzten Male:
Der Graf von Monte Christo
Schauspiel in 7 Akten nach A. Dumas.
Abends 8 Uhr zum letzten Male:
Der stille See.

Metropol-Theater
Hallo!!!
Die große Revue!
In 8 Bildern von Jul. Freund.
Musik v. Paul Lincke. In Szene
gesetzt vom Dir. Rich. Schultz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

WINTERGARTEN
Das
Eröffnungsprogramm.
U. a.:
Rajah
die unvergleichliche
ägyptische
Tänzerin.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches
Schauspielhaus.**
Donnerstag, 1. Sept., abends 7 1/2 Uhr:
Eröffnungsvorstellung:
Faust. Tragödie v. Goethe.
Freitag: **Faust.**
Sonntag, 3. Sept.: **Wiederleute.**

**Apollo
Theater**
Letzter Sonntag
des
unübertroffenen
komischen
August-Programms.
Ausstellungshalle am Zoo.
Riesen-Kinematograph.
4-6 Schiller-Vorstellung
ermäßigter Eintritt.
7-11 Abend-Vorstellung
Das große Programm.
25 Bilder.
Rauchen überall gestattet.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Taubenstraße 48/49.
Heute abend 8 Uhr:
In den Dolomiten.
Montag abend 8 Uhr:
In den Dolomiten.
Gr. Berliner Kunstausstellung 1910
30. April bis 2. Oktober.
Im Park täglich Doppel-Konzert.
Eintritt: 10-6 Uhr 1 R., 6-8 Uhr ab
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauer: 6 R.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger
(Meysel, Britton,
Schrader usw.)
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/49.
Täglich:
**Konzert, Theater,
Spezialitäten.**

**Herrnfeld
Theater**
Die größten Schlager
der letzten Saison:
Die Welt geht unter! und
Wenn zwei dasselbe tun
mit Anton und Donat Herrnfeld.
Billettdauerl. 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Lebenswellen.
Or. Lebensbild mit Gesang und Tanz
in 4 Bildern von H. Wilfen.
Das große Augustprogramm.
Raucheröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.

Burgtheater-Kinematograph
corn. Grotzjan. Zubeh.: Rud. Merz,
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9353.
Lebende Photographien.
Während der Sommermonate nur
Sonntags, Sonntag u. Montag.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 4 1/2 Uhr. Vorzugskarten,
nur wochentags gültig, 25 Pf. auf allen
Plätzen. Stets wech. Progr. Jed.
Sonnt. i. Oberaal: Künstlerkonzert.
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.
R. b. Konzert: Familien-Kränzchen.
Täglich: Freitanzert.

Königstadt-Kasino.
Colonnatstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Inhaber: Max Schiedelbauer.
Im herrlichen Naturgarten (bei un-
günstiger Witterung im Theaterland).
Les Fleurs, Hand- u. Koffequilibrist.
Kio? des Teufels Würfel.
The Willuhus, Champion-Mal-Alt.
Wittwochs: **Freitanz.**
Anfang wochentags 7 1/2 Uhr.
Sonntags 5

Schweizer Garten
Am Königstor - Am Friedrichshain.
Täglich abends 7 1/2 Uhr:
Elternlos
oder:
Berlin arm und reich.
Volksstück mit Ges. in 2 Akt.
Vorher: **Spezialitäten.**
Volksbelustigungen. Tanz.
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Karl Haverland-
Theater präz. 7 1/2 Uhr.
77/79 Kommandantenstraße 77/79.
Das wunderschöne
Eröffnungs-Programm.

POSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Ein seltsamer Fall.
Hant. Schamp. in 4 Akten
von Morton und Gunnber.
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.
Auf der Gartendüne: Theater-
vorstellung, Spezialitäten. Großes
Konzert. Anfang 4 Uhr.

Max Kliems Sommertheater
und Festsäle.
Inh.: Rudolf Krüger.
Hasenheide 13/15, vis-à-vis v. Turnpl.
Täglich:
Große Theater- u. Spezialitäten-
Vorstellung.
Artist. Leitung: Walter Gravenitz,
Kapellmeister: Max Wolfheim.
Jeden Donnerstag: **Elite-Tag!**
Anfang: Wochent. 6 Uhr, Sonnt. 1/2 Uhr.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Badner-Theat.)
Gottscheld-Oper.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Zar und Zimmermann.
Komische Oper in 3 Akten von
Albert Lortzing. Ende 6 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Trompeter von Säckingen.
Romanische Oper in 3 Akten von
Ulrich E. Kessler. Ende 10 1/2 Uhr.
Montag, abends 8 Uhr:
Undine.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Förster-Christl.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Sonntag, nachm. 3 Uhr
Wilhelm Tell.
Schauspiel in 5 Aufzügen von
Friedrich Schiller. Ende 6 Uhr.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Egmont.
Ein Trauerspiel in fünf Aufzügen
von Goethe. Ende 11 Uhr.
Montag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich Verwandten.
Hierauf: **In Zivil.**
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die zärtlich Verwandten.
Hierauf: **In Zivil.**

Castans Panoptikum Friedrichstraße 165
(Pachorpalast).
Habu et Ita der Mann mit der eisernen Zunge.
Im neuen roten Saale: **Großes Konzert.** Kapellmeister
Theo Wolf.

Luna Park
TERRASSEN
HALENSEE
Größter Vergnügungspark
des Kontinents.
Sensationelle Attraktionen, Translateur- und Militär-
Kapellen, Oberbayerische Sänger und Schuhplattler.
Neu! Tanagra, das achte
Weltwunder.
Heute Sonntag, den 28. August:
Eintrittspreis 50 Pf.
Sensationelle Attraktionen
Translateur- und Franzer-Konzert.
Oberbayerische Sänger u. Schuhplattler.
Freitag, den 2. September:
Sedan-Feier.
Großes militärisches Doppelkonzert.

Schillingsbrücke
am Schlesißen Bahnhof.
Täglich mit Musik
früh 9 Uhr
mittags 2 Uhr
nachm. 4 Uhr
nachm. 8 Uhr
nachm. 10 Uhr
Täglich von mittags 2 Uhr ab köstlich
nach Restaurant **Raffhäuser**, wochentags 20, Sonntags 30 Pf. 5355
fabrgäste zahlen kein Entree.

Neumanns Volksgarten
(früher Heute)
Lichtenberg, Röderstr., am Bahnhof
Landes-Allee
Sonntag, den 28. August:
Gr. Erntefest * Ernte-Umzug
mit zirka 15 Erntewagen,
worauf ein jedes Kind teilnehmen kann.
Konzert * Spezialitäten * Ball
Gratis-Verlosung für Mädchen eine goldene Damenuhr
für Knaben eine silberne Herrenuhr
und noch 30 andere Gegenstände.
Entree 20 Pf., Kinder 10 Pf., wofür Mühe od. Schätze grat.
Gleichzeitig berechnigt jedes Kinderbillett zur Teilnahme an der
Gratis-Verlosung.
Anfang des Umzuges 3 Uhr.

Schloß Weißensee.
Heute Sonntag, den 28. August:
*** Großes Militär-Konzert ***
mit Schlachtmusik.
Feuerwerk - Ueberraschungen.
Auf der Sommerbühne: Internationale Ringlampi-Konkurrenz.
Es ringen: Witschach, Sachsen, geg. Konfeds, Italien, Reding,
Hamburg, gegen Michailoff, Ruhland, Bellingrath, Hamburg, gegen
Zauer, Lanen, Molde, Berlin, gegen Madraill, Armenien.
Vor den Ringlampen: Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang des Konzerts 3 1/2 Uhr, der Vorst. 7 1/2 Uhr, der Ringlampen 9 1/2 Uhr.

Schwarzer Adler
Lichtenberg
Frankl. Chaussee 5
Richard Arnholt
Jeden
Sonntag
sowie das erstklassige Spezialitäten-Programm mit Franz Sobanski.
Im
Saale
Gr. Ball. Volkbelustigungen aller Art
3 verdeckte Kegelbahnen
Im prachtvollen Lindengarten
Täglich Künstler-Frei-Konzert - Kapelle Hoffelder.

**ZOOLOGISCHER
GARTEN**
Heute Sonntag:
- Eintritt 50 Pf. -
Kinder unter 10 Jahren
die Hälfte.
Ab nachmittags 4 Uhr:
Gr. Konzert
(3 Kapellen).
Morgen sowie täglich: **Militär-
Doppel-Konzert.**

Berliner Aquarium
Unter den Linden 68a
Eingang Schadow-Str. No. 14.
Heute Sonntag Eintrittspreis:
25 Pf.
Reichhaltigste Ausstellung der
Welt an lebenden Seeotieren,
Reptilien etc.

Passage-Panoptikum.
Boddhas dunkles Geheimnis.
**Der Mann mit dem
eisernen Schlund!**
Von 4-7 Uhr
Aquanoptikum
Experiment aus der 4. Dimension.
Alles ohne Extra-Entree!

Passage-Theater.
Heute Sonntag: 2 Vorstellungen,
nachm. 3-7 Uhr kleine Preise,
abends 8 Uhr:
Ein einziger Erfolg!
**In einem amerikanischen
Bulldog-Tingeltangel.**
La mime espagnole
Zoraita
und das großartige August-
Programm.

**CIRCUS
Cyril Hale**

**Pankow, Berliner
Ecke Bismarck-
(n. d. Schönhauser Allee)**
Sonntag, 28. August,
nachm. 4 u. abds. 8 1/2 Uhr:
2 große Vorstellungen 2
mit allen Sensationen.
Nachm. 1 Kind in Be-
gleit. Erwachsener frei.
Auliert zahl. nachm. unt.
12 Jahre alte Kinder u.
Militär v. Feldwebel ab-
wärts halbe Preise.
Abends volle Preise.
Die Straßenbahnlinien 47,
49, 51, 57 führen zum
Circus Hatlo.
Fernruf:
A. Pankow 421

**Walhalla-
Variete-Theater**
Weinbergsweg 19-20, Rosnith. Tor.
Anfang 8 1/2 Uhr.
**Die amüsanten
Spezialitäten.**

Berliner Theater-Theater
Kastanienallee 7-9.
Heute:
Der Bettelstudent von Berlin.
Spezialitäten, Konzert und Ball.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.
3. Sept.: **Gr. Kinderfreudenfest.**

Sanssouci
am Kottbuser Tor.
Ab September allabendlich
im prächtig renovierten Theater:
Gr. Varieté-Programm
Berliner Possen.

**Konzertpark des Friedrich-
Wilhelmstädt. Schauspielhauses.**
N., Chausseestr. 30. Carl Richter.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang: Sonntags 5 Uhr.
Wochentags 7 Uhr.

Casino-Theater
Rothfingerring 37. Täglich 8 Uhr.
Täglich
die urfomische Gasse
Der schneidige Rudolf.
Rudolf Humpelmann: Dir. H. Berg.
Vorher das glänzende bunte Progr.
Nur Attraktionen ersten Ranges.
Volksgarten-Theater
früher Weilmann.
Badstr. 6, Behm u. Bismarckstraße.
Täglich:
Rosen aus dem Süden.
Gasse mit Gesang und Tanz
von B. Weidke.
Spezialitäten ersten Ranges usw.

Landesausstellungspark
am Lehrter Bahnhof
Neu erbaut: **Feestalle**
Gartenrestaurant
Konditorei und Café
Täglich Konzert
von 4 Uhr ab:
Dejeuners
von 2.50 an bis 2 Uhr nachm.
Diners und Soupers v. 4.00 an

Puhlmanns Theater
Schönb. A. 143 - Kastanien-A. 97/99.
Im Garten oder Saal:
Erstklassige Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 1/2 Uhr.
der Vorstellung 1/2 Uhr.
1/2 Uhr.
Genießet das Leben.
Entree 20-60 Pf.
In den Pausen u. nach d. Vorst.: Ball.
Wittwochs, 31. August: **Der Mil-
lionär** und sein Schwiegerohn.

**Spree-Garten
Treptow.**
Heute Sonntag:
Großes
Militär-Konzert
Kapelle d. Infanterie-Regts-
v. Stollpinger.
Kgl. Obermusikmeister Ebert.
Anfang 4 Uhr. Entree 20 Pf.
Im Riesensaal:
Großer Ball.

Alhambra
Wallner-Theaterstraße 15.
Jeden Großer Ball
Sonntag:
Großes Orchester. Anfang Sonntag
5 Uhr.
A. Zameitat.

**Victoria-
Brauerei, Lützowstr. 119/112**
Im Garten oder Saal: Täglich
Gr. humorist. Soiree.
(Gesangsvorträge, Theater und
Varieté-Vorstellungen.)
Sonntags, Dienstags, Donnerst.
und Sonnabends: **Tanzkränzen.**
Anf.: Wochentags 8, Sonntags
7 Uhr. - Alle Dons gültig.
Im Restaurant: **Wittwochs 75 Pf.**
Gr. u. H. Säle zu Festlichkeiten
aller Art.
Max Saeger.

Markgrafen-Säle
34. Markgrafen-Damm 34.
An der Stralauer Allee.
Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
Im Restaurant täglich musikalische
Unterhaltung, sorgfältige Küche,
fl. Tiere u. Wein, Billard u. Reptilien

Vereins-Brauerei
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.
Oekonom: Max Wendt.
Täglich:
Gr. Militär-Konzert.
Anfang wochentags 7 Uhr.
Sonntags 4 Uhr.

Kreuzberg-Festsäle und Garten
Def. Otto Ernst, SW., Kreuzbergstr. 84
Jeden Sonntag: **Große
Spezialitäten-Vor-
stellung** (Paul Jesscheks
Ensemble). Entree frei Prog.
pro Person 10 Pf. - Jeden
Montag: **Hoffmann-
Nord. Sänger.** -
Jeden Freitag: **Die lustigen
Kataster.** Besp. u. Sonntag
gültig. Einige Sonnabende
mit. Hul. Bed. an Vereine zu vergeben.
Für den Inhalt der Inserate
übernimmt die Redaktion dem
Publikum gegenüber keinerlei
Verantwortung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Kisten- und Koffermacher.

Sonntag, den 28. d. Mts., mittags 11 1/2 Uhr, in den Andreas-Feisalen, Andreasstr. 21:

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:
1. Befähigung des Resultats aus der Verhandlung mit den Fabrikanten.
2. Was gedenken die Kistenmacher zu tun?
Die Kommission,

Tischler, Bezirk Norden.

(Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt.)
Montag, den 29. August, abends 5 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend), bei Obiglio, Schwedter Straße 23:

Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Heinrich Schacht "Der moderne Gewerkschaftskampf".
2. Bericht von der Generalversammlung.
3. Verbandsangelegenheiten.

Tischler, Bez. östliche Vororte.

Montag, den 29. August, abends 5 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung
bei Arnold, Frankfurter Chaussee 6.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Verbandsangelegenheiten.

Tischler, Bez. Nordwesten.

(Wedding, Gesundbrunnen, Moabit)
Montag, den 29. August, abends 5 1/2 Uhr, bei Kaczarowski, Rabenstr. 6:

Bezirks-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Verbandsangelegenheiten.

Bautischler, Bez. II.

(Osten, Nordosten, östliche Vororte.)
Montag, den 29. August 1910, abends sechs Uhr, bei Zlotz, Warschauer Straße 61:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
Bericht von der Generalversammlung, Verbandsangelegenheiten.

Bautischler, Bez. IV. (Nordwesten.)

Montag, den 29. August, abends 6 Uhr:
Branchen-Versammlung
bei Raabe, Kolberger Straße 23.

Tages-Ordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Verbandsangelegenheiten.
Sämtliche Delegierte müssen in dieser Versammlung anwesend sein.

Küchenmöbel-Branche.

Montag, den 29. August, abends Punkt 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

Versammlung

für die in der Branche beschäftigten Tischler und Maschinenarbeiter.

Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung und der Kommission. 2. Unsere gegenwärtige Lage in der Branche. 3. Verschiedenes.
Die Vororte sind hierzu besonders eingeladen. — Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Kommission.

Café Meyer

Dresdener Str. 128/129.
Kaffee 10 u. 15, Bier, hell u. dunkl. 10 Pf. ca. 50 Zeitungen; Billard 20 Pf. Zahlstolle der Freien Volksbühne.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises

Sonntag, den 28. August 1910:

Großes Sommer-Fest

im Lokale von Fritz Wilke, Brunnenstr. 188 bestehend in

Konzert, Gesang, Berliner Ulk-Trio, Volks- und Kinderbelustigungen aller Art.

Im Saale: Tanz.

Herren, die daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.

Eröffnung 3 Uhr. Anfang 4 Uhr.

Programme werden an der Kasse bezahlt.

Das Komitee.

Sophien-Säle

Sophienstraße 17/18
Quarstraße der Rosenthaler Straße am Hackeschen Markt
Inhaber: Paul Baatz

empfiehlt seine von 60-2000 Personen fassenden Säle zu Versammlungen, Vorträgen u. Kunstausstellungen usw. Besüßl. Kunstl. Entgegenkommen.

Achtung! Diez' nur Achtung!

Seeterrasse Lichtenberg

Röderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Röderplatz. Größtes und schönstes Lokal Berlin.

Heute Sonntag **Großes Volksfest** veranstaltet vom Sozialdemokratischen Wahlverein des 4. Berliner Reichstagswahlkreises

Gesangausführungen von Vereinen des Arbeiter-Sängerbundes
Großes Preiskegelschießen usw.

Bei ungünstiger Witterung Schutz für 8000 Personen.

Jeden Sonntag **Gr. Konzert.** Auftreten der besten **Turnfeilkünstler** der Welt The Liepolds.

The 3 Blackburns, phänomenaler **Mr. Steffin** mit seinem konkurrenzlosen Dreifur-Mit: Pong, Spiel, Schweiß u. Hunde, u. das neue beste Programm Berlin.

Jeden Sonntag: **Riesen Land- und Wasser-Feuerwerk und Ball.**

Anfang 3 Uhr. Gesamteintritt 20 Pf. ohne jede Nachzahlung. Kinder frei

Ober-Schöneweide. Ernst Höfliches Waldstraße 73/74.

„Krug zum grünen Kranze“ (Mittelpunkt der Erde).
Garten, Restaurant und Gesellschaftssaal.
Station Spahn und Nieder-Schöneweide-Bahnhof.

Jeden Sonntag: **Großer Ball.** Küche und Keller in bester Bekanntschaft.
Vereine und Gesellschaften bestens empfohlen. **M. Höflich.**

Moabiter Gesellschaftshaus

Wielestr. 24 Emdener Str. 40.
Größtes Kientopp-Theater Moabits

wöchentlich zweimal neues Programm!
Täglich Vorstellung! Anfang 6 Uhr.

Säle, 500 und 1200 Personen, auch Sonnabends und Sonntags nach zu vergeben! (692L7) Karl Schröder.

Artus-Hof

Perleberger Str. 26 und Stendaler Str. 18
!!! Säle, 50 bis 1000 Personen fassend, unter kulantesten Bedingungen zu vergeben. Noch einige Sonnabende frei. !!!

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“ zu Berlin.

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
Bureau: SO. 26, Kottbuser Ufer 44, H. r. I. Geöffnet von 11-2 Uhr. Sonnabend von 5-8 Uhr.

Bilanz am 31. März 1910.

Vermögen		Schulden	
R.	ℳ.	R.	ℳ.
Bank-Konto		Darlehensschulden-Konto	80 425,96
Bau-Konto I	66 458,16	Geschäftsbau-Konto	10 869,50
Abgrenzung	678,92	Grundstückhypotheken-Konto	146 000,—
Bau-Konto II	60 523,49	Grundstückhypotheken-Zinsen-Konto	1 338,80
Abgrenzung	605,22	Grundstückhypotheken-Konto II	38 755,—
Bau-Konto III	60 565,24	Hilfsvereinsfonds-Konto	510,97
Abgrenzung	605,65	Hilfsvereinsfonds-Konto	154 000,—
Debitoren-Konto		Darüber gelöst	1 588,49
Entwässerungsanlage-Konto	1 836,44	Rente für vermehrte Sicherheiten	400,—
Grund- und Boden-Konto	7 034,66	Vorschlagsanlagens-Konto	77 974,92
Forderungen-Konto	288 541,16	Reservefonds-Konto	838,12
Inventory-Konto	1 222,78	Schuldverdrängungs-Konto	12 250,—
Abgrenzung	61,14	Schuldverdrängungs-Zinsen-Konto	511,60
Kassa-Konto		Sparfonds-Konto	53 194,33
Strohban-Konto I	472,80	Reservefonds-Konto	43,80
Strohban-Konto II	18 345,78	Kreditoren-Konto	81,47
Strohban-Konto III	19 970,51		
Strohban-Konto IV	3 827,05		
Strohban-Konto V	400,—		
Gewinn- und Verlust-Konto (Bil.)			
	531 095,48		531 095,48

Gesamtsamm.		Mitgliederbewegung.	
R.	ℳ.	R.	ℳ.
Dieselbe betrug am 31. März 1909	19 080,—	am 31. März 1909	795 Gen.
Verzinsung im Laufe des Geschäftsjahres um	936,—	Eingetretene bis 31. März 1910	51
Beträgt mithin am 31. März 1910	18 144,—	Ausgetretene am 31. März 1910	82 Gen.
Geschäftsguthaben		durch Kündigung	4
Dasselbe betrug am 31. März 1909	17 712,50	durch Übertragung	3
Verzinsung im Laufe des Geschäftsjahres um	648,50	durch Tod	3
Beträgt mithin am 31. März 1910	18 361,—	durch Ausschluss nach § 10a	1
		Mithin am 31. März 1910	750 Gen.

Arbeiter-Baugenossenschaft „Paradies“ zu Berlin.
(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.)
Der Aufsichtsrat: G. Schille, Vorsitzender.
Der Vorstand: G. Doerner, Vorsitzender, Fr. Bernide, P. Bauer.
Die Revisionskommission: Fr. Zimmermann, A. Langer, G. Schulze.

Möbelpolierer.

Montag, den 29. August, gleich nach Feierabend:

Branchen-Versammlungen

Osten, Ost-Kasino, Frankfurter Allee 106.

Tagesordnung:
1. Vortrag über Arbeitgeberverbände. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung.

Südost, Süden, Südwest.

Im Märkischen Hof, Admiralstraße No. 18c.

Tagesordnung:
1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Norden, Swinemünder Str. 42.

Tagesordnung:
1. Vortrag: Auf was beruht die Unzufriedenheit vieler Arbeiter mit unserer Gewerkschaft. Referent: Kollege Nitsche. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung.
Die Branchenkommission.

Rahmenmacher.

Montag, den 29. August, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 5:

Branchen-Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Wie gehen wir am besten die jetzige Konjunktur aus? 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Diskussion. 4. Branchen- und Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert!
Es ist unbedingt Pflicht, daß jeder Kollege in dieser Versammlung erscheint.
Die Kommission.

Maschinenarbeiter.

Montag, den 29. August, abends 8 Uhr, in den Andreas-Feisalen, Andreasstr. 21:

Branchenversammlung.

Tagesordnung:
1. Die Stellungnahme des Verbandes zu den Unfallgefahren an den Holzbearbeitungsmaschinen. Berichtreferent: Kollege Jaed. 2. Diskussion. 3. Bericht von der Generalversammlung. 4. Branchenangelegenheiten.

Der nächsten Tagesordnung wegen werden die Kollegen ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Die Kommission.

Bergolder.

Montag, den 29. August, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Arbeitsnachweis und Arbeitsvermittlung. Referent: Kollege Schulze. 2. Bericht von der Generalversammlung. 3. Branchenangelegenheiten.

Pflicht sämtlicher Bergolder und Bergolderinnen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen, ganz besonders die Kollegen aus den Vororten sind mitgeladen.
Die Branchenleitung.

Einfeger.

Mittwoch, den 31. August, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal 1:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Nitsche: Auf was beruht die Unzufriedenheit vieler Arbeiter mit ihrer Gewerkschaft. 2. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen der Vorortzweige sind hierzu besonders eingeladen.
Die Kommission.

Salonfearbeiter.

Montag, den 29. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Boeker, Weberstr. 17:

Außerordentl. Branchenversammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.
Die Kommission.

Zentralverband der Maurer Deutschlands. Zweigverein Berlin.

Sektion der Putzer

Mittwoch, 31. August, abends 6 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: **Verbands-Angelegenheiten.**

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
Die örtliche Verwaltung.

Königsbank

117, Große Frankfurter Straße 117.

Achtung! Zur Richtigstellung.

Auf die vielfach verbreiteten Gerüchte, daß ich mein Geschäft verkauft habe, erkläre ich, daß ich nach wie vor meine elegant renovierten Säle den geehrten Gewerkschaften und Vereinen unter bestmöglicher Coulang zur Verfügung stelle.

Sonnabende im Herbst und Winter frei.

Hochachtungsvoll **Curt Breuer.**

Nible's Fest-Säle

Dennewitzstraße 13.
Jeden Donnerstag, Sonnabend und Sonntag: 44527

Großer Ball.

C. NIBLE.

Zirkus Schumann

Tunnel

Karlstraße 101/2

eröffnet.

Robert Schmidts Restaurant
Frucht-Straße 36a.
Empfehle den verehrlichen Vereinen und Gewerkschaften meine Räume, Sonnabend und Sonntag noch frei.

Armin-Hallen

Kommandanten-Str. 58/59
A. IV. 10135.

Sonnabende u. Sonntage diesen und nächsten Jahres noch frei!

Achtung, Vereine! Gewerkschaften!

Musiker-Vereinshaus

18m Kaiser-Wilhelm-Str. 18m, C/25, T-Amt III 110

empfiehlt seine neu renovierten Säle von 80-1000 Pers. fassend, sowie den neu erbauten Hochzeits-Saal zu Versammlungen u. Festlichkeiten unter kulantesten Bedingungen.

Max Pawell, Gastwirt.

Öffentliche politische Volksversammlungen

Dienstag, den 30. August, abends 8 Uhr.

I. Kreis.

Dräsels Festsäle,
Neue Friedrichstraße 35.

II. Kreis.

Kliems Festsäle, Hafensheide 13-15.
Habels Brauerei, Bergmannstr. 5/7.
Nißles Festsäle, Dennewitzstr. 13.

III. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.
Armin-Hallen,
Kommandantenstraße 58/59.

IV. Kreis.

Kellers Festsäle, Koppenstr. 29.

Elysium, Landsberger Allee 40/41.
Sitfins Säle, Memeler Str. 67.
Graumann, Raunynstr. 27.
Urania, Wrangelstr. 9/10.

V. Kreis.

Lipps Brauerei, Am Friedrichshain.

VI. Kreis.

Moabiter Gesellschaftshaus
Wickeffstraße 24.

Pharus-Säle, Müllerstr. 142.
Germania-Säle, Chausseestr. 110.
Prater-Theater, Kastanienallee 7/9.
Frankes Festsäle, Badstr. 19.

Teltow=Beeskow.

Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstraße 3.
Köpenick: Kaiserhof, Grünstraße.
Rixdorf: Hoppes Festsäle, Hermannstraße 48/49.
Schöneberg: Neue Rathaussäle, Meininger Straße 8.
Steglitz: Birkenwäldchen.
Treptow=Baumschulenweg: Radrennbahn.
Wilmersdorf: Gesellschaftshaus, Wilhelmssaue 112.

Niederbarnim.

Lichtenberg: Schwarzer Adler (Gehr. Arnhold).
Rummelsburg: Café Bellevue (Tempel).
Weißensee: Schloß Weißensee.
Pankow: Zum Kurfürsten, Berliner Straße 102.
Tegel=Borsigwalde: Trapps Festsäle.
Stralau: Markgrafensäle, Markgrafendamm.
Ober-Schöneweide: Moerners Blumengarten.
Spandau: Böhle, Savelstraße 7.

Tages-Ordnung:

1. Fleischnot, Lebensmittelteuerung und wie ist Abhilfe zu schaffen?

2. Diskussion.

Referenten:

Barth, Brückner, Büchner, Düwell, Eichhorn, Faaß, Fendel, Theodor Fischer, Regina Friedländer, Grauer, Grunwald, Horlitz, Kubig, Lehmann, Litfin, Mücke, Nathow, Peterhansel, Pfannkuch, Piek, Schenk, Robert Schmidt, Franz Schneider, Heinr. Schulz, Schumann, Spiekermann, Ströbel, Stücklen, Ucko, Unger, Woldt, Frida Wulff.

Wir rechnen auf Massenbesuch dieser Versammlungen.

Für die Einberufer: Leopold Liepmann, Seinerödorfer Str. 10.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Verband der Sattler u. Portefeuller Ortsverwaltung Berlin.

Donnerstag, den 1. September, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,
im „Englischen Hof“, Neue Hofstr. 3:

Branchenversammlung der Geschirrsattler.

Donnerstag, den 1. September, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,
bei Walter, Adalberstr. 62:

Branchenversammlung d. Eisenmöbel- und Lederstuhlpolsterer.

Jährlichen Besuch dieser Versammlungen ermahnen
157/5 Die Branchenleitungen.

Dr. Geschlechtskrankheiten

Haut-, Harnleiden, Schwäche
Neanderstraße 12 nahe Jannowitzbrücke
 $\frac{1}{2}$ bis $\frac{1}{2}$ Uhr.

Potsdamer Straße 117 an der Lützowstraße, $\frac{1}{2}$ bis 2 Uhr
und $\frac{1}{2}$ bis 9 Uhr abends. ■ ■ ■ ■ ■
Vollkommenstes kombiniertes Heilverfahren
bei frischen und veralteten Fällen. Nachweis-
lich unerreichte Dauererfolge in verhältnis-
mäßig kurzer Zeit.

Um sich vor zwecklosen evtl. schädlichen Kuren zu schützen,
verlange man ausführliche Broschüre in meinen Instituten
oder durch die Post (verschloss. Kuvert) gratis und franko.
Blutuntersuchung 252/15

Achtung!

Achtung!

Bereine und Gewerkschaften!

Empfehle Vereinszimmer, 20, 30, 50 und 100 Personen fassend, zu
Ehungen, sowie Säle mit Bühne, 200 und 300 Personen fassend, zu
Festlichkeiten, besonders Theatervereinen, zu den kulantesten Bedingungen.
NB. Habe zwei bestingerichtete Regelbahnen noch einige Tage in
der Woche frei. Auch ist mein Vereinszimmer mit Piano, circa 100 Per-
sonen fassend, Sonntags frei. 4772

Graetz' Festsäle Inhaber Fr. Siegel
Große Frankfurter Str. 30.

Central-Schuhwaren-Markthalle

Königstr. 29, Hof part., nahe Alexanderplatz.

Morgen, Montag, und folg. Tage, nur so lange Vorrat

Sensationelle billige Gelegenheit!!

1 Posten garantiert echt Chevreux-Damenstiefel
jede Größe, Wert des Doppelpaars . . . nur M. 3.75

1 Posten garantiert echt Chevreux-Herrenstiefel
jede Größe, enorm billig . . . nur M. 6.75

An die verehrlichen

Salem Aleikum-Raucher!

Teilweise durch Verbilligung der Verpackung sowie
durch gegenseitiges Entgegenkommen zwischen Fabri-
kanten und Händlern betreffend Tragung der Rohtabak-
versteuerung, ist es möglich geworden, die alte feine
Qualität der Salem Aleikum-Cigaretten dem Raucher
zum Preise von 3 $\frac{1}{2}$ Pf. zu erhalten.

Wir bitten die verehrlichen Konsumenten, den
Fabrikanten und Händlern in dem ehrlichen Bestreben,
unter den gegenwärtig ungünstigen Produktions-
verhältnissen das qualitativ Beste für einen verhältnis-
mäßig billigen Preis zu liefern, zu unterstützen, da die
Aufrechterhaltung der Preise zu 3 $\frac{1}{2}$, 4 und 5 Pf. das
Stück unter Beibehaltung der alten Qualität nur durch
Schmälerung des Nutzens für Fabrikant und Händler zu
erzielen war.

Salem Aleikum-Cigaretten

Keine Ausstattung! Nur Qualität!

No. 3 $\frac{1}{2}$ 4 5 6 8 10
zu 3 $\frac{1}{2}$ 4 5 6 8 10 Pf. das Stück

Wegen täuschender Nachahmung des Stempels
beachten Sie gefälligst aufmerksam die Firma auf jeder
Cigarette:

Orient-Tabak- u. „Yenidze“ Inh. Hugo Zietz
Cigarettenfabrik Dresden.

Ich suche
gebrauchte Formen, moderne Fassons
zu kaufen.
Heinrich Franek, Grunewaldstraße 185.

Willst Du Kleidung gut und billig haben,
Kaufe in dem

Roten Laden.

Spezial-Haus für Arbeiter- und Berufs-
Kleidung. Streng reelle Bedienung.

Schöneberg, Hauptstraße 108.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Im Albrechtshof in Steglitz feiert am 10. September der Fußballklub Hellas und am 24. September der Fußballklub Stern Rekrutenabschiedsball.

In Siedende sind die Lokale von Dahl und Schultze und in Mariendorf Grabs-Gesellschaftshaus nach wie vor gesperrt und daher streng zu meiden.

Die Rekonstitutionierung der Lokalkommission ist nunmehr erfolgt und an Stelle des aus der Kommission ausgeschiedenen Genossen Richard Henschel der Genosse Albert Hahnisch, C. 54, Auguststraße 51, Quergeb. IV, zum Obmann der Lokalkommission gewählt worden.

Zweiter Wahlkreis. Heute Sonntag, den 28. August, findet von nachmittags 2 Uhr ab bei Rabe, Fichtestr. 29, großes Kinderfest statt.

Vierter Wahlkreis. Heute Sonntag, den 28. August, veranstaltet der Wahlverein ein großes Volksfest in der Seeterrasse in Lichtenberg.

Wilmersdorf-Galensee. Dienstagabend 8 1/2 Uhr findet im Gesellschaftshaus, Wilhelmstraße 112, eine Volksversammlung statt.

Groß-Lichterfelde. Am Dienstag, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Kaiserhof“, Kronoldplatz, die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins statt.

Des weiteren findet heute bei Bahrendorf, Wäsestr. 22, ein Kinderfest, veranstaltet vom Sozialdemokratischen Wahlverein, statt.

Pankow. Mittwoch, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr: Sitzung des Wahlvereins im Restaurant Ebel, Mühlentstraße.

Lichtenberg. Am Dienstag, den 30. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5/6 eine große Volksversammlung statt.

Ober-Schöneweide. Eine Flugblattverbreitung findet morgen Montag, abends 7 Uhr, zu dem am Dienstag, den 30. d. M., abends 8 1/2 Uhr, nach Moornes Blumengarten einberufenen Protestversammlung von den Bezirkslokale aus statt.

Friedrichshagen. Am Mittwoch, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Witwe Lerche, Friedrichstraße 112, die Mitgliederversammlung statt.

Eichwalde und Umgegend. Am Dienstag, den 30. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Witte in Eichwalde: Mitgliederversammlung.

Pankow. Am Montag, den 29. August, abends 8 Uhr, findet von den bekannten Stellen aus eine Handzettelverbreitung statt.

Nieder-Schönhausen-Nordend. Am Dienstag, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Lindengarten“, Lindenstr. 43, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Reinickendorf-Ost. Am Dienstag, den 30. August, abends 8 Uhr, findet im Restaurant Sabau, Residenzstr. 124 (Ede Amendestraße) die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt.

Zegel-Vorsigwalde. Morgen, Montag, den 30. August, abends von 7 Uhr ab findet von den bekannten Bezirkslokale aus eine Handzettelverteilung statt.

Rosowes. Mittwoch, den 31. August, abends 8 1/2 Uhr, finden in den bekannten Lokale Bezirksversammlungen statt.

Spandau. Am Dienstag, den 30. August, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Wöhle, Havelstraße 20, eine öffentliche Protestversammlung statt.

Berliner Nachrichten.

Ueberfall am Bahnhof Großgörschenstraße.

In der gestrigen Nacht wurde von einem unbekanntem Täter auf dem Bahnhof Großgörschenstraße auf die 28 Jahre alte Fahrkartenverkäuferin Fräulein Marie Müller aus der Waldemarstraße 43 ein schwerer Raubanschlag verübt.

Der kleine Bahnhof Großgörschenstraße der Wanneseebahn besitzt an seiner Südseite einen kleinen engen, ummauerten Wartesaal, von dem aus ein geschickter Kletterer nach dem hochgelegenen Bahnsteig gelangen kann.

Lokalität augenscheinlich durchaus vertraute Räuber genommen. Die Fenster der Bahnhofskasse sind durch Eisengitter gesichert, der Verbrecher wählte daher den zur Nachtzeit vollkommen ungehinderten Weg durch die Bahnsteigspalte treppabwärts und zwängte sich, als er die Stationenkasse fest verriegelt fand, durch das von ihm emporgeschobene Schalterfenster in den Biletverkaufsräum hinein.

Es ergab sich, daß der Räuber aus der hölzernen Kasse alles Geld an sich gerissen und mitgenommen hatte. Der Schalterraum war in der Nacht nicht beleuchtet, nur in dem Nebenraum brannte eine Gasflamme. Die Ueberfallene kann deshalb keine genaue Beschreibung des Täubers geben.

Nachträglich wurde noch festgestellt, daß bei dem Raub der Ueberfallenen ein Armband abhanden gekommen ist, das der Täter möglicherweise mitgenommen hat. Das Armband besteht aus einer dünnen silbernen Kette und hat am Anhänger ein amerikanisches Zehnzentstück in Silber.

Man rechnet mit der Möglichkeit, daß der Täter irgendeine Schlafstelle innegehabt habe und bittet die Vermieter, falls einer ihrer Schlafzürchen in der Nacht seinem Lager ferngeblieben sein sollte, um schnelle Meldung bei der Schöneberger Kriminalpolizei.

Der Berliner Lehrerverein wandte sich am letzten Freitag gegen das Bestreben der städtischen Behörden, den Lehrern das Wohnen in den Vororten zu verbieten.

Der Berliner Lehrerverein wandte sich am letzten Freitag gegen das Bestreben der städtischen Behörden, den Lehrern das Wohnen in den Vororten zu verbieten. Der Referent Herr Lehrer Wenzel führte dies Bestreben auf den Einfluß der Grundbesitzervereine und ihrer Vertretung in den Körperschaften Berlins zurück.

Herr Schönsfeld begründete dann eine vom Vorstand des Vereins vorgelegte Thesenreihe, die sich entschieden gegen die Verfechtungsprüfungen an den Gemeindefschulen ausspricht.

In der Debatte sprach man sich ausnahmslos im Sinne der von uns bereits mitgeteilten Beschlüsse aus, die mit einem unwesentlichen Zusatz einstimmig angenommen wurden.

Nachtragsgenehmigung für die westlichen Untergrundbahnen. Der Polizeipräsident hat jetzt der Hochbahngesellschaft eine Nachtragsgenehmigung für den Bau der westlichen Schnellbahnlinien zugehen lassen, in der eine Reihe besonderer Bestimmungen erwähnt wird.

Neue Straßenbahnverbindungen. Nach längeren Verhandlungen mit den Vorortgemeinden gelangen am 1. September verschiedene neue Linien — im ganzen etwa 12 — zur Einführung.

Eine Schussfäure in der Jungfernhöhe. Am Freitagabend wurde in der Nähe des Schichtendes des 2. Garde-Regiments der Arbeiter Otto Schmidke, Kameruner Straße 55 wohnhaft, von dem Fahnenjunker, Unteroffizier v. Vieban vom 2. Garde-Regiment angeschossen und schwer verwundet.

genommen, die nach Aussage der Ärzte günstig verlaufen ist. Sch. befindet sich trotz der schweren Verwundung verhältnismäßig wohl und es ist Hoffnung vorhanden, daß der Arbeiter, falls keine Komplikationen eintreten, am Leben bleiben wird.

Der Zahnarzt v. Dieban ist gestern zu Protokoll vernommen worden. Er behauptet, nur genau nach der Instruktion gehandelt zu haben und auf den Fremden geschossen zu haben, als dieser auf den dreimaligen Anruf nicht reagierte. Soweit die Meldung.

Passanten, die sich in unmittelbarer Nähe befanden, als sich dieser Vorgang abspielte, teilen uns mit, daß Schmiede auf dem den Schießstand umgebenden Drahtzaun gesehen habe. Dieser Drahtzaun würde des öfteren von Passanten benützt und es sei bisher auch nicht das geringste vorgekommen. Auch geben sie an, daß sie den Pöbel nur einmal „Halt“ haben rufen hören. Schmiede, der nicht wissen konnte, wem dieser Ruf gelte, habe daher auch nicht geantwortet; kurz nach dem Ruf sei auch schon der Schuß gefallen. Der Angehobene habe alsdann unter furchtbaren Schmerzen eine halbe Stunde, nicht, wie angegeben, 15 Minuten liegen müssen, ehe der abgelöste Posten mit zwei Soldaten erschienen sei. v. Dieban habe alsdann die Soldaten beauftragt, den Schwerverletzten nach der Scheibenhandwache zu bringen; hiergegen hätten jedoch die umstehenden Passanten Einspruch erhoben und verlangt, daß Sch. nach dem nahegelegenen Paul-Verhardt-Stift übergeführt werde. Hierauf habe v. D. von seinem Vorhaben Abstand genommen. Kurz darauf ist die Ueberführung in das Bichow-Krankenhaus bewerkstelligt worden.

Uns wird auf das bestimmteste versichert, daß es eine lange Gewohnheit der Passanten ist, an der Seite des Raunes entlang zu gehen und sich eventuell auf demselben niederzulassen; noch nie aber sei etwas passiert. Dieser Vorfall zeigt, daß in Zukunft von dem bisherigen Brauche abgesehen werden muß, wenn nicht andere Personen Gefahr laufen wollen, niedergeschossen zu werden.

Aus dem Nikolaus-Bürgerhospital,

Das der Stadt Berlin gehört und sich auf dem Grundstück Große Frankfurter Straße 21 befindet, ist ein Koffschrei an uns gelangt. Unter den alten Männern, die dort ihren Lebensabend zubringen, herrscht Unzufriedenheit mit der ihnen gewährten Beköstigung.

Die Anstalt liefert ihnen etwa 80 Inzassen hauptsächlich das Mittagessen, im übrigen aber bleibt es ihnen überlassen, sich das erste und das zweite Frühstück sowie das Vesper- und das Abendbrot selber zu halten und höchstens noch den Frühstück- und den Nachmittagskaffee samt Weißbrot aus der Anstaltskucherei zu entnehmen. Was die Anstalt an Essen und Trinken liefert, muß von den Inzassen bezahlt werden. Sie gibt ihnen freies Quartier nebst Heizung und dazu ein monatliches Verpflegungsgeld, aus dem jeder die Ausgaben für seine persönlichen Bedürfnisse, vor allem für seine Beköstigung, zu decken hat. In den letzten Jahren hat sich nun bei manchen der Inzassen immer mehr die Meinung befestigt, daß das Mittagessen schlechter und immer schlechter geworden sei. Sie glauben das besonders auf die Wirtschaftsweise des „neuen“ Verwalters zurückzuführen zu sollen, der allerdings jetzt auch schon wieder seit acht Jahren sich dieser Stellung erfreut. Bei einem Besuch, den wir in der Anstalt machten, um uns an Ort und Stelle zu informieren, fanden wir Gelegenheit, eine ganze Reihe von Inzassen zu befragen. Uebereinstimmend klagen sie, daß das Mittagessen keineswegs so sei, wie man es für den gezahlten Preis erwarten dürfe.

Die Inzassen haben für das Mittagessen täglich 80 Pfennig zu zahlen, das macht pro Monat rund 9 Mark, die sie sogleich am Monatsersten bei Empfang ihres Verpflegungsgeldes sich abgeben lassen müssen. Da das Essen nicht in einem gemeinsamen Speisesaal aufgetischt, sondern jedem auf seine Stube gebracht wird und auch nicht durch ihn selber aus der Küche geholt werden darf, so werden pro Monat noch — man möchte es kaum glauben — 50 Pf. Bringegele gefordert. Die tägliche Ausgabe von 30 Pf. für das Mittagessen nebst etwa 2 Pf. Bringegele wird von den alten Leuten als erheblich empfunden, da sie einen beträchtlichen Teil ihres Verpflegungsgeldes darstellt. Im allgemeinen erhalten sie pro Monat aus Anstaltsmitteln 18 Mark, dazu aus einer anderen Stiftung 8 Mark, sind zusammen 24 Mark pro Monat oder rund 80 Pfennig pro Tag. Eine kleine Gruppe ältester Inzassen bezieht noch aus Stiftungsmitteln einen monatlichen Zuschuß von annähernd 6 Mark pro Kopf, so daß hier das Verpflegungsgeld sich auf etwa 30 Mark pro Monat oder rund 1 Mark pro Tag stellt. Davon müssen, wie gesagt, alle Ausgaben für persönliche Bedürfnisse gedeckt werden, für Beköstigung, für Reinigung der Leibwäsche, für Ausbesserung oder etwa nötige Neubeschaffung von Kleidung und anderes mehr. 30 Pf. für ein Mittagessen sind viel, wenn sie aus einer Einnahme von 1 Mark oder gar nur von 80 Pfennig pro Tag hergegeben werden sollen. Aber für 30 Pfennig vermag kein Mensch ein Mittagessen aufzutragen, das opulent genannt werden könnte. Die Preise der Lebensmittel sind in den letzten Jahren andauernd gestiegen, da müssen auch die Inzassen des Nikolaus-Bürgerhospitals aus ihrem mageren Geldbeutel den Lebensmittelpreiserhöhungen ihren Tribut zahlen. Wenn in anderen Anstalten der Stadt die Ausgaben für Beköstigung erhöht werden müßten, so wird im Nikolaus-Bürgerhospital, wo der Preis für das Mittagessen unverändert geblieben ist und demnach zur Ausgabendeckung langen soll, die Qualität der Speisen sich verschlechtern haben. Darüber kann man sich eigentlich nicht weiter wundern.

Doch wünschenswert erscheint es immerhin, daß das Kuratorium sich nicht hierbei beruhigt, sondern mal genauer zuseht, wie der „neue“ Verwalter wirtschaftet. Dabei sollte zugleich die Frage erwogen werden, ob nicht bei der Aufstellung des Küchengetzeils auch ein Blick mehr auf das hohe Alter der Inzassen Rücksicht genommen werden kann. Die meisten sind bereits über 70 Jahre alt, manche haben sogar schon das 80., ja das 90. Lebensjahr hinter sich, und der älteste Inzasse des Hauses stellt im 95. Lebensjahr. Bei Leuten so hohen Alters ist in der Regel der Magen nicht mehr so widerstandsfähig, und man braucht ihnen wirklich nicht 3. B. Süßfrüchte so oft zu bieten, wie das im Nikolaus-Bürgerhospital geschieht. Die Möglichkeit einer Speisenauswahl fehlt vollständig, es wird immer nur ein einziges Gericht zubereitet, mit dem alle 80 Mägen sich abfinden müssen. Bei 80 Kostgängern wäre es nicht schwer, zwei verschiedene Gerichte zu bieten, unter denen dann gewählt werden könnte. Aber hieran hapert es allerdings in allen solchen Anstalten, und selbst in Krankenhäusern wird meist nach dem Grundsatz verfahren, daß jeder „essen muß, was die Stelle gibt“.

Wir haben im Nikolaus-Bürgerhospital nicht den Eindruck empfunden, daß man hier wie im Paradiese lebt. Gewundert haben wir uns über manches, unter anderem auch darüber, daß die hochbetagten Inzassen nahezu gänzlich sich selber überlassen bleiben. In jeder Stube wohnen zwei Personen, die einander helfen müssen, soweit die Kräfte noch reichen. Sie müssen selber ihr Stübchen in Ordnung halten, selber sich die Betten machen, selber sich Frühstück und Abendbrot herrichten. Man stelle sich vor, daß ein hilfloser Greis mit zitternden Händen sich auf einem Spiritus- oder Petroleumlocher eine Abendsuppe bereitet, wenn er es nicht vorzieht, mit einem kalten und kalten Butterbrot vorlieb zu nehmen.

Das Nikolaus-Bürgerhospital schmückt sich mit der über dem Hauptportal in Stein gehauenen Inschrift: „Dem würdigen Bürger im hilflosen Alter die Stadt Berlin.“ Diese Widmung ist eine der besten Proben deutschen Paparstils, aber mehr als das hat sie nicht zu bedeuten. Auf die Würdigkeit wird bei der Aufnahme strengstens geachtet, und siebenmal werden die seit vielen Jahren schon wartenden Bewerber geehrt. Doch das hilflose Alter findet hier wenig von der Beachtung, die jedem Mäden für seinen Lebensabend zu gönnen ist.

Ein neuer Mutsurz des Rektors Bod.

Gestern Abend gegen 6 1/2 Uhr erlitt Rektor Bod in der Polizeistation der Charité einen neuen Mutsurzanfall. Von dem diensttuenden Arzte erhielt er sofort eine Morphiumeinspritzung. Das Befinden des Kranken ist ein sehr schlechtes, wie die Ärzte erklären, dürfte Bod ein neuem Anfall kaum überleben.

Unterstützungsverein im Dunkel. Auf Berliner Boden gedeihen recht und schlecht unendlich viele Vereine und Vereinchen, die in „höheren“ Kreisen, meist am Anfange, das Licht dieser herrlichen Welt erblickten und auf die denkbar verschiedenste Weise die Großstadt lindern wollen. Gewöhnlich nehmen sie sich, selbst wenn den Mitgliedern die Sache ernst ist und es sich nicht bloß um wohlthätigen Zeitvertrieb handelt, weit mehr vor, als sie leisten können. In die bürgerliche Presse werden Anrufe um Geld lanciert, es geht auch Geld ein, aber mit der gerechten Verteilung noch weniger der eigentlichen Vereinszwecke hapert es ganz gewaltig. Da werden zunächst alle möglichen Vereinskosten gedeckt, und was wirklich noch übrig bleibt für Bedürftige, trägt die Kasse auf dem Schwanz fort. Klagen dieser Art gehen uns zu über den in weitesten Kreisen unbekanntem „Hilfsbund gebildeter, bedürftiger Frauen und Mädchen“. Es scheint, als ob dieser Verein den Schwerpunkt seiner Hilfe nicht auf das Vorhandensein weiblicher Not, sondern auf das Wortchen „gebildet“ legt. Wenigstens haben Frauen und Mädchen, die durch allerlei Schicksalschläge gezwungen sind, sich ihr Brot mit „ungebildeter“ Arbeit zu verdienen, auf ihre Bitten um Hilfe nicht mal dann eine Antwort erhalten, wenn sie das Müßiggang befehligen. Schlimmer als der Verlust der Briefmarke ist das Warten auf Hilfe. Es muß auch sonst eine eigenartige Wirtschaft in diesem „Hilfsbund“ herrschen, denn selbst Mitglieder, die den ziemlich hohen Jahresbeitrag zahlen, klagen darüber, daß man sie nach Abendung des Geldes einfach ignoriert.

Eine andere Institution, die in Wohlthätigkeit macht und im Berliner Norden residiert, nennt sich stolz „Verein der wahren Menschenfreunde zur schnelleren, tatkräftigen Hilfe für jedermann“. Auch von hier sind selbst mit beigefügtem Rückporto Auskünfte nicht zu erlangen. Solche Vereinchen dürfen sich dann nicht wundern, wenn man aus ihrer nichtachtenden Handlungsweise die naheliegenden Schlüsse zieht.

Aus dem Fenster gestürzt hat sich in der letzten Nacht der 82 Jahre alte Diensthilfe Stanislaus Vincenz aus der Weinstr. 22. B. litt seit sechs Wochen an der Einbildung, seine nächsten Bekannten wollten ihn umbringen. Während seine Wirtin im Nebenzimmer schlief, sprang er aus dem Fenster seiner im vierten Stock gelegenen Stube auf das Pflaster hinunter, wo ihn Hausbewohner mit zerschmetterten Gliedern fanden. Eine Viertelstunde später traf seine verwitwete Mutter aus Reichenberg in Böhmen hier ein, um ihren Sohn nach Hause zu holen. Sie war telegraphisch von der Krankheit ihres Sohnes benachrichtigt worden.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend machte im Juli, dem ersten Monat ihres zwölften Geschäftsjahres, einen Umsatz von 329 894,90, im Juli 1909 einen solchen von 234 464,41, also ein Mehr von 95 430,49 M. — Die Spareinlagen sind auf über 600 000 M. gestiegen, die Hausanteile auf 388 000 M. Der Bau ist jetzt so weit fortgeschritten, daß die Rohbauabnahme der Wohnhäuser beantragt werden konnte. Die Wälder ist auch im Rohbau fertiggestellt, Zentrallager und Kontorräume bis auf das letzte Stückwerk. In die Kraftzentrale sind die Dampfessel bereits angeliefert und ist nur noch die Autogare zu errichten.

Die Neue Freie Volksbühne eröffnet ihre erste eigene Spielzeit in dem völlig renovierten und bühnentechnisch modernisierten Neuen Volkstheater, Köpenicker Straße 69 (ehemals Volkstheater) am Donnerstag, den 1. September, mit Ibsens „Die Stützen der Gesellschaft“.

Eine allgemeine Pächterversammlung der Laubkolonisten des Terrains der Gesellschaft „Nord-Ost“ findet morgen Montag, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, im „Elysum“, Landsberger Allee statt, in welcher Stadtorbener Oberwald Grauer über das Thema: „Sind die Generalpächter für die Laubkolonisten notwendig?“ sprechen wird. Zu dieser Versammlung ladet der Ausschuh der vereinigten Kolonisten sämtliche Kolonisten auf anderen Kolonien ein.

In der Säuglingsfürsorge I, Blumenstraße 78, findet im September wöchentlich einmal Unterricht in Säuglingspflege mit praktischen Übungen statt. Meldungen hierzu schriftlich oder mündlich: Bureau des Kinderhauses, Blumenstraße 78, v. L. part., wochentäglich von 2—4 Uhr.

Berliner Aquarium. Die Becken und Behälter des Berliner Aquariums treten dem Besucher in immer wieder neuem Gewände entgegen. Die marinen Becken haben ihre Befahrung in erster Linie dem Mittelmeergebiet zu danken. Als eines der reizvollsten derselben gibt sich das dritte Bassinbedeckung durch die Mannigfaltigkeit der Formen und Farben seiner Stillebenbewohner, und namentlich erscheint das Rot in den anziehendsten Abstufungen. Von gartem Rot nur überaus ist ein als Reihoralle bezeichnete großer, lappiger, nekrartig durchbrochener Kalkiger Stock, eine Kolonie sehr kleiner rötlicher Moostierchen. Bei einer zu den, den bunthfarbigen Seezooen verwandten Korallpolypen gehörenden Reckenkoralle dagegen zeigen die Polypen bräunliche Farbe. In prächtigem Orange bis Scharlachrot leuchtet der Kranz langer Riemenfäden bei den Serpeln und in intensivem Samtrot prangt der den Körper einiger in ihrem Ruffin hochaufragender Aeididen oder Serscheiden umhüllende „Mantel“.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania finden heute Sonntag und Montag noch einmal Wiederholungen des Vertrags „In den Dolomiten“, der die ganzen Wunder der gigantischen Märchenwelt der Dolomiten erschließt und an der Hand stimmungsvoller, farbenprächtiger Wandspanoramem und Bilder vom sonnigen Wogen über Loibach ins Pusterthal führt, statt. Am Dienstag, Mittwoch und Donnerstag wird der Vortrag „Im Lande der Winternachtsjonne“ wiederholt werden.

Im Brater-Theater findet am Donnerstag, den 1. September ein vollständiger Programmwechsel statt. Am 8. September großes Kinderfest mit Gratüberlochung.

Verschwinden ist seit Mittwoch, den 24. d. Mt., der Former Walter Waatze, Krefelder Str. 13. Derselbe trug einen granatierten Anzug, dunkle seidene Weste mit kleinen roten Würfeln, einen weißen Strohhut mit schwarzem Bande. Im Portemonnaie befand sich eine Legitimationskarte des Konsumvereins auf seinen Namen lautend. V. ist 52 Jahre alt, etwa 1,60 Meter groß, hat weißes Haar und Schnurbart, buschige Augenbrauen und spricht sächsisches Mundart. Da derselbe geisteskrank ist, wird angenommen, daß er sich entweder ein Leid angetan hat, oder daß er in der Umgegend umher irrt. Personen, die über den Verschwindenden Auskunft geben können, werden gebeten, dies an die Frau desselben, Krefelder Str. 13, oder an die Polizei zu melden.

Feuerwehrrichter. In der letzten Nacht wurde die Feuerwehr nach der Eddikerstraße alarmiert. Grober Unfug war die Ursache. Der Täter ist entkommen. Wegen eines Fabrikbrandes rückte der 11. Zug nach der Giesheimer Straße 66 aus. Dort brannten Immobilien. Durch kräftiges Wassergeben gelang es, den Brand zu lokalisieren und auf seinen Herd zu beschränken. Durch die Explosion einer Petroleumlampe kam in einer Wohnung in der Postenstraße 22 Feuer aus, das auf ein Zimmer beschränkt werden konnte. Preisvolbrande beschäftigten die Feuerwehr auf dem Nordbahnhof, Bernauer Straße, in der Linienstraße 1, Pignitzer Straße 38, Plenderburger Straße 12 und anderen Stellen.

Vorort-Nachrichten.

Lichtenberg.

Stadtorbenerversammlung. Eine umfangreiche Tagesordnung hatte die am Donnerstag stattgefundene außerordentliche Stadtorbenerversammlung zu erledigen, fanden doch nicht weniger wie 18 Punkte zur Beratung. Unter geschäftlichen Mitteilungen machte der Magistrat bekannt, daß der Bezirksausschuh einen Beschluß der Stadtorbenerordneten, die Liste der für den hiesigen Wochenmarkt zugelassenen Gegenstände zu erweitern, nur teilweise entsprochen habe. Eine beim Handelsminister dagegen eingelegte Beschwerde hatte keinen Erfolg. Anstelle des aus der Verwaltung ausgeschiedenen Herrn Gerichtsdessors Ottendorf wurde der neu angestellte juristische Hilfsarbeiter, Herr Gerichtsdessor R. Willwaber zum stellvertretenden Vorsitzenden des hiesigen Gewerbe- und Kaufmannsgerichts gewählt. Anstelle des von hier verzogenen Herrn Krämer wurde Herr Kaufmann Ribbe, Mainzerstr. 6, als Armenkommissar für den Bezirk 30, umfassend die Frankfurter Allee 151/163 und Mainzerstraße, gewählt.

Eine außerordentlich lebhaft debattierte entspann sich bei einer Vorlage des Magistrats betreffend Errichtung neuer Lehrstellen an den hiesigen Gemeindeschulen. Auf Grund einer Anweisung der Regierung, die Maximalzahl der Kinder einer Klasse auf 60 bzw. 50 und 40 herabzusetzen, beantragte die Schuldeputation die Einstellung von zwei Lehrern und zwei Lehrerinnen für die evangelischen Schulen, desgleichen zwei Lehrern für die katholische. Schon diese völlig unzureichende Forderung ging dem Magistrat zu weit, weshalb er in seiner Vorlage die geforderten Lehrerstellen gestrichelt hatte. Schon seit Jahren war von unseren Genossen darauf hingewiesen worden, daß es endlich an der Zeit sei, die geradezu skandalösen Zustände in unseren Volksschulen zu beheben. Wenn schon bisher die Regierung die Höchstzahl der Kinder in den 7. Klassen, also den untersten, auf 70 festgelegt hatte, so konnte nachgewiesen werden, daß selbst diese Zahl weit überschritten wurde. Außerordentlich unangenehm war es bei der diesmaligen Beratung den Bürgerlichen, daß einer der ihren, Herr Lindner, unsere bisherigen Angaben bestätigten mußte; es machte dies um so größeren Eindruck, als Herr Lindner selbst Vorschlag- lehrer ist und lange Jahre an den hiesigen Gemeindeschulen unterrichtet hat, infolgedessen die Zustände genau kennt. Von verächtlicher Wirkung war es, als Herr Lindner sogar feststellen konnte, daß, wenn man die auf dem Gebiete des Schulwesens wahrlich nicht an der Spitze marschierende Stadt Berlin einholen wollte, die Einstellung von sage und schreibe „fünfzig neuen Lehrkräften“ erforderlich wäre. Unsere Genossen konnten zu dieser Kritik noch weitere für das Lichtenberger Schulwesen beschönigende Mitteilungen machen, so u. a., daß bei Veränderung von Lehrkräften der höheren Schule man Volksschullehrer zur Ausschüsse heranzieht und in den Klassen dieser Lehrer, Kinder zur Aufsicht und Ausbildung ihrer Mitschüler bestimmen werden. Wie bei der rückwärtigen Besinnung der Bürgerlichen nicht anders zu erwarten war, wurden alle weitergehenden Anträge abgelehnt und alsdann der Magistratsantrag angenommen. Scheiternd wirkte es, daß, als Herr Lindner am Schluß der Debatte sein Vorgehen bei seinen bürgerlichen Freunden entschuldigte, ihm dies von unserer Seite attestiert wurde, daß es in geeigneter und geeigneter Weise geschehen sei. — Für das hiesige Realprogymnasium wurden ebenfalls zwei neue Oberlehrerstellen bewilligt. — Für die Schule in der Kronprinzenstraße wurden 1400 M. bewilligt zwecks Umwandlung eines Klassenraumes in ein Rektor- und Lehrmittelszimmer, da das bisherige im Keller gelegene Rektorzimmer den hygienischen Anforderungen in keiner Weise entsprach. Ein Antrag des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts die Mittel zur Beschaffung des in der Zeit vom 15. bis 17. September d. J. in Köln stattfindenden Verbandstages deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu bewilligen, wurde mit der Rücksicht angenommen, daß nicht wie gefordert je ein Arbeitgeber und Arbeitnehmer entsandt werden soll, sondern es soll von jedem Gericht nur ein Vertreter in Frage kommen. Begründet wurde dies von den Bürgerlichen mit den angeblich so hohen Kosten. Vergänglich wurde von unseren Genossen dieser Einwand widerlegt und auf die Wichtigkeit dieser Verbandstage hingewiesen. Abgelehnt wurde auch ein von unseren Genossen daraufhin gestellter Antrag, von den zwei Delegierten den Arbeitgeber aus dem Kaufmannsgericht und den Arbeitnehmer vom Gewerbegericht zu entsenden. Die Entscheidung hierüber soll der Magistrat treffen.

Der Ausbau des Gaswerkes sollte in der Weise geschehen, daß im Jahre 1910 der Bau des Retortenhauses und einer Ofenbatterie zu 20 000 Kubikmeter Tagesleistung nebst der zugehörigen Koflen- und Koflaufbereitungsanlagen sowie Aufstellung eines Vorkühhlers erfolgen sollte und mo für 450 000 M. bereits bewilligt sind. Der Ausbau des neuen Ofenbades auf 40 000 Kubikmeter Tagesleistung und Erweiterung der vorhandenen Koflen- und Koflentransportanlagen sowie der Einbau der Apparatanlage für 60 000 Kubikmeter sollte jedoch erst 1911 ausgeführt werden. Da die hierfür in Frage kommenden Firmen zurzeit aber wenig Aufträge haben und infolgedessen gerade jetzt in der Lage sind für die Stadt außerordentlich günstige Angebote zu machen, wurde beschlossen, die Arbeiten bereits jetzt zu vergeben und die hierfür notwendige Summe von 735 000 M. zu bewilligen. Bemerkenswert sei noch, daß nach Fertigstellung der gesamten Erweiterungsbauten unsere Gasanlage in der Lage ist, täglich 60 000 bis 70 000 Kubikmeter Gas zu erzeugen.

Auch das Wasserwerk soll vergrößert werden. Eine dementsprechende Vorlage wurde bereits im April der Stadtorbenerversammlung unterbreitet. Nachdem sich durch die große Hitze im Juni d. J. auch in Lichtenberg der Wassermangel bemerkbar machte, so daß wir, um für alle Fälle gerüstet zu sein, gezwungen waren, noch Wasser von der Gemeinde Nummelsburg zu entnehmen, wurde nunmehr der Ausbau beschlossen. Die Erweiterungsbauten sollen in drei Abschnitten erfolgen und sich auf 3 Jahre verteilen. Die hierfür notwendigen Mittel im Gesamtbetrage von 770 000 M. wurden aus Anleihen bewilligt. Auch hier sei bemerkt, daß während das Werk bei der jetzigen Anlage nur 650 Kubikmeter Wasser stündlich liefern kann, daselbst nach der Fertigstellung des Ausbaus in der Lage ist, stündlich 1500—1700 Kubikmeter Wasser abzugeben. — Für die Desinfektionsanstalt wurde beantragt, einen neuen Zufahrtsweg herzustellen. Die Vorlage sowohl wie die hierzu notwendigen Mittel in Höhe von 270 M. werden bewilligt. — Wiederholt haben sich bei stärkeren Regenfällen die Kanalisations-einrichtungen unserer Stadt als völlig unzulänglich erwiesen. Hauptsächlich in der Frankfurter Chaussee und der Pfarrstraße traten die Ueberschwemmungen am meisten hervor. Nachdem bei dem letzten Wollenbruch jedoch beim Passieren der Frankfurter Chaussee zwei Stadtorbenerordnete in den sich bei der Pfarrstraße gebildeten See hingeworfen waren und in die Gefahr des Ertrinkens geraten sind, wurde der diesmaligen Stadtorbenerordneten-sitzung eine Vorlage unterbreitet, wonach zur Herstellung eines Regenwasserkanals von der Frankfurter Chaussee, Ecke Rathausstraße im Zuge des Verbindungsweges und der Pfarrstraße nach dem sogenannten Aufgassen, die obengenannten Zustände beseitigt werden sollen. Da es jedoch notwendig ist, daß auch vom Aufgassen aus für weiteres Abfließen Sorge getragen wird, soll mit der Gemeinde Nummelsburg in Verhandlungen getreten werden. Die Vorlage selbst sowie die Vorkosten hierfür in Höhe von 25 000 M. wurden bewilligt. — Das Standsamt soll nach dem Erdgeschoß des Direktorenhauses der höheren Mädchenschule verlegt werden. Die hierdurch entstehenden Kosten im Betrage von 4000 M. wurden bewilligt. — Eine Vorlage betreffend anbaufähige Herstellung der Straße 9 zwischen Normannenstraße und Rathausstraße wird an eine gemischte Kommission von 8 Mitgliedern verwiesen. — Sodann wurde über folgende von unseren Genossen gestellte Dringlichkeitsresolution beraten: „Die Unterzeichneten bitten die Stadtorbenerordnetenversammlung, den Magistrat zu ersuchen, im Interesse der Bevölkerung Lichtenbergs zur Frage der Fleischsteuerung Stellung zu nehmen und die Regierung aufzufordern, durch Aufhebung der Grenzsperrbezugsweise Erleichterung der

Einfuhr einer Verschärfung des Kollstandes vorzubeugen." Diese Resolution wurde, nachdem dieselbe von unserer Seite begründet worden war, ohne weitere Debatte mit großer Mehrheit angenommen. — Alsdann folgte noch eine geheime Sitzung.

Schöneberg.

Die Laternenwärter der Englischen Gadenlaternen waren am Freitag bei der Arbeit versammelt, um über die zukünftige Gestaltung ihres Arbeitsverhältnisses zu beraten. Zu der Versammlung waren die Schöneberger Stadtverordneten eingeladen und es war ein Teil der Einladung auch gefolgt. Kollege Jüllert schilderte in eingehender Weise die augenblickliche Situation. Die Einführung der Fernzündung in Schöneberg und besonders die Erweiterung der elektrischen Straßenbeleuchtung gefährden die Existenz der Laternenwärter in höchstem Maße. Laternenwärter, die jahrzehntelang ihre Tätigkeit ausübten, stehen vor der Entlassung. Auf eine Anfrage, die seinerzeit der Arbeiterausschuss an die Direktion der J. C. G. A. in dieser Sache richtete, wurde ihm die Antwort, daß bei fortschreitender Elektrifizierung der Beleuchtung keine Arbeit vorhanden sei und die Leute entlassen würden. Im übrigen trage ja nicht die J. C. G. A. die Schuld. Diese Antwort lernt man erst recht verstehen, wenn man sich das Dienstalter der vor der Entlassung stehenden Kollegen vor Augen führt. Danach sind beschäftigt: 1 Laternenwärter 4 Jahre; vier 7 Jahre; drei 8 Jahre; drei 9 Jahre; drei 10 Jahre; einer 11 Jahre; einer 12 Jahre; einer 13 Jahre; zwei 14 Jahre; zwei 16 Jahre; einer 17 Jahre; einer 18 Jahre; einer 20 Jahre; und zwei 22 Jahre. Es handelt sich also durchweg um Männer, die in jahrelanger Tätigkeit ihre besten Kräfte der J. C. G. A. geopfert haben und nun vor ihrer Entlassung stehen. Wegen den Fortschritt könne und wolle man sich nicht stemmen, doch appellieren die Laternenwärter an das soziale Empfinden der städtischen Körperschaften. Die Stadtverwaltung möge den Laternenwärttern die Möglichkeit geben, in städtische Dienste überzutreten. Für die jüngeren, kräftigeren Leute bieten eine Reihe von städtischen Betrieben hierzu Gelegenheit; während die älteren als Parkwächter und Boten wohl Beschäftigung finden könnten. Diese Ausführungen wurden durch eine Anzahl Diskussionsredner noch ergänzt. Von den anwesenden Stadtverordneten nahmen die Genossen Obst und Hoffmann und Herr Ahmann das Wort. Sie gaben zum Ausdruck, daß es eine Notwendigkeit sei, hier einzugreifen und erklärten, ihrerseits alles zu tun, was die Wünsche der Laternenwärter fördern könne. Die Versammelten beauftragten schließlich das Bureau der Versammlung, eine im Sinne dieser Ausführungen gehaltene Petition den städtischen Körperschaften Schönebergs zu übermitteln.

Wilmerdorf.

Die Diphtherieerkrankungen in Wilmerdorf. Vorgefunden am Abend hat die städtische Gesundheitskommission in Anwesenheit des Kreis- und des Schularztes eine Sitzung abgehalten. Beide Ärzte betonten, daß die Erkrankungen fast sämtlich nur leichter Natur sind und keinen Anlaß zu Befürchtungen bieten. Insbesondere haben sich die Gerichte, daß die Zahl der erkrankten und gestorbenen Kinder sich erheblich vermehrt habe, als unrichtig erwiesen. Trotz der bestehenden Anzeigepflicht sind keine neuen Fälle gemeldet worden. Nach einem Beschlusse der Kommission sollen alle Räume der Raddenhalle der Knabenabteilung der 1. Gemeindeschule in der Brandenburgischen Straße und die Klassenzimmer, aus denen Schüler erkrankten, wiederholt desinfiziert werden. An den Tagen, an denen in den Klassen die Desinfektion ausgeführt wird, werden die Schüler nach Hause geschickt werden. Schließlich wurde bestimmt, daß bis zur Genesung aller erkrankten Kinder der Schularzt täglich in der Schule anwesend sein soll, um die Kinder, die über Hals- und Kehlschmerzen klagen, sofort in Behandlung zu nehmen.

Rigdorf.

In der Protokollversammlung am letzten Dienstag ist ein Spazierstock mit runder Krücke verloren worden. Der Finder wird gebeten, denselben in der Expedition, Redarstr. 2, abzugeben.

Behlendorf.

Ueber „Umwälzungen im Zukunftsstaat“ referierte in der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins Genosse Ed. Scheizer. Nach dem Referat entspann sich eine rege Diskussion, an der sich der Genosse Kutta und die Genossin Haase beteiligten. Den Bericht von der Generalversammlung von Groß-Berlin gab Genosse Heineg. Ausgenommen wurden 5 neue Mitglieder. Vom Vorsitzenden wurden die Mitglieder noch auf ein gemüthliches Beisammensein der Jugendlichen am 4. September bei Witzig hingewiesen und darum gebeten, diese Veranstaltung recht zahlreich zu besuchen.

Treptow-Baumschulweg.

Eine Umfrage betreffend Sonntagsruhe findet jetzt bei den Anhabern der offenen Ladengeschäfte statt. Der Gemeindevorstand ist verschiedentlich erzuht worden, die Arbeitszeit in den Geschäften auf die Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags zu beschränken. Bevor jedoch die Gemeindebehörde darüber beschließt, ist gemäß § 142 der Reichsgemeindeordnung die Anhörung beteiligter Gewerbetreibender erforderlich. Aus diesem Grunde sind Fragebogen an die Beteiligten zur Ausfüllung und Unterschrift gelangt, welche Ende der Woche zur Abholung bereit zu stellen sind. Wie in einem Schreiben noch mitgeteilt wird, wird für Wechseltätigkeit der Antworten Sorge getragen. Von den 8 Fragen sind außer der Angabe, wieviel Angestellte beschäftigt werden, nur 2 von Wichtigkeit, nämlich: „Wünschen Sie vollständige Sonntagsruhe für Ihr Geschäft?“ und: „Wünschen Sie eine Verkürzung der Arbeitszeit am Sonntag? a) Wie lange soll Ihr Geschäft am Sonntag geöffnet sein? b) In welchen Stunden?“ Als seinerzeit in der Gemeindevorstellung der Beschluß gefaßt wurde, die Geschäfte an den ersten fünf Werktagen um 8 und Sonnabends um 9 Uhr zu schließen, beantragten unsere Genossen, den Geschäftsschluß auch an den Sonn- und Feiertagen früher einzutreten zu lassen und zu diesem Zweck eine Kundfrage an die Geschäftsinhaber ergehen zu lassen. Nach einer späteren Mitteilung in der Gemeindevorstellung hatte die Mehrheit der Geschäftsleute einen früheren Geschäftsschluß herbeizuführen „als noch für verfrüht“ erachtet.

Da die Frage des früheren Geschäftsschlusses nunmehr in einer Reihe von Gemeinden Gegenstand der Erwägung ist, steht zu erwarten, daß sich die Mehrheit der Geschäftsleute sowohl wie der Gemeindevorsteher für denselben erklären werden.

Nichtenau.

Als eine Rücksichtslosigkeit wird es betrachtet, daß der hiesige Gesangverein, gebildet von Mitgliedern des Bürgervereins, bürgerlichen Gemeindevorstellern und Gemeindevorstellern, nach wie vor seine Nebungsstunden im Schulhause abhält. Die Herren wissen sehr gut, daß sich unter den Schulräumen die Wohnung des Gemeindevorstehers und Nachtwächters befindet, sie wissen auch aus der betreffenden Gemeindevorstellung, in der unser Genosse Tobias diese Angelegenheit zur Sprache brachte, daß der Nachtwächter die Abendstunden zum Schlafen benutzen muß, um seinen Dienst versehen zu können; das schert aber diese Herren weiter nicht — bis in die zwölfte Stunde hinein hallte die Schule von ihrem Gesang wider. Neben ihrer Sangeskunst pflegen aber die Herren noch das Tabakrauchen. Ob sich wohl schon einmal die Schulvorstandsmitglieder, die dem Gesangverein angehören, überlegt haben, ob es der Gesundheit der Schulkinder dienlich ist, wenn die Sangesbrüder das Schulzimmer gleich einer Stiehbierhalle mit Rauch schwängern? Wir stellen an den Schulvorstand das ganz bestimmte Verlangen, diesem unerhörten Zustand ein Ende zu bereiten.

Dieser Gesangverein macht sich aber noch in weiterer Beziehung unangenehm bemerkbar. Seine Mitglieder scheinen entweder an der freien Idee zu leiden, daß sich die Einwohnererschaft darauf freuen, durch ihren Gesang des Nachts aus dem Schlafe gestört zu werden, oder sie nehmen an, auf Grund ihrer gemeindlichen Ehrenämter bezu, der ihrer Freunde das Recht zu diesem Sport zu haben. So zog auch wieder in der Donnerstagnacht ein größerer

Trupp von diesen Sangesbrüdern (unter denen wir auch einige Gemeindevorsteher bemerken) nebst Begleitung durch die Straßen und verübte einen demartigen Lärm, daß die Anwohner erschröck aus dem Schlafe fuhren. Es dürfte auch hier hohe Zeit sein, daß sich die Polizei der Sache annimmt und diesem Unfug ein Ende bereitet.

Uebrigens, was sagen die „Nichtenauer Raßrichtigen“, das „Organ zur Förderung der Ortsinteressen“, dazu?

Zossen.

In der Wahlvereinsversammlung am Donnerstag wurde der Bericht von der Kreisgeneralversammlung und der Bericht von der Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlins entgegengenommen. Der Bericht des Genossen Bendorff von der Kreisgeneralversammlung wurde von den Versammelten zustimmend entgegengenommen, während der Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins, den Genosse Saupe erstattete, eine lebhaft Diskussion entzesselte. Der Beschluß, daß die Arbeitslosen Beiträge zahlen sollen, wurde als wenig sozial bezeichnet. Zugestimmt wurde der Erhöhung des Beitrages des 40 Jf. Einem Wochenbeitrage sind die hiesigen Genossen abgeneigt aus Gründen der Mehrbelastung der Funktionäre und der damit verbundenen Eintreibung der Beiträge. — Unter Verschiedenem wurden einige interne Sachen erledigt. Der Jugendauschuss, der auch bei uns endlich ins Leben tritt, hält am Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 8 Uhr, im R. Kurznerschen Lokal, Baruther Straße 10, eine konstituierende Versammlung ab. Die Genossen werden gebeten, schon jetzt für den guten Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen.

Röpenitz.

Bei dem vorgefunden von der Polizei aufgefundenen etwa zehnjährigen Knaben hat sich herausgestellt, daß er nicht taubstumm ist, sein auf nichts reagierendes Verhalten ist vielmehr auf einen krankhaften Zustand zurückzuführen. Als die Mutter des Knaben auf das hiesige Polizeirevier geholt wurde, teilte dieselbe mit, daß er von zu Hause wegelaufen sei, angeblich wegen einer Strafe, die er erhalten habe. Der Knabe soll nunmehr in einer Anstalt untergebracht werden.

Moggen (Kreis Teltow).

Der Arbeiter-Radfahrer-Verein feiert am heutigen Sonntag sein Sommerfest. Da den Genossen hier kein Lokal mit Saal zur Verfügung steht, der Amtsvorsteher bisher die Abhaltung von Versammlungen strikte verweigert hat, so ist es unbedingt nötig, daß alle Radfahrer der Umgegend heute nach Moggen kommen, um so gegen die Verfügung des Amtsvorstehers zu protestieren.

Zydanau.

Die Brückenstraße ist jetzt nach langer Zeit endlich so weit reguliert worden, daß eine Bebauung vorgenommen werden könnte, wenn nämlich die Hausparzelle, die Käufer von Grundstücken vorhanden wären. Damit scheint es aber ganz gewaltig zu hapern, bis jetzt hat sich noch kein Käufer gefunden, trotzdem es der Magistrat mit dem Verkauf sehr eilig hat, um der Stadt die nicht geringen Zinsen zu ersparen. Den einzigen Vorteil von der Regulierung der Brückenstraße haben die Sternbergischen Erben gehabt, deren Terrain dadurch ungeheuer wertvoll geworden ist und die auch schon viermal losbauen. Am zweckmäßigsten wäre man jedenfalls verfahren, wenn man die alten Häuser der Brückenstraße ruhig so lange hätte stehen lassen, bis die neue Charlottenbrücke gebaut war, dann erst könnte eine zweckmäßige Regulierung vorgenommen werden, und die Stadt hätte Tausende von Zinsen gespart. Jetzt wird man mit der Bebauung der Brückenstraße auch so lange warten müssen, bis die Brücke gebaut wird, eher wird sich kein Käufer finden.

Jugendveranstaltungen.

Treptow-Baumschulweg. Für die arbeitende Jugend in Treptow ist Grätzl. 68, Eingang zum Lokal von Lenzen, ein Zimmer als Jugendheim gemietet worden, welches vom Montag, den 29. August ab für die Unterhaltungsabende zur Verfügung steht. Um regen Besuch bittet Der Jugendauschuss.

Gerichts-Zeitung.

Schuhmanns-Empfindlichkeit

gibt leider oft den Gerichten zu tun. Nur zu rasch ist die Staatsanwaltschaft geneigt, für einen sich getränkt fühlenden Schuhmann die Beleidigungsklage zu erheben. Und die Gerichte fördern zu meist noch diese Empfindlichkeit, indem sie die vermeintliche Beleidigung als so schwer auffassen, daß die Strafe dafür möglichst hart sein müsse. Am Donnerstag aber erleben wir's mal vor einem Gericht, daß der Vorsitzende einem Schuhmann, der beleidigt worden zu sein meinte, in erregten Worten seine Empfindlichkeit als ganz unnötig verwies. Diesmal handelte es sich allerdings nicht darum, daß etwa bei einer Wahlrechtsdemonstration die allzu forsch ausgeführte Siftierung eines Demonstranten einen Zuschauer veranlaßt hätte, seine Entrüstung in deutlicheren Worten zu äußern, als ein Schuhmannssohn es vermag. Nein, diesmal hatten wir es mit einem Witze zu tun, der sozusagen „in der Familie geblieben“ war, mit einem Streit zwischen zwei Schuhmannsfrauen, der dem Gatten der einen zum Anlaß geworden war, in seiner Gattin sich selber mitbeleidigt zu fühlen. Anklage war hier nicht von der Staatsanwaltschaft erhoben worden, sondern der getränkte Gatte hatte das selber besorgt.

Als Angeklagte fand vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte eine Schuhmannsfräule Bräuning, die über eine Schuhmannsfrau Manke einen bösen Klatsch verbreitet haben sollte. Der Frau Bräuning wurde zur Last gelegt, über Frau Manke gesagt zu haben, daß diese — man höre! — ihre Kinder ins Waisenhaus gegeben habe. Frau Manke und ihr Gatte empfanden das als schwer beleidigend, weil ein Schuhmann seine Kinder doch nicht in ein Waisenhaus geben werde. Die fraglichen Kinder sind dem Ehepaar Manke, wie vor Gericht zur Sprache kam, durch den Tod entzissen worden. Der Vorsitzende begriff nicht, daß wegen einer solchen „Läppererei“, einer so „albernen Behauptung“ ein Mensch zum Gericht laufen müsse. Den Kläger Manke, der auf seine Beamtenqualität hinwies, belehrte er in ärgerlicherer Tone: „Ach, da sollten Sie mal sehen, wie unfeinerer als Richter in Schriftsätzen angegriffen wird.“ Der Herr Vorsitzende bemerkte, daß die Ehre eines Schuhmanns leichter zu lädieren ist als die eines Richters. Schuhmann Manke erklärte, er nehme die Klage nicht zurück, zumal da Frau Bräuning um eine Zurücknahme zu erweichen, sich sogar an seine Dienstbehörde gewendet und ihm viel Schererei dadurch bereitet habe. So mußte denn in die Verhandlung eingetreten werden, die die Vernehmung von nicht weniger als fünf Zeugen erforderte. Unter Eid wurde bekundet, daß Frau Bräuning jene ganz erschreckliche Aeußerung, die ihr zur Last gelegt, aber von ihr selber bestritten wurde, wirklich getan habe. Vernommen wurde schließlich auch der Polizeimajor Feißt, der die beiden Schuhmannsfrauen hatte zu sich kommen lassen, um eine Aussöhnung zustande zu bringen. Beide hatten ihr versprochen, die Sache ruhen zu lassen. Als es hinterher doch noch zur Klage kam, sei er empört gewesen. Auch er begriff nicht, wie einer so empfindlich sein könne. Es sei doch nicht hübsch, wenn Beamte oder deren Frauen einander verfluchen. Schuhmann Manke hörte in respektvoller Haltung den Herzergerguß seines Vorgesehten mit an. Als dann der Vorsitzende erneut eine Einigung anregte, widersprach er nicht mehr. Er willigte in einen Vergleich, durch den Frau Bräuning unter Nebenabnahme der Kosten um Entschuldigend bat.

Der Gerichtsvorsteher und der Polizeimajor könnten aus dieser Affäre, die dem Herrn Manke so hochwichtig war, einiges lernen. Jeder Privatmann hätte als Ehegatte über den Anfall gelacht, den Frau Bräuning da behauptet haben soll. Aber Herr Manke ist Schuhmann, darum hat er eine feinere Haut als gewöhnliche Sterbliche. Ein Schuhmann wird durch seine Vorgesetzten

geradezu daran gewöhnt, im Dienst sich durch jeden Bißlisten gekränkt zu fühlen, der ihn schief ansieht. Es tut dringend not, daß endlich einmal auch da der übertriebenen Schuhmanns-Empfindlichkeit entgegengetreten wird, nicht nur von den Gerichten, sondern auch von der „mahgebenden Stelle“ im Polizeipräsidium. Vielleicht schreibt der Herr Polizeimajor sich die Erfahrungen dieses Prozesses in sein Notizbuch.

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Königl. Opernhaus, Geshlossen.
Königl. Schauspielhaus. Abends: Auf Tour. Montag: Die Journale. Dienstag: Die Kadetten. Mittwoch: Bürgerlich und romantisch. Donnerstag: Doktor Mause. Freitag: Colberg. Sonnabend: Der eingebildete Kranke. Sonntag: Maria Stuart. Anf. 7 Uhr. Montag: Der Familienkrieg. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Neues Königl. Opernhaus. Sonntag Samson und Delila. Montag: Phäros Hochzeit. Dienstag: Cavalleria rusticana. Wagn. Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor. Donnerstag: Manfred. Freitag: Holger. Anfang 7 Uhr. Sonnabend: Manfred. Sonntag: Die Regimentstochter. Die Puppen. Anfang 7 1/2 Uhr. Montag: Die Walfire. Anfang 7 Uhr.
Deutsches Theater. Sonntag bis Mittwoch: Simson und Delila. (Anfang 8 Uhr.) Donnerstag: Faust. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Freitag und Sonnabend: Simson und Delila. Sonntag: Faust. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Montag: Amphitruon. (Anfang 8 Uhr.)
Deutsches Theater (Kammertheater). Sonntag bis Mittwoch: Die Schwärze. Donnerstag: Der gute König Dagobert. Freitag: Was ist ein König. Sonnabend: Der Graf von Gleichen. Sonntag: Der gute König Dagobert. Montag: Der Arzt am Scheidewege. (Anfang 8 Uhr.)
Reisinger-Theater. Sonntag: Lauris der Karr. Montag: Die Seher. Dienstag: Das Renzert. Mittwoch: Die Heilige. Anfang 7 1/2 Uhr. Donnerstag: Die Heilige. (Anfang 7 1/2 Uhr.) Freitag: Das Renzert. Sonnabend: Lauris der Karr. Sonntag: Hedda Gabler. Montag: Das Renzert. (Anfang 8 Uhr.)
Alteins Theater. Sonntag: Der gute König Dagobert. Montag: Kur ein Traum. Dienstag: Der gute König Dagobert. Mittwoch: Kur ein Traum. Donnerstag: Der gute König Dagobert. Freitag: Kur ein Traum. Sonnabend: Der gute König Dagobert. Sonntag: Kur ein Traum. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Sonntag: Kaffee. Montag: Ihr letzter Brief. Dienstag und Mittwoch: Kaffee. Donnerstag und Freitag: Ihr letzter Brief. Sonnabend: Kaffee. Sonntag: Ihr letzter Brief. Montag: Kaffee. (Anfang 8 Uhr.)
Berliner Theater. Sonntag bis Mittwoch: Laulu. (Anfang 8 Uhr.) Donnerstag bis Freitag: Das Waisentöchterchen. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Neues Theater. Sonntag bis Mittwoch: Rosenkranz. Donnerstag bis Freitag: Das gewisse Etwas. (Anfang 8 Uhr.)
Geibel-Theater. Sonntag bis Mittwoch: Wem gehört Helena? Donnerstag bis Sonnabend: Die Waise. Sonntag und Montag: Unbestimmt. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Romische Oper. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Tiesand. Abends: Rigenlebe. Montag: Tiesand. Dienstag bis Donnerstag: Rigenlebe. Freitag: Tiesand. Sonnabend: Der Arzt wider Willen. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Rigenlebe. Abends: Der Arzt wider Willen. Montag: Hoffmanns Erzählungen. (Anfang 8 Uhr.)
Thalia-Theater. Heute nachmittag 3 Uhr: Glück bei Frauen. Abends: Romische Nacht. (Anfang 8 Uhr.)
Schiller-Theater O. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Jar und Himmermann. Abends: Der Trompeter von Säckingen. Montag: Undine. Dienstag: Die Förster-Grotte. Mittwoch: Der Freischütz. Donnerstag: Wallenstein Lager. Die Piccolomini. Freitag: Die jährlichen Bemühungen. Am 10. Sonntag: Wallenstein Lager. Die Piccolomini. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Neue Jugend. Abends: Wallenstein Tod. Montag: Die Liebe wacht. (Anfang 8 Uhr.)
Schiller-Theater Charlottenburg. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Wilhelm Tell. Abends: Egmont. Montag bis Mittwoch: Die jährlichen Bemühungen. Donnerstag und Freitag: Der Bismarck. Sonnabend: Robale und Uebe. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Egmont. Abends: Der Bismarck. Montag: Breiter Willen. (Anfang 8 Uhr.)
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Sonntag bis Mittwoch: Geshlossen. Donnerstag und Freitag: Faust. (Anfang 8 Uhr.) Sonnabend und Sonntag: Wiederlebe. Montag: Faust. (Anfang 8 Uhr.)
Neues Operetten-Theater. Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Glocken von Cornville. Täglich: Der Graf von Luxemburg. (Anfang 8 Uhr.) Nächsten Sonntagnachmittag 3 Uhr: Die Glocken von Cornville.
Reisinger-Theater. Sonntag und folgende Tage: Im Laubenschlag. (Anfang 8 Uhr.)
Theater des Westens. Sonntag und folgende Tage: Die geschiedene Frau. (Anfang 8 Uhr.) Nächsten Sonntagnachmittag 3 Uhr: Ein Kaisermann.
Trianon-Theater. Sonntag und folgende Tage: Pariser Blüten. (Anfang 8 Uhr.) Nächsten Sonntagnachmittag 3 Uhr: Pariser Blüten.
Berliner Volks-Oper. Sonntag, Montag und Dienstag: Al-Helberg. Mittwoch: Der Flieger. Donnerstag und Freitag: Al-Helberg. Sonnabend: Der Flieger. Sonntag und Montag: Al-Helberg. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Prinzen-Theater. Sonntagnachm. 3 Uhr: Der Graf von Monte Christo. Abends: Der tolle See. Montag bis Mittwoch: Geshlossen. Donnerstag: Egmont. Freitag: Im Spätsommer. Sonnabend: Egmont. Sonntag: Die schöne Ungarin. Montag: Egmont. (Anfang 8 Uhr.)
Kunsttheater. Abends: Das Leinwandmännchen. (Anfang 8 Uhr.) Nächsten Sonntagnachmittag 3 Uhr: Das Leinwandmännchen.
Herrnfeld-Theater. Täglich: Die Welt geht unter. Wenn zwei das selbe tun. (Anfang 8 Uhr.)
Casino-Theater. Täglich: Der schneidige Rudolf. (Anfang 8 Uhr.)
Rose-Theater. Täglich: Ein seltsamer Fall. (Anfang 8 Uhr.)
Polka-Theater. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Palais Caprice. Abends: bis auf weiteres: Die böse 13. Die lustige Kolonne. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Werrapal-Theater. Abends: Gai! Die große Reue! (Anfang 8 Uhr.)
Wassage-Theater. Sonntag, nachmittag 3 Uhr: Spezialitäten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Wintergarten. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Reichshallen-Theater. Täglich: Seltener Sings. (Anfang 8 Uhr. Sonntag 7 Uhr.)
Walhalla-Theater. Abends: Spezialitäten. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Prater-Theater. Täglich: Schützenlied. (Anfang 8 Uhr.)
Carl-Sauerland-Theater. Täglich: Spezialitäten. (Anfang 8 Uhr.)
Urania-Theater. Täglich: 8/10. Sonntag und Montag: In den Dolomiten. Dienstag, Mittwoch und Donnerstag: Im Lande der Ritterkämpfer. Freitag, Sonnabend und Sonntag: Die Bräutler Verlassung. Montag: Unbestimmt. (Anfang 8 Uhr.)
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den Reichstagswahlkreis Rudowalde-Friedeberg. Kreisverein Berlin. Heute nachmittag 3 Uhr, bei Paul Schimm, Mittelstr. 80: Mitglieder-versammlung. Gäste willkommen.
Allgemeine Familien-Sterbekasse. Heute Sonntag von 3-6 Uhr: Jahrl. Adressl. 123 bei Bernide und Rarimannstr. 49 bei Raumann.

Kunstlicher Marktbericht der städtischen Marktverwaltung über den Großhandel in den Central-Markthallen. Markttag: Freitag. Zufuhr gemäch, Geschäft fest, Preise unverändert. Milch: Zufuhr in Milch nicht genügend, Nachhänger reichlich, Geschäft befriedigend, Preise in Milchhöfen nachgehend, sonst wenig verändert. Gellige: Zufuhr reichlich, Geschäft schwindend, Preise wenig verändert. Käse: Zufuhr reichlich, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Getreide: Zufuhr genügend, Geschäft etwas lebhafter, Preise fast unverändert.

Witterungsbericht vom 27. August 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.	Stationen	Barometer	Wind	Wolke	Temper.
Stettin	758.8	SW	4	15.5	Hamburg	760.8	SW	4	15.5
Darmstadt	757.8	SW	3	14.5	Berlin	761.8	SW	4	15.5
Berlin	757.8	SW	4	15.5	Frankfurt	760.8	SW	4	15.5
Frankfurt	760.8	SW	4	15.5	Wien	760.8	SW	4	15.5
Wien	760.8	SW	4	15.5					

Wetterprognose für Sonntag, den 28. August 1910.
Reiß bedeckt, noch Regenfälle, kühler, Westwinde.
Berliner Wetterbureau.

Inventur-Ausverkauf

in Mill-Opera-Concert-Apparaten.

Außerordentlich günstige Kaufgelegenheit
die sich in dem bedeutenden Umfange bei uns alljährlich nur einmal bietet.

Otto Jacob, sen., Berlin 505
Frieden-Straße 9.



Trotz
herabgeleiteter
Preise
bequemste
Ratenzahlung.
e e



Für alle
Apparate
2 Jahre
schriftliche
Garantie.

Mod. 20 früherer Preis M. 84.— **jetzt M. 69.—**. Eleganter Salon-Apparat, mahagonifarbig polierter Kasten m. Gold-Arbesken, Größe 35x35x17 cm. Alle Metallteile ff. vernickelt, farbig lackierter Tonarm u. Blumenschalltrichter, 52 cm Schallöffnung Mill-Opera-Konzert-Schalldose. Monatsrate M. 5.—, 8 Doppelplatten à 3 M. = 16 neueste Stücke u. 200 Nadeln bei Lieferung gratis. Bei der 6. Rate noch einmal 8 Doppelpl. gratis.



Mod. 17 früherer Preis M. 59.— **jetzt M. 49.—**. Aparte Luxus-Ausstattung, mahagonifarbig polierter Kasten mit Gold-Arbesken. Größe 33x33x15 cm. Alle Metallteile ff. vernickelt. Farbig lackierter Blumenschalltrichter, 41 cm Schallöffnung. 1a Konzert-Schalldose. Mit Mill-Opera-Konzert-Schalldose M. 8.— mehr. Monatsrate M. 4.—. Zum Apparat werden 6 Doppelplatten à 3 M. = 12 neueste Stücke und 200 Nadeln gratis geliefert. Weitere 6 Doppelplatten bei der 6. Rate.

Vertreter an allen Orten gesucht
gegen hohe Provision auch für unsere
Abteilung: Uhren und Goldwaren!



Mod. 11 früherer Preis M. 48,50 **jetzt M. 39,50**. Mahagonifarbig poliertes Gehäuse, Größe 28x28x13 cm, alle Teile ff. vernickelt. Farbig lack. Blumentrichter, 40 cm Schallöffnung. 1a Konzert-Schalldose. Mit Mill-Opera-Schalldose M. 8.— mehr. Monatsrate M. 3.—. Zum Apparat werden 5 Doppelplatten à 3 M. = 10 neueste Stücke und 200 Nadeln gratis geliefert. Bei der 6. Rate noch einmal 5 Doppelplatten gratis.



Mod. 15a früherer Preis M. 38,50 **jetzt M. 34.—**. Braun oder grün poliertes Gehäuse, Größe 28x28x13 cm, alle Teile ff. vernickelt, farbig lackiert. Blumentrichter, 38 cm Schallöffnung. 1a Konzert-Schalldose, mit Mill-Opera-Schalldose M. 8.— mehr. Monatsrate M. 3.—, 5 Doppelplatten à 3 M. = 10 neueste Stücke und 200 Nadeln bei Lieferung gratis. Bei der 6. Rate noch einmal 5 Doppelplatten gratis.

Bestell-Zettel im Convert einenden

Hiemit bestelle ich bei der Firma Otto Jacob senior, Berlin 505

1 Mill-Opera Mod. _____

inkl. den dazu gehörigen Schallplatten und 200 Nadeln.

Die Begleichung erfolgt durch Zahlung von M. _____ am 1. d. Mts. Beim Empfang zahle ich M. _____ durch Nachnahme an. Die Ware bleibt Eigentum der Firma bis alles bezahlt ist. Nichtzahlung von zwei Monatsraten hebt die Vergünstigung der Teilzahlung auf. Erfüllungsort Berlin-Mitte. Als Anzahlung sind 10—20 pCt. der Gesamtsumme erwünscht.

Ort: _____ Datum: _____

Vor- u. Zunamen: _____ Stand: _____

Straße u. Hausnummer: _____

Interessante Kataloge über Konzert-Apparate und Schallplatten überallhin gratis und franko.

Berlin, Alte Jakobstr. 124.
Elektro-Technikum
gegr. 1874. Eig. Fabrik. Elektro-,
Maschinen-, Bau-, Angewandte,
Lehrmittel-, Werkmeister-, Mon-
teur-Ausbild., Maschinenlabora-
torium. **Neuer Abendkursus.**
Prospekt kostenfrei.

Furniere — Hölzer!
Großes Lager von prima eichen
Furnieren und Dicken. Kuchl. Seiten,
Mahagoni, Eichenmoos, Eichenhorn
usw. zu allerbilligsten Preisen.
Auf Wunsch nehme Möbel in
Zahlung.
J. David, Frankf. Allee 160.

**Die reellsten und billigsten
Möbel**
und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zins-
vergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-
fabrik unter 10jähriger Garantie
A. Schulz, Reichenberger
Straße 5.

J. Baer
Ecke
Badstr. 26 Prinz-Allee
Herrn- und Knaben-
Moden, Berufskleidung.
Elegante
Einsegnungsanzüge.
:: Großes Stofflager ::
zur Anfertigung n. Maß
Allerbilligste, streng feste Preise.

Gneisenastraße 10,
S. Grau, billigste u. beste
Bezugsquelle für
Möbel jeder Art.
Kassa und Teilzahlung.

Gardinenfabrik:
Gardinenhaus
Bernhard
Schwarz
Wallstr. 13.

Die Vorteile
direkt in der
Fabrik
zu kaufen,
sind bedeutend.

Kaulsdorf und Mahlsdorf.
Nur 20 Pf.-Fahrt v. Zentrum Berlins,
trotzdem billig, als weiter v. Berlin
gelegene Orte, wie Hoppegarten,
Neuenhagen usw. Maß, Anzahlung,
lang. Hypotheken. Pläne gratis.
Verkauf ständig am Sht. Mahlsdorf
im Pavillon. 4351.
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Deutschlands Spezialgeschäft
grüßtes
Bettfedern
Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betrieb
Gustav Lustig
BERLIN S. 300 Prinzenstr. 46
berühmt geg. Nachnahme garantiert
neue und gut entstaubte, gut füllende
Bettfedern v. 100 St. 0.55-1.00-1.25;
prima Halbdaunen M. 1.75; Gänse-
rumpffedern M. 2.00; prima weiße
Gänsehalsdaunen M. 2.50-3.00-3.50
echt ohne Monopoldaunen
M. 2.55, echt russisch Wata-
dor, Gänsebaunen M. 3.50
Von den Zaunen gemischt 3-4 Pf.
zum groß. Coorbett — Gänsefederu
(1 Stück) M. 0.60 per Pfund; Gänse-
schlaftefeden, wie sie von der Gans
fallen, mit allen Zaunen M. 1.20,
Großen und Weichte gratis. Um-
tausch über Rückendung gebahrt.
Verpackung festmirt.
Zehnjähriger Umsatz über 2000
Zentner Bettfedern, von keinem
anderen Bettfedern u. Bett-
federngeschäft erreicht.

das selbsttätige
Waschmittel
gibt blendend weiße Wäsche, ist
garantiert unschädlich und billig
im Gebrauch.
Henkel & Co., Düsseldorf,
auch der weltbekannten
**Henkel's
Bleich-Soda**

Fabrik-Niederlage für Berlin u. Vororte: Joh. Schmalor, Berlin N. 4, Tieckstr. 11.

F J u R B!
nicht mehr ~~G~~ ~~F~~ ~~S~~ sondern
NKS 43 EAS

Beinkranke
Dr. Strahl's
Ambulatorium
Operationslose Behand-
lung ohne Berufsstörung
Sprechzeit: 10—12 und
3—5 Uhr,
Sonntags nur Vorm.
Prosp. gratis!
Berlin
N 24
Friedrichstr. 105a

Los nur 1/2 Mark!
Ziehung am 7. Sept. 1910
Schneidemühler
Automobil- u. Pferde-
Lotterie
3103 Gewinne i. W. v. zus. M.
100000
Hauptgew. 1 Automobil i. W. v. M.
15000
10000
5000
3000
2000
4 komplett bespannte vier-
und einspannige
Equipagen in W. von M.
11 Lose aus
verschied. 5 M.
Porto u. Liste 25 Pf. extra durch
das General-Debit
H. C. Kröger
Berlin W 8, Friedrichstr. 193a
sowie alle durch Plakate
kenntlich. Verkaufsstell.

7. Internationaler Transportarbeiter-Kongreß.

Kopenhagen, 25. August 1910.

Einleitend wies Döring in seinem Referat über die Form der Landesorganisation darauf hin, daß er sich infolge der vorangegangenen Auseinandersetzungen in eigenartiger Lage befände.

Die Organisationen der Transportarbeiter sind in den einzelnen Ländern nicht nur sehr verschieden, sondern meistens noch unzureichend.

Solche Organisationen bestehen in verschiedenen Ländern bei den Eisenbahnern. In Frankreich haben die Hafenarbeiter zwar eine Zentralorganisation, aber sie ist eigener Art.

In allen Ländern sind die Hafenarbeiter der direkten Aktion mehr oder weniger zugeneigt. Die Meinung, daß durch plötzliche Arbeits einstellen die Unternehmer leicht zur Nachgiebigkeit gezwungen werden könnten, ist bei den Hafenarbeitern noch sehr verbreitet.

Die kürzlich in Stockholm abgehaltene Konferenz der skandinavischen Seeleute hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß ein Verband der Seeleute für die drei skandinavischen Länder gegründet werden müsse, unter Ausschaltung der Transportarbeiter.

Ich will nicht sagen, daß in allen Ländern die Organisationen nach deutschem Muster eingerichtet werden sollen, denn ich möchte den Eindruck vermeiden, als wollten wir schulmeistern.

Die gewerkschaftlichen Organisationen bleiben auch am besten politisch neutral. Ihre Neutralität hindert sie nicht, zu bestimmten Geschehnissen Stellung zu nehmen.

Die Idee, die von den Seeleuten Englands propagiert wird, will ich hier nicht erörtern, da am Nachmittag die Konferenz tagt, die sich speziell mit dieser Frage zu befassen hat.

Ohne also schulmeistern zu wollen, möchte ich wünschen, daß die Transportarbeiter aller Länder sich starke zentralistische Organisationen schaffen.

Kopenhagen, 26. August 1910.

Den Vorsitz führt Lindley Schweden. Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Wilson England, daß gegen einen der anwesenden Gäste, den Vertreter des norwegischen Seemannsverbandes Olaf Barstad-Korvegen, Beschuldigungen erhoben worden seien, die eine Untersuchung und Klarstellung erforderten.

In der Diskussion über das Referat Dörings spricht zunächst Næpelt-Kopenhagen. Er betont, daß die Seeleute in Dänemark zu 90 Proz. organisiert sind. Er ist dafür, daß für die Seeleute innerhalb der I. L. F. eine spezielle Kommission geschaffen werde, und daß in Zukunft an den internationalen Transportarbeiterkongressen nur Vertreter der an die I. L. F. angeschlossenen Organisationen, die ihre Beitragspflicht erfüllt haben, teilnehmen dürfen.

Der Vertreter des niederländischen Scheep- an Bootwerkersbonds van der Vexgh sagt, daß das Referat des Kollegen Döring sehr oberflächlich gewesen sei. Er habe die Idee der Zentralisation theoretisch behandelt, aber keine Argumente dafür angeführt, daß die Zentralisation die richtige Organisationsform sei.

Müller-Wien, Vertreter der Eisenbahner Oesterreichs, wendet sich entschieden gegen die Ausführungen van der Vexghs. Er meint, daß auf diesem Kongress syndikalistische Ideen keinen Platz finden werden.

Markmann-Holland spricht sich in ähnlicher Weise wie v. d. Vexgh aus. In Holland sei die Durchführung der Zentralisation überhaupt nicht möglich.

Degeest-Holland sagt, daß Döring in seinem Referat die Verhältnisse so geschildert habe, wie sie vor etwa zwei Jahren lagen. In den letzten beiden Jahren hätten sich aber wichtige Veränderungen dort vollzogen.

Le Guinnee-Frankreich vertritt den Standpunkt der syndikalistischen Organisationen. Döring habe die Verhältnisse in Frankreich nicht richtig wiedergegeben.

Andersen-Dänemark hofft und wünscht, daß die auf dem Kongress zutage getretenen Dezentralisationsbestrebungen erfolgreich bleiben werden.

Forstner-Wien wendet sich gegen die Vertreter des Syndikalismus. In Oesterreich habe man die Erfahrung gemacht, daß nur strenge Zentralisation und Disziplin die Gewerkschaften zum Ziele führe.

Müller-Oesterreich wünscht, daß die gewerkschaftlichen Organisationen in allen Ländern mehr mit sozialem Geist erfüllt werden. Er kann Döring in seiner Ansicht über die Neutralität der Gewerkschaften nicht folgen.

In seinem Schlusswort gibt Döring zunächst seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß es ihm nicht möglich war, die Organisationsfrage eingehender zu behandeln.

Schließlich erklärte sich der Kongress mit den Ausführungen Dörings einverstanden.

Müller-Berlin erstattet hierauf den Bericht von der Konferenz der Vertreter der Seeleute. Der Bericht wird mit großem Beifall entgegengenommen und die Vorschläge finden die einstimmige Zustimmung des Kongresses.

Döring erstattet Bericht über die gestern nachmittag abgehaltene Konferenz der Vertreter der Hafenarbeiter und ersucht um Annahme der folgenden in der Konferenz beratenen Anträge und Resolutionen: Die Uniao dos Operarios Estrangeiros in Rio de Janeiro beantragt: Der Kongress möge Schritte unternehmen, den Mannschaften der ausländischen Dampfer, die in Rio de Janeiro anlaufen, zu untersagen, daß sie Sonntags die Dampfer laden oder löschen.

Der Svenska Transportarbetarebund beantragt: „Der Kongress möge internationale Maßnahmen ergreifen, um die Verwendung der Seeleute an den Dampfwinden beim Laden und Löschen abzuschießen.“

Ein weiterer Antrag verlangt, daß auch für die Hafenarbeiter eine Legitimationskarte eingeführt werde. Ferner fordert ein Antrag, daß dahin gewirkt werde, daß die Seeleute in den Häfen, in denen die Hafenarbeiter sich im Streik befinden, nicht verpflichtet werden können, Streikbrecherdienste zu verrichten.

Schließlich sollen Sekretäre in allen Ländern bestellt werden, die über alle Maßnahmen der Meeder und über alle wichtigen Vorgänge in Meederkreisen berichten sollen.

Die Anträge wurden ohne Diskussion einstimmig angenommen. Es folgt die Beratung und Beschlussfassung über die weiteren Anträge. Nach kurzer Debatte werden folgende Anträge dem Zentralrat überwiesen: Ein Antrag des „Allgemeine Niederländische Seemannsbund“:

1. Es wird als die erste Pflicht eines jeden organisierten Seemanns betrachtet, mit allen Kräften gegen den Gebrauch von alkoholischen Getränken zu kämpfen.

2. Die organisierten Seeleute aller Länder haben die Pflicht, sich bei Annäherungen gegenseitig zu unterstützen und mitzuarbeiten an der Placierung.

3. Der Kongress möge erwägen, ob nicht auf allen Schiffen nachfolgende Verbesserungen angebracht werden können, die sich auf die Placierung und Einrichtung der Logis für die Besatzung unter dem Range eines Steuermannes und Maschinenisten beziehen:

a) Die Logis sind midship anzubringen. b) Die Kojen der Schlafplätze sind so anzubringen, daß sie nicht längs Bord des Schiffes sind, auch nicht übereinander stehen. c) Aufenthaltsraum und Schlafplätze müssen voneinander getrennt sein. d) Es muß für eine gute Ventilation Sorge getragen werden und sowohl des Nachts als während des Tages für eine ausreichende Beleuchtung.

e) Ebenfalls muß für einen ausreichenden Raum gesorgt werden, damit die Effekten und sonstigen Sachen der Besatzung untergebracht werden können. Auch muß eine Vadelammer für die Mannschaft vorhanden sein.

4. Der Kongress möge erwägen, ob nicht auf allen Schiffen nachfolgende Verbesserungen angebracht werden können, die sich auf die Placierung und Einrichtung der Logis für die Besatzung unter dem Range eines Steuermannes und Maschinenisten beziehen:

a) Die Logis sind midship anzubringen. b) Die Kojen der Schlafplätze sind so anzubringen, daß sie nicht längs Bord des Schiffes sind, auch nicht übereinander stehen. c) Aufenthaltsraum und Schlafplätze müssen voneinander getrennt sein. d) Es muß für eine gute Ventilation Sorge getragen werden und sowohl des Nachts als während des Tages für eine ausreichende Beleuchtung.

e) Ebenfalls muß für einen ausreichenden Raum gesorgt werden, damit die Effekten und sonstigen Sachen der Besatzung untergebracht werden können. Auch muß eine Vadelammer für die Mannschaft vorhanden sein.

5. Ferner ein Antrag der „Niederländische Vereeniging van Spaar- en Tramweg-Personeel“: Der internationale Sekretär wird beauftragt, eine Liste der zusammenzufassen a) aus den bekommenen Informationen über die Arbeitsbedingungen der Eisenbahner, in welcher die Angestellten, welche dieselbe Arbeit leisten, möglichst mit demselben Namen angedeutet werden; b) über die Einrichtung

und Arbeitsnachweise von Personalauswärtigen der Eisenbahner und über die gesetzlichen Bestimmungen gegen das Streikrecht; c) über die finanziellen Ergebnisse der Staats- und privaten Eisenbahnbetriebe, und die Resultate vor dem nächsten Kongress den angeschlossenen Verbänden zuzustellen. Ferner empfiehlt der 7. internationale Kongress den angeschlossenen Organisationen der Eisen- und Straßenbahner, in den verschiedenen Ländern dahin zu streben, daß die Staatsbehörden Vorschriften über die Arbeitsbedingungen erlassen, die denen bei den Privatgesellschaften mindestens entsprechen müssen.

Die Organisation der Hafenarbeiter in Frankreich beantragt: 1. Die gleichen Beiträge für alle angeschlossenen Organisationen. 2. Es bleibt jeder Landesorganisation überlassen, ihre internationale Propaganda nach Kategorien und Bedarf zu unternehmen. 3. Es bleibt jeder angeschlossenen Organisation frei, auf Konferenzen oder internationalen Kongressen nach gleichen Kategorien zusammenzutreten, um den Bedürfnissen ihres Kreises gerecht zu werden.

Ueber den ersten Teil des Antrages wird nach Mitgliebereinstimmung abgestimmt. Die Gleichstellung der Beitragsleistung der Eisenbahner an die I. L. F. wird mit 235 000 gegen 9100 Stimmen angenommen.

Der Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Oesterreichs beantragt: Der I. L. F. können nur zentrale Reichsorganisationen angegliedert werden, die auf dem Grundsatze der Internationalität aufgebaut sind und von der gewerkschaftlichen Reichszentrale der Arbeiterorganisationen des betreffenden Staates anerkannt sind.

Hierzu liegt folgender Zusatzantrag vor: Ausnahmen hiervon sind nur für die Organisationen derjenigen Länder zulässig, in denen gesetzliche Bestimmungen oder behördliche Maßnahmen den Zusammenschluß der Organisationen verhindern.

Die Sitzung dauert fort.

Die Konferenz der Seeleute.

In der Konferenz der Vertreter der Seeleute, die vom Zentralrat der I. L. F. geleitet wurde, erklärte Wilson, daß es sich offenbar bei den Auseinandersetzungen zwischen ihm und Müller um Mißverständnisse handele.

Die folgenden Redner erklärten alle die Schwierigkeiten an, die in der Agitation unter den Seeleuten bestehen, und wünschten, daß eine Verständigung unter den Organisationen herbeigeführt werde.

Müller glaubt, daß diese Verständigung wohl möglich sei, wenn es sich um nichts anderes handle, was Wilson jetzt genau umschrieben habe.

Müller machte dann folgende Vorschläge: Der Zentralrat soll unter Hinzuziehung von vier Vertretern der Seeleute der angeschlossenen Organisationen beraten, wie die in der Agitation bestehenden Schwierigkeiten beseitigt werden und die Beschlüsse der Wiener Konferenz durchgeführt werden können.

Zu regeln sei zunächst: die Uebertrittsfrage, die Einführung einer Legitimationskarte für die Mitglieder der der I. L. F. angeschlossenen seemannischen Organisationen und schließlich die Beitragsfrage.

Sobald eine Verständigung innerhalb dieser Kommission erzielt sei, soll ein Manifest herausgegeben werden.

Wilson schlägt vor, zur Beratung der von Müller gemachten Vorschläge und zur Veratung der weiteren Frage bet. den bevorstehenden Streik der Seeleute in England eine Kommission von 5 Mann zu wählen.

Wilson schlägt vor, zur Beratung der von Müller gemachten Vorschläge und zur Veratung der weiteren Frage bet. den bevorstehenden Streik der Seeleute in England eine Kommission von 5 Mann zu wählen.

Nach Wiedereröffnung der Konferenz erstattete Paul Müller den Bericht über die Beratungen der Kommission.

Es soll eine Legitimationskarte für die Mitglieder der der I. L. F. angeschlossenen seemannischen Organisationen eingeführt werden.

Die vier Vertreter sollen Mitglieder der angeschlossenen Organisationen in England, Belgien, Skandinavien und Amerika sein.

In Gemeinschaft mit diesen Vertretern soll der Zentralrat einen Gegenseitigkeitsvertrag ausarbeiten und baldmöglichst den Organisationen vorlegen.

Bezüglich der Aktionen gegen die Unternehmer wegen Verbesserung der Lage der Seeleute erklärt die Kommission, daß es Pflicht der Organisationen sei, Forderungen zu stellen, eventuell den Kampf aufzunehmen.

Ueber Zeitpunkt und Art des Kampfes sollen heute keine Beschlüsse gefaßt werden. Die Organisation der englischen Seeleute soll in dieser Frage nicht unternehmen ohne Zustimmung der I. L. F.

Die Seeleute sollen nicht im Unklaren darüber gelassen werden, daß der Kampf nötig, jedenfalls unvermeidlich sein wird.

Dieser Satz könnte den Anschein erwecken, als wenn die hier in Frage kommende Organisation, der Deutsche Metallarbeiterverband, auf diesem Gebiete etwas veräußert hätte.

Wir halten es deshalb für notwendig, einige Bemerkungen zu dieser Angelegenheit zu machen.

Sofort nach dem Bekanntwerden der Ergebnisse der letzten Verfassung im Sommer 1909 haben wir durch ein Flugblatt eine allgemeine Agitation für die Gewinnung der Arbeiterinnen eingeleitet.

Wir haben weiter eine Kommission eingesetzt, deren ausschließlicher Zweck die Vertretung der Agitation unter den Arbeiterinnen ist.

Weiter sind sämtliche Funktionäre wiederholt aufgefordert worden, diese Kommission in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

Das, was wir mit diesen Maßnahmen auf dem richtigen Wege sind, beweisen folgende Zahlen. Anfang 1908 hatten wir in Berlin 8564 weibliche Mitglieder. Infolge der Wirksamkeit der Agitationskommission für die Arbeiterinnen stieg die Zahl bis Ende 1909 auf 4222. Nach der vor einigen Wochen erfolgten Zusammenstellung für das zweite Quartal 1910 hatten wir am 1. Juli 1910: 5503 weibliche Mitglieder. Diese

Aus der Frauenbewegung.

Die weibliche Arbeitskraft in der Eisen- und Metallindustrie.

Unter obiger Ueberschrift bringt der „Vorwärts“ vom 24. d. M., zweite Beilage, eine Notiz, die äußerst wichtige Zahlen über die Ausdehnung der weiblichen Arbeitskraft in der Metallindustrie enthält.

Am Schluß heißt es, daß die männlichen Berufscollegen die Pflicht hätten, die große Zahl der in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen.

Dieser Satz könnte den Anschein erwecken, als wenn die hier in Frage kommende Organisation, der Deutsche Metallarbeiterverband, auf diesem Gebiete etwas veräußert hätte.

Wir halten es deshalb für notwendig, einige Bemerkungen zu dieser Angelegenheit zu machen.

Sofort nach dem Bekanntwerden der Ergebnisse der letzten Verfassung im Sommer 1909 haben wir durch ein Flugblatt eine allgemeine Agitation für die Gewinnung der Arbeiterinnen eingeleitet.

Wir haben weiter eine Kommission eingesetzt, deren ausschließlicher Zweck die Vertretung der Agitation unter den Arbeiterinnen ist.

Zahlen sind ermündernd für die Wetterarbeit und hoffen wir, allerdings nur bei allseitiger tatkräftiger Mitarbeit, bald dasselbe Organisationsverhältnis bei den Arbeiterinnen erreicht zu haben wie bei unseren männlichen Kollegen.

Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.
Es ist und natürlich nicht eingeleitet, zu behaupten, die Organisationsleitung tue nicht ihre Pflicht; ein solcher Vorwurf ist aus unserer Notiz auch nicht herauszulesen. Wir sind nur der Ansicht, die Anregung der Organisation findet bei den Metallarbeitern noch nicht die genügende Beachtung. Das gilt besonders für viele Orte außerhalb Berlins. Der von der Verwaltung des Metallarbeiterverbandes vorstehend ausgesprochene Wunsch, daß seine Bemühungen allseitige Unterstützung finden möchten, entspricht der von uns erhobenen Forderung.

Eine Frau als Museumsinspektor. In dem öffentlichen Wettbewerb für die Besetzung der Staatsstelle als Inspektor des Nationalmuseums der Villa Giulia in Rom hat eine Dame, Frau Ingeborg Morpurgo die meisten Stimmen erhalten. Einige Mitglieder der Kommission stellten die Wählbarkeit einer Frau in Abrede. Wenn sie auch eine tüchtige Archäologin wäre, so könnte sie den Strapazen, die die Lieberwahrung zur Verhütung mißbräuchlicher Nachgrabungen mit sich bringt, nicht gewachsen sein. Mit 42 gegen 8 Stimmen wurde die Ernennung der Dame zu der wichtigen Stellung dem Unterrichtsminister vorge schlagen.

Veranstaltungen - Veranstaltungen.
Sechster Wahlkreis. Montag, den 20. August, 8, 9, 11. und 12. Abteilung: Ausflug nach Jeshendorf zur Besichtigung der Erziehungsanstalt. Treffpunkt 1/2 Uhr, Wannsee-Bahnhof.
Brig-Adolf. Montag 1/2 Uhr bei R. Venisch, Rubow-Edel-Hammannstraße: Vortrag. Genosse W. Konrad. Die Ziele der modernen Frauenbewegung. Die Mitglieder des Wahlvereins werden ersucht, ihre Frauen und Töchter auf die Frauenversammlung hinzuweisen.

Lesende.
Nieder-Schöneeweide. Montag, den 20. März, 8 1/2 Uhr, beim Genossen Kengsch, Friher Str. 17: Wahl der Lesende-leiterin, Vorlesung der Genossin Wrede.
Hummelsburg. Montag, 20. August, bei Blume, Alt-Bozthagen 56: Vortrag. Genosse John.

Friedenau. Montag, den 20. August, 8 1/2 Uhr, bei Reiche, Sandjehstr. 60/61: Vortrag. Genossin Schulte-Rigdorf: „Bürgerliche und proletarische Frauenbewegung“.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 69, vorn vier Treppen - Fahrstuhl - wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr nachmittags statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Nachsatz und eine Zahl des Briefes beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.
Ausfrage. Beziehen Sie die Sache mit G. Winkler, Rigdorf, Kirchhofstraße 46 II oder nehmen Sie Einsicht in die Statuten und Jugendkammer. Wobin entscheiden Sie bitte selber. - P. 100. Anspruch auf Kündigung haben Sie nach Ihrer Darstellung nicht. - J. 1. Die Fragen lassen sich nicht in Briefkasten behandeln. - G. 125. Sie müssen uns angeben, um welche Papiere es sich handelt. - Holländerbaum Nr. 12. Leider wissen wir keinen Anwesenden von Holländerbeeren. - G. K. 20. Wenn Sie dafür den Beweis erbringen können: ja. - G. 1. Vorkaufspräsidentin Charlottenburg. 2. Demaschein. 3. Die Frau erwidert mit Ihnen gleichzeitig die preussische Staatsangehörigkeit kraft Gesetzes ohne besonderen Antrag. - G. 100. Wenn der Korridor an den Bewohner der Nachbarwohnung demietet ist, ja. Es muß aber der Durchgang bleiben. - G. 162. Ohne Prüfung der Akten können wir eine bestimmte Auskunft nicht erteilen. Annehmend liegt ein Verschulden des Anwalts vor. Gegen das Bescheidurteil - um ein solches handelt es sich wohl - kann binnen 14 Tagen nach Zustellung Einspruch eingelegt werden. - M. P. 100. Der Mann hat, die Frau soll im Prozeß ihre Verpflichtung mangels Vertragschluß bestritten. - P. 500. Nicht bekannt. - K. J. 60. Nein, erst dann, wenn er aufgeführt ist, daß zu unterlassen. - G. 2. 114. Sprechen Sie mit dem Vorsitzenden des dortigen Wahlvereins. - P. St. Nr. 1. 1. Sie können Zahlung des ganzen Betrages verlangen. In der Regel empfiehlt es sich jedoch, sich auf Abzahlungen einzulassen. 2. Beim Schöffengericht. 3. Nein. - W. G. 17. Nur auf Antrag des Gläubigers und, wenn es sich nicht um eine Armensache handelt, nachdem dem Gerichtsvollzieher die Einzahlung eines Vorschusses von 45 M. nachgewiesen ist. - G. G. Florastraße 11. 1. Nein. 2. Ihre Frau ist zahlungsunfähig. - G. K. 100. Nur dann, wenn der Mann für den allein schuldigen Teil erklärt ist. - M. G. 50. Ja, sofern und soweit der gesetzliche Pflichtteil verletzt ist. - G. M. Kopenhagener Straße. Bei dem Armenkommissionsvorsitzer Ihres Bezirks ist ein Armutsgesuch zu beantragen. Nach Empfang ist dasselbe dem zuständigen Gericht mit einem Gesuch um Bewilligung des Armenrechts und Beordnung eines Rechtsanwalts einzureichen. - 1000. P. P. 1. Nichts. 2. Ja. 3. Nein. Bei einer künftigen Veranlagung müssen Sie rechtzeitig reklamieren.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Seelitz. Buch und anderen Heilstätten. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Seelitz blieben, wollen uns wegen der Lieberweisung von Freigedruckten sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestellung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 26. 8.	am 25. 8.	Wasserstand	am 26. 8.	am 25. 8.
Remel, Mühl	233	+7	Saale, Großh.	100	0
Bregel, Jüterburg	103	-6	Dabel, Spandau	78	0
Weißel, Horn	134	-8	Rademond	68	0
Oder, Rathor	158	-27	Spree, Spremberg	138	-6
Strosen	111	-7	Beestow	165	+3
Frankfurt	140	0	Röhden	-72	-14
Barthe, Schrumm	-14	0	Rubien	18	+2
Randberg	-28	+3	Rhein, Rastatt	504	-10
Rege, Borsdam	-8	+4	Rand	809	-9
Elbe, Zeitz	-40	-7	Rhin	332	+16
Elbe, Preitmer	-148	+5	Redar, Heilbronn	75	-5
Elbe, Borsdam	101	+2	Rain, Weiskim	159	+8
Elbe, Ragdeburg	94	-8	Rosel, Trier	122	-8

+) + bedeutet Sturz, - Fall, *) Unterpezel.

Unserem Genossen nebst **Fritz Klauenberg** Gemahlin die herzlichsten Mitbedauern zu ihrem am morgenden Tage stattfindenden Sarge. Die Genossen des 739. Bezirks.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis: Straßauer Viertel. (Bezirk 331 II.)
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin Frau **Wilhelmine Hönieke** (Friedrichstraße 11) gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
Todes-Anzeige.
Am Donnerstag, den 25. August, verstarb unser Mitglied **Frau Luise Seidel** Kolberger Straße 12/13.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen Montag, den 29. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Pauli-Kirchhofes, Müllerstraße, Ecke Seefstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Frau des Kollegen **Luise Seidel** geb. Bartel Kolberger Str. 12 (Bezirk II) am 25. d. M. verstorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 29. August, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem Städtischen Friedhof in der Müller- u. Seefstraße, von der Halle aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden als auch Bekannten die traurige Nachricht, daß am 26. d. M., nachmittags 1 1/2 Uhr, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, nach langen Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigt mit der Bitte um Hilfe Teilnahme schmerzhaft an nebst **Albert Seidel** Kindern.
Kolberger Str. 12/13.
Die Beerdigung findet Montag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Städtischen Friedhofes in der Müllerstraße aus statt. 5698

Allen Verwandten, Freunden als auch Bekannten die traurige Nachricht, daß am 29. August, morgens 6 1/2 Uhr, mein geliebter Mann und herzender Vater **Georg Rödel** nach langem, qualvollem Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigen unter großer Betrübnis an **Die Hinterbliebenen, Marie Rödel, Arthur Rödel.**
Die Beerdigung findet am Montag nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle der St. Andreas-Gemeinde, Wilhelmshagen, aus statt. 107/10 Die Geschäftsleitung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am 29. August, morgens 6 1/2 Uhr, mein geliebter Mann und herzender Vater **Georg Rödel** nach langem, qualvollem Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigen unter großer Betrübnis an **Die Hinterbliebenen, Marie Rödel, Arthur Rödel.**
Die Beerdigung findet am Montag nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle der St. Andreas-Gemeinde, Wilhelmshagen, aus statt. 107/10 Die Geschäftsleitung.

Arbeitsräume
Frankf. Allee 167 II Tr. 6 helle Vorderzimmer mit Küche u. Korridor, per 1. Okt. preisw. zu verm. Näh. dort bei Hans Hinz.

Sozialdemokratischer Wahlverein Alt-Glienicke.
Am Freitag, den 26. d. M., nachmittags 11 1/2 Uhr verschied nach langen, schweren Leiden unser Mitglied, Frau **Hedwig Dürre** an der Proletarierkrankheit.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin.
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Revolverdreher **Hermann Winkel** gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 28. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Pauli-Kirchhofes in der Seefstraße, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Handdiener **Louis Gericke** am 26. d. M. im Alter von 64 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 29. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rigdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung wird gebeten. 71/11 Die Bezirksverwaltung.

Verband deutscher Textilarbeiter. Filiale Berlin.
Nach langem, schwerem Krankenlager verstarb am 26. August unser treuer Kämpfer, der Teppichweber **Georg Rödel.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 29. August, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Andreas-Kirchhofes in der Müllerstraße, aus statt. 107/10 Die Geschäftsleitung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am 29. August, morgens 6 1/2 Uhr, mein geliebter Mann und herzender Vater **Georg Rödel** nach langem, qualvollem Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigen unter großer Betrübnis an **Die Hinterbliebenen, Marie Rödel, Arthur Rödel.**
Die Beerdigung findet am Montag nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle der St. Andreas-Gemeinde, Wilhelmshagen, aus statt. 107/10 Die Geschäftsleitung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am 29. August, morgens 6 1/2 Uhr, mein geliebter Mann und herzender Vater **Georg Rödel** nach langem, qualvollem Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigen unter großer Betrübnis an **Die Hinterbliebenen, Marie Rödel, Arthur Rödel.**
Die Beerdigung findet am Montag nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle der St. Andreas-Gemeinde, Wilhelmshagen, aus statt. 107/10 Die Geschäftsleitung.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß am 29. August, morgens 6 1/2 Uhr, mein geliebter Mann und herzender Vater **Georg Rödel** nach langem, qualvollem Leiden sanft entschlafen ist.
Dies zeigen unter großer Betrübnis an **Die Hinterbliebenen, Marie Rödel, Arthur Rödel.**
Die Beerdigung findet am Montag nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle der St. Andreas-Gemeinde, Wilhelmshagen, aus statt. 107/10 Die Geschäftsleitung.

Zurückgelehrt: Zahnarzt 1882/17 **Dr. dent. Seligmann.**

Am Donnerstag, den 26. d. M., nachmittags verstarb nach kurzer Krankheit meine liebe Frau **Wilhelmine Hube** geb. Jähnen.
Dies zeigt betrübt an **Karl Hube, Maurer.**
Die Beerdigung findet heute Sonntag, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Rigdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Verband der Fabrikarbeiter. Verwaltung Berlin.
Am 25. August 1910 verstarb unser Mitglied **Ernst Simon.**
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. August, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Legeler Friedhofes aus statt. 63/19 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme und die zahlreichen Spenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters **Gustav Hebel** sagen wir auf diesem Wege allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.
Witwe **Auguste Hebel** und Kinder. 5875

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines Schwagers **Ernst Schnitz** sowie für die Blumen und Kränze sage ich allen Verwandten und Bekannten, auch dem Sängerverein von Baumgartenweg, seinen Kollegen und Parteigenossen meinen innigsten Dank.
Alb. Hoffmann, Hamburg 23, Wielandstraße 33.

Dankfagung.
Für die herzliche Teilnahme an dem Begräbnis meines Mannes **Paul Hannemann** sage ich allen Genossen und Genossinnen meinen herzlichsten Dank.
Frau Anna Hannemann und Sohn.

Danksagung.
Für die Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Karl Freidank** sagen allen Verwandten, Bekannten sowie den beteiligten Vereinen herzlichsten Dank.
Witwe Freidank nebst Kindern.
Die Harnleiden ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von **Dr. med. Schaper,** BERLIN - Preis 1 Mark. 7122 Tausend. Verlag Max Richter, Frankfurt, Oder Buchschiffweg.

Einsegnungsanzüge
sehr große Auswahl fertig 9,- an, nach Maß außergewöhnlich billig. Herrenanzüge 8,25 an. Herren-Hosenanzüge 32-35 M. Stoff, engl. Tauche, Angkorreife billig. Wenn schicken wir unsere Vertreter mit Muster ohne Kaufverpflichtung. **Tuchgesellschaft** Kottbuserdamm 16-17 (Hoh.) Borsiger d. Unterstr. erhält 5%, Rabatt.

Sie gewinnen sicher

die Ueberzeugung, meine Damen, dass Sie bei **Westmann** ganz hervorragend billigen Preisen kaufen können.

Neuheiten in Herbst- u. Winter-Konfektion Einzelne Modelle jetzt schon bis 50% unter Preis!

Die Bestände aus der letzten Sommer- u. Reise-Saison Leinen, Seiden, Bast-Mäntel, Linnen, Seiden, Bast, Tauchstoffe, Kimono, Jackette, Kleider, Röcke, Blusen etc.

jetzt zu folgenden Preisen: **Woll. L. - 7 1/2, R. - 12 - 15 - 20 - 24 - 42 - 51 - 60 - 70 - 80 - 90 - 100 - 120 - 150 - 200 - 300 - 400 - 500 - 600 - 700 - 800 - 900 - 1000 - 1200 - 1500 - 2000 - 3000 - 4000 - 5000 - 6000 - 7000 - 8000 - 9000 - 10000 - 12000 - 15000 - 20000 - 30000 - 40000 - 50000 - 60000 - 70000 - 80000 - 90000 - 100000 - 120000 - 150000 - 200000 - 300000 - 400000 - 500000 - 600000 - 700000 - 800000 - 900000 - 1000000 - 1200000 - 1500000 - 2000000 - 3000000 - 4000000 - 5000000 - 6000000 - 7000000 - 8000000 - 9000000 - 10000000 - 12000000 - 15000000 - 20000000 - 30000000 - 40000000 - 50000000 - 60000000 - 70000000 - 80000000 - 90000000 - 100000000 - 120000000 - 150000000 - 200000000 - 300000000 - 400000000 - 500000000 - 600000000 - 700000000 - 800000000 - 900000000 - 1000000000 - 1200000000 - 1500000000 - 2000000000 - 3000000000 - 4000000000 - 5000000000 - 6000000000 - 7000000000 - 8000000000 - 9000000000 - 10000000000 - 12000000000 - 15000000000 - 20000000000 - 30000000000 - 40000000000 - 50000000000 - 60000000000 - 70000000000 - 80000000000 - 90000000000 - 100000000000 - 120000000000 - 150000000000 - 200000000000 - 300000000000 - 400000000000 - 500000000000 - 600000000000 - 700000000000 - 800000000000 - 900000000000 - 1000000000000 - 1200000000000 - 1500000000000 - 2000000000000 - 3000000000000 - 4000000000000 - 5000000000000 - 6000000000000 - 7000000000000 - 8000000000000 - 9000000000000 - 10000000000000 - 12000000000000 - 15000000000000 - 20000000000000 - 30000000000000 - 40000000000000 - 50000000000000 - 60000000000000 - 70000000000000 - 80000000000000 - 90000000000000 - 100000000000000 - 120000000000000 - 150000000000000 - 200000000000000 - 300000000000000 - 400000000000000 - 500000000000000 - 600000000000000 - 700000000000000 - 800000000000000 - 900000000000000 - 1000000000000000 - 1200000000000000 - 1500000000000000 - 2000000000000000 - 3000000000000000 - 4000000000000000 - 5000000000000000 - 6000000000000000 - 7000000000000000 - 8000000000000000 - 9000000000000000 - 10000000000000000 - 12000000000000000 - 15000000000000000 - 20000000000000000 - 30000000000000000 - 40000000000000000 - 50000000000000000 - 60000000000000000 - 70000000000000000 - 80000000000000000 - 90000000000000000 - 100000000000000000 - 120000000000000000 - 150000000000000000 - 200000000000000000 - 300000000000000000 - 400000000000000000 - 500000000000000000 - 600000000000000000 - 700000000000000000 - 800000000000000000 - 900000000000000000 - 1000000000000000000 - 1200000000000000000 - 1500000000000000000 - 2000000000000000000 - 3000000000000000000 - 4000000000000000000 - 5000000000000000000 - 6000000000000000000 - 7000000000000000000 - 8000000000000000000 - 9000000000000000000 - 10000000000000000000 - 12000000000000000000 - 15000000000000000000 - 20000000000000000000 - 30000000000000000000 - 40000000000000000000 - 50000000000000000000 - 60000000000000000000 - 70000000000000000000 - 80000000000000000000 - 90000000000000000000 - 100000000000000000000 - 120000000000000000000 - 150000000000000000000 - 200000000000000000000 - 300000000000000000000 - 400000000000000000000 - 500000000000000000000 - 600000000000000000000 - 700000000000000000000 - 800000000000000000000 - 900000000000000000000 - 1000000000000000000000 - 1200000000000000000000 - 1500000000000000000000 - 2000000000000000000000 - 3000000000000000000000 - 4000000000000000000000 - 5000000000000000000000 - 6000000000000000000000 - 7000000000000000000000 - 8000000000000000000000 - 9000000000000000000000 - 10000000000000000000000 - 12000000000000000000000 - 15000000000000000000000 - 20000000000000000000000 - 30000000000000000000000 - 40000000000000000000000 - 50000000000000000000000 - 60000000000000000000000 - 70000000000000000000000 - 80000000000000000000000 - 90000000000000000000000 - 100000000000000000000000 - 120000000000000000000000 - 150000000000000000000000 - 200000000000000000000000 - 300000000000000000000000 - 400000000000000000000000 - 500000000000000000000000 - 600000000000000000000000 - 700000000000000000000000 - 800000000000000000000000 - 900000000000000000000000 - 1000000000000000000000000 - 1200000000000000000000000 - 1500000000000000000000000 - 2000000000000000000000000 - 3000000000000000000000000 - 4000000000000000000000000 - 5000000000000000000000000 - 6000000000000000000000000 - 7000000000000000000000000 - 8000000000000000000000000 - 9000000000000000000000000 - 10000000000000000000000000 - 12000000000000000000000000 - 15000000000000000000000000 - 20000000000000000000000000 - 30000000000000000000000000 - 40000000000000000000000000 - 50000000000000000000000000 - 60000000000000000000000000 - 70000000000000000000000000 - 80000000000000000000000000 - 90000000000000000000000000 - 100000000000000000000000000 - 120000000000000000000000000 - 150000000000000000000000000 - 200000000000000000000000000 - 300000000000000000000000000 - 400000000000000000000000000 - 500000000000000000000000000 - 600000000000000000000000000 - 700000000000000000000000000 - 800000000000000000000000000 - 900000000000000000000000000 - 1000000000000000000000000000 - 1200000000000000000000000000 - 1500000000000000000000000000 - 2000000000000000000000000000 - 3000000000000000000000000000 - 4000000000000000000000000000 - 5000000000000000000000000000 - 6000000000000000000000000000 - 7000000000000000000000000000 - 8000000000000000000000000000 - 9000000000000000000000000000 - 10000000000000000000000000000 - 12000000000000000000000000000 - 15000000000000000000000000000 - 20000000000000000000000000000 - 30000000000000000000000000000 - 40000000000000000000000000000 - 50000000000000000000000000000 - 60000000000000000000000000000 - 70000000000000000000000000000 - 80000000000000000000000000000 - 90000000000000000000000000000 - 100000000000000000000000000000 - 120000000000000000000000000000 - 150000000000000000000000000000 - 200000000000000000000000000000 - 300000000000000000000000000000 - 400000000000000000000000000000 - 500000000000000000000000000000 - 600000000000000000000000000000 - 700000000000000000000000000000 - 800000000000000000000000000000 - 900000000000000000000000000000 - 1000000000000000000000000000000 - 1200000000000000000000000000000 - 1500000000000000000000000000000 - 2000000000000000000000000000000 - 3000000000000000000000000000000 - 4000000000000000000000000000000 - 5000000000000000000000000000000 - 6000000000000000000000000000000 - 7000000000000000000000000000000 - 8000000000000000000000000000000 - 900000000000000**

